

BiB BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG
FEDERAL INSTITUTE FOR POPULATION RESEARCH
INSTITUT FÉDÉRAL DE RECHERCHES DÉMOGRAPHIQUES

Bevölkerung

FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN
DIE WICHTIGSTEN FRAGEN



Sonderheft der
Schriftenreihe des BiB

Kontakt:

Postanschrift: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Postfach 5528
65180 Wiesbaden

Besucher: Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 752235

Telefax: 0611 753960

E-Mail: bib@destatis.de

Homepage: www.bib-demographie.de

Bevölkerung

FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN
DIE WICHTIGSTEN FRAGEN

**Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
Sonderheft**

2. überarbeitete Auflage

Bevölkerung

**FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN
DIE WICHTIGSTEN FRAGEN**

2004

Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Bevölkerung

FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN

DIE WICHTIGSTEN FRAGEN

Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

© 2004 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt

Gesamtherstellung: mmw.druck und so ... GmbH, Wiesbaden

Printed in Germany

Inhalt

	Seite
Was wir vermitteln wollen – Vorbemerkungen	7
Der demographische Wandel hat einen langen Atem – Trends 1850 - 2050	9
Demographische Globalisierung – Wachstum in Armut, Alterung, Migration, Integration	15
Die demographische Lage und die wichtigsten Fragen an die Bevölkerungswissenschaft	19
<i>Geburtenhäufigkeit und Eheschließungen</i>	19
Der langfristige Trend – die zwei Geburtenrückgänge	19
Deutschland – <i>ein Low-Fertility-Land</i>	23
Kinderlosigkeit – ein zu wenig beachtetes Phänomen?	25
Heiraten und Kinderhaben	27
Immer spätere Eheschließungen und Geburten	30
Schwangerschaftsabbrüche	31
<i>Ehescheidungen</i>	33
Immer mehr Scheidungen - sind wir eine Ausnahme?	33
Das verfluchte siebte Ehejahr gibt es nicht	36
Warum halten Ehen nicht ewig?	37
<i>Lebenserwartung, Sterblichkeit, Todesursachen</i>	39
Zur allgemeinen Entwicklung der Lebenserwartung	39
Die Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland während der letzten 35 Jahre	40
Wie hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt verändert?	42
Welche Todesursachen haben die größte Bedeutung?	45
<i>Migration – das Einwanderungsland Deutschland</i>	47
Deutschland – ein Einwanderungsland?	47
Die Geschichte der Zuwanderung in Deutschland seit 1950	49
Die aktuelle Situation: Wie setzen sich die Zuwanderer in Deutschland zusammen?	50
Die Auswirkungen der EU-Ost-Erweiterung	51
Zuwanderergruppen	52

	Seite
<i>Bevölkerungszahl, Altern und Ausländer</i>	55
Wie viele Menschen leben in Deutschland und wer sind sie?	55
Was man aus dem Altersaufbau der Bevölkerung lernt	57
Das Altern schreitet schnell voran – Ergebnisse von Bevölkerungsprognosen	58
Es gibt keine demographische Alternative	63
Die ökonomischen und sozialen Konsequenzen des Alterns	64
Die ausländische Bevölkerung	66
<i>Die Haushalts- und Lebensformen der Bevölkerung</i>	69
Privathaushalte	69
Lebensformen 30- bis 34-jähriger Frauen	70
<i>Wachstum der Weltbevölkerung</i>	73
Demographischer Übergang in Industrie- und Entwicklungsländern: Ein Prozess mit ungewissem Ausgang	73
Neue Bevölkerungskonzentrationen entwickeln sich	78
HIV/AIDS: Eine Krise ohne Hoffnung?	78
Die Weltbevölkerung altert: Eine globale Herausforderung	79
Wanderungen: Mobilität als Chance oder Festung Industrienation	81
Verstädterung und Megastädte: Chance oder Bedrohung?	83
Tragfähigkeit: Wie viele Menschen kann die Erde ernähren?	85
<i>Was sagen sie aus? – Vom Umgang mit den Kennziffern</i>	86
Ereignisse und Grundgesamtheiten	86
Zwei Messkonzepte	87
Die Statistik der Geburten, Eheschließungen, Ehescheidungen, der Lebenserwartung und Sterblichkeit, der Wanderungen und des Alterns	88
<i>Das BiB stellt sich vor</i>	92
Was macht das BiB?	92
Unsere Forschungsthemen – ein Überblick	93
Die Veröffentlichungsreihen des BiB	96
Organisation, Kuratorium und Mitarbeiter des BiB	98
Die BiB-Homepage	100
<i>Die Veröffentlichungen des BiB ab 2000</i>	101
<i>Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen</i>	109

Was wir vermitteln wollen – Vorbemerkungen

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Broschüre können Sie viel über Demographie und Bevölkerungswissenschaft oder den demographischen Wandel und seine Folgen lesen. Eingehen werden wir insbesondere auf das alles dominierende Thema „Altern der Bevölkerung“ und die Konsequenzen, die uns allen daraus entstehen. Wir werden Ihnen zeigen, wie der Rückgang der Geburtenhäufigkeit und der Anstieg der Lebenserwartung den Altersaufbau der Bevölkerung verändert haben, welche sozialen Konsequenzen entstehen und wie man darüber denkt und berichtet.

Zu unserer Genugtuung scheint in Deutschland ein demographisches Bewusstsein zu entstehen. Was Bevölkerungswissenschaftler schon lange Zeit angemahnt haben, die Konsequenzen des demographischen Wandels zur Kenntnis zu nehmen und Lösungsstrategien zu entwickeln, hat Politik, Medien und Öffentlichkeit endlich erreicht.

Erinnern Sie sich an die Presseresonanz im Jahr 1999, in dem die Zahl der Weltbevölkerung auf 6 Milliarden angestiegen war und an die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen initiierte Diskussion zur Replacement-Migration, also der Frage, ob Zuwanderung das Altern aufhalten oder begrenzen kann? Denken Sie an die Greencard-Aktion der Bundesregierung, an die Debatten um das faktische Einwanderungsland Deutschland und das Zuwanderungsgesetz sowie die Gestaltung von Integration. Nicht zu vergessen sind hier auch die Diskussionen um die Rentensicherheit oder die Kassenlage der Krankenversicherungen und erinnert sei nicht zuletzt an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung.

All diese Themen sind in der deutschen Medienlandschaft deutlich präsenter geworden. Erreichen neue Themen die Öffentlichkeit, entsteht gewöhnlich ein Informationsbedarf, zu dessen Befriedigung auch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beitragen möchte.

Mit dem Sonderheft „**Bevölkerung** FAKTEN - TRENDS - URSACHEN - ERWARTUNGEN - DIE WICHTIGSTEN FRAGEN“ der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung legt das BiB die zweite überarbeitete

Die wichtigsten Fragen

Was ist eigentlich Demographie oder Bevölkerungswissenschaft?

Die Begriffe Demographie und Bevölkerungswissenschaft werden in unterschiedlicher Weise gebraucht. Das Wort Demographie – als der engere Begriff – entstammt dem Griechischen und bedeutet „Volk beschreiben“. Demographie beschreibt also mit Zahlen und Kennziffern, wie sich die Bevölkerungszahl und ihre Strukturen (Alter, Geschlecht, Familienstand, Lebensform, Nationalität, Kinderzahl, Region, Gesundheitszustand u.ä.) durch demographische Verhaltensmuster/Ereignisse (Kinderhaben, heiraten, sich scheiden lassen, umziehen, sich gesund erhalten oder sterben) verändern.

Bevölkerungswissenschaft ist dagegen der weitere Begriff. Bevölkerung wird hier in den Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse gestellt. Untersucht werden die vielfachen Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerung und anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Technik, soziale Sicherungssysteme oder Umwelt.

Ausgabe einer Broschüre vor, die allgemein verständlich über demographische Trends und deren soziale Konsequenzen informieren will. Die Leser unserer ersten Ausgabe waren ein breit gefächertes Publikum, Mitglieder des Deutschen Bundestages, Journalisten, Studenten, Lehrer und Schüler, aber auch Vereine und Berufsverbände, an die wir uns wiederum wenden. Wir, die Mitarbeiter des BiB, wollen auf wissenschaftlicher Basis, aber allgemein verständlich, die Situation beschreiben. Wir möchten informieren, aber nicht Partei ergreifen in den natürlich kontrovers geführten

Debatten zu unseren Themen. Und wir wollen keinesfalls Zukunftsangst und Verunsicherung schüren, auch wenn das, was Sie in den folgenden Abschnitten lesen werden, nicht immer optimistisch klingt und zu Euphorie wenig Anlass gibt. Wir halten es in diesem Punkt mit Herwig Birg, der auf den „langen Bremsweg“ demographischer Prozesse und die daraus resultierende Planungssicherheit hinweist, die die Chance bietet, unsere sozialen Sicherungssysteme auf den demographischen Wandel einzustellen.

Mit der zweiten Auflage unserer Broschüre haben wir einen Konzeptwandel vorgenommen. In der ersten Broschüre wurde sehr viel Wert auf das Vorstellen des BiB, seiner Themen, Projekte und Veröffentlichungen gelegt. Darauf haben wir diesmal zugunsten inhaltlicher Fragestellungen weitgehend verzichtet. Wir veröffentlichen lediglich einige wenige Auszüge aus der Homepage des BiB und stellen die Mitarbeiter vor. Wer sich konkreter über die Arbeit des BiB informieren möchte, kann dies unter www.bib-demographie.de tun.

Inhaltlich ist die Broschüre nicht mehr nur auf die demographischen Fakten gerichtet. Wir wollen vielmehr Grundwissen über demographische Prozesse, die langfristigen Trends, die Ursachen und Erklärungsansätze oder die Gründe und Motive für ganz spezifische Verhaltensmuster vermitteln. Daneben werden auch internationale Vergleiche vorkommen. Insbesondere werden wir auf die demographischen Übergänge und ihre Auswirkungen auf das Altern der Bevölkerung eingehen. Das Altern der Bevölkerung ist der grundlegende demographische Wandel unserer Zeit. Auf das Altern selbst und vor allem auf die daraus entstehenden Probleme in den sozialen Sicherungssystemen haben wir unsere Aufmerksamkeit konzentriert.

Daneben sind uns in der Vergangenheit einige Dinge aufgefallen, die wir nicht unbesprochen lassen möchten. Zunächst geht es uns wie vielen anderen Institutionen auch: Es werden häufig ähnliche Fragen gestellt. Wir haben

also die wichtigsten an uns gerichteten Anfragen gesammelt und natürlich beantwortet. Wenn dies auch nicht in der oft gebotenen Ausführlichkeit geschehen konnte, so sollte doch das Bemühen erkennbar sein, auf das Wesentliche knapp und präzise hinzuweisen. Diese Fragen und Antworten finden Sie in den jeweiligen Abschnitten in extra gestalteten Textblöcken. Ausführlichere Antworten können Sie der Homepage des BiB unter www.bib-demographie.de entnehmen.

Am Ende der Broschüre gehen wir dann auf ein nicht einfach zu behandelndes Problem ein, mit dem sich Bevölkerungswissenschaftler schon seit langem konfrontiert sehen. Es ist der Umgang mit den Kennziffern, der nicht immer leicht ist. Warum kann man die Geburtenhäufigkeit nicht mit der Zahl der Lebendgeborenen messen, sondern muss die sogenannte „zusammengefasste Geburtenziffer“ bemühen? Wieso muss man Sterbetafeln berechnen, statt die Zahl der Gestorbenen miteinander zu vergleichen, um etwas über die Veränderung in den Sterblichkeitsverhältnissen zu erfahren? Weshalb gibt es unterschiedliche Konzepte des Messens und was sagen die damit berechneten Kennziffern aus? Solchen Fragen möchten wir uns annehmen und damit zu einem leichteren Transport von Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit beitragen.

Nicht zuletzt möchte ich Jürgen Dorbritz für das Verfassen weiterer Teile dieser Broschüre sowie für Konzeptentwicklung und Layoutgestaltung danken. Mein Dank geht ebenfalls an Karla Gärtner, Sonja Haug, Marc Luy, Juliane Roloff, Reiner Schulz und Frank Swiaczny, die mit ihren Beiträgen zum Entstehen dieser Broschüre beigetragen haben.

Lesen Sie unsere Broschüre, machen Sie sich mit einem der bedeutenden Themen unserer Zeit, dem demographischen Wandel, vertraut und richten Sie Fragen an die Mitarbeiter des BiB. Wir stehen Ihnen gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Dr. Charlotte Höhn
Direktorin und Professorin

Der demographische Wandel hat einen langen Atem – Trends 1850 - 2050

Demographischer Wandel findet schon seit langem statt

Das Altern der Bevölkerung ist aus soziodemographischer Sicht ein spannender und dramatischer Vorgang. Nicht nur, weil sich auf eindrucksvolle Weise ein Zusammenhang zwischen demographischen Verhaltensmustern und Bevölkerungsstrukturen zeigt, sondern es ist auch die Allgegenwärtigkeit dieses Strukturwandels in unseren Lebensumständen, fassbar im alltäglichen Leben für jeden Einzelnen von uns. Dies hat ihn gleichzeitig wissenschaftlich interessant, für jeden individuell bedeutsam und zu einer kollektiven gesellschaftlichen Herausforderung werden lassen.

Was aktuell unter dem Schlagwort „Altern der Bevölkerung“ in der Öffentlichkeit häufig und effektiv diskutiert wird, ist tatsächlich ein globaler, langsam und langfristig verlaufender Wandel in einigen grundlegenden demographischen Verhaltensmustern. Dieser Prozess begann in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – dauert also bereits 150 Jahre an – und wird im Verlauf des 21. Jahrhunderts alle Länder dieser Welt in unterschiedlichem Ausmaß betreffen. Diesen langfristigen Trend zu beschreiben und zu erklären, ist Ziel des folgenden Abschnitts. Dabei wird vor allem auf die beiden demographischen Übergänge und ihre Einflüsse auf das Altern der Bevölkerung eingegangen, die aus dem historischen Zusammenspiel von Geburten- und Sterbehäufigkeiten entstehen.

Der Erste Demographische Übergang

Ausgangspunkt des heute mit zunehmender Dynamik verlaufenden Alterungsprozesses ist der so genannte *Erste Demographische Übergang*. Dieser Übergang beschreibt das Zusammenspiel von Geburten- und Sterbehäufigkeiten bei ihrer Transition von einem sehr hohen zu einem niedrigen Niveau. Dieser Übergang fand bei uns in einer Zeit von fast

ein-hundert Jahren in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im damaligen Deutschen Reich statt.

Die wichtigsten Fragen

Was versteht man unter dem Altern der Bevölkerung und wie entsteht es?

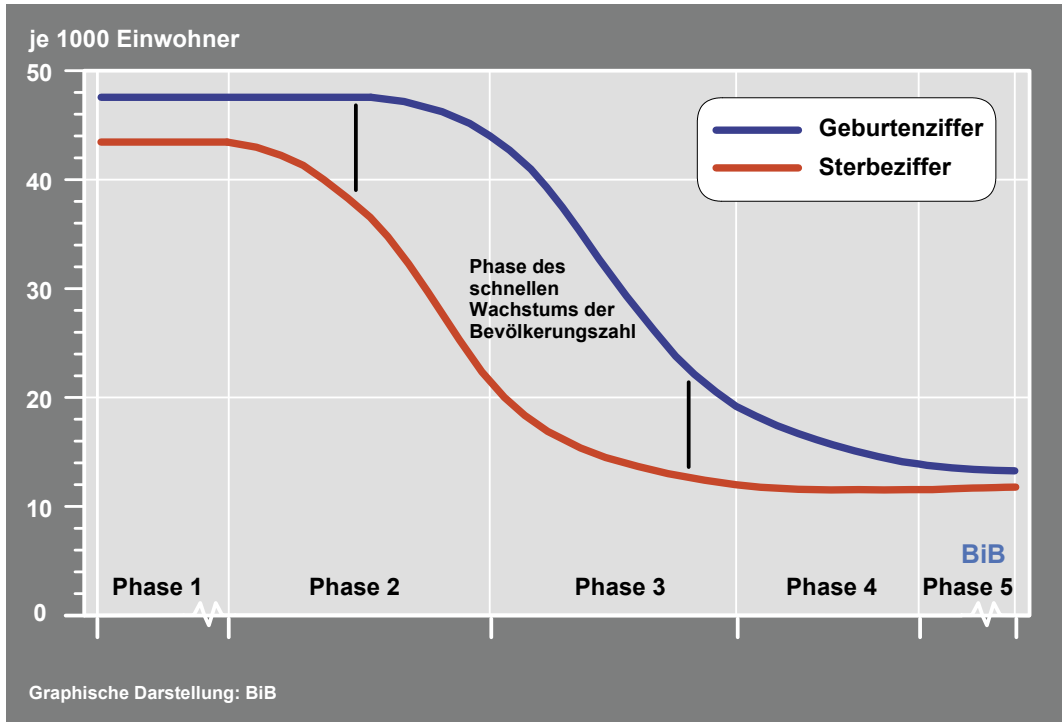
Das Altern der Bevölkerung beschreibt den Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung, die beschleunigte Zunahme des Anteils der Älteren gegenüber den Jüngeren. Es geht also nicht nur um eine Zunahme der Zahl älterer Menschen, sondern um Anteilsverschiebungen. Eine Bevölkerung altert, wenn die jüngeren Altersgruppen zahlenmäßig kleiner werden oder langsamer wachsen als die älteren.

Das Altern ist das Ergebnis von langfristigen Veränderungen der Geburtenhäufigkeit und der Sterblichkeit. Zwei Geburtenrückgänge (um 1900 und um 1965) haben zu einem so niedrigen Geburtenniveau geführt, dass die Kindergenerationen zahlenmäßig immer kleiner als ihre Elterngeneration sind. Es kommt zu einem fertilitätsgeleiteten Altern der Bevölkerung. Der langfristig-kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung führt dazu, dass frühere geburtenstarke Jahrgänge ein hohes Lebensalter erreichen. Es entsteht das mortalitätsgeleitete Altern der Bevölkerung. Fallen beide Ursachen zusammen, zieht dies eine beschleunigte Alterung nach sich.

Idealtypisch verläuft dieser Übergang (Transitionprozess) in fünf Phasen (**Abb. 1**):

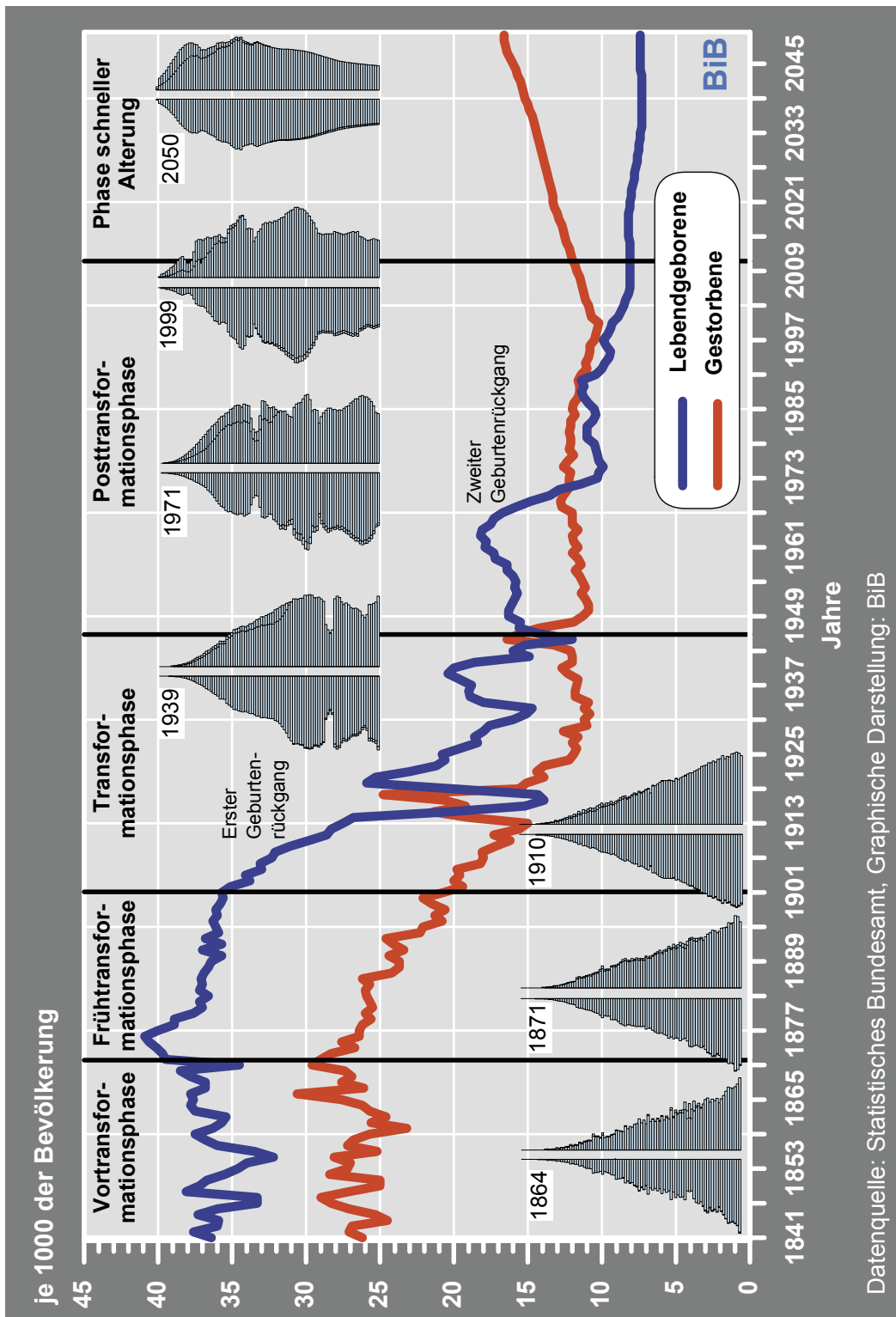
- In der Phase 1, der sogenannten Vortransformationsphase, befinden sich Geburten- und Sterbehäufigkeit auf einem hohen und kaum kontrollierbaren Niveau, wobei die Geburtenhäufigkeit im Trend etwas höher als die Sterbehäufigkeit ist. Dieser Bevölkerungsprozess entspricht der agrarischen Produktionsweise. In diesem historisch sehr langen Zeitraum kam es zu einem allmählichen, immer wieder durch Kriege, Seuchen und Hungersnöte unterbrochenen Anstieg der Bevölkerungszahl.

Abb. 1: Das allgemeine Schema des Ersten Demographischen Übergangs



- In der Transformationsphase 2, der Frühtransformation, die in die Zeit der einsetzenden Industrialisierung fällt, beginnen zunächst die Sterbeziffern zu sinken, während die Geburtenziffern unverändert hoch bleiben und erst gegen Ende dieser Phase einem leicht rückläufigen Trend folgen. Rückgang der Sterblichkeit bedeutet in erster Linie einen Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Es entsteht die Chance für mehr Menschen, ein höheres Lebensalter zu erreichen.
 - Die Phase 3 ist die eigentliche Transformationsphase. In ihr beginnt die Geburtenhäufigkeit ebenfalls schnell zu sinken, wobei die Sterbeziffern aber immer einen Vorsprung behalten. Die Phase 2 und 3 sind die Abschnitte schnellen Bevölkerungswachstums. Im Durchschnitt aller Länder gesehen, nähert sich die Weltbevölkerung heute dem Ende der 3. Phase des demographischen Übergangs. Vergleichen Sie dazu auch den Abschnitt Wachstum der Weltbevölkerung ab der Seite 73.
 - In der vierten Transformationsphase nähert sich die Geburtenhäufigkeit dem bereits niedrigen Niveau der Sterblichkeit an. Die Sterblichkeit sinkt kaum noch und das Tempo des Geburtenrückgangs verringert sich deutlich. Damit geht auch das Tempo des Bevölkerungswachstums zurück.
 - Die fünfte Phase des *Ersten Demographischen Übergangs* ist die so genannte Nachtransformationsphase, in der Geburten- und Sterbeziffern sich auf einem gemeinsamen, niedrigen Niveau eingependelt haben. Der demographische Übergang ist damit abgeschlossen. Wie sich Geburten- und Sterbehäufigkeiten danach entwickeln werden, ist nach unserer Auffassung nicht mehr Gegenstand des Konzepts vom *Ersten Demographischen Übergang*.
- Es hat den Anschein, dass alle Bevölkerungen dieser Welt diesen *Demographischen Übergang* in dieser oder jener Form durchlebt haben, durchleben oder durchleben werden. Dies geschieht unter ganz konkreten historischen

Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene je 1000 der Bevölkerung, 1841 - 2050 und Altersaufbau der Bevölkerung, 1864 - 2050 (Anteile der Altersjahre in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

Einflüssen, die in späteren Abschnitten noch detaillierter besprochen werden. Wir werden dann z.B. erklären, warum die Sterbehäufigkeit viel direkter von der Industrialisierung beeinflusst ist als die Geburtenhäufigkeit oder worin sich dieser Erste vom Zweiten Geburtenrückgang der 60er und 70er Jahre unterscheidet.

Welche Gestalt der *Erste Demographische Übergang* in Deutschland aufweist, ist in **Abbildung 2** dargestellt. Aufmerksamkeit sollte hier nicht nur das konkret-historische Zusammenwirken von Geburten- und Sterbehäufigkeit erregen, das durch starke Schwankungen in den Kriegs- und Krisenzeiten zwischen 1913 und 1945 gekennzeichnet ist. Für unseren Gegenstand ist vielmehr von Bedeutung, dass die jeweilige Kombination von beiden besondere Formen des Altersaufbaus hervorgebracht und letztlich das Altern der Bevölkerung eingeleitet hat. **Abbildung 2** zeigt auch, wie sich der Altersaufbau mit dem *Zweiten Geburtenrückgang* verändert hat und wie dann das Altern langfristig bis 2050 voranschreitet. Auf den *Zweiten Geburtenrückgang* wird an späterer Stelle in diesem Kapitel eingegangen.

Die Phasen des Alterns der Bevölkerung

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, in unserem Schema die Vortransformationsphase, ist noch durch eine sehr hohe Geburten- und Sterbehäufigkeit gekennzeichnet. Der Altersaufbau der Bevölkerungen aus den Jahren 1864 und 1871 in Preußen bzw. dem Deutschen Reich ist unter dieser Bedingung entstanden. Insbesondere die Säuglings- und Kindersterblichkeit befindet sich auf einem außerordentlich hohen Niveau. Das führt zu einem Altersaufbau, der als *Pagodenform* bezeichnet wird (**Abb. 2**). Typisch für diese Phase ist eine sehr junge, langsam wachsende Bevölkerung. Es werden sehr viele Kinder geboren. Diese eigentlich starken Geburtsjahrgänge werden jedoch schnell aufgrund der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit dezimiert. Nur relativ wenige Menschen erreichen ein für uns inzwischen normales Alter.

Paradoxerweise beginnt der Alterungsprozess mit einer Verjüngung der Bevölkerung. In der Transformationsphase 2, der Frühtransformation, beginnen die Sterbeziffern zu fallen, während die Geburtenziffern unverändert hoch bleiben.

In Deutschland setzt der demographische Übergang um das Jahr 1865 ein. Der Rückgang der Sterblichkeit ist zunächst vor allem durch einen Rückgang der Säuglingssterblichkeit getragen. Dies führt zu einem Wandel im Altersaufbau, dem Übergang von der Pagoden- in die Dreiecksform. Der Altersaufbau im Jahr 1910 in Deutschland entspricht dieser Situation sehr gut. Man hat es also in dieser Phase mit einer mortalitätsgeleiteten Verjüngung der Bevölkerung zu tun, da aufgrund des Rückgangs der Säuglings- und Kindersterblichkeit die jüngeren Altersjahrgänge weniger stark dezimiert werden. Das verstärkte Überleben der Kinder führt zuerst zu einer Erhöhung ihres Anteils an der Bevölkerung (Verjüngung). Die damit entstandene Chance des Aufrückens in ein höheres Lebensalter wird dann aber zu einer Voraussetzung für den beginnenden Alterungsprozess und leitet letztlich das Altern der Bevölkerung ein.

Die Bevölkerung fängt erst in der Phase 3 des demographischen Übergangs an zu altern – der eigentlichen Transformationsphase. In dieser Phase beginnt die Geburtenhäufigkeit ebenfalls zu sinken, so dass es allmählich zu einer fertilitätsgeleiteten Alterung kommt, da die nunmehr stärker überlebenden Geburtsjahrgänge aus der Zeit sehr hoher Geburtenhäufigkeit nach und nach durch schwächere ersetzt werden. Der Alterungsprozess verläuft in dieser Phase allerdings außerordentlich langsam. Der Altersaufbau beginnt zunächst eine Glockenform anzunehmen. Die schon relativ niedrige Mortalität gewährleistet das Hineinrücken von stärker besetzten Jahrgängen in das mittlere Lebensalter. Die älteren Jahrgänge bleiben noch schwächer besetzt und die noch relativ hohe Geburtenhäufigkeit (Niveau des einfachen Ersatzes der Eltern-generation) führt erst einmal dazu, dass sich der Altersaufbau nach unten nicht ausdünnert. Etwa der Altersaufbau des Jahres 1939 in **Abbildung 2** repräsentiert diese Phase des demographischen Übergangs.

Spätestens an dieser Stelle wird es notwendig, auf die konkrete Situation im Deutschland dieser Zeit einzugehen. In der Phase 3 beginnt die die Geburtenhäufigkeit abbildende Kurve sich vom Schema des demographischen Übergangs zu lösen. Die Krisenlage in der Zeit des Ersten Weltkrieges brachte ein schnelleres

Absinken der Geburtenhäufigkeit mit sich. Es kam zu einem tiefen Rückgang um 1915, der seine Spuren im Altersaufbau der Bevölkerung hinterlassen hat. Das ist bereits im Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 1939 gut zu erkennen. Die Einbuchtungen um die Altersjahre 23 bis 25 zeigen die Dimension des Geburtenrückgangs in der Zeit des Ersten Weltkrieges an.

Besondere historische Einflüsse bleiben über einen langen Zeitraum, fast 100 Jahre, im Altersaufbau der Bevölkerung sichtbar. Solche Ereignisse wie die beiden Weltkriege oder die Weltwirtschaftskrise führten dazu, dass der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung nicht mehr eindeutig die im demographischen Übergang klassischen Formen annimmt, sondern viele Unregelmäßigkeiten aufweist.

Der Alterungsprozess fängt an sich zu beschleunigen, wenn die Geburtenhäufigkeit beginnt, unter das Ersatzniveau der Elterngeneration zu fallen. Dies tritt gegen Ende der dritten Transformationsphase ein, wenn sich die Geburtenhäufigkeit dem bereits niedrigen Niveau der Sterblichkeit annähert. Fertilitätsgeleitete Alterung bedeutet, dass die Alterung von der Basis des Altersaufbaus her beginnt. Der Ersatz der Elterngenerationen wird unterschritten, die Lebenserwartung steigt, wodurch ein neuer Altersaufbau, die sogenannte Urnenform entsteht.

Dieser Altersaufbau beginnt in der Posttransformationsphase Gestalt anzunehmen. Der klassische urnenförmige Aufbau, den selbst die heutige Bevölkerung nur in Ansätzen zeigt, tritt aber erst nach längerer Zeit „ungestörter“ Bevölkerungsentwicklung, um das Jahr 2050 hervor (**Abb. 2**). Der *Erste Demographische Übergang* findet in Deutschland in der Nachkriegsphase seinen Abschluss.

Der Zweite Geburtenrückgang

Nach dem Ende des *Ersten Demographischen Übergangs* tritt ein neues Element in den Altersaufbau der Bevölkerung. Eine so genannte demographische Welle, die durch das Nachkriegsgeburtenhoch entstanden ist. An dieses Geburtenhoch schließt sich dann der *Zweite Geburtenrückgang* an, in dem zwischen 1965 und 1975 die Geburtenzahlen auf das heute bekannte niedrige Niveau fielen. Man spricht

hier in Anlehnung an die Erste Demographische Transition von „Europe's Second Demographic Transition“, die aber eigentlich nur ein Geburtenrückgang ist, da bei der Lebenserwartung kein mit der Geburtenhäufigkeit verknüpfter Wandel eintrat. Das Konzept des *Zweiten Geburtenrückgangs* wird ausführlich im Abschnitt zur Geburtenentwicklung ab der Seite 21 besprochen. An dieser Stelle sei lediglich festgestellt: Die demographischen Veränderungen

Die wichtigsten Fragen

Warum befassen wir uns so ausführlich mit dem Altersaufbau der Bevölkerung?

Das hat verschiedene Gründe. Erstens existiert Gesellschaft nicht ohne Bevölkerung. Bevölkerungsfragen haben eine enorme Bedeutung für das Wohlergehen der menschlichen Gemeinschaft. Dieser Zusammenhang ist über lange Zeit nicht in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Das hatte zur Folge, dass demographisches Grundwissen wenig verbreitet ist. Wir wollen Verständnis für Verläufe und Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses wecken. Daneben wird der Wohlfahrtsstaat durch demographische Entwicklungen immer mehr in Frage gestellt. Das muss in Gesellschaft und Politik akzeptiert und diskutiert werden. Eine solche Akzeptanz wird aber nur dann möglich werden, wenn man den dafür verantwortlichen demographischen Wandel versteht und ernst nimmt.

jener Zeit waren verknüpft mit der Ablehnung sozialer Institutionen und sozialer Kontrolle, der Betonung individueller Autonomie und der Ausbreitung von Werten, die auf Selbstverwirklichung gerichtet waren.

Für den Alterungsprozess ist damit eine neue, wichtige Komponente entstanden. Die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und insbesondere der 60er Jahre schieben sich allmählich im Altersaufbau nach oben und werden durch immer geburtenschwächere ersetzt. Das fertilitätsgeleitete Altern beginnt sich zu beschleunigen.

Fertilitäts- und mortalitätsgeleitete Alterung

Mittlerweile ist die Lebenserwartung so hoch, dass es den Nachkriegsjahrgängen, von denen die ersten bereits das 50. Lebensjahr überschritten haben, auch in großer Zahl möglich wird, in ein hohes Lebensalter einzutreten. Dieses so genannte mortalitätsgeleitete

Altern der Bevölkerung tritt dann ein, wenn die Lebenserwartung im Durchschnitt der gesamten Bevölkerung etwa 70 Jahre beträgt. In Deutschland besteht diese Situation seit Beginn der 70er Jahre. Wir haben es inzwischen mit einem mehr als 30 Jahre währenden fertilitäts- und mortalitätsgeleiteten Altern zu tun. Der Alterungsprozess hat sich also tief in den heutigen Altersaufbau der Bevölkerung eingegraben. Der Alterungsprozess ist damit nicht nur mortalitäts- und fertilitätsgeleitet, sondern hat in Gestalt des heutigen Altersaufbaus eine Eigendynamik erhalten (vgl. auch den Abschnitt über Bevölkerungszahl und Altern ab der Seite 55). Selbst wenn also die Bedingungen des Alterns, was kaum anzunehmen ist, nicht mehr wirken würden, könnte der Alterungsprozess nicht sofort zum Stillstand gebracht werden. Im heutigen Altersaufbau der Bevölkerung ist das Altern auch ohne die zukünftig zu erwartende niedrige Geburtenhäufigkeit und hohe Lebenserwartung aufgrund unserer demographischen Vergangenheit bereits angelegt. Das Zusammenspiel der drei Komponenten Altersstruktur, fertilitäts- und mortalitätsgeleitetes Altern, wird diesem Prozess in den kommenden Jahrzehnten eine neue, bislang ungekannte Dynamik verleihen.

Altern kann man nicht aufhalten

In diesem Kontext wird immer wieder die Frage gestellt, ob der Alterungsprozess mit demographischen Mitteln aufgehalten werden kann. Die Antwort darauf ist aus der Sicht des Bevölkerungswissenschaftlers ein eindeutiges dreifaches NEIN.

Warum?

Erstens können wir unsere demographische Vergangenheit nicht mehr ändern. Die niedrige Geburtenhäufigkeit und hohe Lebenserwartung, deren weiterer Anstieg natürlich gewünscht ist, haben wie bereits erwähnt, unverwechselbare Spuren hinterlassen und den Altersaufbau einer alternden Bevölkerung ausgeformt.

Zweitens ist ein Wiederanstieg der Kinderzahlen gegenwärtig unwahrscheinlich. Warum wir dieser Auffassung sind, wird im Kapitel zur Geburtenhäufigkeit dargestellt. Zudem muss man sich darüber im Klaren sein, dass es

sich nicht nur um einen leichten oder mittleren Geburtenanstieg handeln könnte, sondern langfristig stabil deutlich mehr Kinder geboren werden müssten, um dem Altern wirkungsvoll zu begegnen.

Drittens richtet sich somit die ganze demographische Hoffnung auf die Zuwanderung. Im Jahr 2000 hat die UN Population Division ein solches Spiel mit Zahlen, mehr ist es nicht, in eine Bevölkerungsprognose umgesetzt. Die Kollegen in New York sind also der Frage gefolgt, wieviele Menschen jährlich zuwandern müssten, damit Altern nicht mehr stattfindet (die so genannte replacement migration). Würde für Deutschland Zuwanderung in solchen Dimensionen stattfinden, wäre im Jahr 2050 eine völlige Verstädterung des Landes das Ergebnis. Das komplette Rechenbeispiel stellen wir Ihnen ebenfalls im Abschnitt zum Altern der Bevölkerung vor.

Vorweggenommen zu diesem Abschnitt sei die Schlussfolgerung, dass dem demographischen Altern auf demographischen Wegen nicht beizukommen ist. Würden mehr Kinder geboren oder würde mehr Zuwanderung stattfinden, könnte der Alterungsprozess zwar verlangsamt, aber nicht zum Stillstand gebracht oder gar umgekehrt werden. Wir müssen also die gesellschaftlichen Antworten auf die Konsequenzen des Alterungsprozesses in erster Linie dort suchen, wo sie entstehen, nämlich in den sozialen Sicherungssystemen. Das ist aber nicht alles. Antworten müssen auch in den Bereichen der Bildungspolitik, der Beschäftigungspolitik und der Zuwanderungspolitik gefunden werden.

Die Alterung ist im Wesentlichen durch die niedrige Geburtenhäufigkeit in Gang gesetzt worden. Gesellschaften mit einem Alterungsproblem kommen daher nicht an einer nachhaltigen Familienpolitik vorbei. Migrationspolitik kann allenfalls der Familienpolitik kurzzeitig helfen, indem die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt gesteuert wird. Langfristig ist es sinnvoller, eine Familienpolitik auf den Weg zu bringen, die über höhere Geburtenzahlen zu einer ausgeglichenen Altersstruktur führt.

Die ökonomischen und sozialen Konsequenzen, die aus dem Altern der Bevölkerung entstehen, werden auf den Seiten 64 - 66 behandelt.

Demographische Globalisierung – Wachstum in Armut, Alterung, Migration, Integration

Polarisierung

Die Welt ist demographisch polarisiert, aber über Migrationsströme, -absichten und -sehnsüchte miteinander verbunden. Menschen unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Religionen kommen immer häufiger zusammen und müssen miteinander leben und einander helfen lernen.

Der kleinere Teil der Weltbevölkerung lebt in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, hat nur wenige Kinder und erreicht ein hohes Lebensalter. Der größere Teil der Weltbevölkerung lebt in ärmeren Ländern, hat viele Kinder und eine niedrige Lebenserwartung, die zum Teil durch die Ausbreitung von HIV/AIDS massiv bedroht ist. Alterungsprobleme auf der einen Seite stehen Problemen des Bevölkerungswachstums in Armut auf der anderen Seite gegenüber.

Diese demographische Polarisierung ist mit einer ökonomischen und sozialen Polarisierung verknüpft. Die wirtschaftlich leistungsfähigen Länder verfügen bei einer alternden Bevölkerung über hochentwickelte soziale Sicherungssysteme. Der Alterungsprozess bedroht diese sozialen Sicherungssysteme insbesondere dann, wenn sie z.B. wie in Deutschland bei der Rentenversicherung auf dem Umlageverfahren beruhen. Dagegen findet in den wirtschaftlich weniger leistungsfähigen Ländern Bevölkerungswachstum in Armut bei kaum bis schwach entwickelten sozialen Sicherungssystemen statt. Beide Ländergruppen sind durch die internationalen Migrationsströme demographisch aber auch durch globale Wirtschafts- und Umweltprobleme miteinander verknüpft.

Der Bericht der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ (Zuwanderung gestalten, Integration fördern) beginnt mit den Worten: „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer. Die Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland und die Integration der Zugewanderten werden zu den wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte gehören.“ Begründet wird diese Forderung mit

den demographischen Argumenten, die Bevölkerung schrumpfe und altere, und mit den humanitären Verpflichtungen Deutschlands als Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft.

Wo liegt also das Problem? Wir haben Länder, die nach Zuwanderern suchen, die attraktiv als Zuwanderungsländer sind und wir haben solche, in denen aufgrund des Bevölkerungswachstums, der wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Lage ein enormer Abwanderungsdruck entstanden ist. Ein Beispiel: Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) nennt für das Jahr 2001 die Zahl von ca. 20 Millionen Menschen, die sich als Flüchtlinge aus Furcht vor Verfolgung außerhalb ihrer Landesgrenzen befanden. Hinzu kommen ca. 25 Millionen Binnenflüchtlinge, die alle nicht nur Wanderungsabsichten haben, sondern bereits Migranten sind.

Demographische Globalisierung

Dieser auf die entwickelteren Staaten gerichtete Wanderungsdruck wird in den kommenden Jahren noch zunehmen. Als sicher gilt, dass die Weltbevölkerung und damit vor allem der Teil der Weltbevölkerung weiter wachsen wird, der in Armuts-, Krisen- und Kriegsregionen lebt. In den ärmsten Ländern drängen daher starke Kinder- und Jugendlichenjahrgänge in den Ausbildungssektor und auf einen in den betreffenden Ländern wenig aufnahmefähigen Arbeitsmarkt. Das Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Ländern, Umweltzerstörung und Wanderung auslösende Konflikte werden eher zu- als abnehmen. Wir haben es also mit einer Verstärkung der klassischen Push- und Pull-Faktoren zu tun, die in einer auch demographisch globalisierten Welt wirken.

Diesem Trend entgegenwirken kann nur eine bessere Regierungsführung in den weniger entwickelten Ländern, die eine sozio-demographische Entwicklung in Gang setzt mit einer Verbesserung der Lebensqualität auch der

breiten Masse der Bevölkerung. Wesentliche Ursachen der Wanderungen sind Armut und Unterdrückung. Niemand verlässt gerne seine Heimat und Familie, um in einem fremden Land zu leben, wenn nicht eine massive Notlage dies erzwingt oder eine gute Qualifikation zu einer hohen Einkommenserwartung im Wanderungsfall führt. Die wenigsten Wanderungen sind das Ergebnis eines "freien Wanderungsentschlusses", die meisten Wanderungen sind erzwungen durch (Bürger)Krieg, Umweltzerstörung oder generell das Fehlen einer Lebens-

Die wichtigsten Fragen

Warum brauchen wir eigentlich ein Zuwanderungsgesetz?

In den letzten Jahren hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden – von „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ zu „Deutschland braucht gesteuerte Zuwanderung“. Das erfordert den Übergang zu einer neuen, aktiven Zuwanderungspolitik, die mit den bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht geleistet werden konnte. Deutschland braucht Zuwanderung und sie sollte im Sinne des Aufnahmelandes und der Zuwanderer gestaltet werden. Dazu ist eine Gesamtstrategie, nicht nur für Zuwanderung, sondern auch für Integration nötig, die sich natürlich am besten auf der Basis einheitlicher und überschaubarer gesetzlicher Regelungen umsetzen lässt.

grundlage. So sind auch nur ein ganz geringer Teil der Wandernden "Fernwanderer", die meisten gelten als Binnenvertriebene im eigenen Land oder flüchten über die nächste Staatsgrenze, um sich in Sicherheit zu bringen.

Entscheidend für einen freien Wanderungsentschluss ist nicht nur das Wohlstandsgefälle zwischen dem Abwanderungs- und dem Aufnahmeland, das den (erwarteten) Wanderungsgewinn determiniert, sondern vor allem auch die Erwartung, dass sich in der Heimat die Situation nicht in absehbarer Zeit verbessern wird. Es ist an den wohlhabenden Ländern, durch eine Politik der Hilfe bei der sozio-ökonomischen Entwicklung den Menschen Hoffnung zu machen, dass ihre Situation in ihrem Heimatland sich verbessern wird, um Abwanderungen zu verhindern. Mit wenigen Ausnahmen sind qualifizierte Arbeitskräfte für die Entwicklung in den weniger entwickelten Ländern wichtig, werden aber auch in den entwickelten Ländern gesucht (Problem des brain drain).

Die entstandenen Informations- und Kommunikationsgesellschaften führen tendenziell zum Abbau kultureller Grenzen, die verdichteten Verkehrsnetze erleichtern Mobilität und die Globalisierung der Handels- und Kapitalströme globalisiert auch internationale Arbeitsmigration. Insgesamt gesehen sind Wanderungsabsichten realisierbarer geworden. Vergleichen Sie dazu auch den Abschnitt zur Migration ab der Seite 47.

Zuwanderung regeln

Wanderung kommt aber nicht einfach dadurch zustande, dass einerseits Zuwanderer gesucht werden und andererseits ein Wanderungspotential besteht. Ob sich Wanderungspotentiale realisieren, hängt in starkem Maße von der Situation in den Aufnahmelandern ab. Man kann sich angesichts des weltweiten Wanderungspotentials unschwer vorstellen, dass nicht alle, die mit der Situation in ihren Heimatländern unzufrieden sind, auch in die entwickelten Länder kommen können. Daher ist es unumgänglich geworden, Zuwanderung zu regeln. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil nicht selbstverständlich die Zuwanderungswilligen z.B. hinsichtlich Bildung und Beruf oder Alter und Sprache die im Zuwanderungsland erwarteten Eigenschaften besitzen.

Dabei ist das Entwerfen einer Zuwanderungsregelung außerordentlich schwierig, da eine Vielzahl von Interessen "unter einen Hut" zu bringen sind:

- Generell ist es sinnvoller, Arbeitsplätze zu den Menschen als Menschen zu den Arbeitsplätzen zu bringen.
- Es kann nicht das Ziel sein, den weniger entwickelten Ländern ihre Experten abzuwerben, die zum Aufbau des Landes dringend gebraucht werden.
- Gesellschaftspolitisch sollten für den Arbeitsmarkt nicht kurzfristige "Aushilfen", sondern Erwerbstätige mit so genannten "Engpassqualifikationen", die länger bleiben und sich integrieren (wollen), angeworben werden.
- Das Argument der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt mit "Lohn- und Sozialdumping" ist zu bedenken.
- Das Anwerben von Arbeitnehmern kann einen notwendigen Strukturwandel verzögern und Rationalisierungen behindern.

- Viele der Angeworbenen werden mit ihren Familien kommen und längerfristig bleiben wollen. Es sind also auch die Familien zu integrieren.
- Ist Zuwanderung Familienzuwanderung, sollten die Qualifikationen der Angehörigen auch mit der selben Fristigkeit auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden, um die Sozialkassen nicht zusätzlich zu belasten.

In Deutschland hat in dieser Hinsicht in der jüngsten Vergangenheit ein Diskussionsprozess eingesetzt.

Gleichzeitig hat in der jüngeren Vergangenheit ein Paradigmenwandel stattgefunden. Die Maxime ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ wurde mit der Greencard für Fachkräfte relativiert und hat mit dem Beginn der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz seine Bedeutung verloren. Die heutigen wirtschaftlichen, politischen und demographischen Umstände machen Deutschland zu einem Einwanderungsland und zwingen, Regelungen dafür zu finden, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden kann, die Sicherung des Wohlstandes gelingt und das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern verbessert wird.

Das Steuern von Zuwanderungen hat verschiedene Dimensionen. Hier geht es nicht allein und vordergründig um die Zahl der Einwanderer, die zugelassen wird. Die Frage „Wieviele Einwanderer verträgt das Land?“ wird immer wieder zu stellen sein und entsprechend den Gegebenheiten (z.B. Arbeitsmarkt, Situation der sozialen Sicherungssysteme, Stand der Integration) auch immer neu beantwortet werden müssen.

Integration gestalten

Vielmehr sind es die sozialen Fragen, die nach Antworten verlangen und das sind in erster Linie Fragen, die sich um die Integration und Akzeptanz der Zugewanderten ranken. Zuwanderung und Integration bilden eine Einheit. Wer Zuwanderung wünscht und zulässt, muss sich der Aufgabe der Integration stellen. Integration bedeutet, schon in Deutschland lebenden Ausländern und neu Zugewanderten eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ohne Aufgabe kultureller Identitäten zu gewährleisten. Es bedeutet aber auch die

Bereitschaft der Zugewanderten, das neue Heimatland zu akzeptieren und sich mit ihm zu identifizieren. Zum Gelingen von Integration ist Integrationsbereitschaft seitens der Aufnahmegesellschaft und der Zugewanderten erforderlich. Basis dafür ist, so die Unabhängige Kommission Zuwanderung, „dass Zugewanderte und Alteingesessene respektvoll miteinander umgehen“ und miteinander leben lernen.

Die wichtigsten Fragen

Entbindet uns die Regelung der Zuwanderung von einer nachhaltigen Familienpolitik?

Familienpolitik sind all diejenigen Regelungen und Maßnahmen, mit denen der Staat das Ziel verfolgt, die Situation von Familien zu verbessern. Familienpolitik begründet sich nicht aus der demographischen Entwicklung. Der Schutzauftrag für Ehe und Familie und die Gleichstellung der Geschlechter sind im Grundgesetz verankert, worauf die familienpolitischen Verpflichtungen des Staates basieren. Familien erfüllen in einer Gesellschaft eine ganze Reihe hochwertiger Funktionen, die ihre Förderung notwendig machen. Das Erwerbspotential einer Gesellschaft wird durch die Generationenabfolge in den Familien erhalten. Mit der Geburt von Kindern und deren Erziehung leisten die Familien eine wichtige Reproduktionsfunktion, die auch die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme bestimmt. Darüber hinaus sind Familien die entscheidenden Sozialisationsinstitutionen für die nachwachsenden Generationen. Familien sind in hohem Maße für das Humankapital der Gesellschaft verantwortlich. Leistungsfähige Familien sind für die Gesellschaft unverzichtbar, woraus sich die Aufgabe der Familienförderung für den Staat ergibt.

Allerdings stellt der demographische Wandel auch die Familienpolitik vor besondere Herausforderungen. Familienpolitik in Deutschland bedeutet in erster Linie finanzielle Transfers mit dem Ziel, die Einkommensnachteile von Familien abzumildern. Familien sollen in die Lage versetzt werden, so viele Kinder zu haben, wie sie sich wünschen. Dies ist für die besonderen Anforderungen an die Familienpolitik angesichts der demographischen Alterung ein zu enger Ansatz. Eine nachhaltige Familienpolitik sollte daher auch auf die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und die Belange der demographischen Lage gerichtet sein. Eine Politik, die die Erhöhung der Geburtenzahlen zum Ziel hat, ist in Deutschland bislang weitgehend ein Tabuthema geblieben.

Zuwanderer erscheinen der Bevölkerung im Einwanderungsland oftmals als Bedrohung, sie lösen Zukunftsängste aus und werden für Defizite verantwortlich gemacht, mit denen sie häufig nichts zu tun haben. Ist dies die Haltung eines Großteils der Bevölkerung, dann kann Integration nur schwerlich gelingen. Es muss bewusst werden, dass Zuwanderung auch Gewinn, z.B. kulturelle Vielfalt, bedeutet.

Integrationspolitik bedarf daher Voraussetzungen im Zuwanderungsland. Nicht umsonst wird in jüngster Zeit immer häufiger die arbeitsmarktbezogene Zuwanderung thematisiert. So waren aus der Wirtschaft immer mehr Stimmen laut geworden, die nach qualifizierten Arbeitskräften insbesondere in der IT-Branche riefen. Das scheint auf den ersten Blick angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen paradox, hatte

Die wichtigsten Fragen

Warum ist Integration wünschenswert?

Ganz allgemein meint Integration die Einbeziehung von Einwanderern in verschiedene gesellschaftliche Systeme. Es besteht Einigkeit darin, dass diese Einbeziehung in Bereichen wie dem Arbeitsmarkt und dem Bildungssystem die Form einer möglichst weitgehenden Angleichung ("Assimilation") von Einwanderern und Einheimischen annehmen sollte, ist dies doch die beste Garantie gegen die Entstehung ethnischer Schichtungen. In anderen Bereichen wie z.B. der Kultur oder Religion ist ein größerer Pluralismus in der Form denkbar, dass Einwanderer als Gruppe ihre Eigenschaften beibehalten – und dabei rechtlich den Einheimischen gleichgestellt sind. Welche Form und welches Ausmaß an Integration letztlich wünschenswert ist, variiert nicht nur zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, sondern hängt auch von den Traditionen und Gegebenheiten des Aufnahmelandes ab.

aber aufgrund des Dilemmas auf dem deutschen Arbeitsmarkt, hohe Arbeitslosigkeit bei einer großen Anzahl offener Stellen, durchaus seine Berechtigung. Seit geraumer Zeit ist die ausländische Bevölkerung verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen (Abbau von Stellen mit manueller Tätigkeit, die häufiger von Ausländern besetzt sind). Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen lautet daher, dass Zuwanderer den Anforderungen des Arbeitsmarktes genügen müssen. Und dies bedeutet nichts an-

deres, als sich in den weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe zu begeben. Deutschland darf also nicht nur als Zuwanderungsland für Menschen aus ärmeren Regionen aufgrund von Wohlstand interessant sein, sondern muss ein attraktives Zuwanderungsland für gut Ausgebildete und auch Hochqualifizierte werden. Zuwanderung muss so gestaltet werden, dass sie nicht in Konflikt mit dem Arbeitsmarkt gerät.

Dazu sind auch Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt selbst zu schaffen. Zuwanderung, ob in den Arbeitsmarkt oder nicht, wird bei einer hohen Arbeitslosigkeit in der eigenen Bevölkerung nicht auf Akzeptanz stoßen und Integration erschweren oder gar unmöglich machen. Es ist u.a. auch aus diesem Grund eine vordringliche Aufgabe, inländische Arbeitslosigkeit abzubauen. Gleichfalls brauchen die Zuwanderer Rechtssicherheit, vor allem einen gesicherten Aufenthalts- und Arbeitsmarktstatus.

Zuwanderung regeln bedeutet nicht, dass nur noch Menschen nach Deutschland gelangen, die sich bequem in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Humanitäres Handeln ist Bestandteil von Zuwanderungspolitik, die einen wirksamen Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende bieten muss.

Und nicht zuletzt kommt es auf die Zuwanderer selbst, auf ihren Integrationswillen an. Bereitgestellte Angebote – Zugänge zum Arbeitsmarkt, Erlernen der Sprache, Verstehen der Kultur des Einwanderungslandes, Staatsbürger des Landes zu werden – sind bereit gestellte Integrationschancen.

Komplexe Lösungen

Demographische Prozesse haben sich globalisiert und verlangen nach komplexen Lösungen. Es erscheint nicht mehr sinnvoll, die demographische Situation in den verschiedenen Regionen der Welt isoliert zu betrachten, nur auf das Altern der Bevölkerung zu sehen oder sich mit der niedrigen Geburtenhäufigkeit oder der Zuwanderung zu befassen. Unsere Gesellschaft hat ein demographisches Problem: Ihre Bevölkerung altert und schrumpft, weil es zu wenige Kinder gibt. Dadurch werden die sozialen Sicherungssysteme gefährdet und der Ruf des Arbeitsmarktes nach Zuwanderern laut, Zuwanderung ohne Integration ist aber nicht denkbar.

Die demographische Lage und die wichtigsten Fragen an die Bevölkerungswissenschaft

Geburtenhäufigkeit und Eheschließungen

Der langfristige Trend – die zwei Geburtenrückgänge

In einem Zeitraum von etwa 100 Jahren, beginnend in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und endend in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, haben sich zwei große Geburtenrückgänge ereignet, die unsere demographische Lage nachhaltig beeinflusst haben. Sie sind die wesentlichen demographischen Grundlagen für das bereits beschriebene Altern der Bevölkerung (sehen Sie dazu bitte auch den Abschnitt zu „Bevölkerungszahl und Altern der Bevölkerung“ ab der Seite 55).

Der Erste Geburtenrückgang

Der Erste Geburtenrückgang fand im Rahmen des so genannten *Ersten Demographischen Übergangs* um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert statt (**Abb. 3 und 4**). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war es üblich, dass Frauen im Durchschnitt fast 5 Kinder zur Welt brachten. Dies belegen sowohl die Daten für die Kalenderjahre dieser Zeit (Periodenmessung mit der zusammengefassten Geburtenziffer/TFR) oder die endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge (Generationenmessung).

Zum Beispiel haben Frauen des Geburtsjahrgangs 1865 im Durchschnitt 4,66 Kinder zur Welt gebracht. Diese aus heutiger Sicht sehr hohe Kinderzahl führte noch dazu, dass die Kindergeneration zahlenmäßig größer als ihre Elterngeneration war. Das ist eine Situation, die es schon lange nicht mehr gibt. Erstmals hatte sich die Elterngeneration des Jahrgangs 1880 durch ihre Kinderzahl nicht mehr vollständig ersetzt. Dies schaffte auch danach kein einziger Geburtsjahrgang mehr. Im Durchschnitt wurden von den Frauen damals 3,36 Kinder geboren. Zum so genannten einfachen Ersatz der Elterngeneration wären aber 3,44 Kinder erforderlich gewesen. Das Geburtenverhalten des Jahrgangs 1880 kann als Beginn einer neuen demographischen Zeitrechnung ge-

sehen werden, denn wenn der Ersatz der Elterngenerationen nicht mehr gewährleistet ist, ist langfristig die Voraussetzung für das Altern der Bevölkerung gegeben.

Die zusammengefassten Geburtenziffern (wie eine zusammengefasste Geburtenziffer berechnet wird und was sie aussagt, erfahren Sie auf den Seiten 88/89) dieser Zeit haben sich in nur 25 Kalenderjahren zwischen 1890 und 1915

Die wichtigsten Fragen

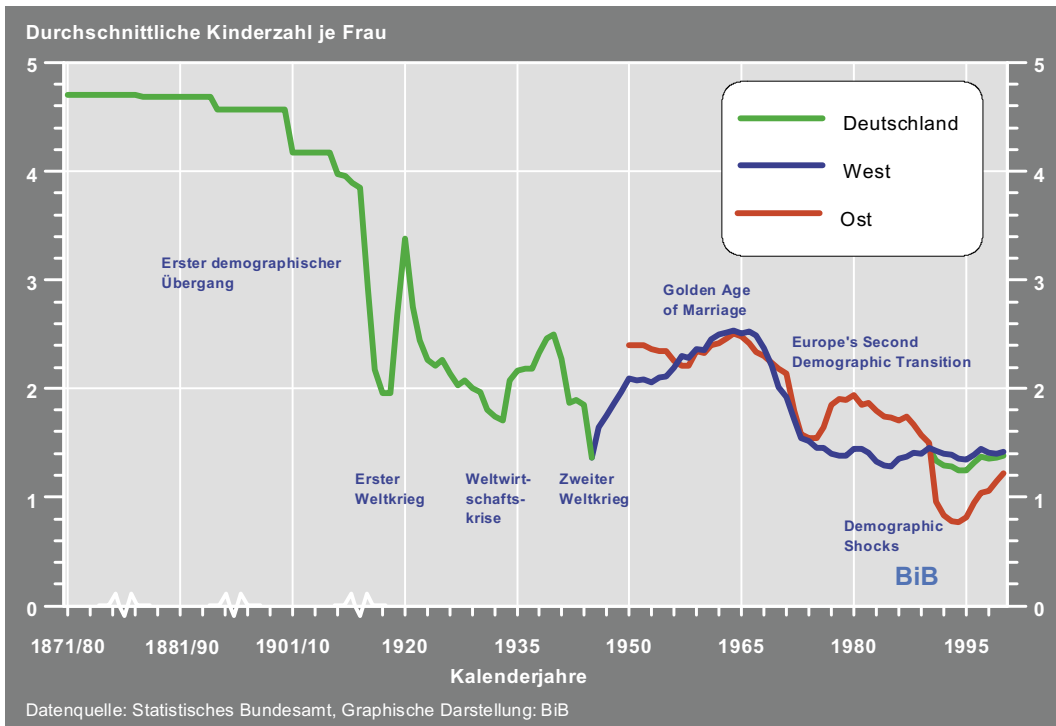
Was ist mit dem Ersatz der Elterngenerationen (Bestanderhaltung) gemeint?

Sind von 1000 Frauen eines Geburtsjahrgangs bis zu ihrem 49. Lebensjahr wiederum 1000 Mädchen geboren worden, so spricht man vom einfachen Ersatz der Elterngeneration. Ist die Zahl größer bzw. kleiner als 1000, hat ein erweiterter oder reduzierter Ersatz der Elterngeneration stattgefunden. Dies wird mit der sogenannten Nettoerproduktionsziffer berechnet (siehe Seite 89).

Da in die Berechnung auch die Sterblichkeit einfließt, ändert sich im Verlauf der Zeit die Anzahl der Kinder je Frau, die für diesen einfachen Ersatz nötig sind. Waren es im Geburtsjahrgang 1865 vor allem aufgrund der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit im Durchschnitt noch 3,49 Geburten je Frau, so sind es heute nur noch 2,08.

von 4,68 auf 2,92 deutlich verringert. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Die Industrialisierung hat damals die Bevölkerungszahl in den Städten sprunghaft anwachsen lassen. Die Menschen wurden aus den traditionellen ländlichen Gemeinschaften herausgelöst. Rationale Verhaltensmuster städtischer Bevölkerungen begannen sich durchzusetzen. Als unmittelbare Motive in diesem Wandel waren u.a. wirksam, dass Kinder ihre Rolle als Arbeitskräfte und Altersstütze für ihre Eltern verloren. Aber auch

Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871 - 2002



die Situation der Kinder selbst hatte sich verändert. Der Wandel von Gemeinschaft zu Gesellschaft (das Herauslösen der Individuen aus starren gesellschaftlichen Strukturen, abgeschwächte soziale Kontrolle, Selbstdeutung auf der individuellen Ebene) bot neue Chancen, denn der Lebensweg war nun nicht mehr starr vorgezeichnet, sondern gestaltbarer. Es ging zunehmend um das Kind selbst, um seine Erziehung und Ausbildung, die für die Lebensperspektive verantwortlich war. Schnell setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Familie ihre neue Funktion mit weniger Kindern viel besser erfüllen kann. Dieses Verhaltensmuster etablierte sich zunächst in den höher gebildeten Schichten, etwa dem Bürgertum oder den Beamten, griff aber nach und nach auf weitere Teile der Bevölkerung über.

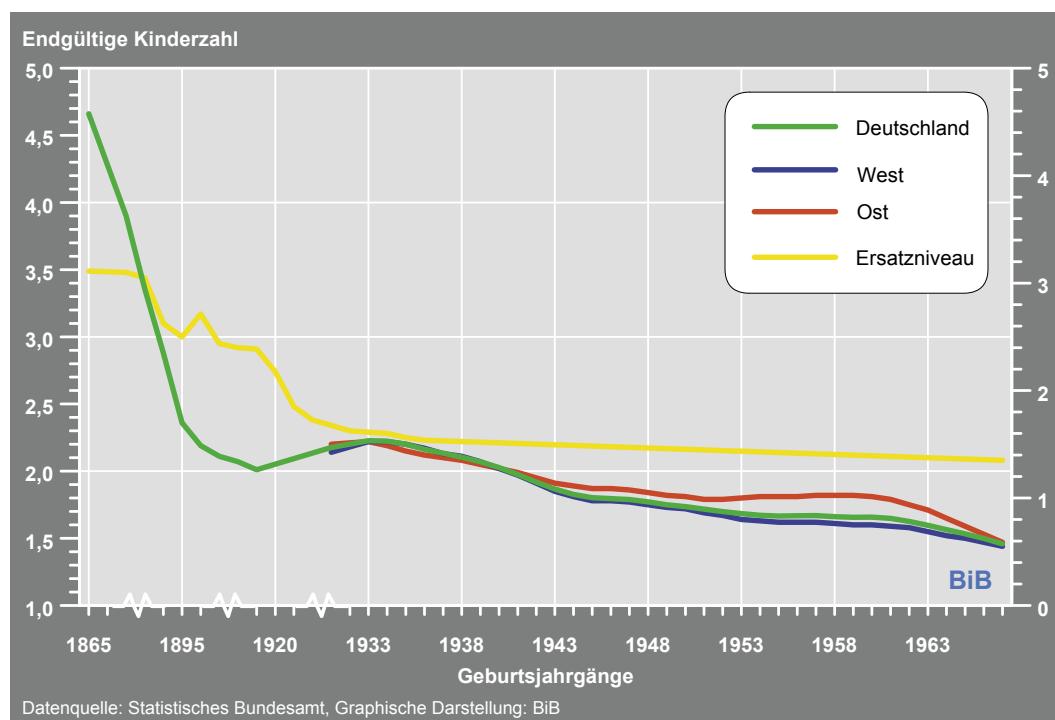
Starke Schwankungen in Krisenzeiten

Durch soziale Krisensituationen sind drei Geburtentiefs in der Zeit des Ersten Weltkrieges, der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges ausgelöst worden. Für die Geburtenhäufigkeit ist es üblich, dass auf kurzzeitige Geburtentiefs wieder kurzzeitige Anstiege fol-

gen. Geburten werden dann nachgeholt, wenn sich die gesellschaftlichen Umstände wieder gebessert haben. Timing-Effekt – das Vorziehen oder Nachholen von Geburten im Biographieverlauf – wird dieses Phänomen in der Bevölkerungswissenschaft genannt.

Insbesondere an den Zweiten Weltkrieg schloss sich ein ausgeprägtes Geburtenhoch an, das nicht mehr nur aus Timingeffekten erklärt werden kann. Über eine kurze Zeit, ausgelöst durch eine Euphoriestimmung in der Bevölkerung in der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders, kombiniert mit einer hohen Heiratsneigung und einer hohen Wertigkeit von Familie, stellte sich bis zur Mitte der 60er Jahre das bislang letzte deutsche Geburtenhoch ein. Aufgrund der hohen Heiratshäufigkeit wird dieser Zeitraum auch als *Golden Age of Marriage* bezeichnet. Noch einmal ersetzen sich, analysiert nach Kalenderjahren, die Elterngenerationen zahlenmäßig durch die Geburt von Kindern (wie dies gemessen wird, ist auf der Seite 89 erklärt). Betrachtet nach Geburtsjahrgängen ist ein solcher Effekt allerdings nicht zu beobachten. Träger dieses Geburtenhochs waren die um 1930 geborenen Männer und Frauen (Abb. 4).

Abb. 4: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 - 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl



Der Zweite Geburtenrückgang

Überraschend für die Bevölkerungswissenschaftler der damaligen Zeit begannen um 1965 die Geburtenzahlen zu sinken. Zunächst vermutete man nur einen temporären Rückgang, doch allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, dass dieser Geburtenrückgang zumindest in einem langen Zeitraum irreversibel sein wird. Überraschend war auch, dass der Geburtenrückgang ganz Europa relativ gleichzeitig erfasst hatte. Er wird daher auch, in Anlehnung an den Ersten Demographischen Übergang, als *Europe's Second Demographic Transition* bezeichnet.

Europe's Second Demographic Transition fand in Deutschland in der Mitte der 70er Jahre seinen Abschluss. Seither herrscht zumindest in Westdeutschland ein stabil niedriges Geburtenniveau. Im Durchschnitt werden je Frau 1,4 Kinder geboren. Die Elterngenerationen ersetzen sich damit zu etwa 67 %. Diesem Wert nähern sich auch die Geburtsjahrgänge an. Denn: Ist die auf der Basis von Kalenderjahren berechnete zusammengefasste Geburtenziffer über einen längeren Zeitraum konstant, pendeln sich die Perioden- und Generationenkennziffern schließlich auf einem Niveau ein.

Die wichtigsten Fragen

Worin unterscheiden sich der Erste und der Zweite Geburtenrückgang aus der Sicht der Familienbildung?

Im Ersten Geburtenrückgang bildete sich die heutige „Normalfamilie“, in der zwei Generationen leben, heraus. Vorherrschender Familientyp wurden die auf Liebe und Ehe gegründeten Eltern-Kind(er)-Familien, in denen die Kinder eine wachsende Zuneigung und Aufmerksamkeit erfuhren. Frauen sind in diesem Modell auf den Haushalt verwiesen. Im Zweiten Geburtenrückgang beginnt die alleinige Dominanz dieser Familienform zu schwinden. Ausgelöst durch Individualisierungstrends in der Gesellschaft werden neben der Familienorientierung Werte wie Erwerbstätigkeit, Selbstverwirklichung, Anerkennung außerhalb der Familie immer bedeutsamer. Die Biographieverläufe sind nicht mehr so eng an traditionellen sozialen Institutionen wie der Familie orientiert. Heiraten und Kinder haben wird weniger selbstverständlich. Das ist die Grundlage, auf der sich neben der Familie vom Grundmodell abweichende, auch kinderlose Formen des Zusammenlebens etablieren können.

Warum nur noch so wenige Kinder geboren werden, hat natürlich verschiedenste ganz konkrete Ursachen. Diese sind im Spannungsfeld von Kinderkosten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Selbstverwirklichungsstreben der heutigen Elterngenerationen angesiedelt. Kinder verursachen erstens hohe Kosten, die Wahlmöglichkeiten in anderen Bereichen begrenzen. Hinzu tritt, dass die Bedingungen für das Vereinbaren von Familie und Elternschaft den Ansprüchen der jungen Generation nur unzureichend gerecht werden. Kinder wollen, bedeutet zumindest den zeitweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Es fallen Kinderkosten

Die wichtigsten Fragen

Wie ist der Zweite Geburtenrückgang in Europa verlaufen?

Die Geburtenziffern begannen zunächst in Nordeuropa zu sinken. Danach folgten mit einer hohen Gleichförmigkeit des Verlaufs die westeuropäischen Staaten. Als letzte Gruppe traten die südeuropäischen Länder in den Zweiten Geburtenrückgang ein. Festzustellen ist: je später der Rückgang begann, desto tiefer ist das Geburtenniveau gesunken. In Nordeuropa fand in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sogar ein Wiederanstieg statt, der sich aber nicht fortsetzte. Als Ergebnis blieb, dass Nordeuropa ein etwas höheres Geburtenniveau kennzeichnet. In den ehemals sozialistischen Ländern hat ein Geburtenrückgang erst in den 90er Jahren eingesetzt. Ob es sich dabei um eine Krisenreaktion, das Nachholen des Zweiten Geburtenrückgangs oder eine Kombination beider Elemente handelt, muss aufgrund des heutigen Wissensstandes noch offen bleiben.

an, und das Familieneinkommen verringert sich durch den Wegfall eines Einkommens. Zudem entscheiden sich viele Frauen aufgrund ihres Strebens nach Karriere oder Selbstverwirklichung im Beruf überhaupt gegen Kinder bzw. gegen mehrere Kinder.

Auffällige Entwicklungen im Gesamtniveau der Geburtenhäufigkeit haben sich nach dem Zweiten Geburtenrückgang nur noch in der damaligen DDR vollzogen. Zunächst scheint es so, als hätte der Zweite Geburtenrückgang auch in Ostdeutschland stattgefunden. Dies ist aber ein Irrtum. 1972 erfolgte die völlige Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, was zu einem Geburtenrückgang und damit parallelen Trends in

West- und Ostdeutschland führte. Nachfolgende familienpolitische Maßnahmen, die unzweifelhaft pronatalistischen Charakter besaßen, haben bewirkt, dass Geburten nachgeholt wurden, woraus sich der schnelle Wiederanstieg und der nachfolgende Rückgang erklären.

Geburtentief in Ostdeutschland

Ein markantes Ereignis für Ostdeutschland ist der Geburteneinbruch zwischen 1991 und 1994, der durch das Ende der DDR und die nachfolgenden Unsicherheiten in der ersten Zeit der Systemtransformation ausgelöst wurde. Die zusammengefasste Geburtenziffer ist zwischen 1990 und 1994 von 1,52 auf 0,77 gefallen. Letzterer Wert ist die niedrigste Geburtenhäufigkeit, die jemals in der Welt registriert wurde. Bezeichnet wurde diese Situation mit dem Begriff der *Demographic Shocks*. Gemeint ist, dass die jungen Menschen in Ostdeutschland die Geburt von Kindern zunächst aufgeschoben haben, um sich in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland mit den neuen Möglichkeiten und Risiken zurechtzufinden. Nachdem relativ schnell offensichtlich wurde, dass sich der Systemwandel mit seinen vielen Problemen (wirtschaftlicher Strukturwandel, Arbeitslosigkeit, neue Bildungs- und Qualifikationserfordernisse, ein neues System der sozialen Sicherung) über einen längeren Zeitraum erstrecken würde, haben sich viele junge Menschen in der ersten Hälfte der 90er Jahre gegen Kinder bzw. gegen ein weiteres Kind entschieden. Gleichzeitig löste sich das DDR-typische Muster der frühen Geburt der Kinder auf. Beides also, die Entscheidungen gegen Kinder und die spätere Geburt der Kinder, haben zu dem tiefen Fall der zusammengefassten Geburtenziffer geführt.

Ab 1995 begann die Geburtenziffer allmählich anzusteigen. Jüngere Geburtsjahrgänge sind inzwischen in die Lebensphase mit der höchsten Geburtenhäufigkeit gelangt. Und diese verhalten sich ähnlich wie ihre westdeutschen Vergleichsjahrgänge, so dass es zu einer deutlichen Annäherung der Geburtenhäufigkeit gekommen ist. Für Westdeutschland betrug 2000 die zusammengefasste Geburtenziffer 1,41 und für Ostdeutschland 1,21. In den Jahren 2001 und 2002 hat sich der Wiederanstiegstrend im Osten allerdings nicht mehr fortgesetzt. Die zusammengefassten Geburtenziffern sind sogar geringfügig auf 1,18 zurückgegangen.

Deutschland – ein *Low-Fertility-Land*

Die niedrigste Geburtenhäufigkeit in Europa ist, obwohl dies lange der Fall war, nicht mehr in West- bzw. Ostdeutschland anzutreffen. In der Zeit nach dem Zweiten Geburtenrückgang war es zunächst Westdeutschland, das lange die niedrigsten Werte aufwies. Ende der 80er Jahre wurde dann Südeuropa, insbesondere Italien und Spanien, die Region mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit. Südeuropa ist inzwischen von den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten abgelöst worden (Tab. 1). Der komplette Austausch der Wirtschafts- und Sozialordnung hat diese Länder in eine tiefe Strukturbruchkrise geführt, die von deutlichen Geburtenrückgängen begleitet war. Zunächst sank die Geburtenhäufigkeit in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre auf ein bis dahin nicht gekanntes Niveau. Dies ist aus dem Tempo und der Radikalität des Systemwechsels, da die westdeutsche Wirtschafts- und Sozialordnung übernommen wurde, erklärbar.

Tab. 1: Länder mit den niedrigsten zusammengefassten Geburtenziffern in Europa, 1980, 1990 und 2000

Jahre		
1980	1990	2000
Deutschland-W. 1,45	Italien 1,33	Armenien 1,11
Dänemark 1,55	Spanien 1,36	Tschechien 1,14
Schweiz 1,55	Griechenland 1,39	Russland 1,21
Niederlande 1,60	Deutschland-W 1,45	Deutschland-O 1,22
Finnland 1,63	Österreich 1,45	Spanien 1,24

Datenquelle: Council of Europe, Recent demographic developments in Europe, 2002

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre begannen dann auch in den übrigen Transformationsländern die Geburtenziffern zu sinken. Inzwischen sind Armenien und Tschechien die Länder mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit. In der **Tabelle 1** sind jeweils für 1980, 1990 und 2000 die fünf Länder mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit dargestellt. Sehr klar beobachtbar ist der Übergang der niedrigsten Geburtenhäufigkeit von West- über Süd- nach Osteuropa bei einem weiteren Rückgang der Geburtenziffern.

Abbildung 5, die Karte der Geburtenhäufigkeit in Europa, zeigt die gegenwärtige Verteilung (je dunkler die Einfärbung, desto höher ist die Geburtenhäufigkeit). Wir haben es in Europa mit der Ausnahme Frankreichs mit einem Nord-Süd-Gefälle aufgrund der niedrigen Kinderzahlen in Italien, Spanien und Griechenland

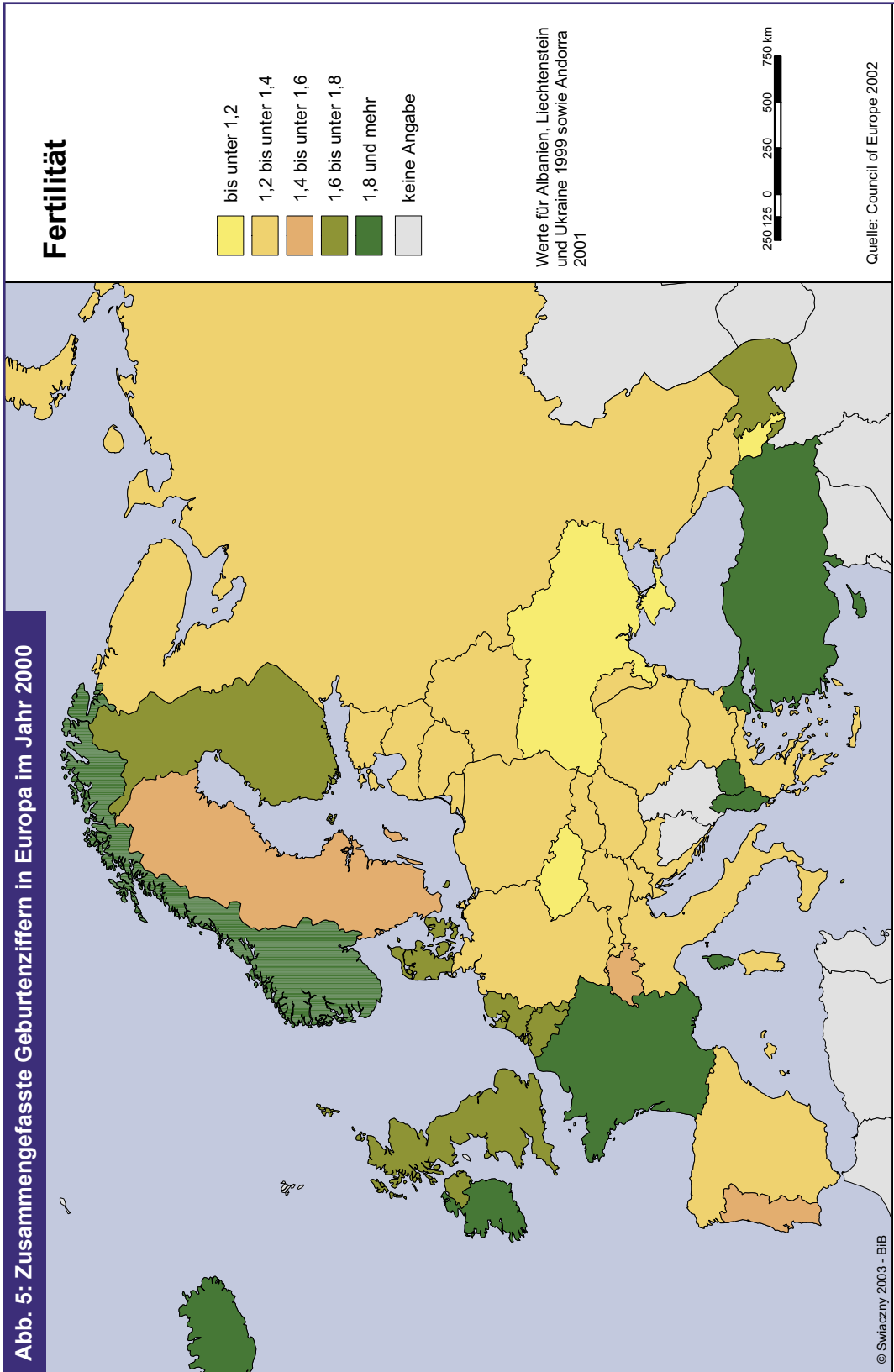
Die wichtigsten Fragen

Warum gehen in allen ehemals sozialistischen Ländern die Geburtenziffern zurück?

In den 90er Jahren hat in den Transformationsländern der Übergang von einer zentral geleiteten in eine marktwirtschaftliche Ordnung stattgefunden. Gekennzeichnet waren die sozialistischen Wirtschaftssysteme u.a. durch eine überdimensionierte Großindustrie und Landwirtschaft, deren Umbau in allen Ländern zu einer tiefen Strukturbruchkrise führte. Dies kann als eine Gesetzmäßigkeit der Transformationsphase bezeichnet werden. Merkmale dieser Zeit waren Rückgänge des Bruttosozialprodukts, Inflation, Arbeitslosigkeit und Zerfall der bisherigen sozialen Sicherungssysteme. Dies hat der Bevölkerung die eingetretene Krisensituation signalisiert, die darauf mit Entscheidungen gegen die Geburt von Kindern reagiert hat. Menschen richten in Krisensituationen ihr Verhalten an Kriterien der ökonomischen Rationalität aus. Kinder erscheinen dann als ein Grund, der zu sozialer Unsicherheit führt. Sie werden aus der Sicht der Kinderkosten, der Verringerung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eingeschränkter regionaler Mobilität gesehen. Dagegen dürften vermutete Individualisierungstendenzen in Osteuropa das Geburtenverhalten noch nicht beeinflussen.

und einem West-Ost-Gefälle aufgrund der inzwischen sehr niedrigen Geburtenhäufigkeit in den osteuropäischen Transformationsstaaten zu tun. Das Zentrum der Tiefstwerte findet sich ganz eindeutig in Mittel- und Osteuropa.

Deutschland ist in diesem Vergleich, auch wenn es nicht mehr zu den Ländern mit der allerniedrigsten Geburtenhäufigkeit zählt, mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von insgesamt 1,38 ein *Low-Fertility-Land* geblieben. Es gibt inzwischen aber 19 Länder in Europa, die eine noch geringere Geburtenhäufigkeit als Deutschland aufweisen.



Kinderlosigkeit – ein zu wenig beachtetes Phänomen?

Die bisherigen Betrachtungen waren an den zusammengefassten Geburtenziffern orientiert, die einen guten Einblick in die allgemeinen Trends geben. Es lohnt sich aber immer, auch mal einen Blick hinter solche Kennziffern zu werfen. Wir werden insbesondere für Westdeutschland sehen, dass es nach Abschluss des Zweiten Geburtenrückgangs nicht nur Stabilität in den Verhaltensmustern gab.

Eines der bedeutenden Phänomene der heutigen Zeit ist die schnell steigende Kinderlosigkeit. Um die Trends zu verdeutlichen, sind in der **Tabelle 2** die Frauen der Geburtsjahrgänge 1935 bis 1967 in Westdeutschland nach der Zahl ihrer Kinder gruppiert. **Abbildung 6** zeigt detailliert für alle Geburtsjahrgänge den Anstieg der Kinderlosigkeit.

Mehr als die Hälfte der Frauen des Geburtsjahrgangs 1935 hatten 3 oder mehr Kinder. Kinderlosigkeit war mit 6,7 % kaum anzutreffen. Man beachte dabei, dass dieser Geburtsjahrgang seine Familienbildungsphase noch in der Zeit des *Golden Age of Marriage* durchlebt hat. Die hohe Wertschätzung der Familie und

Die wichtigsten Fragen

Warum muss der Anteil kinderloser Frauen in Deutschland geschätzt werden?

In der amtlichen Statistik werden die Geburten nach der Lebendgeborenenfolge nur für die bestehenden Ehen gezählt. Wir müssen bei der Berechnung also Geburten in vorhergehenden Ehen beachten und auch die Paritätsverteilung der von unverheirateten Frauen geborenen Kinder schätzen. Das BiB nimmt seine Berechnungen aufgrund der Daten der amtlichen Statistik vor.

Andere Vorgehensweisen können zu anderen Ergebnissen führen. So liegen die Anteile kinderloser Frauen in den Berechnungen von Herwig Birg etwas höher als in denen des BiB, zeigen aber den gleichen Trend. Danach werden die nach 1965 Geborenen zu ca. einem Drittel kinderlos bleiben.

als Folge einer sozialen Krisensituation eingetreten. Auch in früher geborenen Jahrgängen hat es zum Teil beträchtliche Anteile kinderloser Frauen gegeben. So hatten die Frauen der

Tab. 2: Frauen nach der Zahl der geborenen Kinder in Westdeutschland, Geburtsjahrgänge 1935 - 1967, in % (Anteile geschätzt)

Geburtsjahre	Keine Kinder	Ein Kind	Zwei Kinder	Drei und mehr Kinder
1935	6,7	23,2	11,5	58,6
1940	10,5	23,7	24,4	41,5
1945	13,0	26,9	29,6	30,5
1950	14,8	27,4	31,6	26,3
1955	19,2	24,4	31,8	24,6
1960	21,3	22,1	32,5	24,1
1965	26,5	20,2	31,8	21,7
1966	27,6	19,9	31,4	21,1
1967	28,6	19,5	31,3	20,6

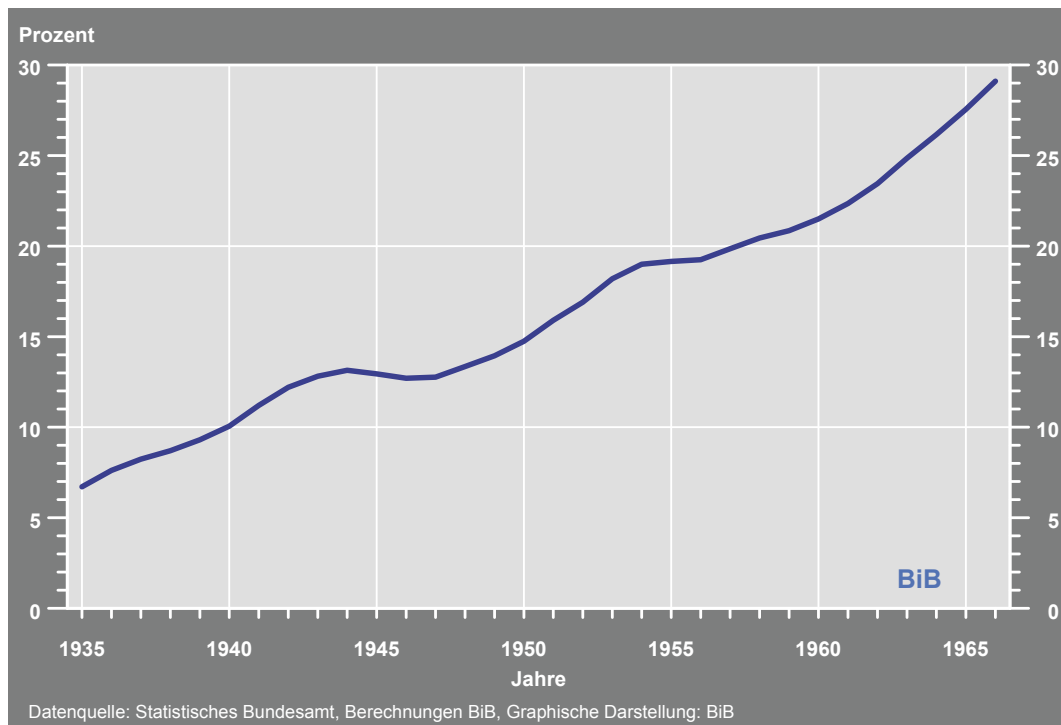
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung BiB

die hohe Heiratsneigung haben zu einer niedrigen Kinderlosigkeit geführt. Seitdem stieg die Kinderlosigkeit kontinuierlich und erreichte im Geburtsjahrgang 1967 einen Anteil von 28,6 %. Diese Situation ist keineswegs eine historisch neuartige Erscheinung, ist aber erstmals nicht

Geburtsjahrgänge 1901/05 zu 19 % keine Kinder. Man spricht daher heute von der neuen Kinderlosigkeit.

Generell haben sich die Anteile der Frauen nach der Kinderzahl deutlich verschoben. In den Geburtsjahrgängen der 30er und 40er Jahre waren größere Familien mit drei und mehr Kindern dominierend. Mit ihrem Rückgang hat sich der Anteil Kinderloser und der Anteil der Ein- und Zwei-Kind-Familien erhöht. In den jüngeren Geburtsjahrgängen gibt es nun eine neue Umverteilung. Die Anteile der Frauen mit zwei und drei Kindern gehen nur noch langsam zurück. Dagegen sinkt der Anteil der Frauen mit einem Kind, während Kinderlosigkeit sehr stark ansteigt.

Abb. 6: Anteile kinderloser Frauen in Westdeutschland, Geburtsjahrgänge 1935 - 1966 (in %)



Die wichtigsten Fragen

Wie entsteht Kinderlosigkeit?

Die Forschungen zum Kinderwunsch bei jüngeren Frauen und Männern zeigen, dass nur wenige der etwa 20-Jährigen sagen, dass sie keine Kinder wollen und auch keinen Kinderwunsch haben, wobei es wohl einen größeren Teil gibt, der darüber noch keine festen Vorstellungen hat. Der Weg in die Kinderlosigkeit führt meist über ein wiederholtes Aufschieben der Geburt des ersten Kindes. Zunächst sind die Ausbildung, dann das Schaffen einer materiellen Basis für eine Familiengründung und der Berufseinstieg oder eine mögliche Karriere wichtiger. Die Familiengründung wird immer weiter aufgeschoben, bis sich ein Lebensstil etabliert hat, zu dem Kinder nicht mehr passen oder Kinder bekommen nicht mehr möglich ist.

Nun auch im Osten

Kinderlosigkeit in Deutschland war zuerst nur eine westdeutsche Erscheinung (Abb. 6). Vor allem die Geburtsjahrgänge der 50er Jahre in

der damaligen DDR hatten nur zu ca. 5 % keine Kinder. Die in den 60er Jahren geborenen Frauen beginnen dann bereits dem westdeutschen Verhaltensmuster zu folgen. Das Geburtstief zu Anfang der 90er Jahre erklärt sich auch durch anwachsende Kinderlosigkeit. Die um 1965 geborenen Frauen werden nach Daten aus dem Mikrozensus zu ca. 20 % kinderlos bleiben. Es werden bei einem deutlichen Anstieg aber noch nicht die Werte erreicht, wie wir sie gegenwärtig in Westdeutschland beobachten.

Polarisierung

Polarisierungsphänomene sind in unserer Zeit nichts Ungewöhnliches. Mit der wachsenden Kinderlosigkeit hat sich auch eine Polarisierung hinsichtlich der Familienbildung eingestellt. Es bestehen nach der so genannten Polarisierungsthese zwei Hauptgruppen in der Bevölkerung im familienbildenden Alter zwischen dem 25. und 45. Lebensjahr. Einerseits haben wir es mit den Kinderlosen zu tun, die großteils auch unverheiratet bleiben. Andererseits existiert eine größere Gruppe, die dem

traditionellen Muster der Familienbildung folgt, also verheiratet ist und Kinder hat. Die Größenordnung zwischen beiden beträgt etwa zwei Drittel (in Familie leben) zu einem Drittel (in Lebensformen ohne Kinder leben). Der steigende Anteil kinderloser Frauen bei einer Abnahme des Anteils der Frauen mit nur einem Kind zeigt eine grundlegende Entscheidungssituation an, die auch die Polarisierung deutlicher werden lässt. Einerseits fallen Entscheidungen generell gegen Kinder oder aber, wenn man sich für Familie entscheidet, dann in aller Regel für eine auf Ehe aufbauende Familie, zu der mehr als ein Kind gehört.

Kritiker dieser These führen an, dass man mit einer einfachen Zweiteilung der Bevölkerung der Vielfalt in den Lebensformen, vor allem bei den Kinderlosen und den Jüngeren, die sich noch nicht in der Familienbildungsphase befinden, nicht gerecht wird. Dem ist zuzustimmen. Es sollte aber beachtet werden, dass die Polarisierungsthese auf den wenig beachteten Trend zur Kinderlosigkeit aufmerksam macht, zumal dieser sehr viele Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme hat.

Zwei soziale Milieus

Die Kinderlosigkeit hat ähnliche Ursachen wie die niedrige Geburtenhäufigkeit. Wir gehen also davon aus, obwohl es darüber keine zuverlässigen Zahlen gibt, dass es sich bei der Kinderlosigkeit zu einem geringeren Teil um eine ungewollte Kinderlosigkeit handelt. In den Forschungen zu diesem Thema werden immer wieder zwei soziale Gruppen gefunden, in denen Kinderlosigkeit besonders häufig ist. Das

Heiraten und Kinderhaben

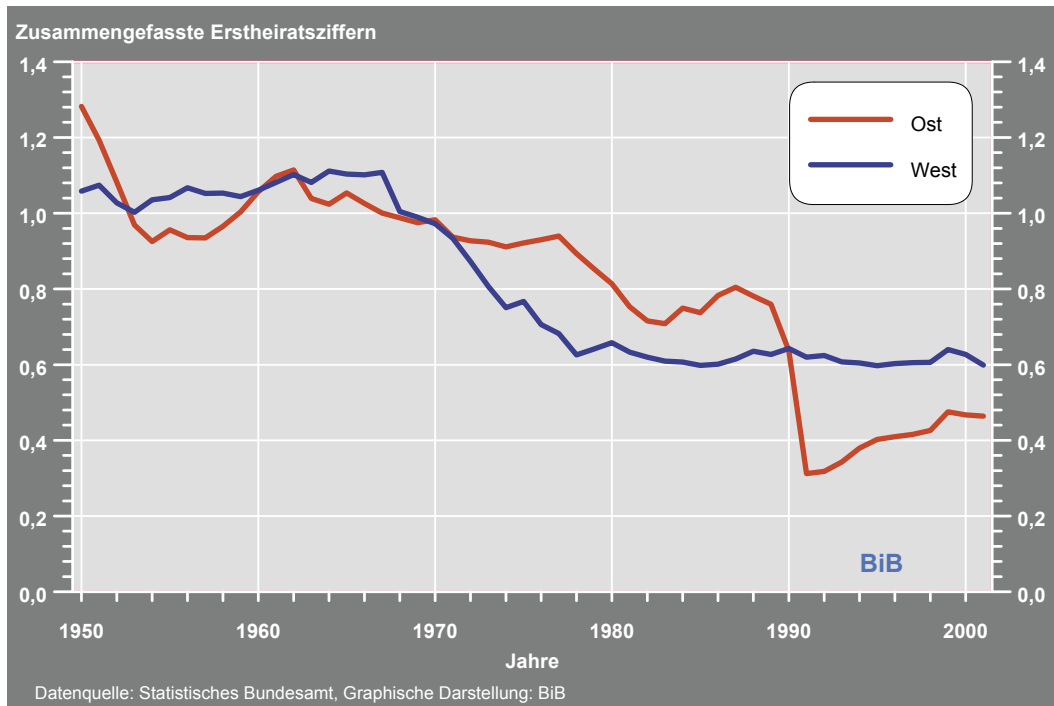
In der **Abbildung 7** ist der Verlauf der zusammengefassten Erstheiratsziffern für Frauen in Deutschland dargestellt. Dem *Golden Age of Marriage* bis zur Mitte der 60er Jahre folgt im Zeitraum des Zweiten Geburtenrückgangs für Westdeutschland auch ein Rückgang der Heiratshäufigkeit. In der damaligen DDR blieb das Muster einer hohen Verheiratung bestehen. Dieses hat sich erst mit dem Ende der DDR und dem damit zu Beginn der 90er Jahre einsetzenden generellen demographischen Wandel verändert. Es wurden nur noch wenige Kinder geboren und mit ihnen entfiel auch das zentrale Heiratsmotiv. Ab Mitte der 90er Jahre steigt die Heiratshäufigkeit dann wieder.

ist zum einen das so genannte Karrieremilieu. In Deutschland besteht aufgrund der Vereinbarungsbedingungen für viele Frauen das Problem, sich zwischen beruflicher Karriere und Familie zu entscheiden. Insbesondere bei den hochqualifizierten Frauen fallen die Entscheidungen immer häufiger gegen eine Familiengründung. Die Daten des Mikrozensus zeigen, dass Frauen in der Altersgruppe von 35 bis 39 Jahren mit einem akademischen Abschluss zu 38 % ohne Kinder im Haushalt leben. Zum anderen findet sich Kinderlosigkeit bei Paaren mit einem relativ niedrigen (nicht mit einem sehr niedrigen) Einkommen. Wir bezeichnen diese Gruppe als Milieu der konkurrierenden Optionen. Hier entscheidet man sich gegen Kinder, weil aufgrund der hohen Kinderkosten der bislang gewohnte Lebensstandard nicht beibehalten werden könnte.

Kinderlose sind in der jüngsten Zeit in die öffentliche Kritik geraten. Ihnen wird vorgeworfen, sich nicht am Generationenvertrag zu beteiligen und stattdessen egoistisch die berufliche Karriere in den Vordergrund zu stellen. Dadurch sichern sie sich einen Lebensstandard, den Familien nicht erreichen können. Gleichzeitig lassen sie sich ihre Alterssicherung von den Kindern anderer erwirtschaften, so die Vorwürfe weiter. Ohne Zweifel ist hier mehr soziale Gerechtigkeit notwendig. Es ist aber nicht zu akzeptieren, dass Kinderlose diffamiert werden. Vielmehr sollte es darum gehen, die Bedingungen zu beseitigen, die zu Kinderlosigkeit im heutigen Ausmaß führen. Hierzu zählt vor allem die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

An dieser Stelle ist eine methodische Anmerkung nötig. Die zusammengefassten Erstheiratsziffern beschreiben den Trend und sind zu Vergleichen geeignet. Sie können aufgrund ihrer Berechnung jedoch nicht als Anteil der jemals Heiratenden bzw. umgekehrt als Anteil der ledig Bleibenden interpretiert werden. Dazu sind am BiB Erstheiratstafeln berechnet worden (**Tab. 3**). Diese zeigen, wie viele von 100 Frauen und Männern entsprechend der Heiratsneigung des jeweiligen Kalenderjahres zumindest einmal im Leben heiraten oder über das gesamte Leben ledig bleiben (siehe dazu auch den Abschnitt „Vom Umgang mit den Kennziffern“ auf der Seite 89).

Abb. 7: Zusammengefasste Erstheiratsziffern für Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 - 2001



In den 60er und 70er Jahren blieben in Westdeutschland nur wenige Frauen und Männer unverheiratet. 93 % der Frauen und 87 % der Männer heirateten im Jahr 1971 wenigstens

Tab. 3: Altersspezifische Heiratshäufigkeit für Frauen und Männer in Westdeutschland, 1971 - 2000 (in %)

Jahre	Heiratshäufigkeit			
	über das gesamte Leben		ab dem Alter 40	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1971	93	87	22	22
1980	84	76	16	16
1985	80	73	15	18
1990	82	75	18	21
1995	73	64	17	20
2000	77	66	27	26

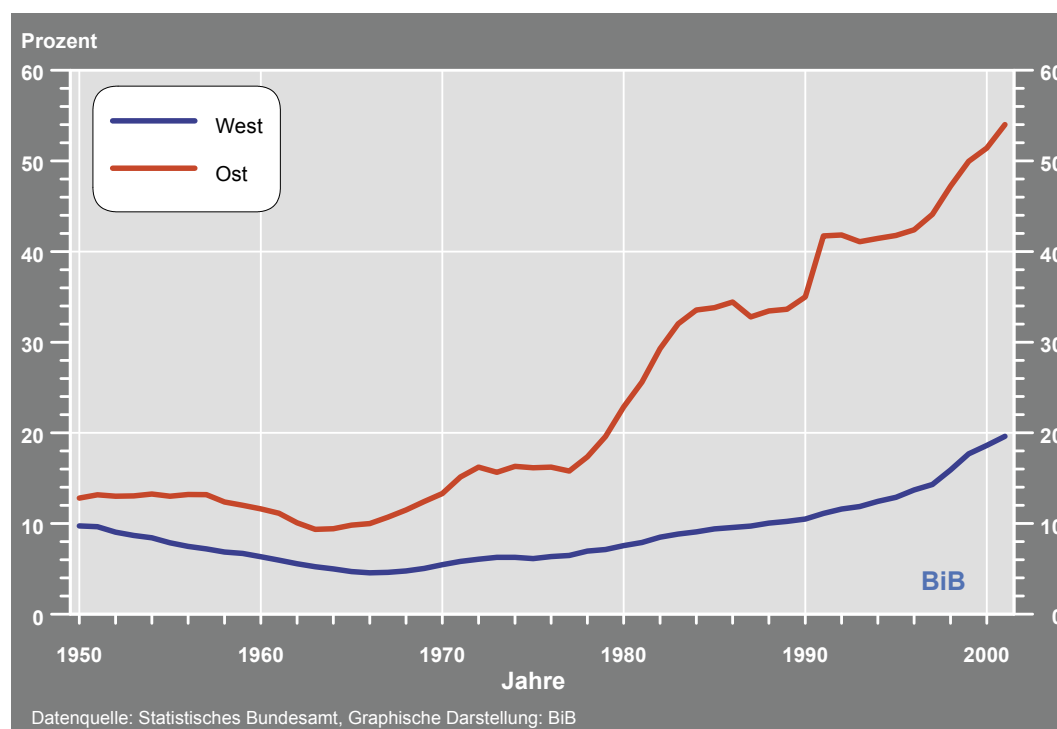
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen BiB

einmal in ihrem Leben (Tab. 3). Übrigens ist die höhere Erstheiratsneigung der Frauen darauf zurückzuführen, dass geschiedene Männer bei

einer erneuten Heirat häufig ledige Frauen heiraten. In den 80er und 90er Jahren ging dann die Erstheiratsneigung deutlich zurück. 1995 gingen noch 64 % der Männer und 73 % der Frauen eine Erstehe ein. Ein Drittel der Männer und ein Viertel der Frauen bleiben danach über ihr gesamtes Leben unverheiratet. Für das Jahr 2000 ist ein Anstieg zu verzeichnen, der aber wohl keine Trendwende im Heiratsverhalten markiert. 77 % der Frauen und 66 % der Männer gingen eine Erstehe ein.

Wir haben es wieder einmal mit den häufiger zu beobachtenden Timing-Effekten (in jüngster Zeit auch Tempo-Effekte genannt) zu tun. Das erste Jahr des neuen Jahrtausends stellte ein besonders attraktives Heiratsdatum dar. Ohnehin geplante Eheschließungen sind bis dahin aufgeschoben oder vorgezogen worden. Ähnliches konnten wir schon 1999 mit den besonderen Heiratsdaten 9.9.1999 und 19.9.1999 beobachten. Für die ehemalige DDR ist im Jahr 2000 eine Annäherung an die Situation in Westdeutschland festzustellen. Die Heiratsneigung beträgt 69 % für Frauen und 57 % für Männer. Interessant zu beobachten ist die Ver-

Abb. 8: Anteile der von nicht verheirateten Frauen geborenen Kinder an den Geborenen insgesamt in West- und Ostdeutschland, 1950 - 2002 (in %)



änderung der Heiratschancen mit steigendem Lebensalter. Wer als Lediger nicht bis zum 40. Lebensjahr verheiratet ist, hat danach nur noch wenig Chancen. Die fernere Heiratserwartung 40-Jähriger beträgt nur noch 26 % (Männer) bzw. 27 % (Frauen).

In West- und Ostdeutschland findet man jeweils eine besondere Verknüpfung zwischen Heiraten und Kinderhaben, die auch schon früher bestand (**Abb. 8**). In Westdeutschland ist das Verhaltensmuster „Ehe, wenn Kinder“ weitgehend erhalten geblieben. Die Geburt eines Kindes wird sogar als eines der zentralen Heiratsmotive angesehen. Eine Entkoppelung dieses Verhaltensmusters deutet sich nicht an, obwohl der Anteil der von nicht verheirateten Müttern geborenen Kinder in Westdeutschland von 1970 bis 2001 von 5,5 auf 19,6 % angestiegen ist. Damit finden wir in Westdeutschland eine im europäischen Vergleich inzwischen eher untypische Situation. Insbesondere in Nordeuropa ist es nicht ungewöhnlich, dass die Hälfte aller Kinder von unverheirateten Müttern geboren werden.

In Ostdeutschland ist es schon seit längerer Zeit üblich, dass Frauen bei der Geburt ihrer Kinder nicht verheiratet sind. Bereits in den 80er Jahren war der Anteil auf über 30 % angestiegen. Darin drückte sich noch keine Entkoppelung von Ehe und Geburt der Kinder aus. Man hatte es mit einem sozialpolitischen Mitnahmeeffekt zu tun. An Alleinerziehende gerichtete familienpolitische Maßnahmen (bevorzugter Erhalt eines Kinderkrippenplatzes, bezahlte Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes) sind erst einmal genutzt worden. Geheiratet hat man dann später, wenn die Ansprüche nicht mehr bestanden.

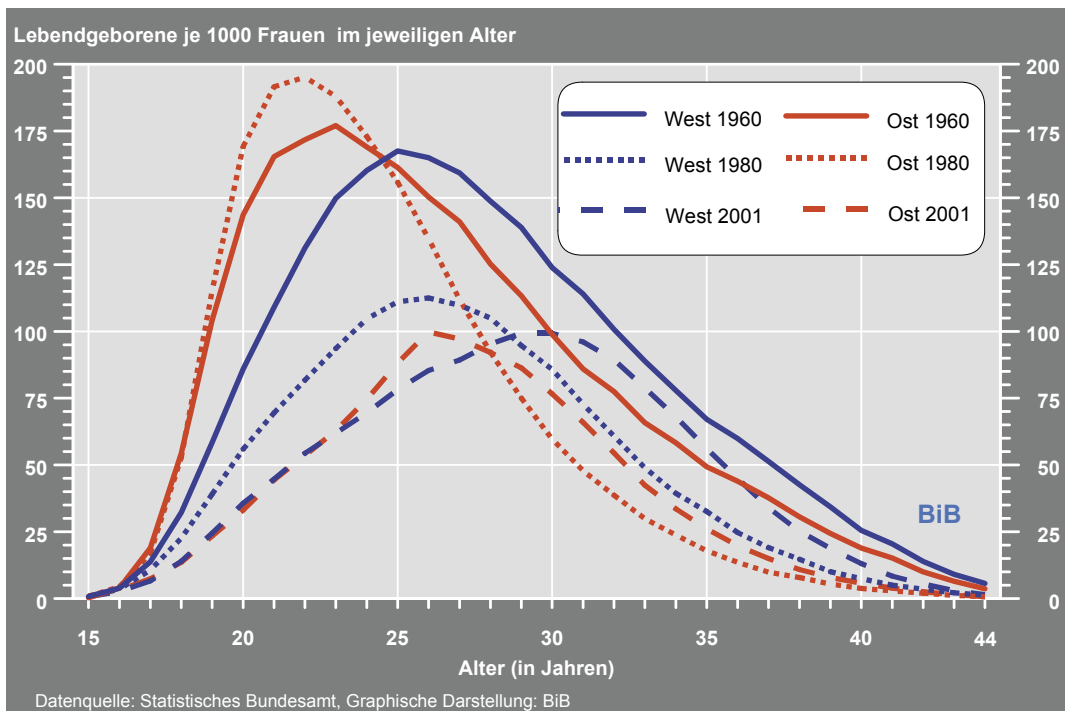
In den 90er Jahren sind die Anteile nochmal angestiegen und erreichten im Jahr 2001 einen Wert von 54 %. Dieser Trend überraschte, gibt es doch bei den demographischen Entwicklungen weitgehend Ost-West-Annäherungen. Während in Westdeutschland die Schutzfunktion der Ehe gesucht wird, werden in Ostdeutschland die Instrumente der sozialen Sicherungssysteme, hier die Sozialhilfe, genutzt, die Verheiratete nicht bekommen.

Immer spätere Eheschließungen und Geburten

Der Lebensabschnitt Familienbildung beginnt in Deutschland immer später. Die Durchschnittsalter bei der ersten Heirat und der Geburt des ersten Kindes nähern sich dem 30. Lebensjahr an.

dieses Muster aufzulösen, in Ostdeutschland ist es bis in die 80er Jahre erhalten geblieben. Die Ursachen dafür findet man in den unterschiedlichen Konzepten der Familienpolitik. In Westdeutschland hat sich ein Nacheinander von

Abb. 9: Altersspezifische Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1960, 1980 und 2001



Frauen in Westdeutschland waren im Jahr 2001 bei der Erstheirat im Durchschnitt 28,4 Jahre alt, die Männer hatten das 30. Lebensjahr sogar schon überschritten (31,2). Ihr erstes Kind bekamen Frauen im Alter von 29,6 Jahren. Damit haben sich die Altersmuster bei der Erstheirat und der Geburt der Kinder komplett gewandelt. In den 70er Jahren erfolgten die Familiengründungen etwa 5 Jahre früher.

Diese Veränderungen sind in der **Abbildung 9** anhand der altersspezifischen Geburtenziffern dargestellt. Das Altersmuster der frühen Geburt bestand in den 60er Jahren in West- und Ostdeutschland in ähnlicher Weise, war aber in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Mit dem Durchlaufen von *Europe's Second Demographic Transition* beginnt sich in Westdeutschland

beruflicher Ausbildung, Einstieg in den Beruf, Familiengründung und ein teilweiser Wiedereinstieg nach der Familienphase etabliert. In der ehemaligen DDR wurde das Konzept des Vereinbarens von Erwerbstätigkeit und Elternschaft vor allem durch den Ausbau der gesellschaftlichen Kinderbetreuung verfolgt. Diese Möglichkeit hat u.a. das Muster der frühen Familiengründung konserviert.

Erst das Ende der DDR hat dann auch dort zum Verschwinden des Musters der frühen Geburt geführt. Die heute 15- bis 25-Jährigen verhalten sich in beiden Regionen Deutschlands sehr ähnlich. Insgesamt werden die Kinder im Osten noch etwas früher geboren. Im 26. Lebensjahr der Frauen werden die meisten Kinder geboren. In Westdeutschland ist es das 30. Lebensjahr.

Schwangerschaftsabbrüche

Schwangerschaftsabbrüche und deren gesetzliche Regelung sind bereits seit langem Gegenstand kontroverser Diskussionen. Die Wogen der Auseinandersetzung um das Für und Wider einer Fristen- oder Indikationenlösung haben sich auch durch die Neuregelung des § 218 des Strafgesetzbuches kaum geglättet. Man denke dabei z.B. nur an die Diskussionen um die Schwangerenberatung der Katholischen Kirche.

Ausgangspunkt der jüngeren Debatten war, dass nach der deutschen Einheit unterschiedliche Gesetzgebungen zum Schwangerschaftsabbruch fortbestanden. Im früheren Bundesgebiet galt seit 1976 ein abgestuftes Indikationsmodell, Abtreibung stand unter Strafe und war nur bei besonderen Indikationen straffrei. In der ehemaligen DDR wurde 1972 der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft völlig legalisiert, also, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in die Entscheidungsbefugnis der Frau gelegt. Nachdem im Einigungsvertrag keine Lösung gefunden wurde, sah dieser vor, dem Deutschen Bundestag das Suchen nach einer Neuregelung zu übertragen. Nach schwierigen Diskussionen beschloss er am 26.06.1992 ein Schwangeren- und Familienhilfegesetz, nach dem ein durch einen Arzt vorgenommener Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen nach der Empfängnis nicht strafbar ist, wobei eine Beratung und eine dreitägige Bedenkzeit vorgeschrieben wurden. Dieses Gesetz trat jedoch nicht in Kraft, da ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht angestrengt wurde. In seinem Urteil vom 25.05.1993 betonte das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die grundsätzliche Pflicht zum Austragen eines Kindes. Auf eine Strafantrohung wurde aber verzichtet, wenn an einem Beratungsgespräch teilgenommen und der Abbruch innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft von einem Arzt vorgenommen wurde. In seinem Urteil ordnete das Bundesverfassungsgericht an, dass die Regelung für Deutschland einheitlich ab dem 16.06.1993 gilt. Am 21.08.1995 verabschiedete dann der Bundestag das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz, das auf einem Kompromiss beruht. Schwanger-

schaftsabbrüche sind seither, abgesehen von medizinisch oder kriminologisch begründeten Ausnahmen, nicht rechtmäßig, bleiben aber straffrei bei Einhaltung der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Regelungen.

Im Jahr 2001 hat es nach den vorliegenden Angaben in Deutschland 134.964 Schwangerschaftsabbrüche gegeben. Auf 1000 Lebend- und Totgeborene kamen 182,4 Schwangerschaftsabbrüche. In der **Abbildung 10** sind die Schwangerschaftsabbruchsziffern zwischen 1974 und 2001 dargestellt. Auffällig ist zunächst das sehr hohe Niveau in der ehemaligen DDR, das durch eine höhere Bereitschaft zum

Die wichtigsten Fragen

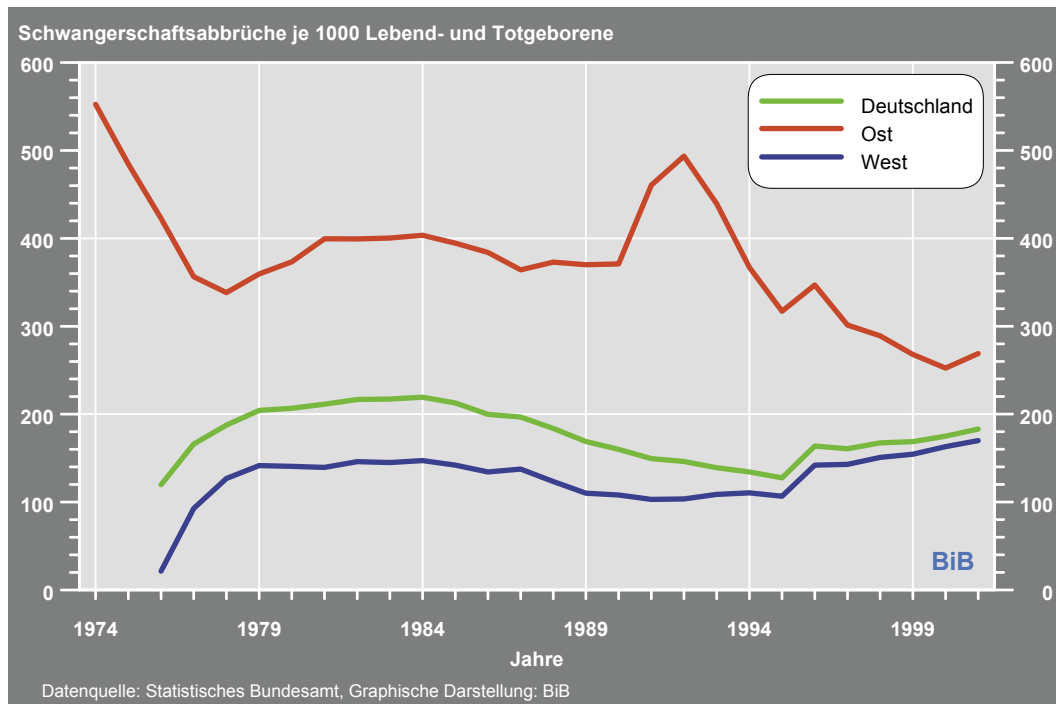
Warum sind Daten zu Schwangerschaftsabbrüchen mit Vorbehalt zu betrachten?

Es ist zu vermuten, dass es zu einer Untererfassung aufgrund der im Ausland vorgenommenen Abbrüche und der lockeren Handhabung der Meldepflicht in Deutschland kommt. Schätzungen lassen vermuten, dass nur etwa 60 % der Schwangerschaftsabbrüche durch die Statistik gezählt werden.

Die Darstellung der Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen nach Bundesländern erweist sich aus zwei Gründen als schwierig. Erstens verfügen wir ab 1993 nur noch über Daten für Berlin insgesamt, so dass die Schwangerschaftsabbrüche Ostberliner Frauen in den Angaben für das frühere Bundesgebiet enthalten sind. Zudem liegen die Daten nicht nach dem Wohnort, sondern nach den Bundesländern vor, in denen der Eingriff erfolgte.

Schwangerschaftsabbruch aufgrund der liberaleren gesetzlichen Regelungen, aber auch durch die vollständigere Zählung zu erklären ist. In den ersten Jahren nach der Legalisierung kamen auf 1000 Lebend- und Totgeborene zunächst mehr als 500 Schwangerschaftsabbrüche, wobei die Kurve nach unten zeigte und sich bei etwa 400 bis zum Ende der 80er Jahre einpegelte. In Westdeutschland war das Niveau mit 120 deutlich niedriger. Die hohe Abbruchhäufigkeit in der ehemaligen DDR führte dazu, dass die Daten nicht mehr veröffentlicht wurden. In Westdeutschland war die Abbruchhäufigkeit nur ein Drittel so hoch. 1990 gab es in Ostdeutschland einen erneuten Anstieg.

Abb. 10: Schwangerschaftsabbrüche je 1000 Lebend- und Totgeborene in Deutschland, 1974 - 2001



Der Geburtenrückgang dieser Zeit kam auch durch häufigere Schwangerschaftsabbrüche zustande und steht für den Willen, in der Wendezeit keine Kinder zu bekommen. Danach ging die Abbruchshäufigkeit im Osten zurück, Schwangerschaftsabbrüche werden immer weniger als Mittel der Geburtenplanung gesehen, während sie in Westdeutschland, insbesondere nach der gesetzlichen Neuregelung, angestiegen sind. Die West-Ost-Unterschiede sind gegenwärtig so gering, wie sie es noch nie waren (Westdeutschland: 170, Ostdeutschland: 269). Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da die sehr hohen Zahlen für Berlin dem früheren Bundesgebiet zugerechnet sind und die Abbrüche nach dem Ort des Abbruchs und nicht nach dem Wohnort gezählt werden. Insofern wäre es auch müßig, Unterschiede zwischen den Bundesländern zu analysieren.

Die Häufigkeit der Schwangerschaftsabbrüche unterscheidet sich stark nach Alter und der Zahl der vorherigen Lebendgeburten. Folgende Tendenzen sind festzustellen:

- Schwangerschaften werden am häufigsten in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen abgebrochen. Die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, ist in der Altersgruppe, in der man üblicherweise noch keine eigene Familie hat und noch in der Ausbildung oder den ersten Berufsjahren ist, geringer ausgeprägt. Die Altersgruppe mit der zweithöchsten Abbruchshäufigkeit ist die der 30- bis 35-Jährigen. Man hat schon so viele Kinder wie man sich wünscht oder möchte in diesem Alter keine mehr. Dies wird als generatives Stoppverhalten bezeichnet.
- 39,4 % aller Frauen, die im Jahr 2001 eine Schwangerschaft abgebrochen haben, waren kinderlos. Hier spiegelt sich wider, dass einerseits junge und ledige Frauen Schwangerschaften abbrechen lassen, weil noch keine Kinder gewünscht sind. Bei den kinderlosen Frauen ab 30 entschieden sich 16,3 % gegen die Geburt eines Kindes. Es zeigt sich, dass der Wille, kinderlos zu bleiben, ausgeprägt ist (vgl. auch den Abschnitt zur Kinderlosigkeit auf den Seiten 25 - 27).

Ehescheidungen

Immer mehr Scheidungen – sind wir eine Ausnahme?

Seit in Deutschland im Jahr 1888 das erste Mal in der Statistik die Zahl der Ehescheidungen ausgewiesen wird, ist sie, nur einige Male von kurzen Abschnitten des Rückgangs unterbrochen, unaufhörlich angestiegen. Im Jahr 2001 betrug die zusammengefasste Ehescheidungsziffer (wie diese Ziffer berechnet wird und was sie aussagt ist auf den Seiten 88 und 89 erläutert) für Deutschland 38,4 (Abb. 11). Das heißt: Würde die Scheidungshäufigkeit über eine Ehedauer von 25 Jahren auf dem Niveau des Jahres 2001 verbleiben, dann würden 38,4 % aller Ehen geschieden werden. Für Westdeutschland wären dies etwa 39 % und für Ostdeutschland 33 %. Bezieht man in die Berechnung anstatt wie im internationalen Vergleich üblich, nicht nur die in den letzten 25 Jahren geschlossenen Ehen, sondern die Scheidungen der in den letzten 40 Jahren geschlossenen Ehen mit ein, kommt man für Deutschland auf eine Scheidungsneigung von 41,4 %.

Dies kann jedoch nicht als die durchschnittliche Scheidungsneigung für die heutige Zeit interpretiert werden. Bei den Scheidungen ist es im Gegensatz zur Geburtenhäufigkeit noch so, dass die Kennziffern für die Heiratsjahrgänge niedriger sind als die für die Kalenderjahre. Die Scheidungshäufigkeit ist erst seit Mitte der 90er Jahre auf das heutige hohe Niveau gestiegen. Zum Beispiel haben die Heiratsjahrgänge aus den 70er Jahren ihre ersten Ehejahre in einer Zeit durchlebt, in der die Scheidungshäufigkeit noch viel niedriger war, wodurch Anteile geschiedener Ehen in diesen Jahrgängen von den heutigen Kalenderjahreswerten deutlich abweichen. Die Maße für die Kalenderjahre und die Heiratsjahrgänge nähern sich erst dann an, wenn die Werte für die Kalenderjahre über einen längeren Zeitraum auf einem konstanten Niveau verbleiben.

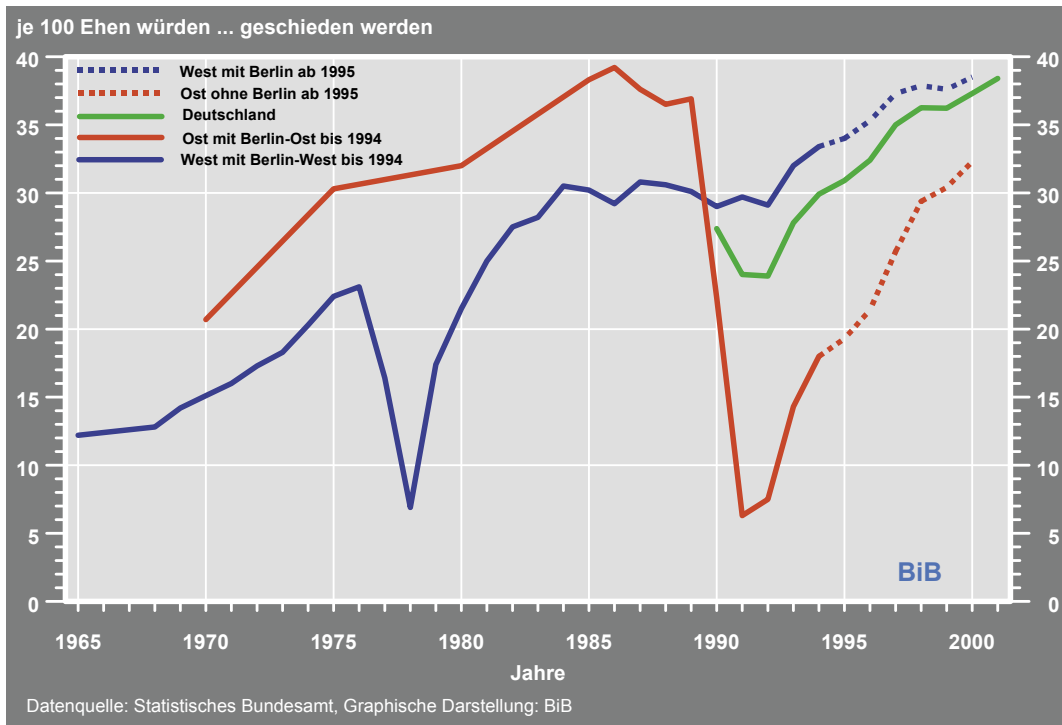
Im Jahr 2001 hatte der Heiratsjahrgang 1976 sein 25. Ehejahr vollendet. Über ihn liegen also gesicherte Scheidungsdaten vor. Bis zum Jahr 2001 war dieser zu 30,6 % geschieden.

Den höchsten tatsächlich beobachteten Anteil geschiedener Ehen finden wir im Heiratsjahrgang 1977, der 2001 nach 24-jähriger Ehedauer zu 30,9 % geschieden war. Für noch jüngere Heiratsjahrgänge sind dann Schätzungen erforderlich. Nimmt man z.B. den Heiratsjahrgang 1981 mit vorliegenden Daten für die ersten 20 Ehejahre und schätzt aufgrund der heutigen Scheidungshäufigkeit die letzten 5 Ehejahre, so ist ein Anteil geschiedener Ehen von ca. 33 % zu erwarten. Das ist etwa die Dimension der heutigen Scheidungshäufigkeit. Man kann davon ausgehen, dass ca. ein Drittel aller Ehen geschieden werden.

Trendunterbrechungen durch Timingeffekte

Abbildung 11 zeigt den Verlauf der zusammengefassten Ehescheidungsziffern, seitdem man ab der Mitte der 60er Jahre über die Daten zu ihrer Berechnung verfügt. Neben der steigenden Scheidungshäufigkeit fallen auf den ersten Blick zwei deutliche Trendunterbrechungen auf. Die erste finden wir in den Jahren 1977 und 1978 in Westdeutschland. Ausgelöst wurde sie durch eine Änderung im Scheidungsrecht, das 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts zum 1. Juli 1977. Damit wurde das bis dahin geltende Schuld- durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Die Scheidungsrichter suchen nun nicht mehr nach dem Partner, der schuld an der Scheidung ist, sondern stellen lediglich die Zerrüttung fest („Eine Ehe kann geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Die Ehe ist gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht mehr erwartet werden kann, dass die Ehegatten sie wieder herstellen“). Der Rückgang der Scheidungshäufigkeit in dieser Zeit ist nicht vornehmlich durch das damals eingeführte Trennungsjahr zu erklären. Das Inkrafttreten des neuen Gesetzes war lange vorher bekannt. Scheidungswillige Paare konnten sich darauf vorbereiten. Hauptursache war, dass nach altem Recht die Schuldfrage in einem Verfahren und alle Folgesachen (Sorgerecht, Unter-

Abb. 11: Zusammengefasste Ehescheidungsfiguren in Deutschland*, 1965 - 2001



* Ab 1994 wird in Berlin nicht mehr zwischen West- und Ostberliner Scheidungen unterschieden. Die geschiedenen West-Ost-Ehen sind nicht mehr einem Stadtteil zuzuordnen. Scheidungen werden deshalb nur noch für Berlin insgesamt gezählt und dem früheren Bundesgebiet zugeordnet. In den Scheidungszahlen der neuen Bundesländer sind also die in Ostberlin geschiedenen Ehen nicht enthalten. Die westdeutsche Scheidungshäufigkeit wird dadurch wohl etwas über- und die ostdeutsche etwas unterschätzt. In der Abbildung 11 wird dieser Ungenauigkeit durch gestrichelte Linien ab 1994 Rechnung getragen.

halt) in späteren Verfahren geregelt wurden. Nach dem neuen Recht musste dies in einem Verfahren erfolgen, was zu Verzögerungen und damit zu dem kurzzeitigen Scheidungstief führte.

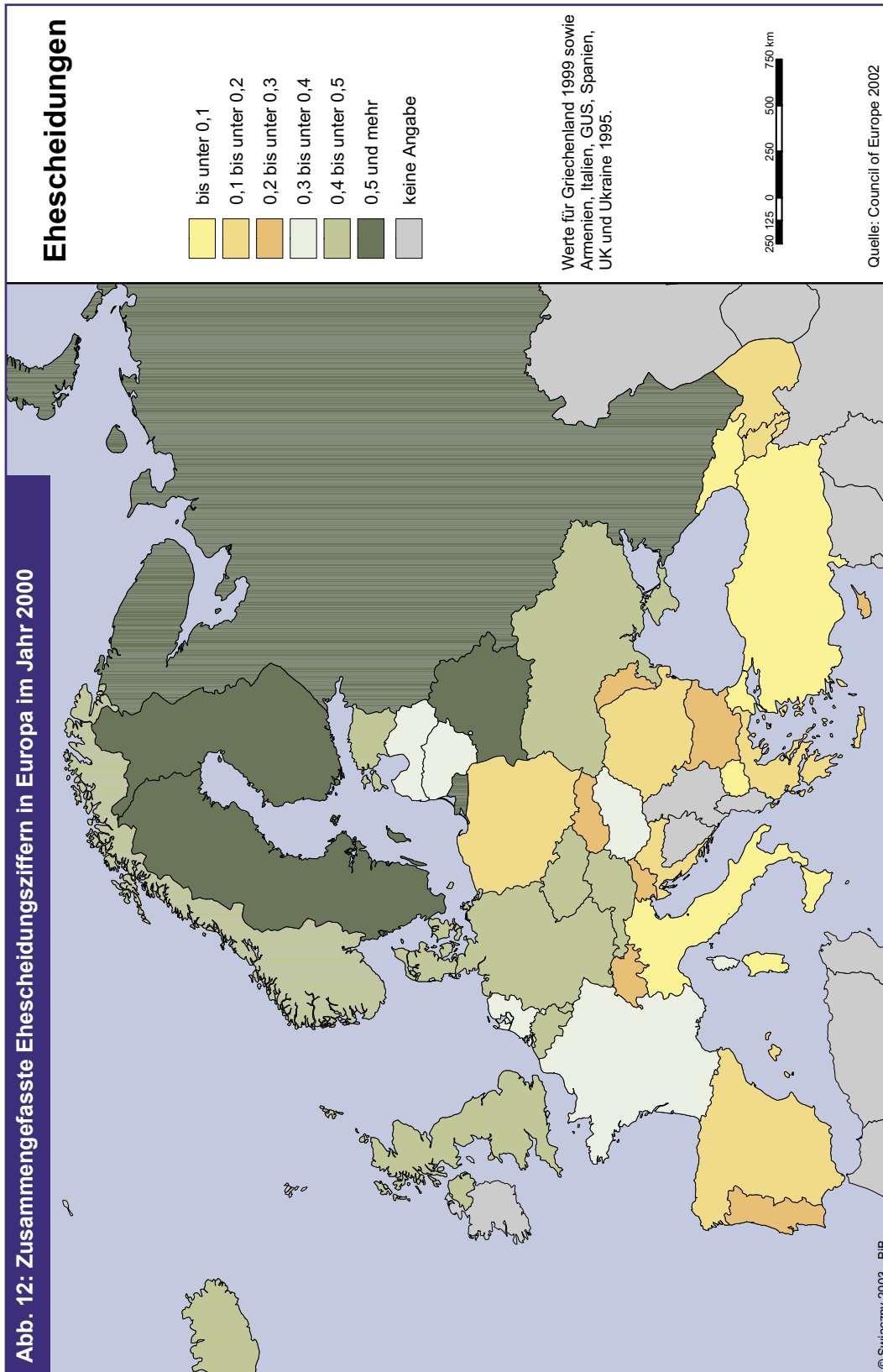
In Ostdeutschland war in den 70er und 80er Jahren aufgrund eines liberaleren Scheidungsrechts die Scheidungshäufigkeit zunächst höher. Der zweite auffällige Trendeinbruch trat dort ein, als das westdeutsche Scheidungsrecht 1990 in den neuen Bundesländern gültig wurde. Es handelt sich vermutlich auch hier lediglich um Timingeffekte, die mit dem nun vorgeschriebenen Trennungsjahr und den notwendigen Umstellungen in der Arbeit der Familiengerichte ausgelöst wurden.

Die These, dass schneller sozialer Wandel ähnlich wie beim Geburtenrückgang zu Schockreaktionen geführt hat, also Paarkonflikte ge-

dämpft wurden und nicht zu Scheidungen führten, ist anzuzweifeln. Dies ist lediglich für den kurzen Zeitraum der Euphoriephase nach dem Mauerfall anzunehmen. Der schnelle Wiederanstieg nach 1992 spricht gegen einen solchen Effekt.

Große Unterschiede in Europa

Deutschland weist nicht das höchste Scheidungsniveau in Europa auf, gehört aber zu der Ländergruppe mit einem höheren Niveau. Gemeinsam mit vielen europäischen Ländern hat es eine steigende Scheidungshäufigkeit. Die höchste Scheidungsneigung ist seit vielen Jahren schon in Nordeuropa zu beobachten. Die zusammengefasste Scheidungsziffer im Jahr 2001 für Schweden beträgt 54 %, für Finnland wird ein Wert von 51 % ausgewiesen (Abb. 12). Die Scheidungshäufigkeit dieser



Länder erreichte bereits seit den 80er Jahren ein hohes Niveau, während dies in Deutschland erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eintrat. In Nordeuropa hat sich die Scheidungshäufigkeit seit dem Beginn der 90er Jahre kaum noch verändert, während in Westeuropa nach wie vor Anstiege zu beobachten sind.

Auch bei den Ehescheidungen zeigt sich eine außerordentlich große Differenzierung mit einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle. Durch das schnellere Wachstum der Scheidungshäufigkeit in Südeuropa verringert sich das Gefälle jedoch, allerdings nicht in einem Tempo, das auf eine rasche Annäherung schließen lässt.

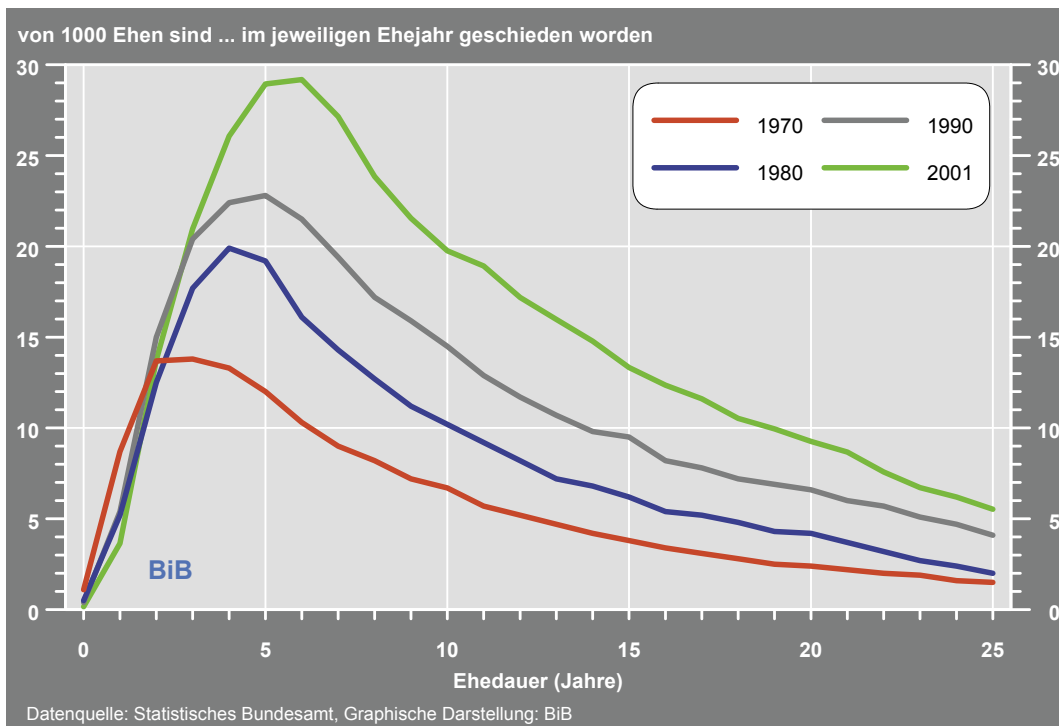
Das verflixte siebte Ehejahr gibt es nicht

Ehen werden nicht am häufigsten im siebten Jahr ihres Bestehens geschieden. Richtig ist aber, dass die Scheidungshäufigkeit in den ersten Ehejahren, wozu auch das siebte gehört, am höchsten ist.

Die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern in der **Abbildung 13** repräsentieren die in fast allen Ehejahren zwischen 1970 und 2001 gestiegene Scheidungshäufigkeit. Besonders deutlich sind die Zuwächse zwischen dem 5. und 15. Ehejahr ausgefallen. Aber auch darüber hinaus ist die Ehescheidungshäufigkeit angestiegen. Inzwischen wird sogar vom Verhaltensmuster

der späten Ehescheidung gesprochen. Gleichzeitig haben sich die Scheidungsgipfel in eine spätere Ehedauer verschoben. War 1970 die höchste Scheidungshäufigkeit noch im zweiten Ehejahr anzutreffen - da war das Trennungsjahr allerdings noch nicht vorgeschrieben - hat sie sich bis 2001 ins 6. Ehejahr verschoben. Geht der Trend weiter, könnte das siebte Ehejahr doch noch das Jahr mit der höchsten Scheidungshäufigkeit werden. Erklärt wird dieser Trend damit, dass man sich heute vor der Heirat länger und besser kennt, konfliktbehaftete Partnerschaften nicht zu Ehen werden und damit früheheliche Konflikte reduziert sind.

Abb. 13: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Westdeutschland (1970, 1980 und 1990) bzw. in Deutschland (2001)



Warum halten Ehen nicht ewig?

Ebenso deutlich fallen die Unterschiede zwischen den ehemals sozialistischen Ländern aus. Im katholischen Polen ist die Scheidungshäufigkeit auf einem sehr niedrigen Niveau verblieben, während sie in den baltischen Ländern zu skandinavischen Verhältnissen tendiert.

In jüngster Zeit ist in der Scheidungsforschung die Suche nach den Ursachen für die wachsende Instabilität von Ehen intensiviert worden. Gefragt wird, warum es Paare gibt, die weitgehend ohne Krisen und ohne Scheidung durchs Leben gehen und andere eine konfliktbeladene Partnerschaft führen. Es wird erforscht, wie Konflikte in Paarbeziehungen entstehen und warum die einen Paare über Konfliktlösungsstrategien verfügen und die anderen Paare nicht, und deshalb ihre Konflikte mit Scheidung lösen.

Zunächst einmal ist aber festzustellen – und das hat noch nichts mit konkreten Ehekonflikten zu tun –, dass der gesellschaftliche Wandel allgemein die Scheidungsbarrieren gesenkt hat. Scheidungen sind fast etwas „Alltägliches“ geworden. Religiöse oder moralische Bedenken gegen Scheidungen existieren kaum noch. Frauen sind zunehmend berufstätig und damit weniger von den Männern abhängig. Und auch aus Rücksicht auf die Kinder werden kaputte Ehen nicht mehr aufrechterhalten. Alleinerziehende sind genau wie Geschiedene sozial akzeptiert. Insgesamt gesehen haben in modernen Gesellschaften traditionelle, das Verhalten orientierende, soziale Institutionen an Bindungskraft verloren. Emotionen sind das Verbindende. Geht die Liebe verloren, dann existieren zumindest keine gesellschaftlichen Faktoren mehr, die ein Paar zusammenhalten. Ein Beispiel, wie stark verhaltensnormierend die Institution „Ehe“ in früheren Zeiten gewesen ist, zeigt das Schicksal des Herrn Meyer, der verheiratet und wohl kaum geschieden wurde (siehe nebenstehende Zitatbox).

Angefangen hat die paarspezifische Scheidungsforschung recht bescheiden bereits in den 70er Jahren anhand der Homogamie der Partnerwahl. Frauen und Männer wählen tendenziell einen Partner gleicher sozialer und kultureller Herkunft, wodurch eine höhere Übereinstimmung von Werten, Lebensentwürfen und Interessen entsteht, die wiederum die Ehesta-

bilität verbessern. Festgestellt wurde, dass je geringer die Unterschiede bei Alter, Bildung, Glauben oder sozialem Status zwischen den Partnern sind, desto geringer ist auch die Scheidungshäufigkeit.

Heute ist die Scheidungsforschung aufgrund der theoretischen Fortschritte in der Familiensoziologie und den besseren Möglichkeiten der Datenerhebung natürlich zu differenzierteren und komplexeren Erklärungen in der Lage.

Ehestabilität oder -instabilität entsteht in einem Zusammenspiel von gegenseitigem Austausch (Kommunikation, Emotionen, Solidarität, gegenseitige Hilfe, Sexualität) und individuellen Barrieren, die stabilisieren oder destabilisieren. Glückliche oder unglückliche Ehen entwickeln sich in der paarspezifischen Verwobenheit von Gefühlen und Kosten-Nutzen-Kalkülen.

Nehmen wir das Beispiel Kommunikation: Da es keine äußeren Klammern des Zusammenhalts gibt, müssen die Partner als verbindendes Element eine gemeinsame Wirklichkeit

„1737 den 6. Novembris ist Johannes Meyer von Mengen auff Serenissimi hohen Befehl in der Kirchen allhier von dem Herrn Diacono Zanden mit Barbara Pfisterin, welche Meyer sub promissione matrimonii geschwängert, copuliert worden, und weill ersagter Meyer die Pfisterin absolute nicht heurathen wollen, ist er von 4 Wächtern armatu manu in die Kirchen geführt, zum Altar hingeschleppt, seine Hand mit Gewalt in die Hand der Pfisterin eingeschlagen worden, und da er beständig ‚Nein‘ sagte: ‚Ich will sie nicht‘, etc. hat der Herr Diaconus ex mandato Serenissimi ‚Ja‘ gesagt“.

AUS: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1996: Partnerschaft - Ehe - Familie, Ansichten und Einsichten, In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München

konstruieren, wobei der Kommunikation eine entscheidende Rolle zukommt. Die gemeinsame Wirklichkeit muss in einem kontinuierlichen Austausch immer wieder neu geschaffen werden. Gelingt dies, ist ein starkes Element der ehelichen Stabilität geschaffen. Neben einer ständigen und guten Kommunikation

sind es eine tiefe Emotionalität, gegenseitige Hilfe und Unterstützung und eine befriedigende Sexualität, die Ehen Erfolg bescheren. Wichtig ist dabei, dass in der Summe aller Austauschbeziehungen eine Balance des Gebens und Nehmens aufrechterhalten wird.

Die wichtigsten Fragen

Kann uns die amtliche Statistik Informationen über Scheidungsursachen liefern?

Nein, das kann sie nicht. In den Scheidungsverfahren wird nicht nach den Ursachen der Zerrüttung gesucht. Die gerichtlichen Entscheidungen in den Ehesachen werden im BGB nach den §§ 1565 und 1566 klassifiziert, worin nur die Tatsache des Scheiterns der Ehe konstatiert wird, die dann eingetreten ist, wenn die Ehegatten länger als ein Jahr getrennt leben und beide der Scheidung zustimmen.

Bis zur Reform des Scheidungsrechts 1977 sind die Scheidungen den formellen Gründen Ehebruch, andere Eheverfehlungen, geistige Störungen, ansteckende und ekelerregende Krankheiten und Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft zugeordnet worden. Auch in der ehemaligen DDR ist in den Scheidungsverfahren nach den Ursachen der Zerrüttung gefragt worden. Nach Untreue, Alkoholmissbrauch, Tötlichkeiten, Unvereinbarkeit der Charaktere, sexuellen Gründen, Kindererziehung, leichtfertigen Eheschließungen, materiellen oder berufsbedingten Problemen, unerfüllten Kinderwünschen und strafbaren Handlungen wurde unterschieden.

Ehescheidungsverfahren sind letztlich nicht dazu geeignet, das Entstehen von Paarkonflikten abzubilden und zeigen daher nur oberflächlich die Gründe, die zur Trennung geführt haben.

Die Barrieren für oder gegen eine Scheidung flankieren sozusagen das Stabilitäts- bzw. Instabilitätspotential. Hat man gemeinsame Kinder und gemeinsames Eigentum, sind Eltern, Freunde und Bekannte gegen eine Scheidung, sind die Partner religiös gebunden, erscheint das Leben als Single oder Alleinerziehende(r) als unattraktiv oder wird eine schwierige Suche nach einem neuen Partner erwartet, dann führt dies zu steigender Eheinstabilität.

Und neben den Austauschbeziehungen und den Barrieren gibt es dann noch die so genannten Strukturmerkmale, die das Scheidungsrisiko nochmals senken oder heben. Ist die Frau erwerbstätig und damit vom Mann materiell unabhängig, lebt das Paar in einer Großstadt, wurde sehr jung geheiratet, ist der Altersabstand zwischen den Partnern sehr groß, haben die Partner selbst oder deren Eltern eine Scheidung erlebt, ist der Bildungsabschluss sehr verschieden oder hat man nicht bzw. nur sehr kurze Zeit vor der Heirat zusammengelebt, dann steigt die Scheidungswahrscheinlichkeit.

Paare, die sich scheiden lassen, denken natürlich nicht in den Dimensionen der Scheidungsforscher. Für sie sind es immer ganz konkrete Sachverhalte, an denen die Entscheidung zur Trennung festgemacht wird. Danach befragt, was die Scheidungsursache war, geben sie häufig folgende Antworten: Es fehle an einer gemeinsamen Zukunftsperspektive, man hat sich auseinandergeliebt, die Lebenseinstellungen sind zu unterschiedlich gewesen, Vertrauen und Einfühlungsvermögen fehlen, man kann nicht mehr miteinander reden oder die Beziehung ist langweilig geworden. Hinter diesen Gründen verbirgt sich meist ein Kommunikationsproblem. Zwei weitere grundlegende Faktoren, die das Scheidungsrisiko sprunghaft ansteigen lassen, sind aus der Sicht der Befragten Untreue und Gewalt.

Bringt man all das bisher Gesagte zusammen, dann sieht das stabile Paar wie folgt aus: Frau und Mann verbindet eine starke Emotionalität und Sexualität, sie kommunizieren regelmäßig und verfügen über einen positiven Kommunikationsstil, sind treu, gegeneinander solidarisch und unterstützen sich, haben gemeinsame Kinder, Freunde und Wohnungseigentum, weder ihre Eltern noch sie selbst haben bislang eine Scheidung erlebt, sie sind ähnlich gebildet und etwa gleichaltrig, verfügen über gemeinsame Interessen und Lebensentwürfe, haben nicht zu früh geheiratet und vor der Eheschließung längere Zeit zusammengelebt, sind religiös gebunden oder traditionell orientiert und leben nicht in der individualistischen Umgebung von Großstädten.

Lebenserwartung, Sterblichkeit, Todesursachen

Zur allgemeinen Entwicklung der Lebenserwartung

In früheren Jahrhunderten konnte die durchschnittliche Lebenserwartung einer Bevölkerung nur sehr grob geschätzt werden, da es kaum Daten über die Zahl der Geborenen und Gestorbenen und somit auch keine verlässlichen Angaben über den Altersaufbau gab (siehe nebenstehende Zitatbox).

Auch das heute allgemein bekannte Instrument der „Sterbetafel“ (wie eine Sterbetafel berechnet wird, ist kurz auf der Seite 90 skizziert) zur Ermittlung der Lebenserwartung Neugeborener oder auch der Lebenserwartung bei der Geburt existierte in der damaligen Zeit noch nicht. Erst in der Mitte des 17. Jahrhunderts errechnete John Graunt für England aus den Sterbefällen eine erste Absterbeordnung, wie sie auch heute die Grundlage einer Sterbetafel bildet. Hierdurch konnten erstmals genauere Angaben gewonnen werden, die eine Lebenserwartung bei der Geburt von etwa 20 Jahren auswiesen.

Die erste als brauchbar bekannte, und in ihrem methodischen Aufbau bis heute erhaltene Sterbetafel, zum damaligen Zeitpunkt als „Lebenstabelle“ bezeichnet, berechnete dann Edmund Halley im Jahr 1693, wobei er Daten für Breslau aus den Jahren 1687 und 1691 nutzte. Aufgrund dieser Berechnung konnte für das Ende des 17. Jahrhunderts eine Lebenserwartung bei der Geburt von etwa 29 Jahren ermittelt werden.

Dieser ersten „Lebenstabelle“ ist ebenfalls zu entnehmen, dass nur wenig mehr als die Hälfte der in dieser Zeit geborenen Menschen das Alter von 10 Jahren überlebte. Deutlich mehr als die Hälfte starb bereits, bevor sie das Alter von 20 Jahren erreichte.

Dies bedeutet nun aber nicht, dass es nicht auch Personen gab, die ein sehr hohes Lebensalter erreichten, im Gegenteil: da die Lebenserwartung bei der Geburt einen Durchschnittswert angibt, muss die hohe Sterblichkeit im Säuglings-, Kindes- und Jugendalter, die zu einem

Sterbealter unterhalb der durchschnittlichen Lebenserwartung führt, durch Personen ausgeglichen werden, die ein Lebensalter deutlich oberhalb der durchschnittlichen Lebenserwartung erreichten.

„Man kann davon ausgehen, dass im Altertum und im Mittelalter die Lebenserwartung eines Neugeborenen extrem niedrig lag. In Gegensatz dazu gab es ungeheuer übertriebene Angaben über die Lebensdauer einzelner Personen, die zwischen 100 und 200 Jahren lagen.“

AUS: Wiesner, Gerd, 2001:

Der Lebensverlängerungsprozess in Deutschland.
Stand - Entwicklung - Folgen.

Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes;
Robert-Koch-Institut, Berlin

Als „geistiger Vater“ und Begründer der demographischen Forschung in Deutschland kann Johann Peter Süßmilch (1707 - 1767) angesehen werden. Noch auf der Grundlage von Kirchenbüchern führte er seine empirischen Studien durch, die sich mit vielen wesentlichen demographischen Fragestellungen befassten und auch zu einer Berechnung der Säuglingssterblichkeit und der geschlechtsspezifischen Unterschiede führten.

Später dann, mit der Einrichtung von Standesämtern im 19. Jahrhundert, konnte die Datenbasis in Bezug auf die Sterbefälle erheblich verbessert werden und durch Volkszählungen war auch die Ermittlung der Bezugsbevölkerung nach Alter und Geschlecht gewährleistet.

Einhergehend mit der Verbesserung der Datenbasis und der überwiegenden Durchführung der Mortalitätsforschung in den statistischen Ämtern gewann auch das Instrument der Sterbetafel zunehmend an Bedeutung und wurde methodisch überarbeitet und verfeinert. Die Erstellung von Sterbetafeln hat in Deutschland seit der Gründung des Deutschen Reiches Tradition. Seit 1871/81 wurden vom Kaiserli-

chen Statistischen Amt bzw. vom Statistischen Reichsamt in unregelmäßigen Abständen Allgemeine Sterbetafeln auf der Grundlage von Volkszählungsergebnissen errechnet. Die letzte Allgemeine Sterbetafel 1986/88 wurde im Anschluss an die Volkszählung von 1987 vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht.

Betrachtet man die Entwicklung der Lebenserwartung innerhalb dieses Zeitraums, so konnte ein um 1987 geborener Junge mit einer um ca.

„Unter epidemiologischem Übergang versteht man den allmählichen Wandel der Krankheitsformen und Sterbeursachen während des demographischen Übergangs. Er bildet das langfristige, aber stetige Absinken der Sterbewerte ab. Er konnte konzipiert werden, als eine Verschiebung in der Häufigkeit gewisser Todesursachen festgestellt wurde: Infektionskrankheiten wurden zurückgedrängt, während so genannte „degenerative“ und in der modernen Lebensweise begründete Formen der Morbidität und Mortalität in der Rangliste der Todesursachen aufrückten. Diese Beobachtung rechtfertigt, von einem „epidemiologischen Übergang“ zu sprechen.“

AUS: Schmid, Josef 1984:

Bevölkerung und soziale Entwicklung; der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; 13. Boppard: Boldt

36 Jahre höheren Lebenserwartung bei der Geburt rechnen als ein ca. 110 Jahre früher Geborener. Das heißt, die Lebenserwartung bei der Geburt hat sich für Männer von 35,6 auf 72,2 Jahre erhöht; für Frauen stieg sie von 38,6 auf 78,7 Jahre, was einem Zuwachs von rund 40 Jahren entspricht.

Ebenso auffällig wie der Anstieg der Lebenserwartung bei der Geburt ist auch der Anstieg der ferneren Lebenserwartung 60-jähriger Männer und Frauen. Hier stiegen die Werte für Män-

ner von 12,1 Jahren nach der Sterbetafel von 1871/81 auf 17,6 Jahre nach der Allgemeinen Sterbetafel von 1986/88, und für Frauen von 12,7 auf 21,9 Jahre. Diese Zahlen weisen einen deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschied in der Höhe der Lebenserwartung auf und eine Ausweitung der Differenz zwischen Männern und Frauen. Hierauf soll später noch gesondert eingegangen werden.

In diesen mehr als 100 Jahre umfassenden Beobachtungszeitraum fällt der sogenannte epidemiologische Übergang (siehe nebenstehende Zitatbox), der insbesondere durch den Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt beitrug (siehe auch den Abschnitt „Welche Todesursachen haben die größte Bedeutung?“ auf den Seiten 45/46).

Die Allgemeinen Sterbetafeln sollen stets die Sterblichkeit eines größeren Zeitraums um den Volkszählungszeitpunkt herum abbilden, was zum Beispiel durch die Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten geschieht. Dadurch werden nicht wiederkehrende Einflüsse, wie etwa die höhere Sterblichkeit durch die Weltkriege und durch die Kriegsfolgen, eliminiert. Ständig wiederkehrende Einflüsse, wie die erhöhte Sterblichkeit junger Menschen durch Verkehrsunfälle bleiben jedoch erhalten. Die Allgemeinen Sterbetafeln konnten somit von den Versicherungen genutzt oder zum Beispiel für die Berechnung von Leibrenten verwendet werden.

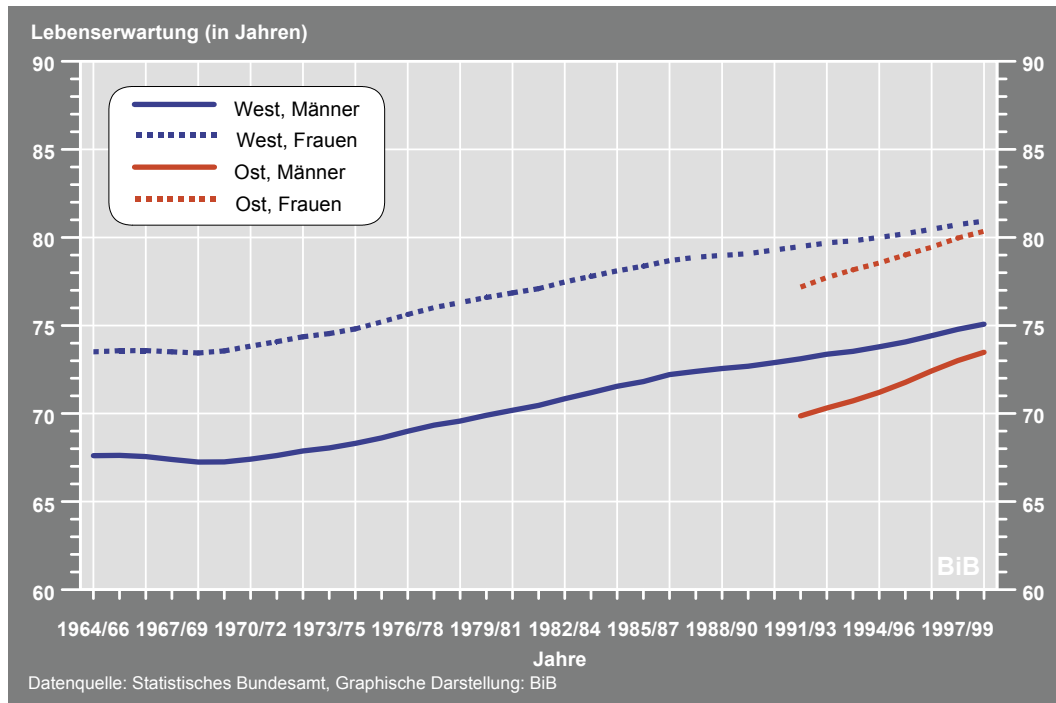
Seit Mitte der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts werden neben den beschriebenen Allgemeinen Sterbetafeln vom Statistischen Bundesamt auch jährlich sogenannte Abgekürzte Sterbetafeln berechnet, die ohne Glättung der Sterbewahrscheinlichkeiten die jeweils aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse des Beobachtungszeitpunkts wiedergeben. Um jedoch Zufallsschwankungen auszuschließen, werden für die in die Berechnung eingehenden Sterbefall- und Bevölkerungszahlen Durchschnittswerte aus 3 Jahren gebildet.

Die Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland während der letzten 35 Jahre

Seit dem Beginn der Erstellung der Abgekürzten Sterbetafeln für die Jahre 1964/66 ist die Lebenserwartung bei der Geburt im früheren

Bundesgebiet nahezu kontinuierlich angestiegen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde erstmals für die Jahre 1991/93

Abb. 14: Lebenserwartung bei der Geburt, 1964/1966 - 1998/2000 (in Jahren)



nach dem selben Berechnungsschema auch eine Sterbetafel für die Neuen Länder und Berlin-Ost erstellt. Damit ist der Verlauf der Sterblichkeit in Ost- und Westdeutschland nun unmittelbar vergleichbar, während vor 1990 in der ehemaligen DDR Sterbetafeln in anderer Form erstellt wurden. Die **Abbildung 14** zeigt daher auch nur für Westdeutschland den Verlauf der Lebenserwartung bei der Geburt ab 1964/66, für Ostdeutschland erst ab 1991/93.

Abbildung 14 lässt verschiedene Details der Entwicklung deutlich erkennen. Zum einen den stetigen Anstieg der Lebenserwartung bei der Geburt seit Beginn der 70er in Westdeutschland und auch eine beständige Zunahme in den neuen Ländern seit Beginn der 90er Jahre, mit denen hier der Vergleich begonnen wurde. Zum anderen wird der bereits erwähnte geschlechtsspezifische Unterschied in der Höhe der Lebenserwartung mehr als deutlich.

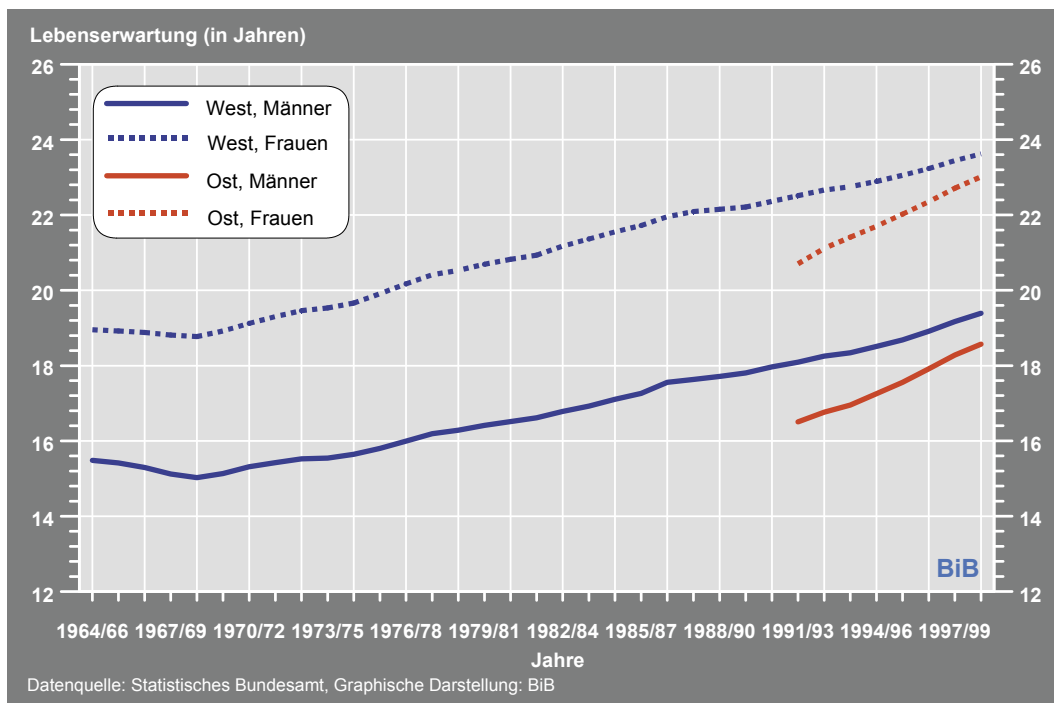
Insgesamt ist die Lebenserwartung in den vergangenen 35 Jahren im früheren Bundesgebiet bei den Männern von 67,6 auf 75,1 Jahre gestiegen, bei den Frauen von 73,5 auf 80,9.

Auch wenn in der Abbildung die Entwicklung der Lebenserwartung von Männern und Frauen relativ parallel zu verlaufen scheint, die Differenz hat sich im Verlauf des Beobachtungszeitraums zunächst vergrößert, ist dann in den letzten Jahren aber wieder leicht gesunken und hat heute wieder den Wert vom Beginn. 1964/66 betrug der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern und Frauen 5,9 Jahre zugunsten der Frauen, 1998/2000 beträgt er 5,8 Jahre.

Betrachtet man hingegen die Jahre 1991/93, so lag er damals bei 6,4 Jahren. Knapp ein Jahr höher war der geschlechtsspezifische Unterschied zu diesem Zeitpunkt in den neuen Ländern. Dort betrug er 7,3 Jahre bei einer Lebenserwartung von 69,9 Jahren für neugeborene Jungen und 77,2 Jahren für neugeborene Mädchen (die entsprechenden Werte für Westdeutschland: 73,1 bzw. 79,5).

Wie **Abbildung 14** auch erkennen lässt, ist in diesem Vergleichszeitraum von knapp 10 Jahren die Lebenserwartung bei der Geburt in den neuen Ländern wesentlich steiler angestiegen und nähert sich bei den Frauen schon stark den

Abb. 15: Fernere Lebenserwartung im Alter 60, 1964/1966 - 1998/2000 (in Jahren)



westdeutschen Werten. Die Lebenserwartung liegt heute bei 73,5 Jahren für Männer (- 1,6 Jahre gegenüber dem früheren Bundesgebiet) und bei 80,4 Jahren für Frauen (- 0,5 Jahre).

Ein ähnliches Bild zeigt auch **Abbildung 15**, in der der Verlauf der ferneren Lebenserwartung 60-jähriger Männer und Frauen dargestellt ist.

Auch hier hat es einen deutlichen Anstieg in den letzten Jahrzehnten in Westdeutschland gegeben, und zwar von 15,5 auf 19,4 Jahre bei den Männern und von 18,9 auf 23,6 Jahre bei den Frauen. Anders als bei der Lebenserwartung bei Geburt hat sich allerdings die Schere zwischen den Geschlechtern beständig weiter geöffnet, von 3,9 auf 4,7 Jahre.

Auch bei der ferneren Lebenserwartung 60-Jähriger zeigt sich in den neuen Ländern eine starke Annäherung an die westdeutschen Werte, in diesem Fall auch bei den Männern. Die Unterschiede betragen bei ihnen nur noch 0,8 Jahre und 0,5 Jahre bei den Frauen, die doch wieder leicht im Vorteil sind.

Seit erstmals um die Mitte des 18. Jahrhunderts herum Sterblichkeitsanalysen für beide Geschlechter getrennt durchgeführt wurden, zeigte sich eine höhere Lebenserwartung für Frauen. Mit dem Beginn der amtlichen Bevölkerungsstatistik wurde dieses Phänomen in fast allen Gesellschaften festgestellt und ist bis heute unverändert nachweisbar.

Wie hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt verändert?

Wie aus den Erläuterungen zur Berechnung von Sterbetafeln ersichtlich, bildet eine für einen bestimmten Zeitraum erstellte Periodensterbetafel die Sterblichkeitsverhältnisse ge-

nau dieses Zeitraums für alle Altersgruppen ab. Wesentlicher Bestandteil einer Sterbetafel sind daher die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten.

Abb. 16: Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten für Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland, Sterbetafel 1998/2000

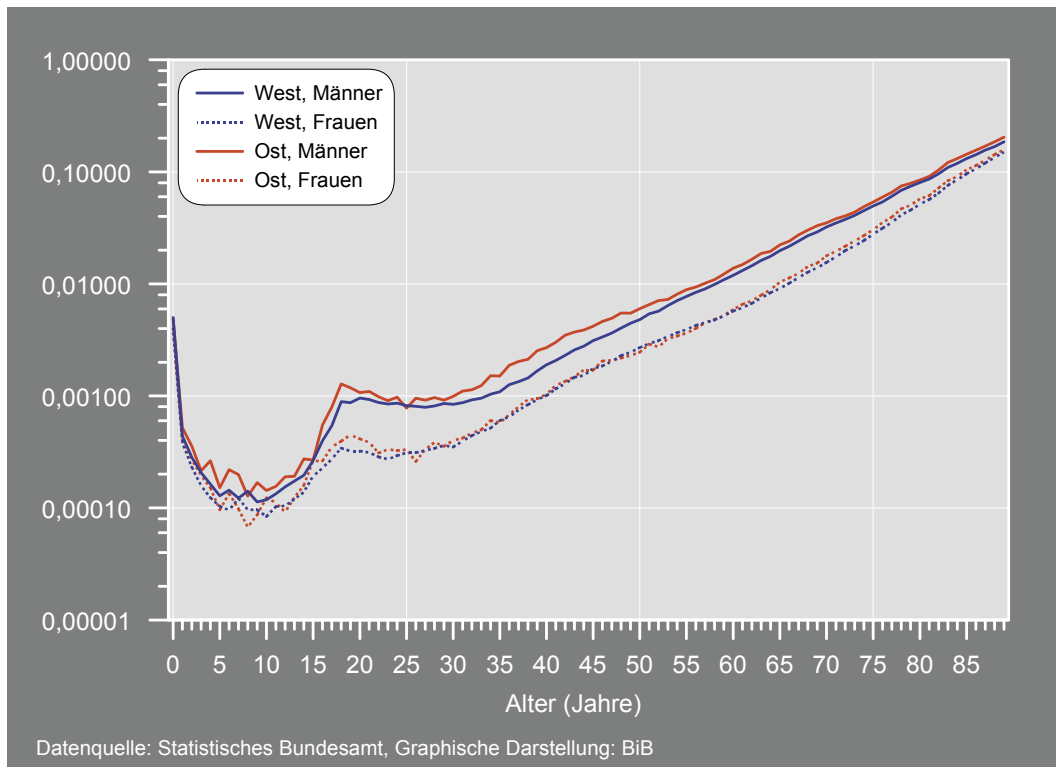


Abbildung 16 zeigt, wie hoch die Wahrscheinlichkeiten sind, in einem bestimmten Alter zu sterben.

Da die Sterbewahrscheinlichkeiten im Kindes- und Jugendalter, verglichen mit der Säuglingssterblichkeit und der Sterblichkeit im höheren Alter, sehr niedrig sind, wurde für die Darstellung eine logarithmische Skala gewählt, um den Verlauf sichtbar zu machen, da ansonsten diese niedrigen Werte nicht zu erkennen wären.

Auch wenn durch diese Transformation die Werte untereinander nicht unmittelbar vergleichbar sind, zeigen sie doch ganz deutlich den Verlauf der altersspezifischen Sterblichkeit und die Unterschiede zwischen Männern und Frauen wie zwischen Ost- und Westdeutschland.

Trotz des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit in den vergangenen Jahrzehnten ist diese immer noch höher als die Sterblichkeit im Kindes- und Jugendalter. Deutlich zu erkennen ist

auch der bereits an früherer Stelle erwähnte Anstieg der Sterblichkeit bei jungen Leuten Anfang 20, insbesondere Männer sind in dieser Altersgruppe stark von Unfällen im Straßenverkehr oder sonstigen Gewalteinwirkungen und unnatürlichen Todesursachen betroffen.

Nach diesem (böartig) so genannten „Motorradgipfel“ sinkt die Sterblichkeit in den folgenden Altersgruppen wieder, bevor sie dann gleichermaßen für Männer wie Frauen ab dem Alter Mitte 30 kontinuierlich zu steigen beginnt. Auf die allgemein höheren Sterbewahrscheinlichkeiten der Männer soll nicht noch einmal eingegangen werden, interessant ist jedoch der Unterschied im Verlauf der altersspezifischen Sterblichkeit zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern.

Zu sehen ist eine deutlich erhöhte Sterblichkeit der Männer in den neuen Bundesländern im Kindes- und Jugendbereich sowie im Alter zwischen Mitte 30 und Ende 40.

Die wichtigsten Fragen

Warum leben Frauen länger?

Die zur Erklärung der geschlechtsspezifischen Mortalitätsunterschiede angeführten Hypothesen lassen sich in zwei grundsätzliche Kategorien unterteilen, die biologischen und die verhaltens- bzw. umwelt-orientierten Ansätze. Die historisch ersten Erklärungen waren biologische, welche die höhere Lebenserwartung der Frauen mit den geschlechtsspezifischen Unterschieden in Anatomie, Physiologie, Genetik und Hormonhaushalt in Verbindung bringen. Die häufiger angeführten verhaltensbedingten Hypothesen gehen dagegen davon aus, dass gesellschaftliche und kulturelle Einflüsse zu gefährlicheren Lebensstilen bei den Männern führen (Rauchen, Alkoholgenuss, Risikosportarten, rücksichtsloses Autofahren), sie mehr Gesundheitsrisiken in Verbindung mit dem Berufsleben ausgesetzt und allgemein anfälliger für sozialen und psychologischen Stress sind. Ein besseres Überleben der Frauen könnte auch dadurch begünstigt werden, dass Frauen bei Krankheitsanzeichen früher ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen als Männer und somit eine zeitige Erkennung schwerer Krankheiten sowie eine erfolgreichere Behandlung ermöglichen.

Letztendlich lassen sich die beobachteten Entwicklungen der geschlechtsspezifischen Mortalitätsunterschiede jedoch mit keinem der beiden Theoriekomplexe allein erklären. Um die Frage der Ursachen für die geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsunterschiede zu klären, muss letztlich nach Ausgangssituationen gesucht werden, die eine analytische Trennung der Ursachenkategorien ermöglichen. Aus einem Vergleich der Sterblichkeitsmuster von Kloster- und Allgemeinbevölkerung wird deutlich sichtbar, dass die größeren geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsunterschiede in der Allgemeinbevölkerung ausschließlich aus den vergleichsweise schlechten Überlebensverhältnissen der weltlichen Männer resultieren. Während bei Nonnen, weltlichen Frauen und Mönchen die Lebenserwartung im Verlauf des 20. Jahrhunderts im gleichen Ausmaß anstieg, blieb die Entwicklung bei den Männern der Allgemeinbevölkerung dagegen deutlich zurück. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass der Großteil der heute existierenden männlichen Übersterblichkeit den verhaltens- und umweltbedingten Erklärungsfaktoren zuzuordnen ist. Allerdings bleibt auch nach Ausschaltung der diesbezüglichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Klosterbevölkerung ein kleiner Restvorteil für das weibliche Geschlecht bestehen, der durchaus auf biologische Ursachen zurückzuführen sein könnte.

Bei den Frauen dieser Altersgruppen hingegen ist eine Übersterblichkeit in den neuen Ländern nicht in diesem Ausmaß zu finden. Diese Ost-West-Unterschiede in den unteren und mittleren Lebensaltern erklären auch die Ost-West-Unterschiede in den Differenzen der Lebenserwartungen bei der Geburt, die höheren bei den Männern und die niedrigeren bei den Frauen.

Die **Abbildung 16** lässt auch erkennen, warum die fernere Lebenserwartung im Alter 60 kaum geschlechtsspezifische Differenzen bei den Ost-West-Unterschieden aufweist. Von diesem Alter an verläuft die Höhe der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten in den neuen Ländern nur noch leicht über der des früheren Bundesgebiets.

Aber nicht nur die Säuglingssterblichkeit hat sich, wie bereits erwähnt, in der Vergangenheit verändert, sondern jedes Lebensalter konnte

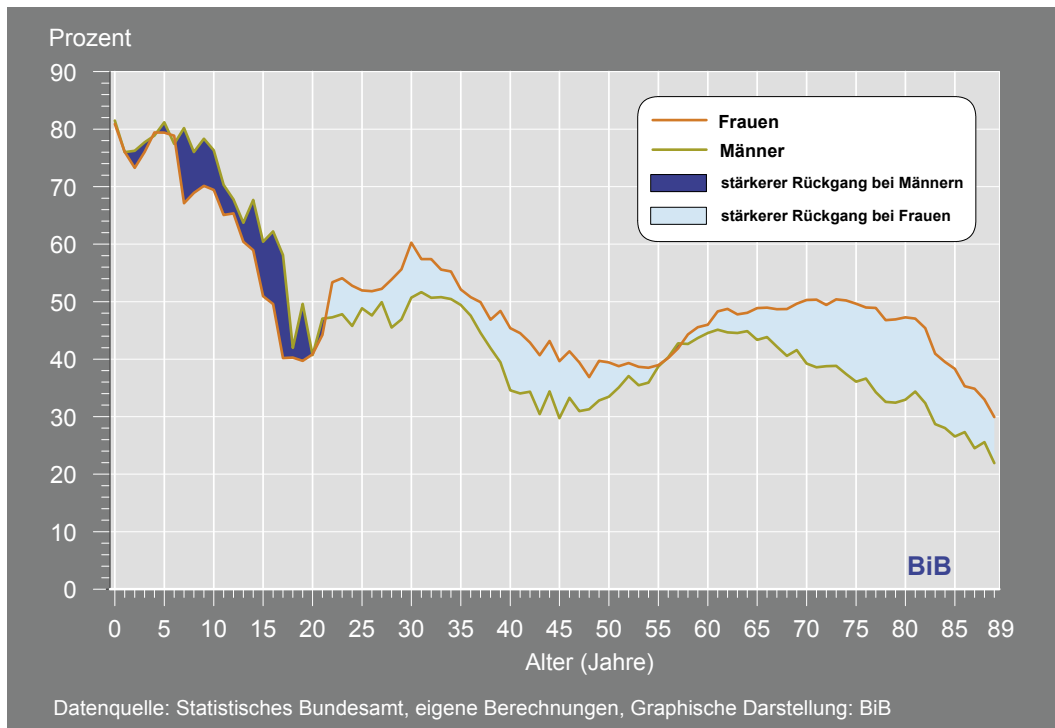
zum Beispiel von der medizinischen Entwicklung profitieren, weist eine über die Jahre ständig gesunkene Sterblichkeit auf und trägt somit zur Erhöhung der Lebenserwartung bei der Geburt bei.

Die folgende **Abbildung 17** zeigt für das frühere Bundesgebiet, welche Altersgruppen mit welchem Anteil daran beteiligt waren.

Mit einem Rückgang von 80 % des Wertes von 1964/66 ist die Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle innerhalb des ersten Lebensjahres) in den letzten ca. 35 Jahren bei beiden Geschlechtern am stärksten gesunken.

Starben in der Mitte der 60er Jahre noch 271 männliche und 212 weibliche Säuglinge je 100.000 neugeborene Kinder gleichen Geschlechts, so sind es heute nur noch 50 bzw. 41. Dieser enorme Rückgang bedeutet für die

Abb. 17: Verringerung der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten im früheren Bundesgebiet, 1964/1966 - 1998/2000 (in %)



Entwicklung der Lebenserwartung auch, dass heutzutage ein Neugeborenes tatsächlich auch die höchste fernere Lebenserwartung hat, während zu Beginn des Beobachtungszeitraums die fernere Lebenserwartung eines 1-Jährigen deutlich über der der Neugeborenen lag.

Ähnlich stark wie die Säuglingssterblichkeit konnte auch die Sterblichkeit der Kinder unter 10 Jahren gesenkt werden, hier allerdings für das männliche Geschlecht stärker als für das weibliche. Wie die dunkelblau unterlegten Felder zeigen, ist ungefähr bis zum Alter 20 der Sterblichkeitsrückgang bei den Männern höher als bei den Frauen. Dafür gewannen die Frauen in sehr hohem Ausmaß durch eine Sen-

kung der Sterblichkeit im jungen und mittleren Erwachsenenalter an Lebenserwartung hinzu sowie insbesondere auch im höheren Alter ab Anfang 70 (hellblau unterlegte Felder). So sank beispielsweise die Sterbewahrscheinlichkeit eines 75-jährigen Mannes um ca. 36 %, die einer gleichaltrigen Frau um fast 50 %.

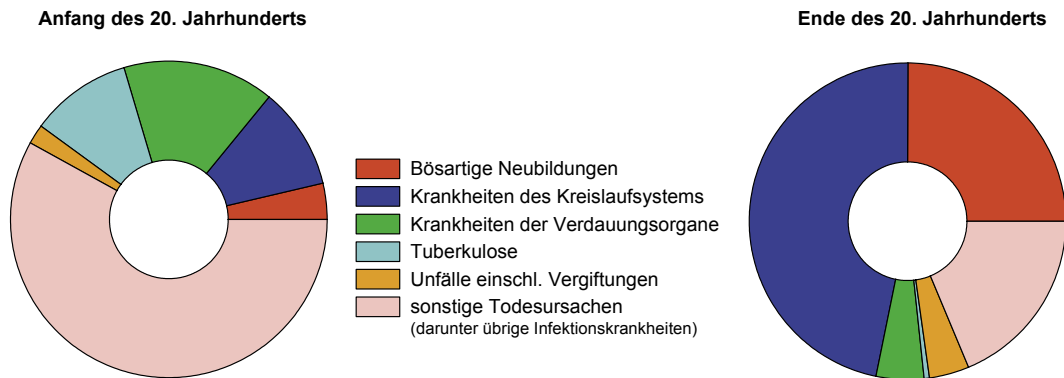
Kommen wir noch einmal auf die Anfänge der Sterbetafel zurück. Während damals aufgrund der hohen Kinder- und Säuglingssterblichkeit weniger als 50 % der Neugeborenen das Alter von 20 Jahren erreichten, so sind es heute mehr als 99 % der Neugeborenen; mehr als 50 % der Männer werden älter als 77 und mehr als 50 % der Frauen werden älter als 83 Jahre.

Welche Todesursachen haben die größte Bedeutung?

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten infektiöse und parasitäre Krankheiten, zu denen auch die damals weit verbreitete Tuberkulose gehörte, eine wesentliche Rolle.

Durch die medizinischen Fortschritte und Verbesserungen der hygienischen Maßnahmen im Verlauf der folgenden Jahrzehnte zurückgedrängt, verloren die Infektionskrankheiten

Abb. 18: Anteile der häufigsten Todesursachen zu Beginn und am Ende des 20. Jahrhunderts (in %)



BiB

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

an Bedeutung. Hierdurch konnte insbesondere die Säuglingssterblichkeit stark gesenkt werden, was zu einer deutlichen Erhöhung der Lebenserwartung führte. In dieser Phase, die, wie bereits erläutert, als epidemiologischer Übergang bezeichnet werden kann, gewannen andere Todesursachen zunehmend an Bedeutung (siehe auch die Zitatbox auf der Seite 40).

Die heute vorherrschenden großen Todesursachengruppen sind bösartige Neubildungen und Krankheiten des Kreislaufsystems. Diese Krankheiten, zum Teil durch Lebens- und Umweltbedingungen beeinflusst, führen meist erst im Erwachsenenalter zum Tode, wobei insbesondere von den Herz-/Kreislaufkrankheiten die hohen Altersgruppen betroffen sind.

Die **Abbildung 18** zeigt eindrucksvoll den Wandel in der Bedeutung von Todesursachengruppen im Vergleich von Anfang und Ende des 20. Jahrhunderts, und die derzeitige Konzentration auf wenige große Gruppen.

Mit einem Anteil von rund 47 % sind die Krankheiten des Kreislaufsystems heutzutage eindeutig die Todesursache Nummer 1. Bei den bösartigen Neubildungen spielen insbesondere Krebserkrankungen der Atmungs- und Verdau-

ungsorgane eine große Rolle, von deren tödlichem Ausgang Menschen in den mittleren wie auch den höheren Altersgruppen betroffen sind.

Von großer Bedeutung für die Sterblichkeit junger Erwachsener sind seit langem die Verkehrsunfälle, welche, wie **Abbildung 16** zeigt, zu den hohen Sterbewahrscheinlichkeiten der 15- bis 25-Jährigen führen.

Todesfälle in den mittleren Altersgruppen sind häufig auch durch Krankheiten der Verdauungsorgane bedingt. Diese Krankheiten sind zu einem sehr großen Teil auf chronische Leberkrankheiten und -zirrhose zurückzuführen, welche bei Männern etwa doppelt so häufig wie bei Frauen auftreten.

Viele dieser Krankheiten, von denen zu einem großen Teil Menschen im mittleren Alter betroffen sind, sind verhaltensbedingt, wie z.B. Alkohol- und Tabakkonsum, Bewegungsmangel oder Ernährungsverhalten, so dass viele dieser Todesfälle als „vorzeitig“ bzw. auch als „vermeidbar“ angesehen werden können.

Liegt hier das größte Potential für eine weitere Erhöhung der Lebenserwartung durch Änderung unseres Verhaltens und Umdenken in Fragen der Gesundheit?

Migration – das Einwanderungsland Deutschland

Migration ist neben der Fertilität und der Mortalität die dritte demographische Komponente, die die Bevölkerungsentwicklung bestimmt. Der sich aus der Differenz von Zu- und Abwanderungen ergebende Wanderungssaldo stellt das Maß der Zuwanderung, d.h. die Nettozuwanderung, dar.

In der amtlichen Statistik wird zwischen Binnenmigration und internationaler Migration unterschieden. Obgleich auch zwischen den Regionen – insbesondere zwischen ländlichen Regionen und städtischen Zentren und von den neuen hin zu den alten Bundesländern – erhebliche Wanderungsbewegungen zu verzeichnen sind, werden im folgenden Abschnitt ausschließlich internationale, d.h. Wanderungen über die Staatsgrenzen thematisiert.

Deutschland – ein Einwanderungsland?

De facto ist diese Frage inzwischen entschieden. Deutschland gehört zwar nicht zu den klassischen Einwanderungsländern, wird aber seit fast fünfzig Jahren durch ein hohes Ausmaß an Zuzügen von verschiedenen Gruppen von Zuwanderern geprägt.

Im Jahr 2002 umfasste die ausländische Bevölkerung in Deutschland 7,3 Millionen Personen; der prozentuale Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung betrug 8,9 %. Dieser Wert ist im europäischen Vergleich relativ hoch; nur Österreich und Belgien haben mit 9 % bzw. 8 % einen vergleichbaren und die Schweiz hat mit 19 % einen höheren Ausländeranteil. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass Frankreich, Großbritannien, Schweden oder die Niederlande durch ihre langjährig freizügigere Einbürgerungspraxis den Anteil der ausländischen Bevölkerung verringert haben und insofern die Werte keinen Aufschluss über die tatsächlichen Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund geben.

Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt (**Abb. 19**). Die in den 60er Jahren dominierenden italienischen Migranten

Die wichtigsten Fragen

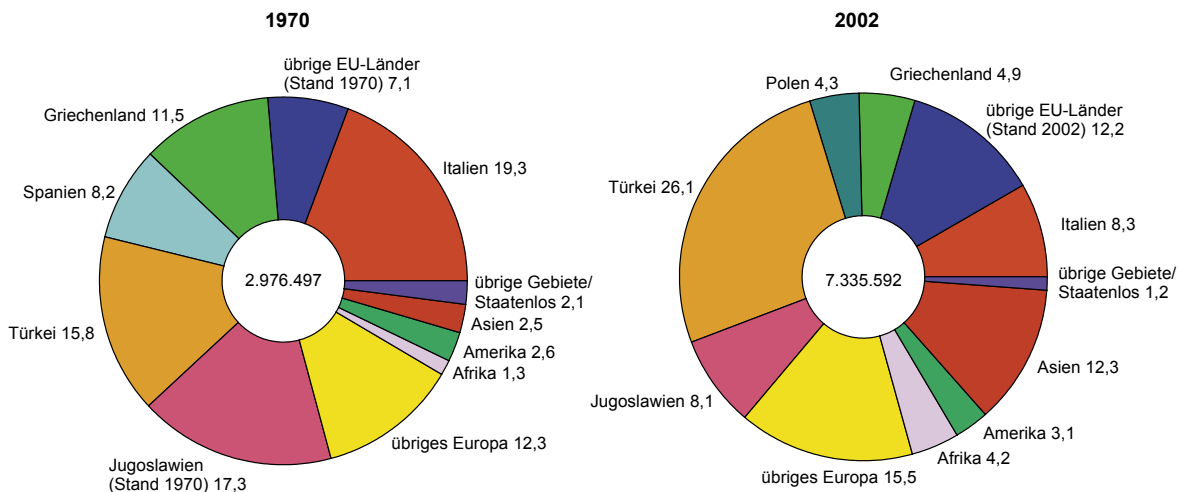
Was ist Migration?

Migration ist ein anderer Begriff für Wanderungen. Unter Migration versteht man solche Formen der räumlichen Mobilität, bei der ein dauerhafter Wechsel des Wohnortes stattfindet. Wechsel innerhalb einer Stadt werden hingegen als Umzüge bezeichnet. Wanderungen unterscheidet man üblicherweise nach der Wanderungsentfernung und insbesondere danach, ob die Migration über eine Ländergrenze erfolgt (Binnen- oder Außenwanderung). Zwischen der endgültigen Verlagerung des Lebensmittelpunktes (Aus- oder Einwanderung) und der temporären Zirkulation, z.B. in Form von täglichen Pendelvorgängen, existieren zahlreiche Übergangsformen. Heute spielen bei der räumlichen Mobilität zunehmend Saisonarbeiter oder hochqualifizierte Personen eine Rolle, die periodisch wandern oder gleichzeitig mehrere Wohnstandorte bzw. Lebensmittelpunkte unterhalten.

In der amtlichen Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik werden Touristen oder Personen mit einer Aufenthaltsdauer unter zwei Monaten nicht registriert. Im Kontext der internationalen Migration vollzieht sich durch den Wechsel des Lebensumfeldes in der Regel auch eine soziale Mobilität, die von Migranten Integrationsleistungen in der Aufnahmegesellschaft erfordert.

wurden in den 70er, 80er und 90er Jahren von türkischen Migranten abgelöst. Auch nach der Abspaltung von Kroatien und Bosnien-Herzegowina vom ehemaligen Jugoslawien ist Jugoslawien das zweitbedeutendste Herkunftsland geblieben. Etwa ein Viertel der ausländischen Wohnbevölkerung waren im Jahr 2002 Staatsangehörige anderer EU-Staaten, ein Viertel stammt aus der Türkei, ein weiteres Viertel aus den restlichen europäischen Staaten (Südost-, Mittel- und Osteuropa einschließlich Russland, sowie Norwegen und der Schweiz) und ein Viertel aus dem Rest der Welt. Die größte einzelne Nationalitätengruppe sind derzeit mit Abstand die fast 2 Millionen türkischen Staatsangehörigen, die 26 % der Ausländer in Deutschland stellen. Ansonsten stammen große Teile aus Jugoslawien (dem

Abb. 19: Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1970 und 2002 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

BiB

jetzigen Serbien/Montenegro, Italien, Griechenland und Polen sowie Österreich, Portugal und Spanien. Unter den aus Asien stammenden Migranten sind Iran und Vietnam wichtige Herkunftsländer. Afrika und Amerika sind zahlenmäßig relativ unbedeutende Herkunftskontinente.

Die meisten Migranten leben seit langer Zeit in Deutschland oder sind bereits hier geboren. Im

Jahr 2001 hatten insgesamt 34 % der Ausländer eine Mindestaufenthaltsdauer von zwanzig Jahren, darunter 15 % von 30 Jahren. 51 % der EU-Bürger und 45 % der in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen können eine mindestens 20-jährige Aufenthaltsdauer in Deutschland aufweisen. Insgesamt sind 21 % der Ausländer in Deutschland geboren, wobei der Anteil bei EU-Bürgern insgesamt 23 % und

Die wichtigsten Fragen

Was bedeutet „Einwanderer der zweiten Generation“?

Als Ausländer wird in der amtlichen Statistik ein Staatsangehöriger eines anderen Landes definiert, aber auch die in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern erhalten nach dem Abstammungsrecht die Staatsangehörigkeit der Eltern. Diese Personengruppe wird in der Regel als „zweite Einwanderergeneration“ bezeichnet. In der Migrationsforschung werden darüber hinaus häufig bereits Personen, die im Vorschulalter eingewandert sind, zur zweiten Generation gezählt. Durch Einbürgerung werden Ausländer auch in der Statistik zu Inländern; nur in Ausnahmefällen kann die ursprüngliche Staatsangehörigkeit beibehalten werden (doppelte Staatsangehörigkeit). Besitzt ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit, so erhalten die Kinder die deutsche neben der Staatsangehörigkeit des anderen Elternteils. Nach dem seit 2000 geltenden Staatsangehörigkeitsrecht gilt zusätzlich das Geburtsrecht; danach wurde den in Deutschland geborenen Kindern von Ausländern, sofern diese bestimmte Anforderungen an die Aufenthaltszeit und den Aufenthaltsstatus erfüllen, eine Option für die deutsche Staatszugehörigkeit eingeräumt. Da die Nationalität somit immer weniger als Definitionskriterium für die Migrationsforschung geeignet ist, hat sich vereinfachend für Personen mit Migrationshintergrund in der Familie der Begriff Migranten durchgesetzt. Migranten werden in der öffentlichen Diskussion häufig auch als ethnische Minderheiten bezeichnet. Eine befriedigende Bezeichnung und amtsstatistische Kategorisierung für Migranten und ihre noch nicht vollständig integrierten Nachkommen steht derzeit noch aus.

z.B. bei Italienern 28 % und bei Griechen 27 % beträgt. Einzelne Nationalitäten erreichen sehr viel höhere Werte an Angehörigen der zweiten Generation, z.B. türkische Staatsangehörige 36 %; dies hängt mit ihrer höheren Fertilität zusammen.

Zu beachten ist, dass deutschstämmige Spätaussiedler, die in den 90er Jahren die Zuwanderung in Deutschland stark bestimmten, durch Anspruchseinbürgerungen Deutsche sind und somit nicht zur ausländischen Bevölkerung gezählt werden. Unter der ausländischen Bevölkerung werden auch keine eingebürgerten Deutschen aufgeführt. Dieser

Aspekt beeinflusst seit der Gesetzesreform 2000, die die Einbürgerung erleichterte, die Zahl und Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung zunehmend – im Jahr 2001 ließen sich 178.098 Personen, darunter 43 % Türken, einbürgern.

Die regionale Verteilung der Ausländer ist durch starke West-Ost- sowie Stadt-Land-Gefälle gekennzeichnet. Hohe Konzentrationen von Ausländern finden sich vor allem in industriellen Agglomerationen. Zu den demographischen Merkmalen der ausländischen Bevölkerung siehe den Abschnitt „Bevölkerungszahl, Altern und Ausländer“ ab der Seite 66.

Die Geschichte der Zuwanderung in Deutschland seit 1950

Der überwiegende Teil der ausländischen Bevölkerung stammt aus den ehemaligen Anwerbeländern für „Gastarbeiter“. Es handelt sich um die zwischen 1955 und 1973 zugewanderten Arbeitnehmer sowie deren Familienangehörige und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen. Die erste Vereinbarung zur Arbeitskräfterekrutierung war das im Jahr 1955 geschlossene Anwerbeabkommen mit Italien. Abkommen mit Spanien und Griechenland folgten 1960, mit der Türkei 1961, Marokko 1963, Portugal 1964, Tunesien 1965 und dem damaligen Jugoslawien 1968. Eine Zäsur der Zuwanderung ergab sich 1973 mit dem Anwerbestopp, der die Anwerbephase beendete; seitdem erfolgte die Zuwanderung aus den Anwerbeländern ausschließlich im Rahmen des Familiennachzugs. Nach der Süd-Erweiterung der EU wurde allerdings für EU-Staatsbürger aus Italien seit 1961, aus Griechenland seit 1988 und aus Spanien und Portugal seit 1993 Personenfreizügigkeit gewährt. 1983 wurden per Rückkehrhilfegesetz Anreize zur Rückkehr gegeben. Obwohl insgesamt bis heute tatsächlich die Mehrzahl der „Gastarbeiter“ ins Heimatland zurückgekehrt ist (z.B. 88 % der Italiener) oder beabsichtigt, im Rentenalter zurückzukehren, weist Deutschland im Wesentlichen eine positive Wanderungsbilanz auf (**Abb. 20**).

Auch in der ehemaligen DDR gab es Verträge zur Anwerbung von Arbeitskräften aus den damals sozialistischen Ländern (Ungarn, Polen, Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam). Die ehemaligen Vertragsarbeitnehmer der DDR

sind aber mit Ausnahme von ca. 80 Tausend Vietnamesen größtenteils nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Mehrere Zuwanderungswellen sind zu beobachten. Den ersten Höhepunkt der Gastarbeiteranwerbung erreichte Deutschland im Jahr

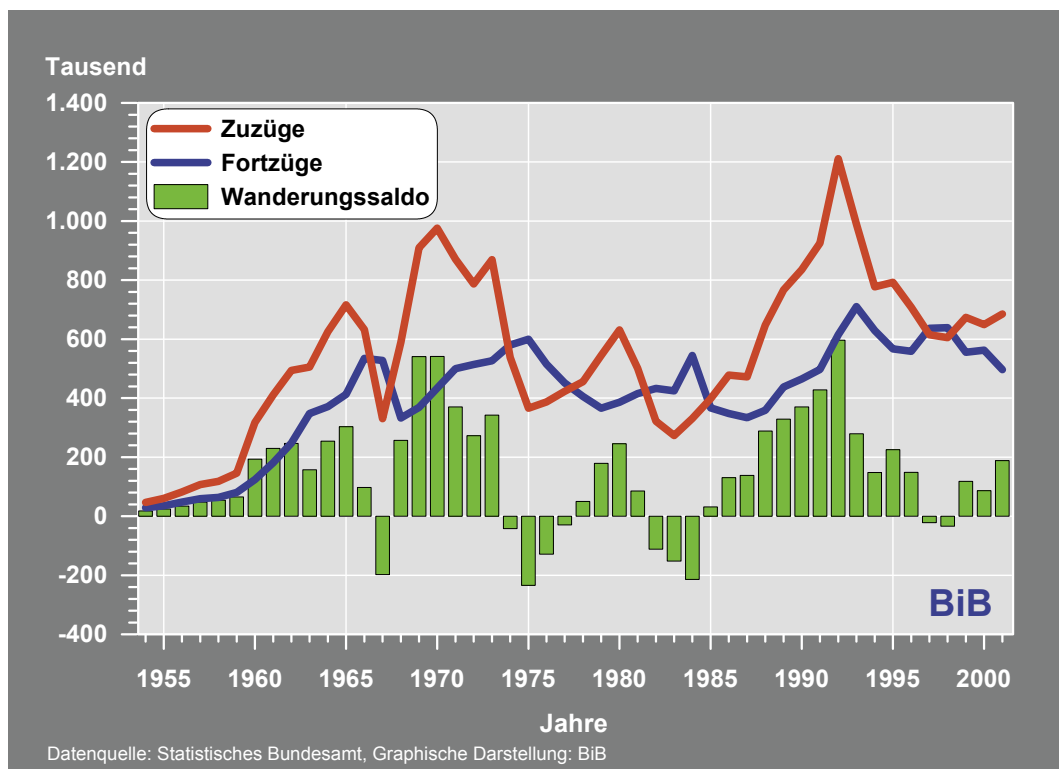
Die wichtigsten Fragen

Wie sieht die Integration der Migranten aus?

Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Zwar gibt es Erfolge in der Integration der zweiten Generation, dennoch zeigen verschiedene Studien, dass eine Reihe von Integrationsproblemen im Bereich der Schulbildung oder des Arbeitsmarktes bestehen. Nähere Informationen dazu sind in den regelmäßig erscheinenden Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes (Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland) zu finden; spezielle Fragen werden in den Publikationen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im Rahmen des Projekts „Integrationsurvey“ beantwortet.

1970 mit nahezu 1 Million (976.232) Zuzügen. In den wirtschaftlich schwachen Jahren um 1967, 1974 und 1983 lag die Zahl der Fortzüge höher als die Zahl der Zuzüge. Seit Beginn der 90er Jahre wird die Immigrationsgeschichte in Deutschland durch neue Zuwanderergruppen geprägt: erstens durch den Zuzug von deutschstämmigen Spätaussiedlern aus den

Abb. 20: Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1954 - 1990: Westdeutschland, 1991 - 2001: Deutschland*



*ohne innerdeutsche Wanderungen im Zeitraum 1954 - 1990

ehemaligen Ostblockstaaten nach dem Fall des "eisernen Vorhangs", zweitens durch den durch Kriege und gesellschaftliche Umbrüche hervorgerufenen starken Anstieg von Asylsuchenden und Flüchtlingen, drittens durch neue Formen der Arbeitsmigration, insbesondere Saisonarbeitnehmer, neue Gastarbeiter und Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen (IT-Fachkräfte, Pflegepersonal). Der

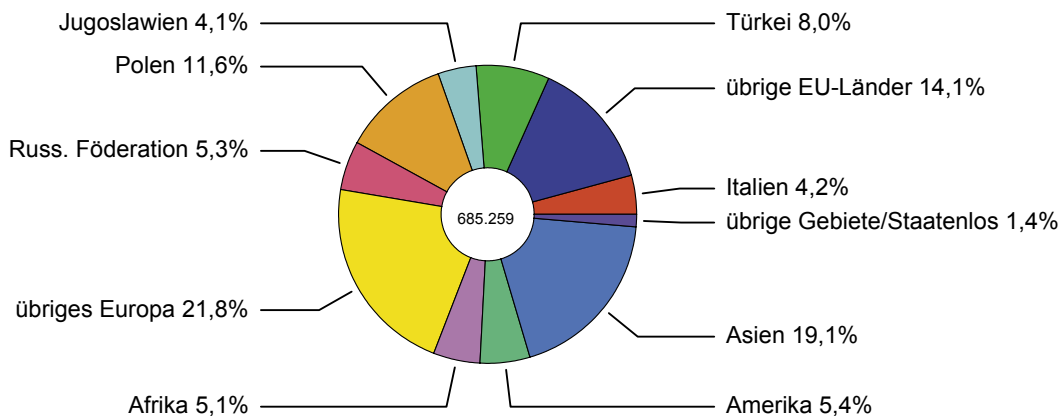
bisherige Höhepunkt der Zuwanderung wurde durch diese Entwicklungen 1992 mit 1.211.348 Zuzügen erreicht. 1997 und 1998 war durch die Rückkehr von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen vorübergehend ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen, wohingegen seit 1999 erneut ein Zuwanderungsüberschuss besteht.

Die aktuelle Situation: Wie setzen sich die Zuwanderer in Deutschland zusammen?

2001 wanderten 685.259 Ausländer nach Deutschland und es zogen 496.987 Ausländer fort. Das Wanderungsvolumen ist in Deutschland ausgesprochen hoch, d.h. bei einer relativ niedrigen Nettozuwanderung finden sowohl starke Zuzugs- als auch Fortzugsbewegungen der ausländischen Bevölkerung statt. Im Jahr 2001 lag somit ein Wanderungssaldo von 188.272 Ausländern vor. Zum Vergleich: Der

Zuzugsüberschuss deutscher Migranten (Auswanderung und Rückkehr deutscher Staatsbürger inkl. Spätaussiedler) lag bei 84.451, woraus insgesamt ein Wanderungsgewinn von 272.723 resultiert. Allerdings ist eine Nettozuwanderung nicht mit einer dauerhaften Einwanderung gleichzusetzen, denn ein Teil der Zuwanderer wird voraussichtlich wieder ins Heimatland zurückkehren. Dies gilt für Bürger-

Abb. 21: Zuzüge nach dem Herkunftsland in Deutschland, 2001 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

BiB

kriegsflüchtlinge und erfolglose Asylantragsteller wie für Arbeitnehmer in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen, aber auch für Migranten mit kurzfristiger Aufenthaltsabsicht und zunehmend für ins Heimatland zurückkehrende Rentner ausländischer Herkunft. Bei der Beurteilung der Zuwanderung müssen somit die Rückkehrer mit in Betracht gezogen werden, und es muss zwischen temporärer Migration und dauerhafter Einwanderung unterschieden werden. Letzteres ist anhand amtlicher Daten schwer möglich, da der Aufenthaltswitz und die beabsichtigte Aufenthaltsdauer bei der Einreise nicht erhoben werden können.

Die fünf wichtigsten Herkunftsländer von Zuwanderern waren 2001 Polen, die Türkei, die Russische Föderation, Italien und Jugoslawien (Abb. 21). Die meisten Zuzüge waren mit 79.650 Personen aus Polen zu verzeichnen (11,6 % aller Zuwanderer). Aus allen Beitrittskandidaten-Ländern für die EU-Ost-Erweiterung (siehe auch „Die wichtigsten Fragen“ auf der folgenden Seite) stammen 162.812 (24 %) der Zuzüge, die damit zur Zeit einen bedeutsamen Anteil an der Zuwanderung nach Deutschland haben.

Die Auswirkungen der EU-Ost-Erweiterung

Neben Malta und Zypern werden zum 1. Mai 2004 die osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn voraussichtlich in die EU aufgenommen werden, Bulgarien und Rumänien werden vermutlich 2007 folgen. Es wurden Befürchtungen laut, dass eine vermehrte Zuwanderung nach Deutschland die Folge sein könnte.

Bereits heute sind im Hinblick auf Zuwanderung und ausländische Bevölkerung die mittel- und osteuropäischen Länder und insbesondere Polen für Deutschland von großer

Bedeutung (polnische Staatsangehörige sind zur Zeit die fünftgrößte Ausländergruppe in Deutschland; 70 % aller neuen Arbeitserlaubnisse für Ausländer gingen 2001 an polnische Staatsangehörige). Diese Zuwanderung beruht derzeit auf den Möglichkeiten zeitlich befristeter Arbeitsaufenthalte und des Familiennachzugs bei Spätaussiedlern.

Die meisten Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung der Ost-West-Migration nach Deutschland gehen davon aus, dass keine massive Zuwanderung zu erwarten ist. Bei der Prognose sind mehrere Aspekte zu berücksichtigen:

Die wichtigsten Fragen

Welche Auswirkungen könnte das geplante Zuwanderungsgesetz haben?

Angesichts der heftig geführten Diskussion um das zunächst vom Bundestag und Bundesrat beschlossene, dann per Verfassungsurteil aufgrund eines Verfahrensfehlers aufgehobene und erneut eingebrachte Zuwanderungsgesetz, stellt sich die Frage, wie ein Zuwanderungsgesetz die Migration beeinflussen kann. Insgesamt sind der nationale Gestaltungsspielraum wie auch die Steuerungsmöglichkeit begrenzt. Die Zuwanderungsregelung für EU-Bürger und Schweizer ist aufgrund der geltenden Freizügigkeitsregelungen von einem Zuwanderungsgesetz in jedem Falle unbenommen und auch die Zuzüge aus humanitären Gründen sind durch die internationalen Regelungen davon kaum betroffen. Im Wesentlichen geht es um die Detailregelung des Familiennachzugs sowie der Arbeitsmigration. Drei Aspekte sind dabei von Bedeutung. Erstens: Das maximale Alter der Kinder beim Familiennachzug, das nach altem Recht bei 16 Jahren liegt, nach der EU-Richtlinie bei 18 Jahren liegen sollte, ist im derzeitigen Entwurf auf 12 Jahre angesetzt. Zweitens: Die Aufenthaltsdauer von hochqualifizierten Arbeitsmigranten, die zur Zeit für IT-Spezialisten auf fünf Jahre festgesetzt ist und in einem neuen Gesetz entfristet werden könnte. Und drittens: Die besonders umstrittene, gänzlich neu zu schaffende Möglichkeit der Zuwanderung für eine Auswahl geeigneter Bewerber ohne vorhandenen Arbeitsplatz (Punkteverfahren).

1. die Ausgestaltung der rechtlichen Regelung der Migration – es ist eine 7-jährige Wartezeit bis zur Gewährung der Personenfreizügigkeit zu erwarten;
2. die wirtschaftliche Entwicklung aller beteiligten Länder – entwickelt sich die Wirtschaft der Herkunftsländer wie erwartet positiv, sinkt voraussichtlich die Abwanderungsbereitschaft schnell; dies gilt auch, wenn die wirtschaftliche Lage der Aufnahmeländer sich verschlechtern sollte;
3. die demographische Entwicklung – vor allem junge Erwachsene sind abwanderungswillig und angesichts der aufgrund des Geburtenrückgangs nach 1990 zu erwartenden Schrumpfung und zunehmenden Alterung

der Bevölkerung in den Herkunftsländern wird sich das Migrationspotential mittelfristig deutlich verringern;

4. die Verhaltensabsichten der potentiellen Migranten – in Befragungen hat sich gezeigt, dass potentielle Migranten aus Ost- und Mitteleuropa Deutschland oder Österreich als Zielland bevorzugen, wobei kurzfristige Aufenthalte oder eine Pendelmigration der dauerhaften Auswanderung vorgezogen werden.

Die Frage des Ost-West-Migrationspotentials ist somit schwer abzuschätzen. Langfristig ist zu erwarten, dass sich bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung und ungünstiger demographischer Entwicklung die Länder in Ost- und Mitteleuropa von Abwanderungs- zu Zuwanderungsgebieten entwickeln und die ausgewanderten Bevölkerungsteile zurückkehren. Diese Entwicklung hat sich in den ehemaligen Auswanderungsländern der EU wie Italien, Spanien, Portugal, Griechenland bereits gezeigt. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass kurzfristige Aufenthalte, Grenzarbeiter und Wochenend-Pendler zunehmen werden.

Zuwanderergruppen

Nach den theoretischen Annahmen der Migrationsforschung lassen sich ökonomische, familiäre oder humanitäre Wanderungsgründe unterscheiden. In der amtlichen Statistik sind jedoch keine expliziten Informationen über die Wanderungsmotive enthalten, so dass Untersuchungen darüber sich auf Umfragedaten stützen. Einige Informationen lassen sich über das Herkunftsland und den rechtlichen Status der Zuwanderer erschließen. Nach der aktuellen Gesetzeslage (Stand Mai 2003) gibt es für Ausländer mehrere Möglichkeiten, legal nach Deutschland einzuwandern. Diese umfassen das Recht auf Personenfreizügigkeit innerhalb der EU für EU-Bürger, die Aufnahme als deutschstämmige Spätaussiedler, den Familiennachzug für Angehörige von in Deutschland lebenden Migranten und Spätaussiedlern, die Zuwanderung im Rahmen des Asylverfahrens oder als Bürgerkriegsflüchtling, neue Formen der zeitlich befristeten Beschäftigung und Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen, insbesondere die Green-Card für IT-Spezia-

listen sowie zeitlich befristete Aufenthalte zum Studium und zur Weiterbildung. Die Zahl der aus dem Ausland zugezogenen ausländischen Studienanfänger (Bildungsausländer) lag im Jahr 2000 bei 8.200 (Quelle: Bundesausländerbeauftragte). Erleichterungen für Aufenthalt und Arbeitserlaubnis gibt es darüber hinaus für EU-assoziierte Staaten (Türkei, EU-Beitrittskandidaten-Länder).

1. EU-Bürger:

Für diese gilt die freie Wahl des Wohnsitzes, sofern sie eine eigenständige Existenzsicherung nachweisen können. Im Jahr 2001 zogen 125.319 EU-Bürger nach Deutschland; die EU-Binnenmigration hatte somit einen Anteil von 18 % der Zuzüge von Ausländern, wobei der Wanderungssaldo allerdings nur bei 3.193 lag. Die meisten Zuzüge sind aus Italien zu verzeichnen; Griechenland, Frankreich, Portugal, Österreich und das Vereinigte Königreich sind weitere bedeutende Herkunftsländer (Quelle: Statistisches Bundesamt).

2. Deutschstämmige Spätaussiedler:

Deutschstämmige Spätaussiedler können bei Nachweis einer deutschen Abstammung und dem Bestehen von Sprachtests einen Antrag auf Einwanderung in Deutschland stellen und erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie kommen vor allem aus der Russischen Föderation, der Ukraine und Kasachstan, aber auch aus Rumänien, Polen und seltener aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn oder dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Ehepartner mit anderer ethnischer Abstammung und Staatsangehörigkeit können im Zuge des Familiennachzugs mitwandern. Bislang sind etwa 4 Millionen Spätaussiedler nach Deutschland gewandert. Die Zahl erreichte im Jahr 1990 mit 397 Tausend ihren Höhepunkt; die jährliche Aufnahme wurde 1999 begrenzt und liegt seit dem Jahr 2000 unter 100 Tausend. Dabei steigt der Anteil der mitreisenden Familienangehörigen ohne deutsche Abstammung, die einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung geltend machen, seit einiger Zeit stark an; er lag im Jahr 2000 bei 74 %. Im Jahr 2001 wurden 98.484 Spätaussiedler in Deutschland aufgenommen, d.h. 11 % der nach Deutschland Zugezogenen (Deutsche und

Ausländer) fallen unter diese Aufnahme-Regelung (Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge).

3. Familienangehörige von Personen aus Drittstaaten (Nicht-EU-Bürgern):

Die Zuwanderung für Drittstaatenangehörige erfolgt zumeist im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs. Die Gesamtzahl ist von 76 Tausend im Jahr 2000 auf 82 Tausend im Jahr 2001 leicht angestiegen. Darunter waren im Jahr 2001 33,8 Tausend Nachzüge von ausländischen zu deutschen und 29,3 Tausend Nachzüge von ausländischen zu ausländischen Ehepartnern. Mehr als die Hälfte des Zuzugs im Jahr 2001 betraf also binationale Ehen mit Deutschen oder eingebürgerten Ausländern. Der Kindernachzug von 19,8 Tausend war im Vergleich zum Ehegattennachzug (63,1 Tausend) relativ gering. Auch er teilt sich auf in Nachzug zu Deutschen wie zu Ausländern. Der Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatenangehörigen macht weniger als 10 % vom Gesamtwanderungsgeschehen aus (Quelle: Bundesausländerbeauftragte).

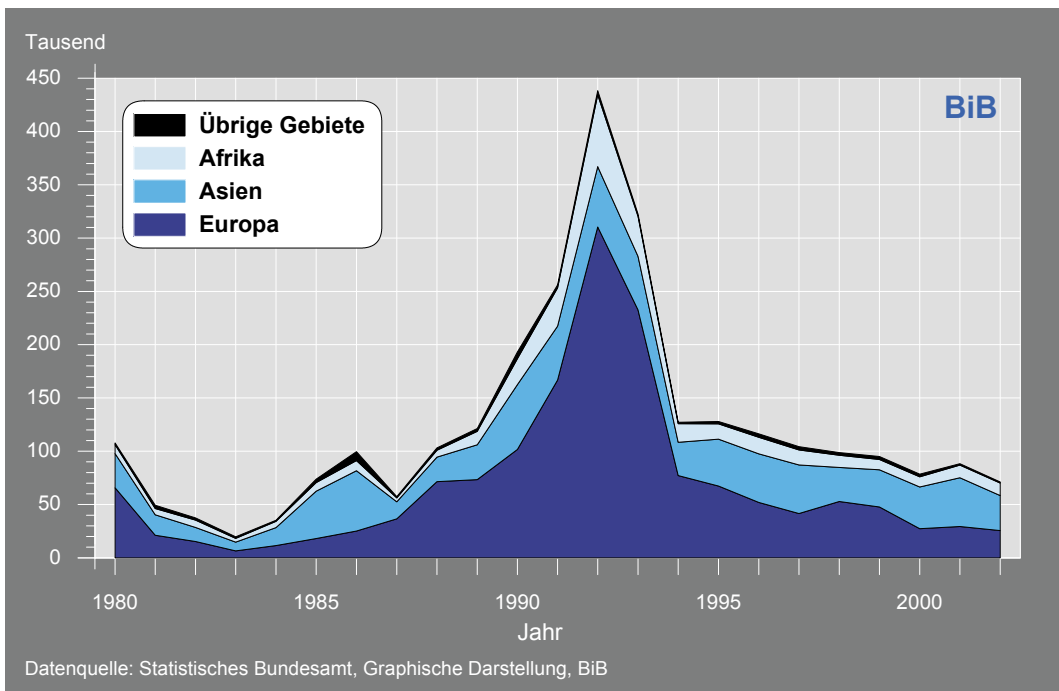
4. Asylantragsteller und Flüchtlinge:

Im Jahr 1992 war mit 438 Tausend die höchste Zahl an Asylantragstellern zu verzeichnen (**Abb. 22**). Nach der Asylrechtsänderung 1993 ist sie kontinuierlich gefallen und unterschreitet seit 1998 100 Tausend. Im Jahr 2002 wurden 71.127 Erstanträge auf Asyl in Deutschland gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Absinken um 19 % zu verzeichnen. Die wichtigsten Herkunftsländer waren Irak (14 %) und Türkei (13 %, hauptsächlich Kurden), Jugoslawien (Kosovo-Albaner und Roma), die Russische Föderation, Afghanistan und Iran (Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge).

5. Zeitlich befristete Arbeitsmigration:

Auf einen hohen Anteil an temporärer Migration verweist die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. Im Jahr 2001 wurden 634.731 Arbeitserlaubnisse für Saisonarbeitnehmer, 6.032 Arbeitserlaubnisse zur Aus- und Weiterbildung, 1.439 befristete Arbeitsberechtigungen, 377 Arbeitserlaubnisse für Gastarbeitnehmer und 244.856 für Werkvertragsarbeitnehmer erteilt. Auch wenn die maxi-

**Abb. 22: Asylbewerber in Deutschland nach Herkunftsregionen, 1980 - 2002
(in Tausend)**



mal drei Monate in Deutschland lebenden Saisonarbeitnehmer nicht als Zuzug gewertet werden und bei Pendelmigration zudem mehrfach gezählt werden, entfallen bei 685.259 Zuzügen von Ausländern fast 40 % auf Personen mit einer lediglich vorübergehenden Aufenthaltsperspektive (Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit)

6. Hochqualifizierte Fachkräfte:

Im Rahmen einer zur Behebung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt im Informationstechnologie(IT)-Sektor eingeführten Sonderregelung ("Green-Card") können seit dem 1.8.2000 ausländische Computerspezialisten mit einer fünfjährigen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis angeworben werden. Das jährliche Kontingent von 20 Tausend wurde nicht ausgeschöpft; insgesamt wurden bis April 2003 nur 10.166 neue Arbeits-

erlaubnisse an IT-Experten erteilt, darunter 986 aus dem Inland (nach dem Studium in Deutschland). Ein Großteil der IT-Experten stammt aus Osteuropa, vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Rumänien und Polen; die größte nationale Gruppe bilden indische Staatsangehörige (2.244). Die meisten Green-Cards wurden in Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vergeben. Die Gründe für die zögerliche Zuwanderung von IT-Experten liegen einerseits darin, dass der Bedarf an Spezialisten von Seiten der Wirtschaft vor dem Konjunktur einbruch stark überschätzt wurde, andererseits an der geringen Attraktivität eines zeitlich befristeten Aufenthalts in Deutschland für die hochqualifizierten Experten (Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit).

Bevölkerungszahl, Altern und Ausländer

Wie viele Menschen leben in Deutschland und wer sind sie?

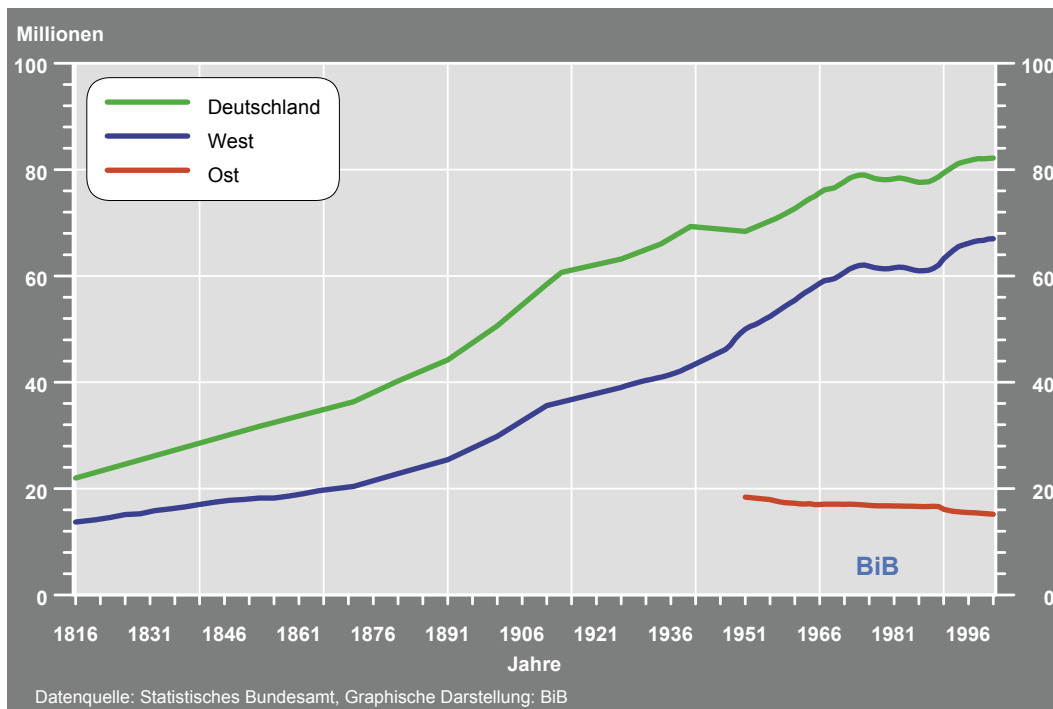
Als Bevölkerung bezeichnet man die Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb eines Zeitraumes in einem genau definierten geographischen Raum leben. In aller Regel werden mit dem Begriff Bevölkerung die Bürger eines Staates bezeichnet, es können aber auch die Einwohner von Bundesländern, Städten oder Gemeinden gemeint sein. Es ist natürlich wichtig zu wissen, wie viele Menschen in einem Land oder einer Gemeinde wohnen. Bevölkerungswissenschaftler interessieren sich aber nicht nur für die Bevölkerungszahl. Menschen unterscheiden sich nach dem Geschlecht, haben ein bestimmtes Alter, sind ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet, haben eine bestimmte Nationalität, leben in einem Haushaltstyp und einer beson-

deren Familienform. Es sind die so genannten Strukturmerkmale, ihr Wandel und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, die von den Bevölkerungswissenschaftlern analysiert werden.

Bevölkerungszahl

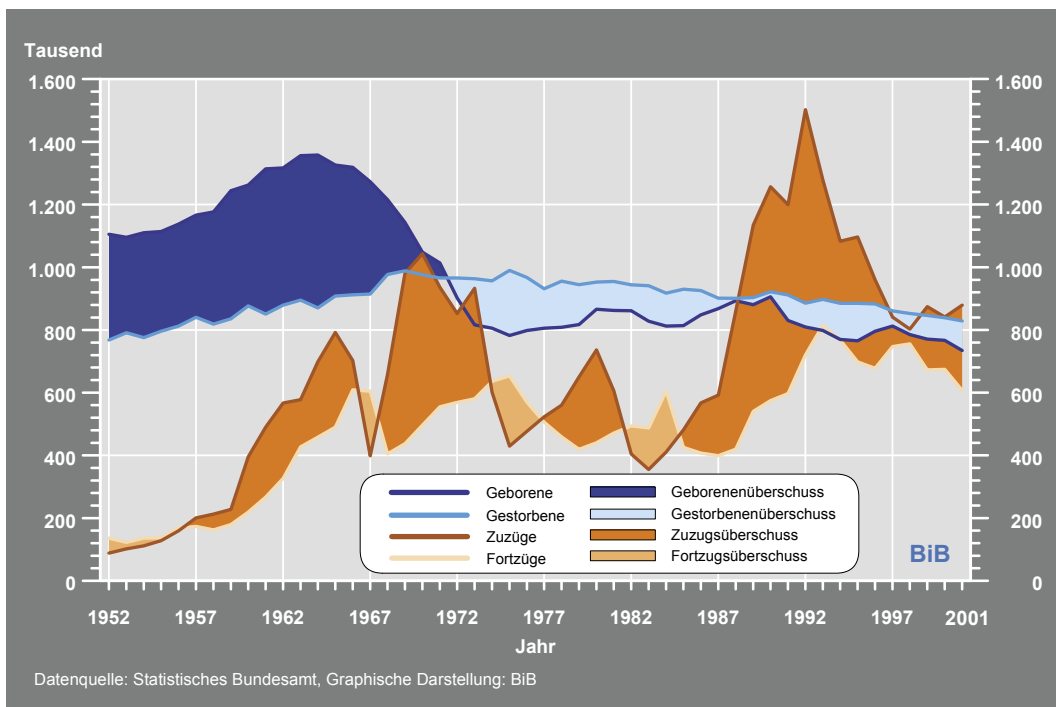
Am 31. Dezember 2002 lebten in Deutschland 82.536.680 Menschen. **Abbildung 23** veranschaulicht, wie sich die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland seit 1816 vollzogen hat. 1816 lebten in Deutschland (Gebietsstand: Deutsches Reich 1937) nur 21,9 Millionen Menschen. Ein verstärktes Bevölkerungswachstum ist dann in der Zeit des *Demographischen Übergangs* (vgl. auch S. 9ff.) um 1900 zu

Abb. 23: Bevölkerungszahl in Deutschland*, 1816 - 2001 (in Millionen)



* bis 1945 Deutsches Reich: Gebietsstand 31.12.1937, ab 1945 früheres Bundesgebiet und Gebiet der ehemaligen DDR, ab 2001 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Bundesländer ohne Berlin-Ost

Abb. 24: Bilanz zwischen den Lebendgeborenen und Gestorbenen bzw. den Zu- und Abwanderungen in Deutschland*, 1952 - 2001 (in Tausend)



* Zuzüge, Fortzüge und Wanderungsbilanz bis 1989 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland

beobachten. Die bereits niedrige Sterbe- und noch hohe Geburtenhäufigkeit verursachten das schnelle Bevölkerungswachstum. Zur Zeit des Ersten Weltkrieges lebten schon 60 Millionen Menschen in Deutschland. In den 50er Jahren zählte die Bevölkerung mehr als 70 Millionen (West- und Ostdeutschland zusammen) und in den 90er Jahren mehr als 80 Millionen Menschen.

Zuwanderung lässt die Bevölkerungszahl steigen

Die Ursachen für das Bevölkerungswachstum haben sich verändert. Über eine lange Zeit bis in die Mitte der 60er Jahre hinein ist die Bevölkerungszahl hauptsächlich deswegen gestiegen, weil mehr Kinder geboren wurden als Menschen gestorben sind (Abb. 24). Seit dem Ende des *Zweiten Geburtenrückgangs* zwischen 1965 und 1975 (siehe dazu Seite 21) besteht eine solche Situation nicht mehr. Bereits seit 1970 sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. Dennoch ist die Bevölkerungs-

zahl weiter gewachsen. Das liegt daran, dass im Trend mehr Menschen nach Deutschland kommen, als es verlassen. Insbesondere die Zuwanderungswellen zu Beginn der 70er, 80er und 90er Jahre haben dazu beigetragen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind bereits ausführlich im vorhergehenden Kapitel zur Migration diskutiert worden.

Die Bevölkerungszahl entwickelte sich in West- und Ostdeutschland unterschiedlich. Anstiege gab es lediglich im Westen. Von 1950 bis 2001 hat sich die Zahl der Menschen, die in Westdeutschland leben, von 49,2 Millionen auf 67 Millionen erhöht, während in Ostdeutschland ein Rückgang von 18,4 Millionen auf 15,1 Millionen stattfand. Diese Entwicklung ist die Folge von zwei Fluchtwellen aus der ehemaligen DDR – bis zum Mauerbau 1961 und nach dem Fall der Mauer 1989. In den 90er Jahren ist der Bevölkerungsrückgang neben der Abwanderung durch die niedrige Geburtenhäufigkeit beschleunigt worden (siehe auch im Kapitel Geburtenhäufigkeit und Eheschließungen auf der Seite 22).

Was man aus dem Altersaufbau der Bevölkerung lernt

Zunächst soll ein Blick auf die gegenwärtige Situation geworfen werden. Der Altersaufbau der Bevölkerung zeigt Frauen und Männer

dann wieder größer. Sie wurden in der Zeit des Nationalsozialismus geboren. Auch in den nachfolgenden älteren Jahrgängen sind noch

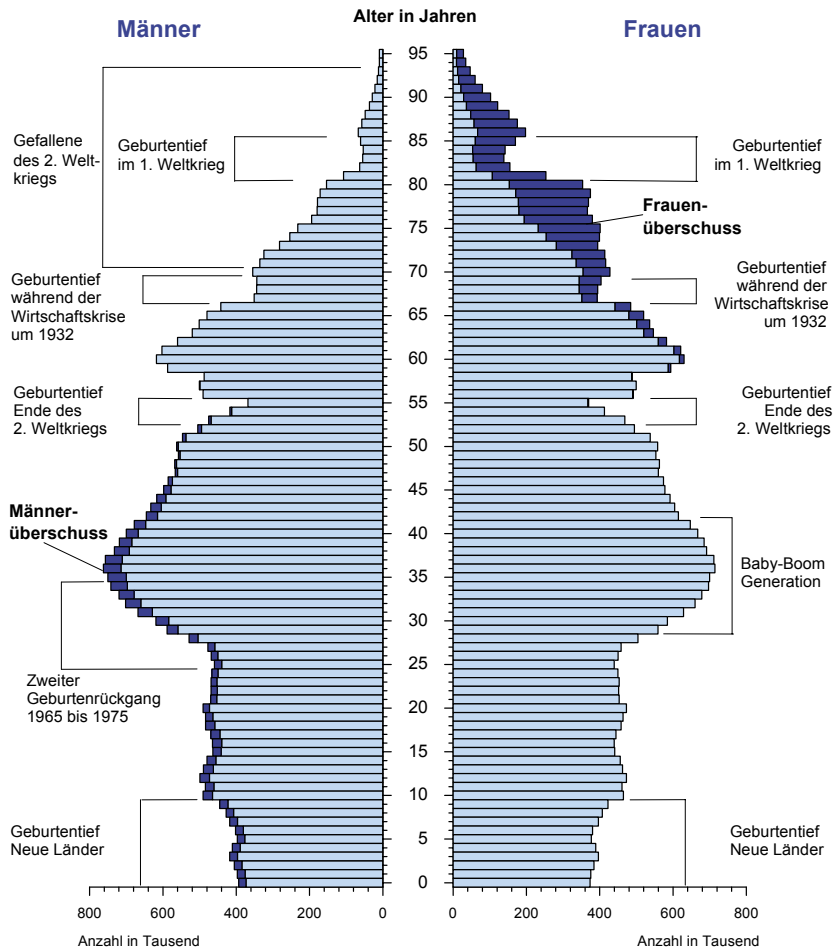
getrennt nach einzelnen Altersjahren vom Alter 0 bis unter 1 Jahr bis zum 95. Lebensjahr (**Abb. 25**). Es handelt sich hierbei zwar um eine Momentaufnahme, da der Altersaufbau aber 95 Altersjahre vereint, ist er zugleich ein Abbild unserer demographischen Vergangenheit.

Auf den ersten Blick fallen diverse Ein- und Ausbuchtungen auf, die auf verschiedenste Ereignisse unserer Vergangenheit zurückzuführen sind. Zum Zeitpunkt dieser Ereignisse gelangt man, indem das Alter (vertikale Achse in der **Abb. 25**) vom Kalenderjahr des Altersaufbaus subtrahiert wird.

Beginnen wir bei den Ereignissen aus der jüngeren Vergangenheit. Man sieht, dass sich der Altersaufbau etwa ab dem 35. Altersjahr nach unten verjüngt. Die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge in unserer heutigen Bevölkerung sind diejenigen, die in den 60er Jahren geboren wurden. Danach kam der *Zweite Geburtenrückgang* und die Geburtsjahrgänge wurden deutlich kleiner. Eine weitere Verjüngung zeigt sich um das 10. Altersjahr. Das ist eine Folge des *Geburtentiefs* in den neuen Bundesländern.

Zahlenmäßig immer kleiner werden auch die Jahrgänge im Alter zwischen dem 37. und 55. Altersjahr. Die 55-Jährigen des Jahres 2001 wurden 1945 im *Geburtentief* Ende des Zweiten Weltkriegs geboren. Die Anzahl der Menschen, die etwa um 60 Jahre alt sind, ist

Abb. 25: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 2001



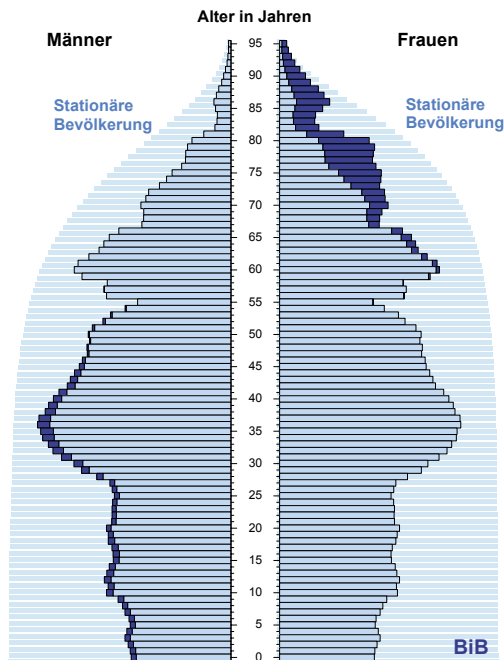
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Gestaltung: BiB

BiB

Einflüsse aus der Vergangenheit zu erkennen. Die heute 65- bis 70-Jährigen sind in der Zeit der Weltwirtschaftskrise geboren und das *Geburtentief* in der Zeit des Ersten Weltkriegs hat bei den 80- bis 85-Jährigen geburten-schwache Jahrgänge hinterlassen.

Frauenüberschüsse sind bei der älteren und Männerüberschüsse bei der jüngeren Bevölkerung kennzeichnend (dunkelblaue Einfärbung). Bei Frauen ist das hauptsächlich auf die höhere

Abb. 26: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2001 und die stationäre Bevölkerung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Graphische Darstellung: BiB

Lebenserwartung und die Vielzahl der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Männer zurückzuführen. Insgesamt leben daher in Deutschland mehr Frauen (42,2 Millionen) als Männer (40,2 Millionen). Am Frauenüberschuss insgesamt ändert auch der Männerüberschuss in der jüngeren Bevölkerung nichts. Dieser ent-

steht aufgrund des höheren Anteils der männlichen Neugeborenen (105:100) und durch die Zuwanderung von jüngeren ausländischen Männern auf den Arbeitsmarkt.

Das Modell der stationären Bevölkerung

Stellen Sie sich jetzt einmal vor, all diese historischen Ereignisse hätten nicht auf die Bevölkerungsentwicklung eingewirkt. Wie würde der Altersaufbau der Bevölkerung aussehen, wenn er sich unter bestimmten gleichbleibenden Bedingungen über einen längeren Zeitraum ungestört hätte entwickeln können? Das sind natürlich nur Modellvorstellungen, die aber gute Vergleichsmöglichkeiten zur heutigen Situation bieten. Gefragt wird also, wie eine Bevölkerung aussehen würde, in der Geburten- und Sterbehäufigkeit über einen längeren Zeitraum unverändert im Gleichgewicht bleiben, so dass die Zahlen von Geburten und Sterbefällen in jedem Jahr gleich groß und ausgeglichen sind. Ergebnis ist eine so genannte stationäre Bevölkerung, deren Altersaufbau nicht die Disproportionen zwischen den Generationen aufweist, wie sie es in tatsächlichen Bevölkerungen geben kann (**Abb. 26**). Ein solcher Altersaufbau wäre außerordentlich günstig für das Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme. Für das Entstehen eines stationären Altersaufbaus wäre aber ein wesentlich höheres Geburtenniveau als das heutige nötig. Es wird deutlich, wie weit sich der heutige Altersaufbau bereits von einer so günstigen Situation wie der stationären Bevölkerung entfernt hat.

Das Altern schreitet schnell voran – Ergebnisse von Bevölkerungsprognosen

Der nun folgende Abschnitt zeigt, wie der Alterungsprozess in der historischen Sicht verlaufen ist und wie er sich in Zukunft mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit entwickeln wird. Die Daten zur demographischen Alterung sind in der **Tabelle 4** und graphisch aufbereitet in der **Abbildung 27** (Seite 60) ersichtlich.

Angaben über die Altersstruktur der Bevölkerung gibt es schon relativ lange. Wir beginnen unsere Darstellung mit Daten aus dem Jahr 1864 für Preußen und enden im Jahr 2050 mit einer Bevölkerungsvorausschätzung für die Bundesrepublik Deutschland. Die Daten zeigen, wie gravierend sich im Verlauf von fast 200 Jahren die Größenverhältnisse zwischen den Generationen der Bevölkerung gewandelt haben:

- In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen auf 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren noch fast 90 Kinder und Jugendliche (Jugendquotienten in **Tab. 4**). 2050 werden es nur noch ca. 30 sein.
- Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren steigt von 1864 bis 2050 um mehr als das Siebenfache, von 7,6 auf 54,4 (Altenquotienten in **Tab. 4**).
- Die für die Alterssicherungssysteme bzw. Pflegeleistungen wichtigen Größenverhältnisse zwischen den jüngeren und älteren Generationen werden in den sogenannten Unterstützungskoeffizienten abgebildet. Wir werden an dieser Stelle die Daten des

potenziellen und intergenerationellen Unterstützungskoeffizienten verwenden. Ersterer zeigt das Verhältnis der 20- bis 64-Jährigen zu den 65-Jährigen und Älteren. Der zweite Koeffizient bildet die Größenordnung der schon sehr alten Menschen über 80 Jahre zu 100 der nachfolgenden Generation zwischen 50 und 64 Jahren ab (siehe zu den Koeffizienten, die demographische Alterung messen, auch den Abschnitt „Vom Umgang mit den Kennziffern“). Beide Koeffizienten zeigen an, wie deutlich sich die Bevölkerungsanteile zwischen den Generationen verschieben werden. 1864 waren potenziell noch ca. 13 Personen im Alter zwischen 20 und 64 für eine ältere Person zuständig. Bis 2050 hat sich diese Relation auf 1,8:1 verringert. Ähnliche Verläufe sehen wir beim intergenerationellen Unterstützungskoeffizienten. 1864 kamen auf 100 Personen im Alter zwischen 50 und 64 etwa vier 80-Jährige und Ältere. 2050 werden es ca. 60 Personen sein, von denen anzunehmen ist, dass sie in dieser oder jener Form Unterstützungs- und Pflegeleistungen von 100 Personen der nachfolgenden Generation benötigen.

Die Entwicklung zu der im Jahr 2050 zu erwartenden Situation hat sich in der Vergangenheit nicht gleichförmig vollzogen und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Die demographische Alterung verläuft in Bevölkerungen, die einen Altersaufbau haben wie die deutsche Bevölkerung 1910, noch sehr langsam. Die Kinder- und Jugendanteile waren noch sehr hoch, die Anteile der älteren Bevölkerung dagegen niedrig und der Altersaufbau insgesamt außerordentlich gleichmäßig (Abb. 27).

Im Laufe der Zeit begann sich der Altersaufbau drastisch zu verändern. Das liegt im Wesentlichen an der niedrigen Geburtenhäufigkeit und nach 1970 auch an der steigenden Lebenserwartung (in welchen Stufen die

Tab. 4: Alten- und Unterstützungsquotienten in Preußen, dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland, 1864 - 2050

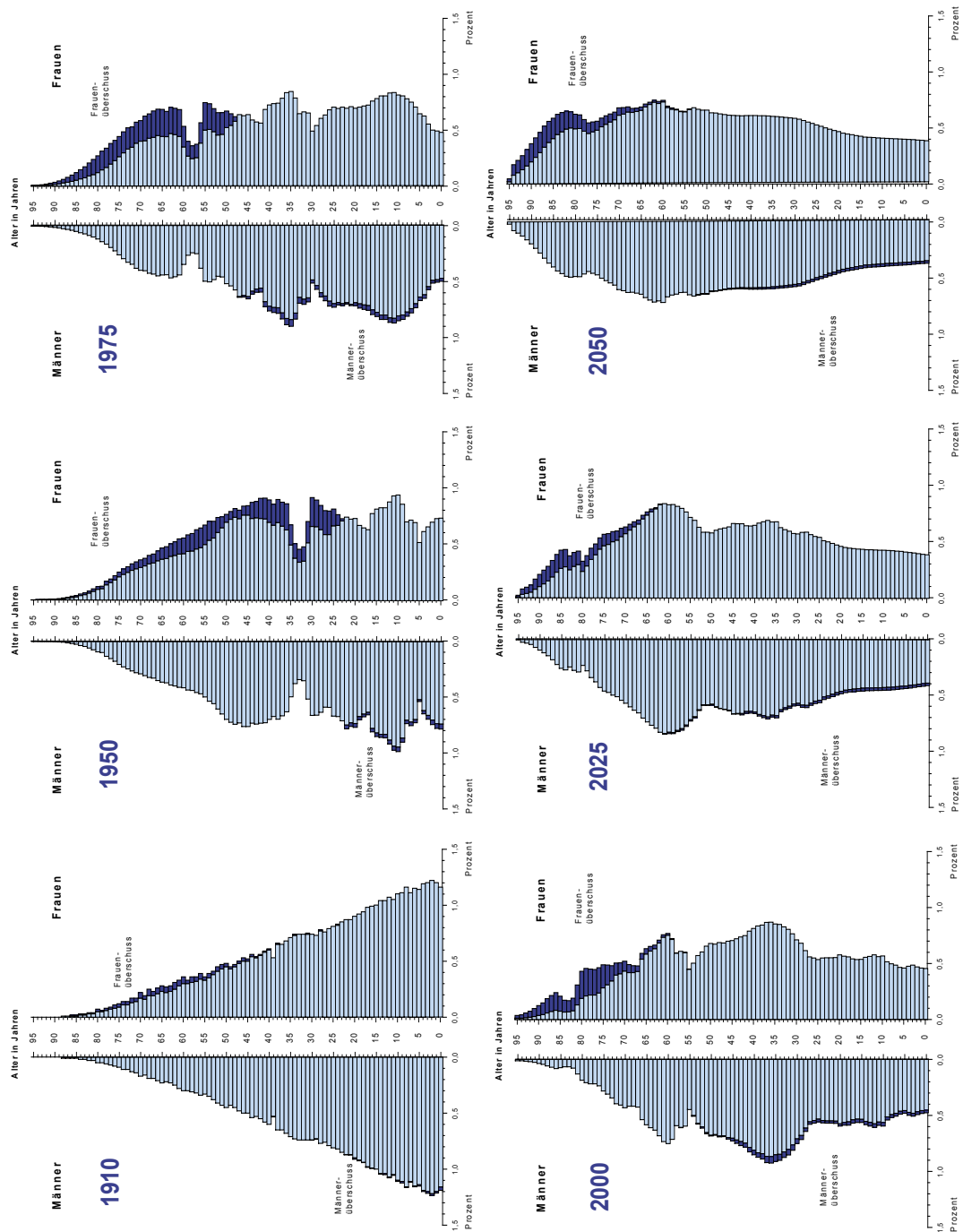
Jahr	Jugendquotient	Altenquotient	Potenzieller Unterstützungskoeffizient	Intergenerationeller Unterstützungskoeffizient
1864	89,2	7,6	13,2	3,6
1871	83,7	8,9	11,3	3,2
1910	85,4	9,8	10,2	4,6
1939	52,7	13,1	7,6	5,4
1950	50,8	16,2	6,2	5,7
2000	34,0	26,8	3,7	19,8
2050	29,7	54,4	1,8	60,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Prognose: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Berechnungen BiB

demographische Alterung verläuft, ist im Kapitel „Der demographische Wandel hat einen langen Atem - Trends 1850 - 2050“ dargestellt). Daneben haben Kriegstote, Geburtentiefs in Kriegs- und Krisenzeiten und Geburtenhochs in gesellschaftlichen Konsolidierungsphasen zu dem heutigen Altersaufbau geführt, wie er im vorherigen Abschnitt beschrieben wurde (Abb. 24 und Abb. 27).

Die auffälligste und für unsere Zukunft außerordentlich bedeutsame Unregelmäßigkeit finden wir im Altersaufbau 1975 um das 10. Lebensjahr. Dies sind die geburtenstarken Jahrgänge aus den 50er und 60er Jahren. Im Altersaufbau 2000 sind sie bereits um das 35. Altersjahr gruppiert. Diese Jahrgänge werden in den kommenden Jahrzehnten in das Rentenalter hineinwachsen und im erwerbsfähigen Alter durch immer geburtenschwächere ersetzt werden. Das ist die Hauptursache dafür, dass sich Altern in den kommenden Jahren immer schneller vollziehen wird. Dies beginnt etwa 2015 und erreicht um 2030/35 seinen Höhepunkt. Dann werden die heute 35-Jährigen in das Rentenalter eintreten und die sozialen Sicherungssysteme noch mehr unter Druck geraten. Bis diese Situation eintritt, vergeht noch geraume Zeit, die für die Adaption unserer Sicherungssysteme genutzt werden kann. Die sozialen Konsequenzen des Alterns werden in einem späteren Abschnitt behandelt.

Abb. 27: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 1910, 1950, 1975, 2000, 2025 und 2050 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Prognose: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Graphische Darstellung: BiB

Die Daten über die Zukunft

Die bis zum Jahr 2050 erwarteten Trends sind aufgrund von Bevölkerungsvorausberechnungen ermittelt worden. Computergestützt werden heutzutage sehr viele solcher Prognosen unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten berechnet. Die hier vorgestellten Ergebnisse beruhen auf den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, den so genannten koordinierten (Zusammenarbeit von Bund und Ländern) Bevölkerungsvorausberechnungen, die immer wieder aktualisiert werden. Hier haben wir es mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zu tun. Mit dieser und anderen Vorausberechnungen soll gezeigt werden, wie sich Bevölkerungszahlen und Bevölkerungsstrukturen unter bestimmten Annahmen in der Zukunft entwickeln werden. Solche Vorausberechnungen sind kurz- und auch noch mittelfristig relativ genau, da man die Ausgangsbevölkerung exakt kennt. Z.B. sind nach 10 Prognosejahren noch immer 90 % der Ausgangsbevölkerung Teil der vorausberechneten Bevölkerung. Je länger aber vorausgeschätzt wird, desto unsicherer werden auch die Ergebnisse. Bevölkerungsprognosen erhalten dann zunehmend Modellcharakter. Sie zeigen, was in der Zukunft passiert, wenn die aktuell getroffenen Annahmen zu Fertilität, Mortalität und Migration über einen langen Zeitraum bestehen bleiben.

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung hängt davon ab, wie die heute bestehende Bevölkerungszahl mit einer gegebenen Altersstruktur der Bevölkerung durch Geburten, Sterbefälle sowie Zu- und Abwanderungen verändert wird.

Für die drei zuletzt genannten Prozesse sind Zukunftsannahmen zu treffen. Für die Geburtenhäufigkeit scheint dies ziemlich klar zu sein. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie ist seit längerem auf einem konstant niedrigen Niveau, und es gibt keine begründete Erwartung, dass es zu einem Wiederanstieg der Geburtenhäufigkeit kommen könnte. Es wurde also angenommen, dass die durchschnittliche Kinderzahl auch weiterhin 1,4 betragen wird. Das ist eine Annahme, die in vielen anderen Bevölkerungsprognosen auch getroffen wird. Dies gilt ebenso für die neuen Bundesländer, für die inzwischen eine Angleichung an die westdeutsche Geburtenhäufigkeit bis 2010 angenommen wird.

Auch bei der Lebenserwartung werden die aktuellen ansteigenden Trends in die Zukunft projiziert. Nach der neuesten Sterbetafel für die Jahre 1998/2000 haben neugeborene Mädchen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 80,8 Jahren. Neugeborene Jungen können erwarten, im Durchschnitt 74,8 Jahre alt zu werden. Bis zum Jahr 2050 wird angenommen, dass die Lebenserwartung bei den Frauen in der mittleren Variante auf 86,6 Jahre

Die wichtigsten Fragen

Wie kommen Bevölkerungsvorausberechnungen zustande?

Vorausberechnungen der Bevölkerung gehen immer von der Istsituation aus. Gegeben ist eine Bevölkerung, die nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren gegliedert ist. Für diese Bevölkerung werden, ebenfalls differenziert nach dem Alter, die Geburten-, Sterbe-, Zu- und Abwanderungswahrscheinlichkeiten berechnet, anhand derer die Vorausberechnungen vorgenommen werden. Das ist mit Hilfe von Computermodellen vergleichsweise einfach. Das eigentliche und schwierige Geschäft des Prognostikers besteht darin, Annahmen zur Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration zu treffen. Die Güte von Prognosen hängt davon ab, inwieweit diese Annahmen die kommende Realität abbilden. Da natürlich niemand die zukünftigen Trends exakt vorhersehen kann, werden Bevölkerungsprognosen immer in verschiedenen Varianten berechnet. Man versucht damit, einen Korridor zu beschreiben, in dem die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungszahl sehr wahrscheinlich ist.

und bei den Männern auf 81,1 Jahre anwächst. Es wird aber auch mit einer noch höheren Variante (Frauen: 88,1, Männer: 82,6) und einer niedrigeren Variante (Frauen: 85,7, Männer: 78,9 Jahre) vorausgeschätzt.

Schwieriger wird es dann, die zukünftigen Zu- und Abwanderungen vorherzusehen. Auch in der Vergangenheit waren in Deutschland größere Schwankungen bei der jährlichen Zahl der Zu- und Abwanderer zu beobachten, so dass es kaum möglich ist, nur einen Trend aus der Vergangenheit fortzuschreiben. Die politischen und wirtschaftlichen Umstände, die Wanderungen beeinflussen, können sich schnell und unvorhersehbar ändern, so dass das Entstehen und Abflauen von Wanderungs-

gipfeln sich einer Vorhersage weitgehend entzieht. Um trotzdem zu plausiblen Ergebnissen zu gelangen, ist die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung in drei Basisvarianten gerechnet worden. Es wurde angenommen, dass pro Jahr ab 2003 nach Deutschland etwa 100 Tausend (Variante 1) bzw. 200 Tausend (Variante 2) Menschen mehr kommen, als es verlassen. In einer dritten Variante wird gezeigt, wie sich die Bevölkerungszahl und -struktur entwickeln würden, wenn ab 2011 der Wanderungssaldo von 200 Tausend auf 300 Tausend ansteigt.

Prognoseergebnisse nach Szenarien

Vergleicht man die Prognosevarianten miteinander oder auch mit vorherigen oder anderen Rechnungen, so zeigt sich, dass die Hauptergebnisse grundsätzlich in die gleiche Richtung weisen. Werden nicht extreme Annahmen getroffen, z.B. bei der Zuwanderung, wie noch gezeigt wird, dann ist allen Vorausberechnungen eines gemeinsam – **die Bevölkerung altert**.

Tab. 5: Übersicht zu den Prognoseannahmen in den Varianten 1, 5 und 9 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

	Varianten		
	1	5	9
Zusammengefasste Geburtenziffer	1,4	1,4	1,4
Lebenserwartung (Jahre)	m: 78,9 w: 85,7	m: 81,1 w: 86,6	m: 82,6 w: 88,1
Zuwanderungssaldo pro Jahr	100.000	200.000	bis 2010: 200.000 ab 2011: 300.000

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Was zeigt nun die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung im Detail? Die Ergebnisse liegen in verschiedenen Prognosevarianten vor, die durch eine Kombination der einzelnen Annahmen zu Fertilität, Mortalität und Migration entstehen. Insgesamt sind neun Varianten gerechnet worden. An dieser Stelle besteht nicht die Möglichkeit, die gesamte Bevölkerungsvorausberechnung vorzustellen. Wenn Sie sich detaillierter informieren möchten, wenden Sie sich bitte an das Statistische Bundesamt (bettina.sommer@destatis.de) oder gehen auf die Homepage des Statistischen Bundes-

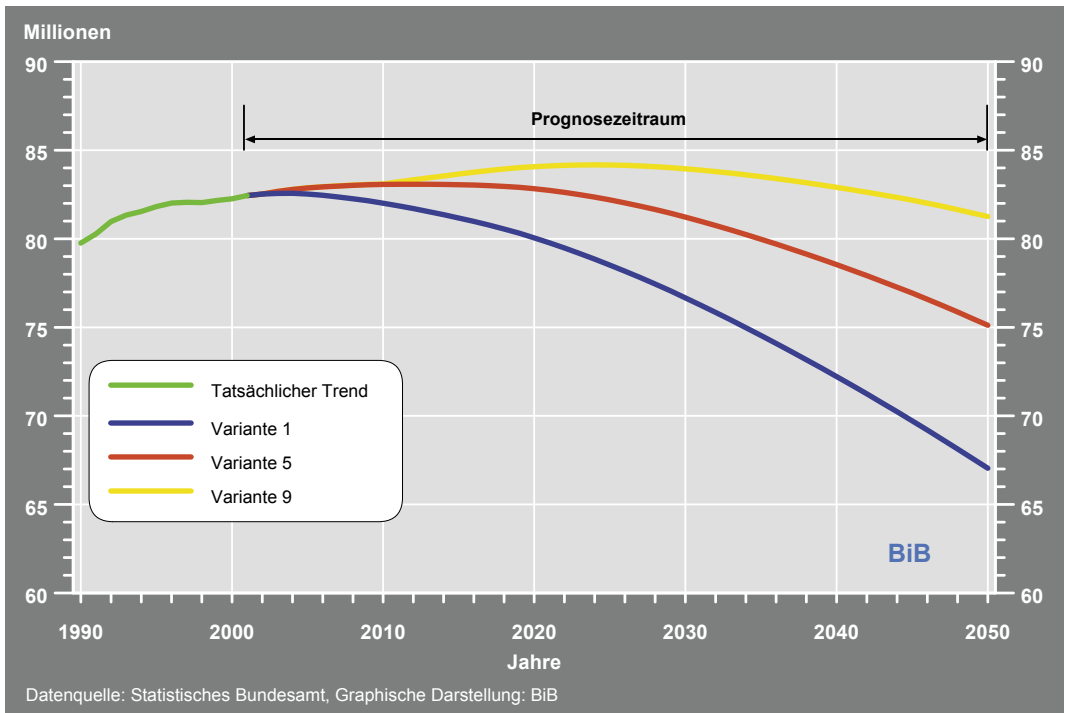
amtes (www.destatis.de). Dort wird unter der Rubrik „Presse- > Presseveranstaltungen“ ein kostenfreier Download angeboten.

In unserer Broschüre möchten wir die Ergebnisse der Prognosevarianten 1, 5 und 9 vorstellen. Die dazu getroffenen Annahmen sind in der **Tabelle 5** aufgeführt.

Einige der Ergebnisse sind in den folgenden Punkten zusammengefasst:

- Ein Rückgang der Bevölkerungszahl ist zu erwarten (**Abb. 28**). In der Variante 1 wird ein langsamerer Anstieg der Lebenserwartung und eine niedrigere Zuwanderung angenommen. Die Bevölkerungszahl in Deutschland geht in dieser Variante auf 67 Millionen Menschen zurück. In der Variante 5 mit mehr Zuwanderern und einem mittleren Anstieg der Lebenserwartung würde ein Bevölkerungsrückgang auf ca. 75 Millionen stattfinden. Steigt die Lebenserwartung stärker an und kommen noch mehr Menschen nach Deutschland (300 Tausend ab 2011 in der Variante 9), würde die Bevölkerungszahl bis 2024 ansteigen, danach aber auf ca. 81 Millionen zurückgehen.
- Der Anteil der über 65-Jährigen steigt je nach Variante unterschiedlich schnell an. Er betrug im Jahr 2000 16,7 % und würde sich bis 2050 auf ca. 30 % erhöhen. Die Differenzen zwischen den einzelnen Prognosevarianten sind außerordentlich niedrig. Hier zeigt sich, dass der Einfluss von Zuwanderung in den angenommenen Dimensionen auf den Anteil älterer Menschen relativ gering ist.
- Die Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) steigt an. Ihr heutiger Bevölkerungsanteil beträgt 4 % (3,2 Millionen Personen). In der Variante 5 steigt der Anteil auf 12 % (9,1 Millionen). Würde die Lebenserwartung wie in der Variante 9 noch schneller steigen, erhöht sich der Anteil der Hochbetagten auf 13 %.
- Die Zahl der Lebendgeborenen wird von knapp 800 Tausend auf unter 600 Tausend sinken. Dieser Trend stellt sich ein, obwohl

Abb. 28: Bevölkerungszahl in Deutschland, 1990 - 2050, ab 2001 nach Varianten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (in Millionen)



das Fertilitätsniveau mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,4 über den gesamten Prognosezeitraum konstant bleibt. Der Geburtenrückgang ist eine Folge des unvollständigen Ersatzes der Elterngenerationen. Die Müttergenerationen werden immer kleiner und in deren Folge sinken die Geburtenzahlen.

- Die Zahl der Gestorbenen erhöht sich trotz steigender Lebenserwartung von ca. 800 Tausend auf fast 1,2 Millionen. Dies ist ein Effekt des Alterns der Bevölkerung. Mit der steigenden Zahl älterer Menschen steigt auch die Zahl der Todesfälle.

Es gibt keine demographische Alternative

Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 100 bzw. 200 Tausend Personen bis 2050 würden insgesamt 5,66 (Variante 1) bzw. 10,46 Millionen (Variante 5) Menschen nach Deutschland kommen. Steigt der Wanderungssaldo ab 2011 von 200 auf 300 Tausend Personen, beträgt der kumulierte Wanderungssaldo sogar 14,46 Millionen Menschen. Die demographische Alterung bleibt davon fast unberührt. Damit ist eine interessante Frage aufgeworfen: Kann durch Zuwanderung das Altern gestoppt werden? Dieser Frage ist die *UN Population Division* im Rahmen ihrer Weltbevölkerungsprojektionen nachgegangen. Das Schlagwort

dazu lautet *Replacement Migration* – Bestandserhaltungsmigration. Gefragt wird, wie viel Menschen nach Deutschland kommen müssten, um Bestandserhaltung unter drei Aspekten zu sichern: 1. Konstanz der Bevölkerungszahl, 2. Konstanz der Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter und 3. Konstanz der Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Bevölkerung im Rentenalter. Wir haben es hier mit einer so genannten Zielprojektion zu tun, wobei es sich um rein methodische Ziele handelt, die nicht wirtschaftlich, sozial oder politisch begründet sind. Es ist ein Zahlenspiel, dessen Ergebnisse aber beeindruckend sind.

Der Erhalt der Bevölkerungszahl wäre noch relativ leicht zu erreichen. Dazu müssten jährlich etwa 320 Tausend Menschen mehr nach Deutschland kommen als es verlassen. Über den gesamten Prognosezeitraum wären es 17,8 Millionen. Damit die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2050 unverändert bliebe, wäre ein jährlicher Wanderungsgewinn von 458 Tausend Personen erforderlich. Insgesamt wären das 25,2 Millionen, wobei in einem solchen Fall die Bevölkerungszahl auf 92 Millionen ansteigen würde. Das Altern könnte mit einer solchen Entwicklung jedoch nicht gestoppt werden.

In der dritten Bestandserhaltungsvariante wurde so gerechnet, dass das Verhältnis von Bevölkerung im Rentenalter zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (potentieller Unterstützungs-

koeffizient) unverändert bleibt. Die demographischen Bedingungen dafür sind unglaublich. Um dies zu erreichen, müsste der Wanderungsgewinn jährlich 3,4 Millionen Menschen betragen. Über die Jahre bis 2050 würde er sich auf 188,5 Millionen aufsummieren, die Bevölkerungszahl würde auf 300 Millionen anwachsen und der Ausländeranteil 80 % betragen. Deutschland wäre dann zu einer zusammenhängenden Agglomeration geworden mit einer Bevölkerungsdichte, die höher wäre als in Frankfurt/Main. Allein diese Zahlen zeigen, wie unrealistisch es wäre, dem Problem Alterung mit verstärkter Zuwanderung begegnen zu wollen. Die damit entstehenden Probleme sind von keinem Land der Welt zu lösen. Zuwanderung kann also das Altern nicht aufhalten, sondern nur abmildern.

Die ökonomischen und sozialen Konsequenzen des Alterns

Das demographische Altern hat langfristige Wirkungen auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dies trifft insbesondere zu für den Arbeitsmarkt, den Schulbereich, die Siedlungsstrukturen, den medizinischen und Pflegebereich und nicht zuletzt für die Sicherung der Renten.

Die Arbeitskräfte werden nicht nur knapper, sondern auch älter

Abgesehen davon, dass das Arbeitskräftepotential rückläufig sein wird – und dies massiv ab 2020, wird es auch älter. Deutlich sieht man dies anhand der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl: Diese ist innerhalb des letzten Jahrzehnts (1991 bis 2001) um rd. 2 % gesunken; gestiegen ist dagegen die Zahl der 55 Jahre und älteren Erwerbstätigen um rd. 17 %. Dieser Anteil läge noch höher, würden nicht viele Unternehmen ältere Arbeitnehmer vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt entlassen. Häufig gehen Ältere jedoch auch freiwillig in den vorgezogenen Ruhestand. Das Ergebnis ist, dass das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter derzeit bei rd. 61 Jahren, also weit unter dem gesetzlich vorgegebenen Renteneintrittsalter von 65 Jahren liegt. Dies und zudem eine derzeitige hohe Arbeitslosigkeit tragen entscheidend mit zur aktuell außerordentlichen Belastung der Rentenversicherungssysteme bei. Zu

deren Entlastung wäre eine volle Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials eine Lösung. Hierfür gibt es zwei Möglichkeiten: Erstens eine Weiterbeschäftigung oder Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt bis zum tatsächlichen Renteneintrittsalter und zweitens eine weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Deren Erwerbsquote betrug 2001 rd. 42 %. Abgesehen davon tragen zur Sicherung des künftigen Arbeitskräftepotentials auch Zuwanderungen nach Deutschland bei. Ein Beispiel: Wollte man die Zahl der erwerbsfähigen Menschen, derzeitig sind es 45 Millionen, ab dem Jahr 2020 beibehalten, wären Zuzugsgewinne von ca. 600 Tausend Personen jährlich nötig.

Rückläufige Schülerzahlen und Alterung des Lehrpersonals

Die zukünftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials hängt von der Entwicklung der Zahl der Schulabgänger ab, und diese wird nach 2006 abnehmen. Die Schülerzahlen sind bereits seit einiger Zeit rückläufig. Allein im Schuljahr 2002/2003 besuchten gegenüber dem Vorjahr rd. 9 % weniger Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Deutschland. Das langandauernd niedrige Geburtenniveau wird auch in den nächsten Jahren die Schülerzahlen sinken lassen. Bis 2020 wird

mit einem Rückgang der Schülerzahlen an den Schulen insgesamt von 12,6 Millionen (2001) auf 10,8 Millionen (2020), d.h. um rd. 19 % gerechnet. Sinkende Schülerzahlen bewirken zwar eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation, doch: das Lehrpersonal „altert“. Laut Angaben des DIW waren die hauptberuflichen Lehrer an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 1992 im Schnitt 44 Jahre alt. Im Jahr 2001 beträgt ihr Durchschnittsalter rd. 47 Jahre. Oder: Nur 4 % der hauptberuflichen Lehrer sind derzeit jünger als 30 Jahre, dagegen ca. 43 % 50 Jahre und älter. Aufgrund dessen müssen trotz sinkender Schülerzahlen mittelfristig verstärkt Lehrkräfte eingestellt werden.

Demographische Alterung und Siedlungsstruktur

Ganz allgemein gilt: Zwischen dem Verlauf der demographischen Alterung und der Siedlungsstruktur bestehen enge Wechselbeziehungen. Entscheidend hierfür sind die Suburbanisierungsprozesse, d.h. Stadt-Umland-Wanderungen. Da insbesondere junge Familien von der Stadt in das Umland ziehen, führen die Suburbanisierungsprozesse (ohne Zuwanderung Jüngerer) zu einer beschleunigten Alterung der Städte. In den Medien taucht öfter die Horrorvision von Städten auf, auf deren Straßen überwiegend alte Menschen unterwegs und Kinder eine Seltenheit sind. Doch kann man hier mit gegenläufigen Tendenzen rechnen: 1. Zugewanderte Ausländer siedeln sich bevorzugt in Städten an. Auch in Zukunft kann man davon ausgehen, dass dies der Fall sein wird und Ausländer weiterhin unterdurchschnittlich an Stadt-Umland-Wanderungen beteiligt sind. 2. Der Trend zu Single-Haushalten wird sich unter der Voraussetzung einer weiter niedrigen Heiratsneigung einerseits und hohen Scheidungsziffern andererseits verstärken. Da Singles erfahrungsgemäß lieber in einer Stadt leben, würden die Stadt-Umland-Wanderungen an Bedeutung verlieren. 3. Die weitere Verschiebung städtischer Altersstrukturen zugunsten Älterer hat ebenfalls ihren Einfluss auf das Wandererpotential. Denn: Ältere Menschen sind bei weitem nicht so mobil wie die Jüngeren. Entsprechend des 1996 erhobenen Alterssurveys lebten 70- bis 85-Jährige im Schnitt rd. 32 Jahre in derselben Wohnung und rd. 50 Jahre am selben Ort. Es gibt durchaus auch Menschen, die

als Ruheständler ihren bisherigen Arbeits- und Wohnort auf Dauer verlassen. Seit Jahren lässt sich eine zunehmende Tendenz von „Ruhesitzwanderungen“ feststellen. Eines muss man festhalten, das demographische Altern wird zu einer flächendeckenden Erscheinung.

Besonders nachhaltige Wirkungen des demographischen Alterns werden im Bereich Gesundheit und Pflege zu erwarten sein

Mit der Verlängerung der Lebenszeit, eine der Hauptursachen des demographischen Alterns, steigt grundsätzlich die Anzahl der Menschen mit erhöhter Morbidität, insbesondere chronisch-degenerativen Erkrankungen. Wie viele Menschen im Alter davon wirklich betroffen sein werden, lässt sich schwerlich voraussagen. Doch man kann davon ausgehen, dass infolge des steigenden Anteils Hochbetagter an der Bevölkerung die Zahl chronisch kranker alter Menschen zunimmt. Angesichts dieser Tatsache stellt sich immer drängender die Frage, wie sich die Gesundheitsausgaben entwickeln werden. Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Doch muss mit einem weiteren Anstieg der Gesundheitsausgaben gerechnet werden. Die künftige Beitragsentwicklung, insbesondere in der gesetzlichen Krankenversicherung, wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Beispielsweise schwanken die für das Jahr 2040 prognostizierten Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung zwischen 15,5 und 30 %. Man muss jedoch auch bedenken, dass die Kosten einer Krankheit entscheidend von der technischen Entwicklung neuer Therapien, neuer Medikamente u. v. m. abhängen. Aber: Wissenschaftlicher Fortschritt ist in seinem künftigen Verlauf schwer vorherzusehen.

In den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl der hochaltrigen Menschen, der 80 Jahre und älteren, rapide steigen. 2050 werden in Deutschland 9,1 Millionen Hochbetagte sein. Anteilig werden dies ca. 12 % der Bevölkerung sein; heute sind es knapp 4 %. Insbesondere Hochbetagte haben ein erhöhtes Risiko, pflegebedürftig zu werden. Das bedeutet, dass mit dem in den kommenden Jahren zu erwartenden starken Anstieg der Zahl hochaltriger Menschen auch mit einer wachsenden Zahl Pflegebedürftiger gerechnet werden muss. Die familiäre und professionelle Pflege wird vor

neuen Herausforderungen stehen. Der wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen steht langfristig eine sinkende Zahl potentiell Pflegenden gegenüber. Dies sind überwiegend Ehe- und Lebenspartner sowie Töchter und Schwiegertöchter. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass infolge der Abnahme dieses familialen Pflegepotentials die professionelle Pflege zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Der Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal wird wachsen. Hochrechnungen ergeben hier einen wachsenden Bedarf an in Vollzeit tätigen Pflegefachkräften von heute rd. 220 Tausend auf ca. über eine halbe Million im Jahr 2050.

Ein seit langem heiß diskutiertes Problem ist die Sicherung der Renten(ansprüche)

Entscheidend ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Beitragzahlern und Rentempfängern. Eine demographische Messgröße hierfür ist der Altenquotient, d.h. das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen im Alter zwischen 20 und 60 und der Zahl der 60 Jahre und älteren Menschen.

Im Jahr 2002 lag dieser Altenquotient bei 44. Bis zum Jahr 2050 wird er sich fast verdoppeln: Auf 100 Personen im Erwerbsalter werden dann rd. 78 Personen im Rentenalter entfallen. Würde man das derzeit diskutierte Renteneintrittsalter von 67 Jahren zugrundelegen, würde der Altenquotient im Prognosejahr 2050 mit 47 wesentlich niedriger ausfallen. Egal wie

sich das Verhältnis zwischen Ruheständlern und Beitragszahlern künftig gestalten wird, grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Generationengerechtigkeit. Ein Maßstab hierfür sind die Generationenbilanzen. Diese zeigen zum einen die einkommensmäßige Belastung der Generationen durch öffentliche Einnahmen und Ausgaben in ihrer jeweils verbleibenden Lebenszeit und zum anderen die langfristigen Umverteilungseffekte zwischen den Generationen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte und unter Berücksichtigung demographischer Veränderungen (vgl. *Enquete-Kommission Demographischer Wandel*, 2002, S. 361). Fazit dieser Generationenbilanzen ist: Bei unveränderten Bedingungen in der Rentengesetzgebung werden die zukünftigen Erwerbstätigen-Generationen wesentlich stärker belastet sein als die heutigen. Diese Situation abzuschwächen, kann künftig nur eine zusätzliche private Altersvorsorge helfen.

Es steht fest, dass die Effekte der demographischen Alterung in den hier aufgezeigten und auch in den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nicht zu vermeiden sind. Die demographische Alterung wird in den kommenden Jahren Politik und Gesellschaft vor zunehmend größere Herausforderungen stellen. Von deren Meisterung hängt es ab, inwieweit man das demographische Altern als dramatisch ansehen muss oder nicht.

Die ausländische Bevölkerung

Die Angaben über die in Deutschland lebenden Ausländer erhalten wir aus der Bevölkerungsfortschreibung oder dem so genannten Ausländerzentralregister, das vom Statistischen Bundesamt ausgezählt wird. Die letzteren Ergebnisse werden in der Fachserie „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen“ veröffentlicht und sind die Grundlage der nachfolgenden Darstellungen.

Nach diesen Ergebnissen lebten 7,3 Millionen Ausländer im Jahr 2002 in Deutschland. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 8,9 %. Die Zahl der Ausländer ist seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland vor allem in

Folge der Zuwanderung, aber auch aufgrund des Geburtenüberschusses gegenüber den Sterbefällen kontinuierlich angestiegen (**Abb. 29**). Sie betrug 1970 2,6, 1980 4,4 und 1990 5,3 Millionen.

Fast 80 % der Ausländer sind europäischer Herkunft. 25,6 % kamen aus EU-Ländern nach Deutschland und 75,4 % entstammen europäischen Nicht-EU-Ländern. Danach folgen Asien mit einem Anteil von 12,0 % und Afrika mit 4,1 %.

Nach einzelnen Nationalitäten ist die größte Gruppe in Deutschland die türkische Bevölkerung (1,95 Millionen), gefolgt von Bürgern des ehemaligen Jugoslawien (627 Tausend)

Abb. 29: Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, 1950 - 2002 (in Tausend)

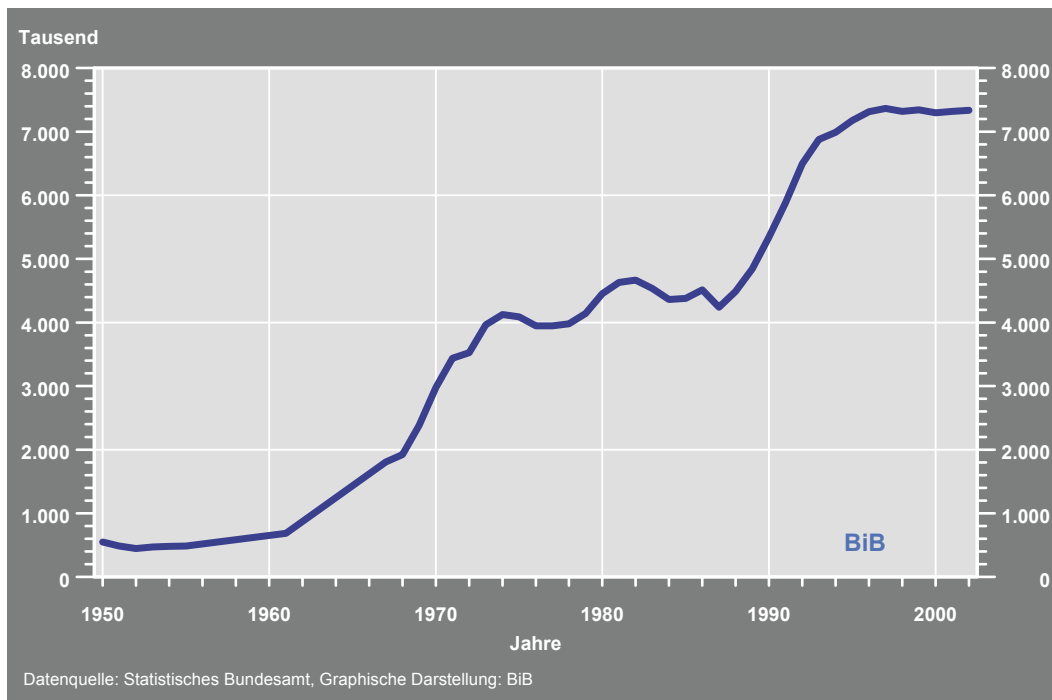
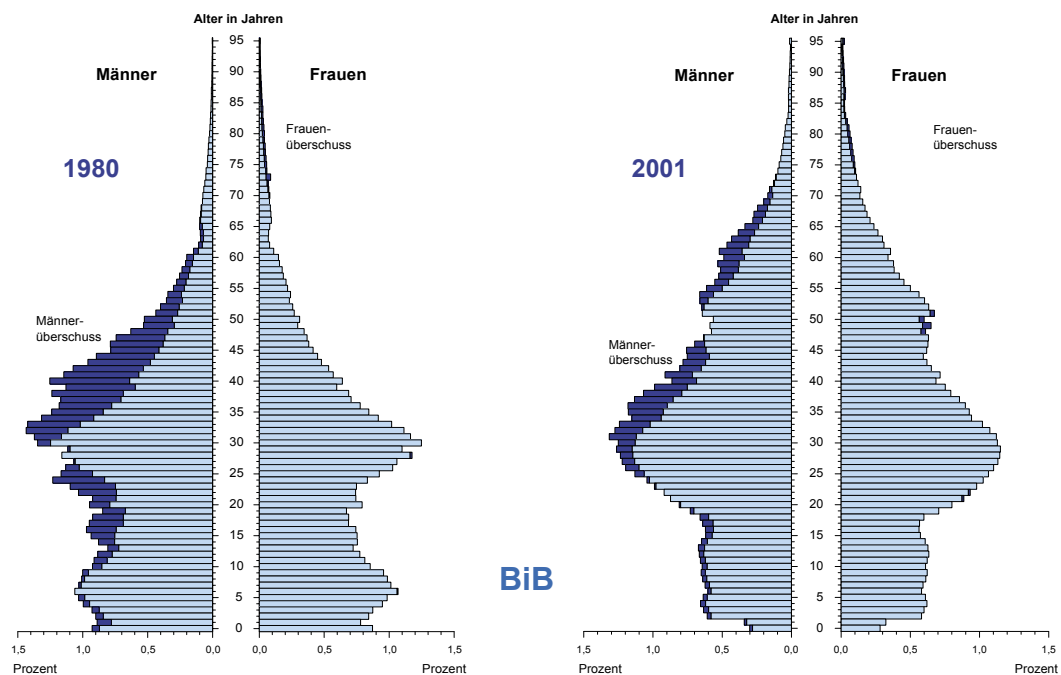


Abb. 30: Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, 1980 und 2001 (in %)



und den Italienern (616 Tausend). Insgesamt leben Menschen mit fast 200 unterschiedlichen Staatsbürgerschaften in Deutschland, darunter auch sehr kleine Gruppen mit jeweils 2 Personen von den Cook-Inseln bzw. aus Mikronesien.

Die wichtigsten Fragen

Wer zählt zur ausländischen Bevölkerung?

Ausländer/-innen sind alle diejenigen Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind. Dort ist formuliert: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Zur ausländischen Bevölkerung gehören auch Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit bzw. staatenlose Personen. Nicht zur Bevölkerung werden Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und der ausländischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen gezählt.

Die **Abbildung 30** zeigt den Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung, der sich beträchtlich von dem der deutschen Bevölkerung unterscheidet. Höheren Anteilen bei den Kindern und Jugendlichen stehen niedrigere Anteile bei der älteren Bevölkerung gegenüber. Darin zeigt sich, dass die ausländische Bevölkerung eine Zuwanderungsbevölkerung ist. Die zahlenmäßig stärksten Altersgruppen findet man, sowohl 1980 als auch 2001, in den jüngeren Altersjahren zwischen 25 und 35, in denen die Migrationsbereitschaft in besonderem Maße ausgeprägt ist. Der Anteil Älterer ist sehr niedrig. Das liegt daran, dass die Zuwanderer aus den 70er und 90er Jahren noch nicht so lange in Deutschland sind, so dass sie im Altersaufbau das 70. oder 80. Lebensjahr noch gar nicht erreichen konnten. Hinzu kommt, dass viele Ausländer nach einigen Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren und damit nicht in Deutschland alt werden. Typisch für eine Zuwanderungsbevölkerung ist auch der in fast allen Altersjahren bestehende Männerüberschuss.

Dennoch unterscheiden sich die Altersstrukturen von 1980 und 2001. 1980 sind zwei Altersgruppen auffällig. Einerseits sind es die Zugewanderten aus den 70er Jahren, die zwischen 30 und 45 Jahre alt sind. Andererseits erkennt man die Generation ihrer Kinder, 1980 um 5 Jahre alt. Im Altersaufbau 2001 sieht man, dass die starken Jahrgänge um das 35. Lebensjahr aus dem Jahr 1980, inzwischen um 55 Jahre alt, als Welle noch auffindbar, in ihrer Zahl aber deutlich kleiner geworden sind. Dies ist ein Indiz für Rückwanderung in die Heimatländer. Es zeigt sich aber auch, dass es 2001 mehr ältere Ausländer in Deutschland gibt als noch vor 20 Jahren. Die stark besetzten Kindergenerationen aus den 80er Jahren sind inzwischen über 25 Jahre alt und bilden mit den neu Zugewanderten eine starke Gruppe zwischen 25 und 35 Jahren. Eine Echowelle dieser Generationen, wie sie noch 1980 zu beobachten war, gibt es nicht mehr, da auch die Ausländer heute weniger Kinder bekommen. Zuletzt sei noch auf die Einbuchtung im Altersaufbau bei 0- bis 2-Jährigen aufmerksam gemacht (**Abb. 30**). Dies steht nicht für einen Geburtenrückgang, sondern für Effekte des reformierten Staatsangehörigkeitsrechts vom 1. Januar 2000. Danach bekommen Kinder ausländischer Eltern, von denen ein Elternteil mindestens 8 Jahre in Deutschland lebt und eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die hier lebenden Ausländer unterscheiden sich deutlich nach der Dauer, die sie bereits in Deutschland sind. Im Durchschnitt leben 43,6 % der Ausländer weniger als 10 Jahre in Deutschland, 22,5 % sind zwischen 10 und 19 Jahren, 18,8 % 20 - 29 Jahre und 15 % schon länger als 30 Jahre in Deutschland. Die Unterschiede nach den Staatsangehörigkeiten sind beträchtlich. Z.B. die Italiener, die bereits in den ersten Zuwanderungswellen ins Land kamen, kennzeichnen dementsprechend hohe Anteile an Bevölkerung, die schon lange in Deutschland sind. So leben 30 % der Italiener schon länger als 30 Jahre in Deutschland. Dagegen sind z. B. zwei Drittel der Somalier weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die Mehrheit der Ausländer wurde im Ausland geboren (78,6 %). 21,4 % sind in Deutschland zur Welt gekommen.

Die Haushalts- und Lebensformen der Bevölkerung

Privathaushalte

In Deutschland gab es im Jahr 2000 38,1 Millionen Privathaushalte. Die Haushalte werden im Wesentlichen aus 3 großen Gruppen gebildet (**Abb. 31**). In 36,1 % aller Haushalte lebt nur eine Person. Das sind sowohl jüngere Menschen, die noch nicht in die Familienbildungsphase eingetreten sind als auch Ältere, deren Lebenspartner bereits verstorben ist. In Ein-Personen-Haushalten leben mehr Frauen als Männer. Das ist vor allem auf die Geschlechterdisproportion im höheren Lebensalter zurückzuführen (höhere Lebenserwartung der Frauen, Kriegsoffer bei den Männern).

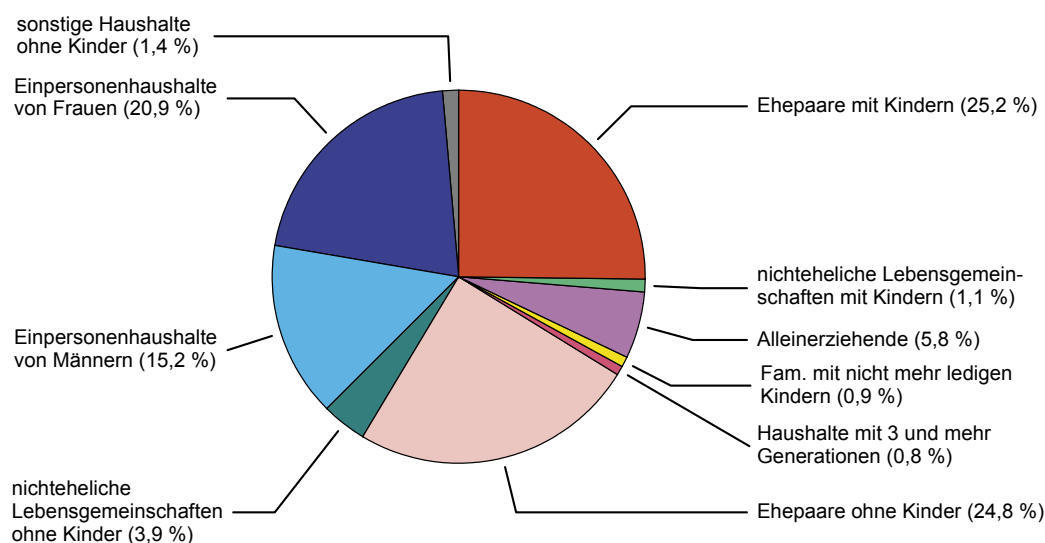
Die zweitgrößte Gruppe sind verheiratete Paare mit Kindern (25,2 %) und die drittgrößte Gruppe wird von den Verheirateten ohne Kinder gebildet (24,8 %). Der Anteil der Ehepaare ohne Kinder ist deshalb so hoch, weil darin auch die älteren Ehepaare enthalten sind, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen und einen eigenen gegründet haben.

Die wichtigsten Fragen

Was sind Lebensformen?

Unter Lebensformen verstehen wir verschiedene Muster des Zusammenlebens der Bevölkerung im privaten Lebensbereich. Haushalts- und Familienformen sind Bestandteil der Lebensformen. Sie werden gebildet durch die Kombination von Merkmalen der Haushalts-, Familien-, Generationen-, Alters- und Geschlechterstruktur. Weitere Klassifikationsmerkmale wie Erwerbstätigkeit oder Alter der Kinder sind möglich. Zentrale Kriterien für die Unterscheidung von Lebensformen sind der Bezug zur Ehe und das Zusammenleben mit Kindern. Danach können sechs grundlegende Lebensformen unterschieden werden: Alleinlebende, nichteheliche Lebensgemeinschaften und verheiratete Paare ohne Kinder, Alleinerziehende sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften und verheiratete Paare mit Kindern.

Abb. 31: Privathaushalte in Deutschland nach Haushaltstyp, 2000 (in %)



Quelle: Engstler, Heribert, Menning, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, 2003

Andere Haushaltsformen sind dagegen selten. 5,8 % aller Haushalte werden von Alleinerziehenden gebildet. Aus der familiensoziologischen Forschung weiß man, dass Alleinerziehende diese Lebensform mehrheitlich nicht auf Dauer wählen, sondern dass sie vielmehr ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft ist. Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NEL) an den Haushalten macht 5 % aus (3,9 % ohne und 1,1 % mit Kindern).

Die wichtigsten Fragen

Was versteht man unter Individualisierung?

Unter Individualisierung wird in den Sozialwissenschaften allgemein der Bedeutungsverlust traditioneller Institutionen für die Ausrichtung des Lebensverlaufs verstanden. Individualisierung geht also mit Deinstitutionalisierung einher. Wir leben eben in einer Zeit, in der individuelles Handeln mehr und mehr selbstbestimmt und weniger an den Vorgaben sozialer Institutionen ausgerichtet wird. Aus der Sicht des Entstehens von Lebensformen ist damit gemeint, dass sich die Steuerungsfunktion der Institution „Ehe und Familie“ abschwächt und damit nicht mehr nahezu die gesamte Bevölkerung dem Verhaltensmuster „Heiraten und Kinderhaben“ folgt. Dies eröffnet die Möglichkeit der weiteren Verbreitung von Lebensformen, die nicht auf der Ehe beruhen. Individualisierung kann also nicht nur an dem Entstehen von tatsächlich individualisierten Lebensstilen (Ausbreitung des Singleturns) festgemacht werden.

Sehr selten geworden mit einem Anteil von 0,8 % sind die Haushalte, in denen 3 und mehr Generationen zusammenleben.

Die bislang gewählte Art der Darstellung gibt aber nur einen ersten groben Überblick zu den Haushalts- und Lebensformen. In einer Betrachtung über alle Altersgruppen werden Jüngere, die noch nicht in die Familienbildungsphase eingetreten sind, mit Familien oder älteren Ehepaaren verglichen, deren Kinder nicht mehr im elterlichen Haushalt leben.

Lebensformen 30- bis 34-jähriger Frauen

Daher sollen in Abbildung 32 die Lebensformen einer besonderen Altersgruppe, der 30- bis 34-jährigen Frauen betrachtet werden.

Dies ist eine Altersgruppe, die bereits in die Familienbildungsphase eingetreten ist und in der, selbst bei früher Geburt der Kinder, diese den elterlichen Haushalt noch nicht verlassen haben. Man gewinnt so einen Eindruck darüber, wieviele der noch relativ jungen Menschen dem traditionellen Lebensmuster „Heiraten und Kinderhaben“ folgen und wieviele alternative Lebenswege gehen. Aufgrund der unterschiedlichen Situationen bietet sich eine getrennte Darstellung für West- und Ostdeutschland an.

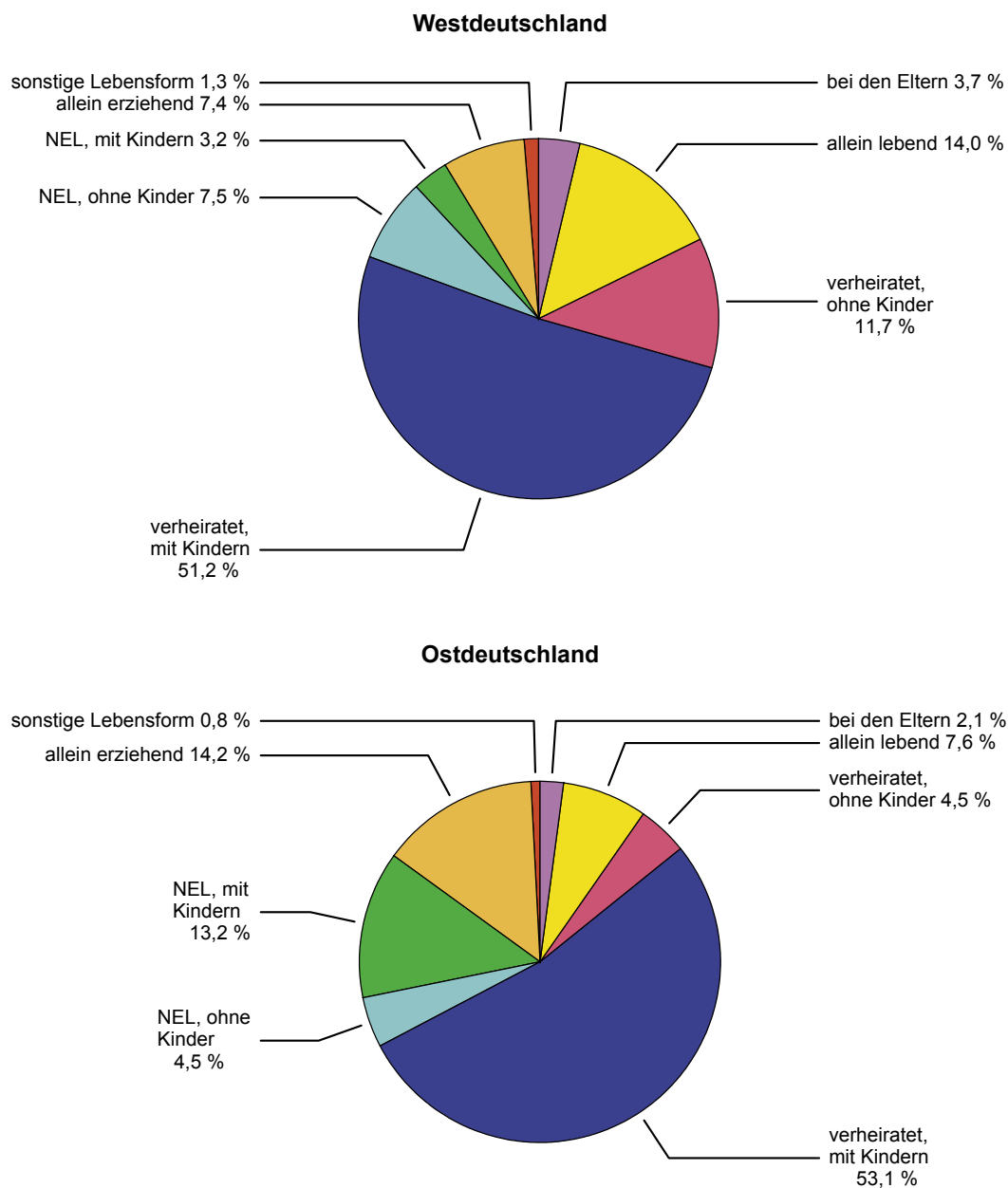
Eine wichtige Feststellung ist: Die Mehrheit in dieser Altersgruppe folgt noch immer dem traditionellen Familienbildungsmuster, ist verheiratet und hat Kinder. In Westdeutschland sind dies 51,2 %, in Ostdeutschland 53,1 % (Abb. 32).

Die zweitgrößte Gruppe in Westdeutschland wird aber bereits von Alleinlebenden gebildet (14 %). Ob das tatsächlich Singles sind, kann man anhand der Daten des Mikrozensus nicht sagen, da das „living-apart-together“ (Partnerschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) nicht erfragt wird. Verheiratet ohne Kinder sind 11,7 %. In nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben 10,7 %. Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern (3,2 %) ist sehr niedrig. Es zeigt sich wieder einmal, dass zumindest in Westdeutschland die Ehe für das Zusammenleben mit Kindern bevorzugt wird.

Schließlich sind 7,4 % allein erziehend und 3,7 % leben noch im elterlichen Haushalt. Insgesamt leben in 61,8 % der Lebensformen Kinder. Dass tatsächlich am Ende des gebärfähigen Alters 38,2 % der heute 30- bis 34-jährigen Frauen kinderlos sein werden, ist unwahrscheinlich. Durchschnittlich beginnt die Familienbildungsphase erst kurz vor dem 30. Lebensjahr. Es ist also zu erwarten, dass über späte Geburten der Anteil Kinderloser noch sinken wird (siehe auch den Abschnitt zur Kinderlosigkeit ab der Seite 25).

Die heute aufgefundene Struktur der Lebensformen hat natürlich nicht immer so bestanden. Die niedrige Geburtenhäufigkeit, die gestiegenen Anteile Kinderloser und Ledigbleibender, der spätere Beginn der Familienbildung und die hohe Scheidungshäufigkeit haben zu einem Wandel in den Lebensformen der Bevölkerung geführt. Rückläufig im Vergleich zu den

Abb. 32: Lebensformen 30- bis 34-jähriger Frauen in Deutschland, 2000 (in %)



Quelle: Engstler, Heribert, Menning, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, 2003

70er Jahren sind die Anteile der Verheirateten mit Kindern. Angestiegen sind vor allem die Anteile der Alleinlebenden, aber auch die der kinderlosen Paare (Verheiratete, Nichteheliche Lebensgemeinschaften).

Im Kontext dieses Wandels wird immer die Frage nach der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen gestellt und auch kontrovers diskutiert. Im Sinne der obenstehenden Antwort auf die Frage, was Individua-

lisierung eigentlich ist, muss man feststellen, dass es einen Individualisierungstrend gibt. Eine auf Ehe aufbauende Familie ist nicht mehr die absolut dominierende Lebensform. Es ist zu einer Umverteilung zwischen den Lebensformen gekommen, in deren Verlauf nichteheliche Lebensformen an Bedeutung gewonnen haben. Da aber immer noch ein großer Teil der Bevölkerung dem traditionellen Muster folgt, sollte man eher von einem begrenzten Individualisierungstrend bzw. einer begrenzten Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie als von einer umfassenden Individualisierung sprechen. Mit Deinstitutionalisierung ist ausdrücklich nicht ein Verschwinden der sozialen Institution „Ehe und Familie“ als ein von der Gesellschaft bereitgestelltes Handlungsangebot gemeint, sondern eine Schwächung der Institution durch ledig und kinderlos bleiben. Eine Pluralisierung der Lebensformen hat nach den vorliegenden Ergebnissen eher nicht stattgefunden. Die Bevölkerung lebt in einer relativ kleinen und seit längerem bekannten Anzahl

von Lebensformen, innerhalb derer sich auch die Anteile zugunsten der Alleinlebenden verschoben haben. 86 % der Menschen über 18 Jahre leben in nur 3 Lebensformen (Alleinlebend, Verheiratet ohne Kinder, Verheiratet mit Kind(ern)).

Zwischen West- und Ostdeutschland bestehen auch im Jahr 2000 noch beträchtliche und aus der familiensoziologischen Sicht interessante Unterschiede. Einerseits ist man im Osten traditioneller orientiert, ist seltener alleinlebend, weniger kinderlos, geht öfter eine Ehe ein, in der dann auch Kinder geboren werden. Andererseits ist das traditionelle Muster der Verknüpfung von Kinderhaben und Ehe stärker aufgelöst. Dies zeigen höhere Anteile der Alleinerziehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern an (**Abb. 32**). Vergleichen Sie dazu auch den Abschnitt zu den Anteilen der Kinder, die von unverheirateten Müttern zur Welt gebracht werden (Seite 29).

Wachstum der Weltbevölkerung

Die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen ist Jahrhunderte lang bis in die jüngere Vergangenheit nur sehr langsam gestiegen (**Abb. 33**). Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts erreichte die Weltbevölkerung eine Milliarde Menschen. In der Folge beschleunigte sich der Bevölkerungszuwachs kontinuierlich. Die zweite Milliarde Menschen wurde bereits nach 123 Jahren erreicht, die dritte Milliarde folgte nach weiteren 33 Jahren und das Wachstum auf vier, fünf und sechs Milliarden benötigte schließlich jeweils nur noch durchschnittlich 13 Jahre. Heute leben mehr als sechs Milliarden Menschen auf der Erde und jährlich kommen derzeit etwa 76 Millionen weitere Bewohner hinzu. Erst in etwa 200 Jahren ist ein Ende des Wachstums der Weltbevölkerung bei dann etwa 11 Milliarden Menschen zu erwarten. Die Weltbevölkerung wird sich gegenüber heute dann nahezu verdoppelt haben (**Abb. 33**).

Das Wachstum oder der Rückgang der Weltbevölkerung resultiert aus der Differenz von Geburten und Sterbefällen, da bei globaler Betrachtung Wanderungen keine Rolle spielen. Der Saldo von Geburten und Sterbefällen wird auch als natürliche Bevölkerungsentwicklung oder natürliches Wachstum bezeichnet.

Bei wachsender Weltbevölkerung übersteigt die Zahl der Geburten stets die Zahl der Sterbefälle. Der jährliche Bevölkerungszuwachs von derzeit etwa 76 Millionen Menschen setzt sich beispielsweise aus 133 Millionen Geburten und 57 Millionen Sterbefällen zusammen (**Tab. 6**). In den Entwicklungsländern werden jährlich 120 Millionen Kinder geboren, für die medizinische Versorgung, Schulen, Lehrer, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze geschaffen werden müssen und nicht nur für die 75 Millionen Menschen, die als Saldo das Bevölkerungswachstum ausmachen (**Abb. 34**).

Tab. 6: Bevölkerungsentwicklung nach Kontinenten, 1995 - 2000 (in Millionen)

Regionen	Bevölkerungszahl in Millionen 2000	Geburten pro Jahr in Millionen 1995 - 2000	Sterbefälle pro Jahr in Millionen 1995 - 2000	Zuwachs pro Jahr in Millionen 1995 - 2000
Welt insgesamt	6071	133	57	76
Entwicklungsländer	4877	120	45	75
Industrieländer	1194	13	12	1
Asien	3679	78	29	49
Afrika	765	31	13	18
Amerika	836	16	6	10
Ozeanien	31	1	0	1
Europa	728	7	9	-2

Quelle: UN World Prospects, The 2002 Revision

Demographischer Übergang in Industrie- und Entwicklungsländern: Ein Prozess mit ungewissem Ausgang

Die beschriebene säkulare Bevölkerungsentwicklung ist eine Folge des *Demographischen Übergangs*, der sich historisch zuerst in den heutigen Industriestaaten vollzog und von einer Bevölkerungsweise mit stark schwankenden, hohen Geburten- und Sterbeziffern zu relativ

stabilen, geringen Geburten- und Sterbeziffern führte (zur Beschreibung des *Demographischen Übergangs* siehe den Abschnitt „Der demographische Wandel hat einen langen Atem – Trends 1850 - 2050, ab Seite 9). Während der Übergangsphase ging als Folge besserer Lebens-

Abb. 33: Entwicklung der Weltbevölkerung nach Kontinenten, 1000 - 2150

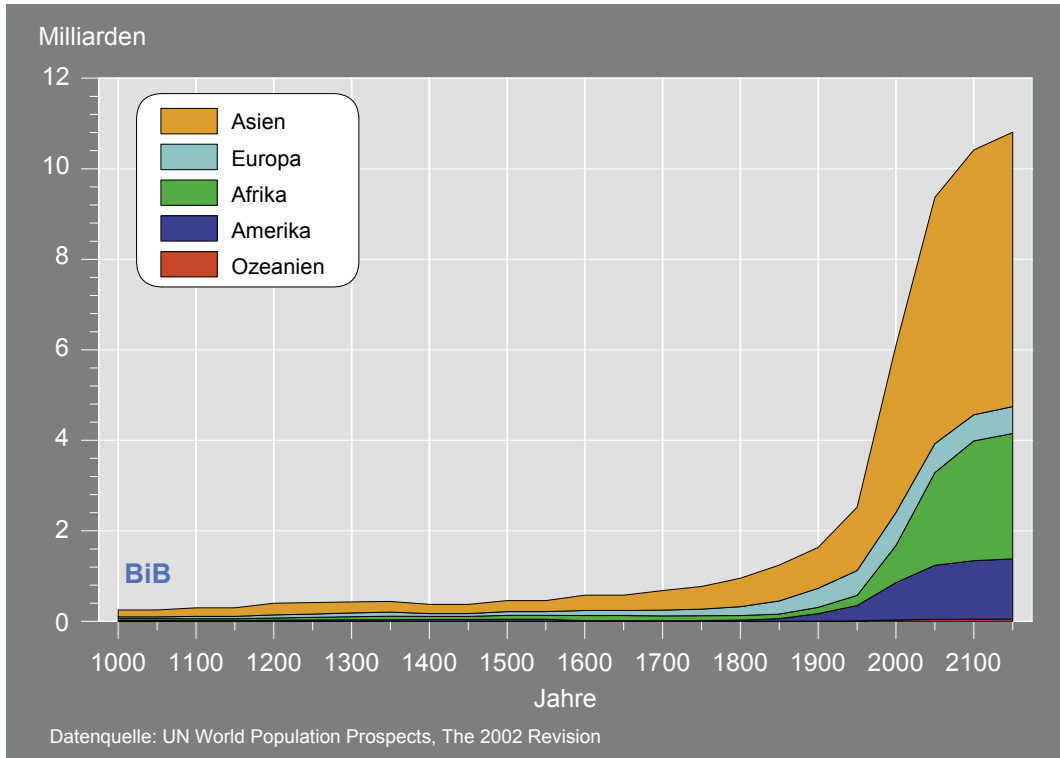


Abb. 34: Saldo der Geburten und Sterbefälle in den Regionen der Welt, 1950 - 2050

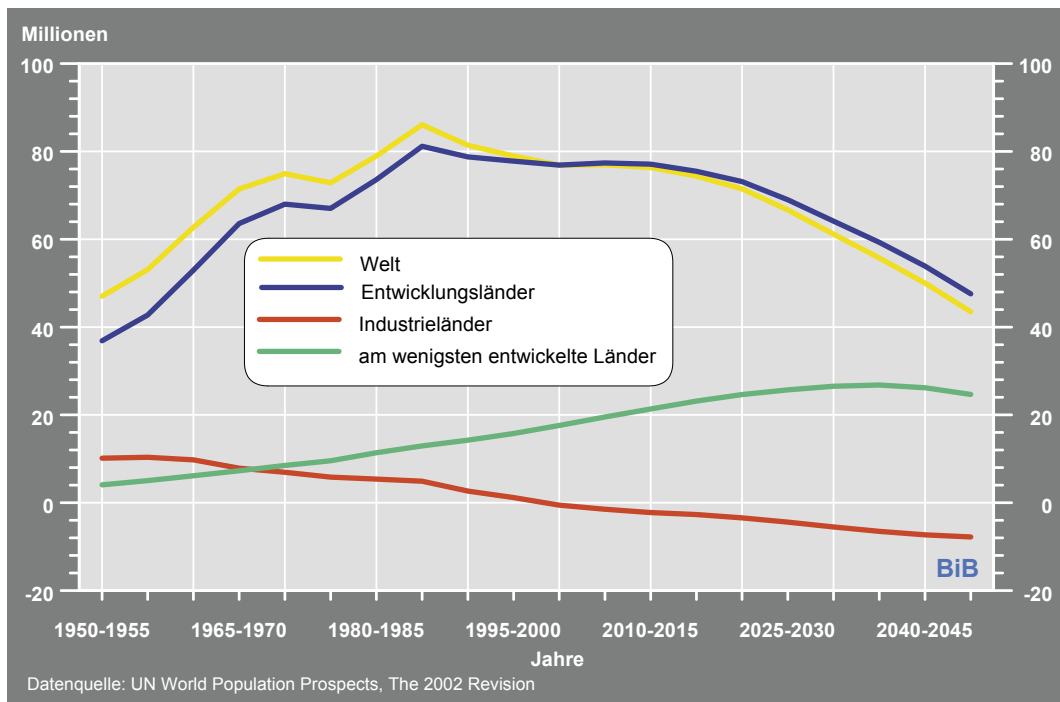
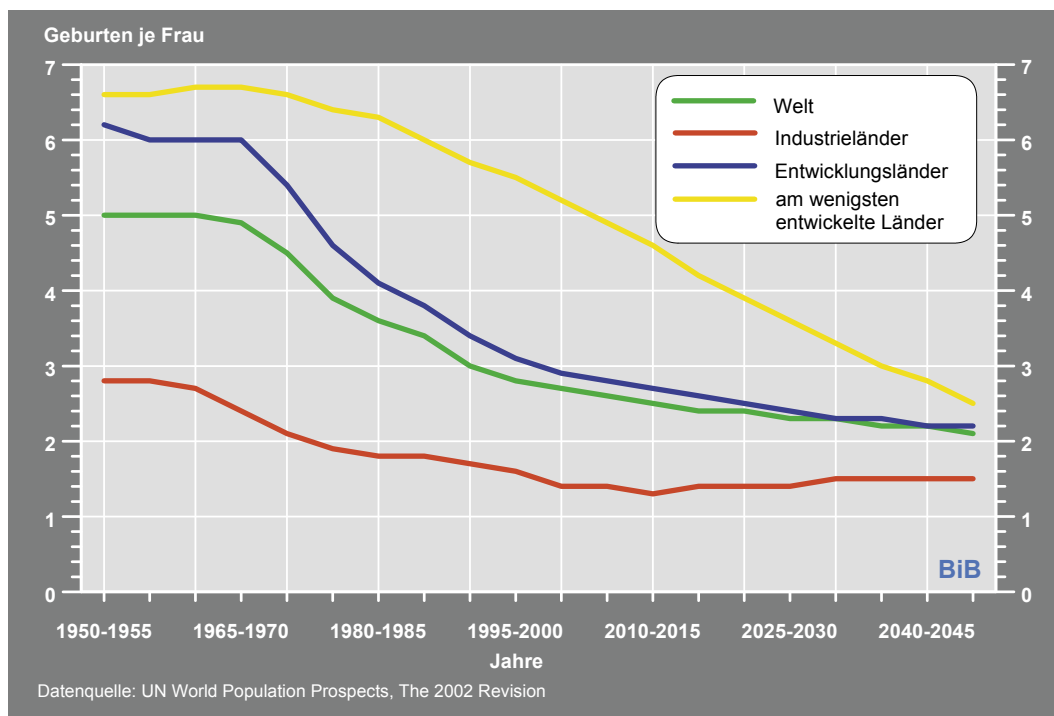


Abb. 35: Zusammengefasste Geburtenziffern nach Regionen der Welt, 1950 - 2050 (Fünfjahresdurchschnitte)



bedingungen und des Rückgangs von Mortalitätskrisen (z.B. durch Kriege, Naturkatastrophen und Seuchenzüge), später auch durch Fortschritte in der medizinischen Versorgung zunächst die Zahl der Sterbefälle stark zurück. Vor allem die Kindersterblichkeit sank schnell, so dass ein größerer Anteil eines Geburtsjahrganges überlebte und selbst Kinder bekommen konnte. Da die Zahl der Kinder je Frau zunächst noch unverändert hoch blieb, erreichte das Bevölkerungswachstum einen bisher nicht gekannten Umfang. Erst mit dem Rückgang der Geburten je Frau, der in der Regel mit mindestens einer Generation Abstand auf das Sinken der Sterblichkeit folgte und komplexe sozio-ökonomische und sozialpsychologische Ursachen hatte, ging das Bevölkerungswachstum auf jährliche Zuwachsraten zurück wie vor dem Beginn des *Demographischen Übergangs*. In vielen Industrieländern ist die Zahl der Kinder je Frau auch in der Phase nach dem *Demographischen Übergang* weiter zurückgegangen und unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern gefallen (siehe nebenstehende

Textbox), so dass in diesen Bevölkerungen langfristig mit einem absoluten Rückgang zu rechnen ist (Abb. 35).

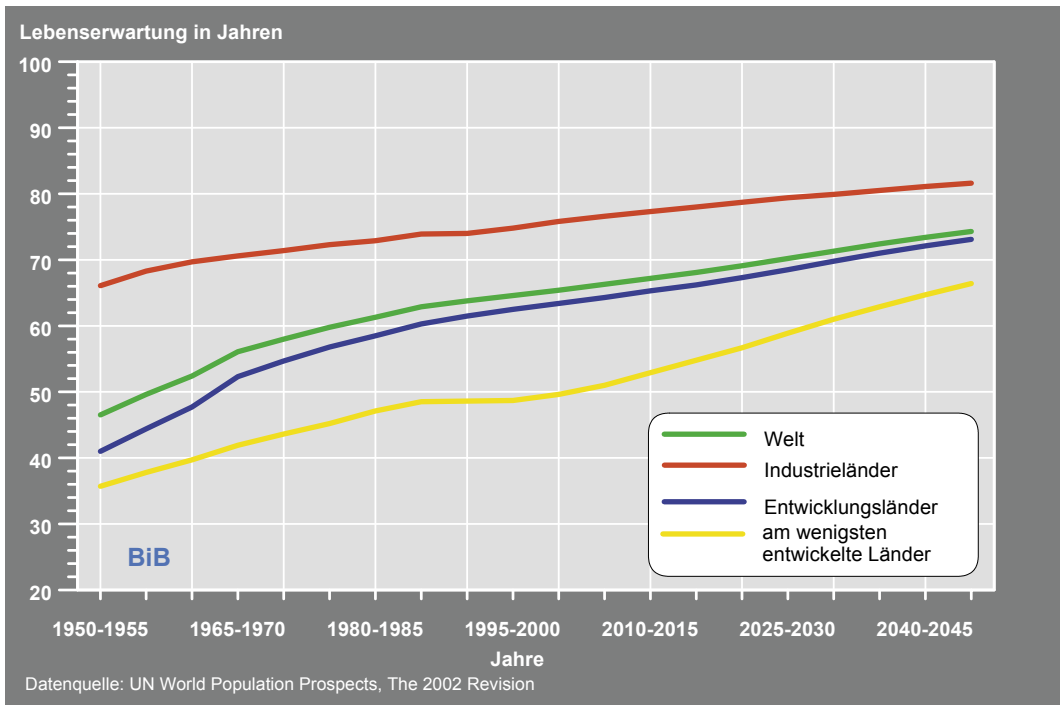
Die wichtigsten Fragen

Was ist ein demographisches Momentum?

Das Wachstum einer Bevölkerung hängt nicht nur von einem Überschuss an Geborenen gegenüber den Gestorbenen ab, auch die Altersstruktur der Bevölkerung spielt hier eine Rolle. Kommen besonders starke Jahrgänge ins reproduktionsfähige Alter, wächst die Bevölkerung auch dann noch, wenn die Zahl der Geburten je Frau zurück geht. Man spricht hierbei von demographischem Schwung oder Momentum.

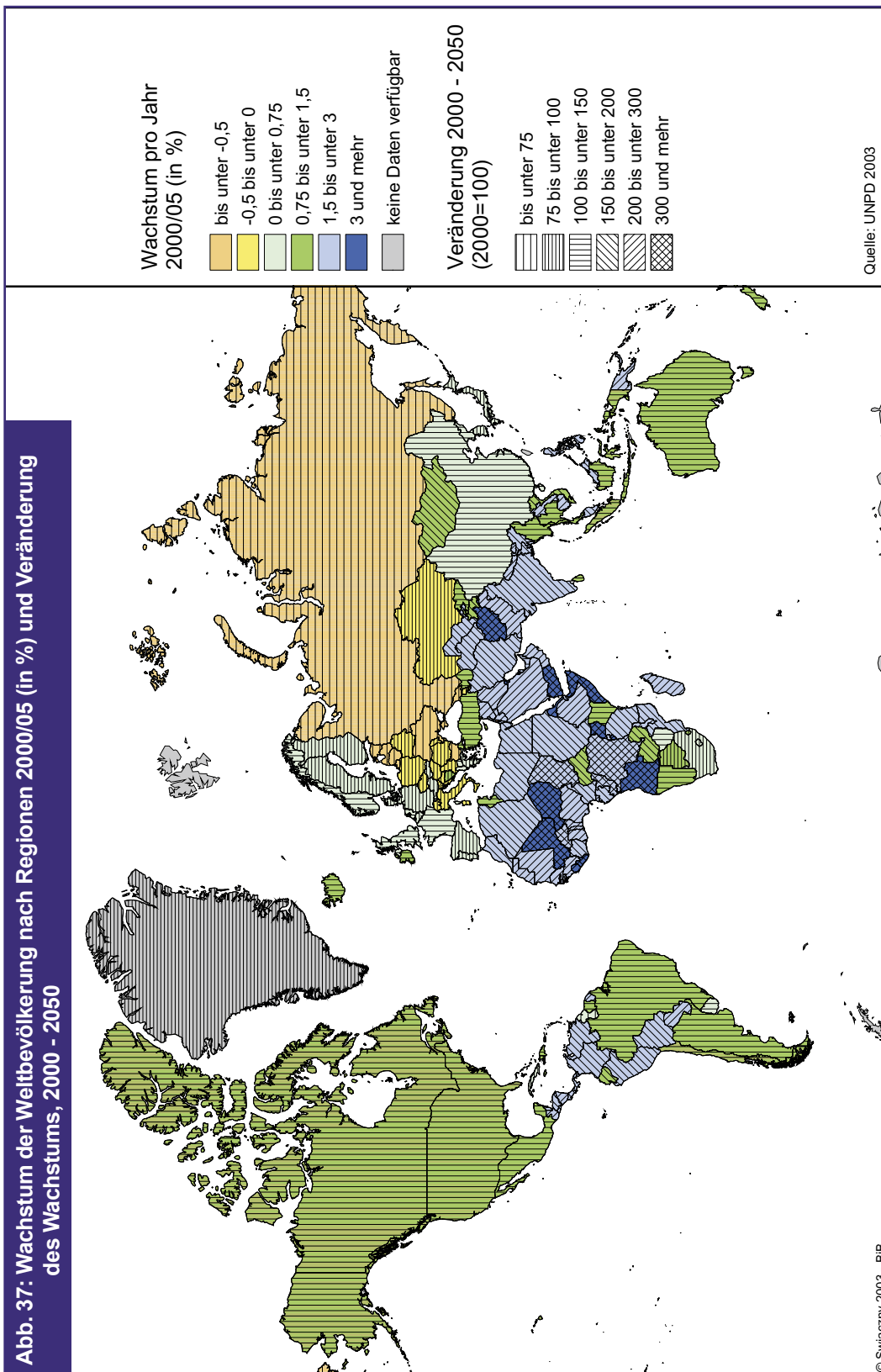
Die Erkenntnisse des *Demographischen Übergangs* in den Industrieländern sind deswegen von besonderer Bedeutung, weil aus dem historisch beobachteten Verlauf der Bevölkerungsentwicklung Prognosen für die künftig in den Entwicklungsländern zu erwartenden Be-

Abb. 36: Lebenserwartung bei der Geburt nach Regionen, 1950 - 2050 (in Jahren, Fünfjahresdurchschnitte)



völkerungsprozesse abgeleitet werden. In den Entwicklungsländern hat der Rückgang der Sterblichkeit zwar erst mit einiger Verspätung eingesetzt, sich dann aber, vor allem durch die aus den Industrieländern übertragenen medizinischen Kenntnisse und Behandlungsmöglichkeiten sowie eine externe Krisenintervention bei Missernten und Naturkatastrophen, stark beschleunigt (Abb. 36). Auch der Unterschied zwischen der Lebenserwartung Neugeborener in Industrie- und Entwicklungsländern geht von über 30 Jahren 1950 auf etwa 10 Jahre 2050 zurück. Selbst in den am wenigsten entwickelten Ländern wird die Lebenserwartung dann auf fast 70 Jahre gestiegen sein, ein Wert, den die Industrieländer bereits in den 50er Jahren erreicht hatten. Der teilweise von außen induzierte Rückgang der Sterblichkeit wurde jedoch nicht in gleichem Maße durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse begleitet wie während der Industriellen Revolution in Europa. Hoher Status großer Familien, Beiträge der Kinder zum Familieneinkommen in einer Subsistenzökonomie, mangelnde

Absicherung im Alter durch soziale Sicherungssysteme, fehlende Aufklärung über Methoden der Familienplanung und fehlender Zugang zu Mitteln der Familienplanung gehören zu den Ursachen einer großen Zahl an Kindern je Frau. In den Entwicklungsländern beträgt diese derzeit noch ca. 3 Kinder und in den am wenigsten entwickelten Ländern über 5 Kinder. Der Rückgang der Fertilität setzte in vielen Entwicklungsländern daher später ein und vollzieht sich auch deutlich langsamer als zuvor in den Industrieländern, die Bevölkerung wächst damit nicht nur mit Zuwachsraten, die höher sind als zuvor in den Industrieländern (Abb. 35), sondern auch bereits länger andauern. Die Reduzierung der Anzahl Kinder, die eine Frau während ihres Lebens bekommt, stellt den wichtigsten Faktor für die Begrenzung des Wachstums der Weltbevölkerung dar. Die Bevölkerung wird aufgrund des demographischen Momentums (siehe Textbox auf der vorhergehenden Seite) jedoch auch dann zunächst noch weiter wachsen, wenn die Fertilität auf das Bestandserhaltungsniveau zurückgeht.



Neue Bevölkerungskonzentrationen entwickeln sich

Die geschilderte langfristige Bevölkerungsentwicklung führt auch zu regionalen Verschiebungen der Bevölkerungskonzentration auf der Erde, da sich die Geburten- und Sterbeziffern

Die wichtigsten Fragen

Was sind absolutes und relatives Bevölkerungswachstum?

Bei der Beurteilung der regionalisierten Bevölkerungsentwicklung ist es wichtig, zwischen dem absoluten und relativen Wachstum zu unterscheiden. Das absolute Wachstum bezeichnet den Umfang des Wachstums in Millionen Einwohnern, das relative Wachstum die Dynamik in %. Hinsichtlich des absoluten Wachstums tragen vor allem die großen Länder wie Indien und China mit großen Beiträgen zum Bevölkerungsanstieg in der Welt bei, in Ländern mit besonders hohen Wachstumsraten ergeben sich hingegen die größten Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung.

räumlich und zeitlich höchst unterschiedlich entwickeln. Die resultierenden weltweiten Unterschiede im Wachstum der Bevölkerung zeigt **Abbildung 37**. Ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung nach Kontinenten verdeutlicht die regional differenzierte Dynamik. Während der gesamten in **Abbildung 37** dargestellten Periode von 2000 bis 2050 ist Asien der bevölkerungsreichste Kontinent. Hier setzte das beschleunigte Bevölkerungswachstum, wie in

Europa, bereits im 18. Jahrhundert ein. In Amerika und Afrika begann die Wachstumsphase dagegen erst im 20. Jahrhundert, insbesondere in Afrika aber mit sehr viel höheren Wachstumsraten, als sie Europa 200 Jahre zuvor verzeichnen konnte. In Afrika werden im Jahr 2050 künftig dreimal so viele Menschen leben wie in Europa, 1950 war das Verhältnis umgekehrt, Europa war damals doppelt so bevölkerungsreich wie Afrika. Während Europas Anteil an der Weltbevölkerung von 13 % auf 5 % sinken wird, verdoppelt sich der Anteil Afrikas von 12 % auf 24 % im Jahr 2050. Die Industrieländer machten 1970 etwa 27 % der Weltbevölkerung aus, im Jahr 2050 werden es nur noch 13 % sein.

Auch das demographische Gewicht der Europäischen Union wird sich durch diese Entwicklung künftig nachhaltig verändern. So ist Indien mit einer Milliarde Menschen beispielsweise bereits heute zweieinhalb mal so bevölkert wie die EU mit 372 Millionen Einwohnern. Den Bevölkerungszuwachs von 266 Tausend Personen der EU im Jahr 1999 erreicht Indien derzeit alle sechs Tage. Auch gegenüber der Bevölkerung in industrialisierten Staaten wird die EU an Bedeutung verlieren, die Einwohnerzahl der USA, die gegenwärtig noch um etwa 100 Millionen Menschen geringer ist als die der EU, wird diese in 50 Jahren um etwa 18 Millionen übertreffen.

HIV/AIDS: Eine Krise ohne Hoffnung?

Die Ursachen für die Unterschiede in der Lebenserwartung und Sterblichkeit werden überaus deutlich, betrachtet man die Todesursachen. Während in den Industrieländern die Haupttodesursache Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie bösartige Neubildungen (Karzinome) sind, an denen vorwiegend ältere Menschen sterben, führen in den Entwicklungsländern vor allem Infektionskrankheiten wie Malaria, Tuberkulose oder HIV/AIDS zu Todesopfern unter den jüngeren Menschen. Gerade in den letzten Jah-

ren hat sich HIV/AIDS, insbesondere in einigen südafrikanischen Ländern, epidemisch ausgebreitet und als Haupttodesursache etabliert. Im Jahr 1999 starben mit 2,8 Millionen an der Immunschwäche AIDS etwa so viele Menschen wie an den Infektionskrankheiten Malaria und Tuberkulose zusammen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen waren Ende 2002 etwa 42 Millionen Menschen an HIV/AIDS infiziert, davon 3,2 Millionen Kinder unter 15 Jahren und 19,2 Millionen Frauen.

Bislang sind in den 53 am stärksten betroffenen Ländern 46 Millionen Menschen durch AIDS gestorben. Die Vereinten Nationen schätzen, dass sich diese Zahl bis 2050 auf 278 Millionen erhöhen wird. Im Gegensatz zu anderen Infektionskrankheiten, die besonders Alte und Kinder treffen, sind Opfer von HIV/AIDS besonders unter den Angehörigen der mittleren Jahrgänge im gebärfähigen Alter zu finden, so dass zusätzlich auch Geburtenausfälle die Folge sind. Damit wird die Bevölkerung in diesen Ländern um fast eine halbe Milliarde Menschen geringer sein, als sie ohne HIV/AIDS wäre, da zu den 278 Millionen AIDS-Sterbefällen noch ein geschätzter Geburtenausfall von 178 Millionen Kindern zu berücksichtigen ist. Die Verluste unter der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung stellen in den besonders schwer betroffenen Ländern nicht nur die Versorgung der AIDS-Waisen in Frage, sondern beeinträchtigen auch die wirtschaftliche Entwicklung.

Von den 53 am stärksten betroffenen Ländern, in denen 93 % der weltweit infizierten Erwachsenen leben, liegen 38 in Afrika südlich der Sahara. Hier sind mit 30 Millionen HIV/AIDS-Infizierten etwa 70 % aller Betroffenen zu finden. Trotz der zu erwartenden Sterbefälle und Geburtenausfälle wird die Bevölkerung in den meisten dieser Länder weiter wachsen, mit Aus-

nahme von einigen Ländern im Süden Afrikas, in denen bereits jetzt über 20 % der Bevölkerung mit HIV/AIDS infiziert sind, wie Botswana, Lesotho, Südafrika und Swasiland, für die eine Abnahme der Bevölkerung zu erwarten ist.

In Botswana beispielsweise, dem Land mit der derzeit höchsten Infektionsrate von 33 % der erwachsenen Bevölkerung ist die Lebenserwartung mit 39,7 Jahren um etwa 28 Jahre geringer, als sie ohne HIV/AIDS wäre. Im Jahr 2050 wird die Bevölkerung um 20 % geringer sein als heute und um 63 % geringer, als sie ohne HIV/AIDS wäre.

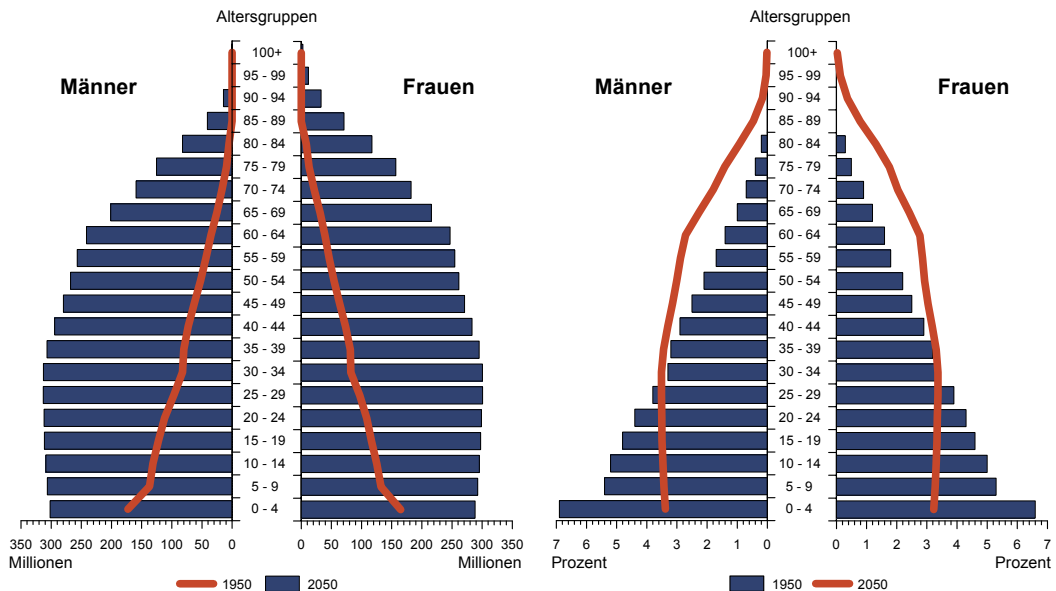
Verglichen mit diesem Ausmaß, das die Seuche HIV/AIDS in Afrika erreicht hat, sind die Auswirkungen in Asien und Südamerika (noch) sehr gering. Die Zunahme der HIV/AIDS-Infektionen erfolgt allerdings, ausgehend von einem niedrigen Niveau, viel schneller als in Afrika. Bedeutsam ist besonders die große Bevölkerungszahl in Ländern wie Indien oder Brasilien, die dort in Zukunft zu einer hohen absoluten Zahl von HIV/AIDS-Infektionen und -Sterbefällen führen kann, selbst wenn der Anteil der Infizierten geringer bleibt als in den am stärksten betroffenen Ländern Afrikas.

Die Weltbevölkerung altert: Eine globale Herausforderung

Die dargestellte Entwicklung von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit hat weltweit große Auswirkungen auf die Struktur der jeweiligen Bevölkerung. Ein Geburtenrückgang führt ebenso wie eine Zunahme der Lebenserwartung älterer Personen zum gleichen Ergebnis, zur Alterung der Bevölkerung. Die älteren Jahrgänge nehmen zahlenmäßig zu, und das Durchschnittsalter steigt. So wird sich die Anzahl der über 60-Jährigen in den nächsten 50 Jahren verdreifachen, die Zahl der über 80-Jährigen von heute 69 Millionen auf 377 Millionen im Jahr 2050 sogar verfünffachen. Die Änderung der Altersstruktur der Weltbevölkerung von 1950 bis 2050 ist in **Abbildung 38** dargestellt, das Schaubild zeigt in der linken Hälfte die absoluten Jahrgangsstärken und in der rechten die prozentuale Häufigkeit.

Die absoluten Jahrgangsstärken veranschaulichen das Wachstum der Weltbevölkerung von 2,5 Milliarden Menschen im Jahr 1950 auf 8,9 Milliarden im Jahr 2050, wobei sich die Altersgliederung von einer Pyramidenform zu einer Glockenform verändert. Die Abnahme der durchschnittlichen Kinderzahl führt bis 2050 dazu, dass die Geburtsjahrgänge nicht mehr von Jahr(fünft) zu Jahr(fünft) größer werden, und der Rückgang der Alterssterblichkeit zeigt sich an einer stärkeren Besetzung höherer Altersklassen. In der prozentualen Darstellung (**rechte Seite der Abb. 38**) wird diese Veränderung der Altersstruktur von einer wachsenden pyramidenförmigen zu einer stagnierenden glockenförmigen und damit alternden Altersstruktur noch deutlicher. Im Jahr 2000 waren über 606 Millionen Menschen oder

**Abb. 38: Weltbevölkerung in absoluten und relativen Jahrgangsstärken, 1950 und 2050
(in Millionen und in %)**



BiB

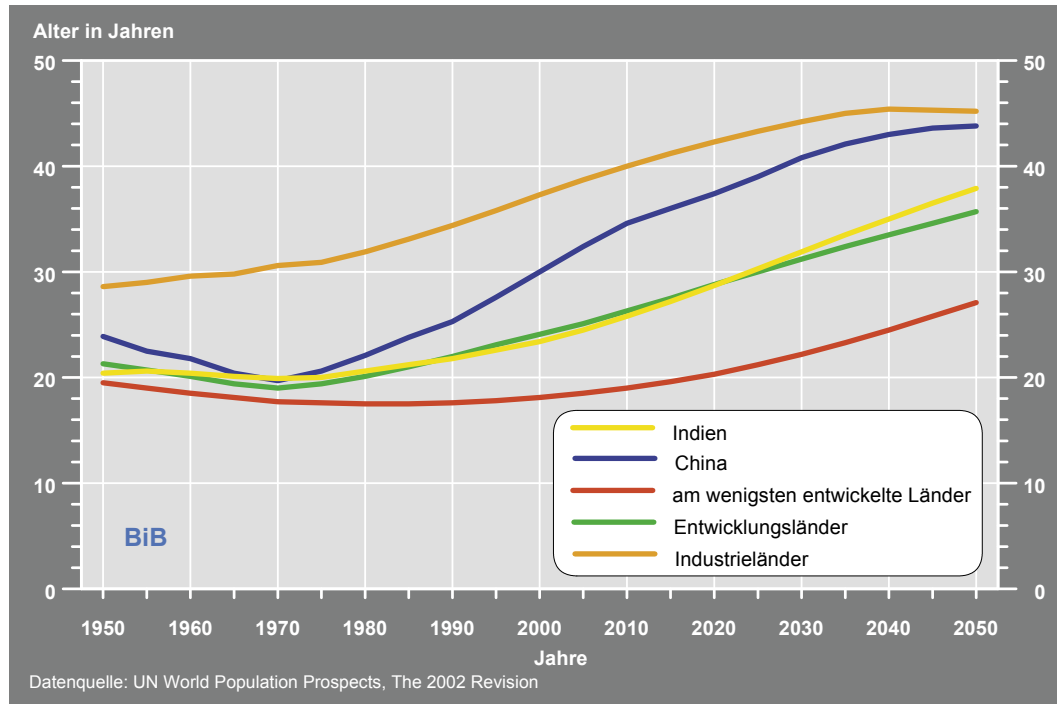
Datenquelle: UN World Population Prospects, The 2002 Revision

10 % der Weltbevölkerung 60 Jahre und älter, von diesen lebt die Mehrzahl mit mehr als 322 Millionen in Asien, gefolgt von Europa mit knapp 148 Millionen. Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung in den entwickelten Regionen ist derzeit noch deutlich höher als in den Entwicklungsländern, wo mit 375 Millionen oder knapp 62 % der über 60-Jährigen aber bereits die Mehrheit der Älteren lebt.

Das Medianalter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, lag im Jahr 2000 für die Weltbevölkerung bei etwa 26 Jahren, das höchste Medianalter hat Italien mit 41 Jahren, das geringste mit 14 Jahren der Gaza-Streifen. Die Bevölkerung der Industrieländer weist ein Medianalter von 37 Jahren auf, in den am wenigsten entwickelten Ländern beträgt es gegenwärtig nur 18 Jahre (**Abb. 39**). Dort ist da-

mit die Hälfte der Bevölkerung in einem Alter, in dem Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten nachgefragt werden und in dem eine Familie erst noch gegründet wird. Aber auch die Bevölkerung der Entwicklungsländer altert, 2050 wird die Hälfte der in den Industrieländern lebenden Menschen über 45 Jahre alt sein, das Medianalter in den weniger entwickelten Ländern erreicht 2050 mit 35 Jahren einen Wert, wie ihn die Industrieländer Anfang der 90er Jahre aufwiesen. Die Geschwindigkeit der Alterung wird wesentlich von der Geschwindigkeit des Geburtenrückgangs bestimmt, so dass die weniger entwickelten Länder, die ihr Bevölkerungswachstum erfolgreich bekämpfen, den schwerwiegenden Problemen einer alternden Gesellschaft schneller und stärker ausgesetzt sein werden.

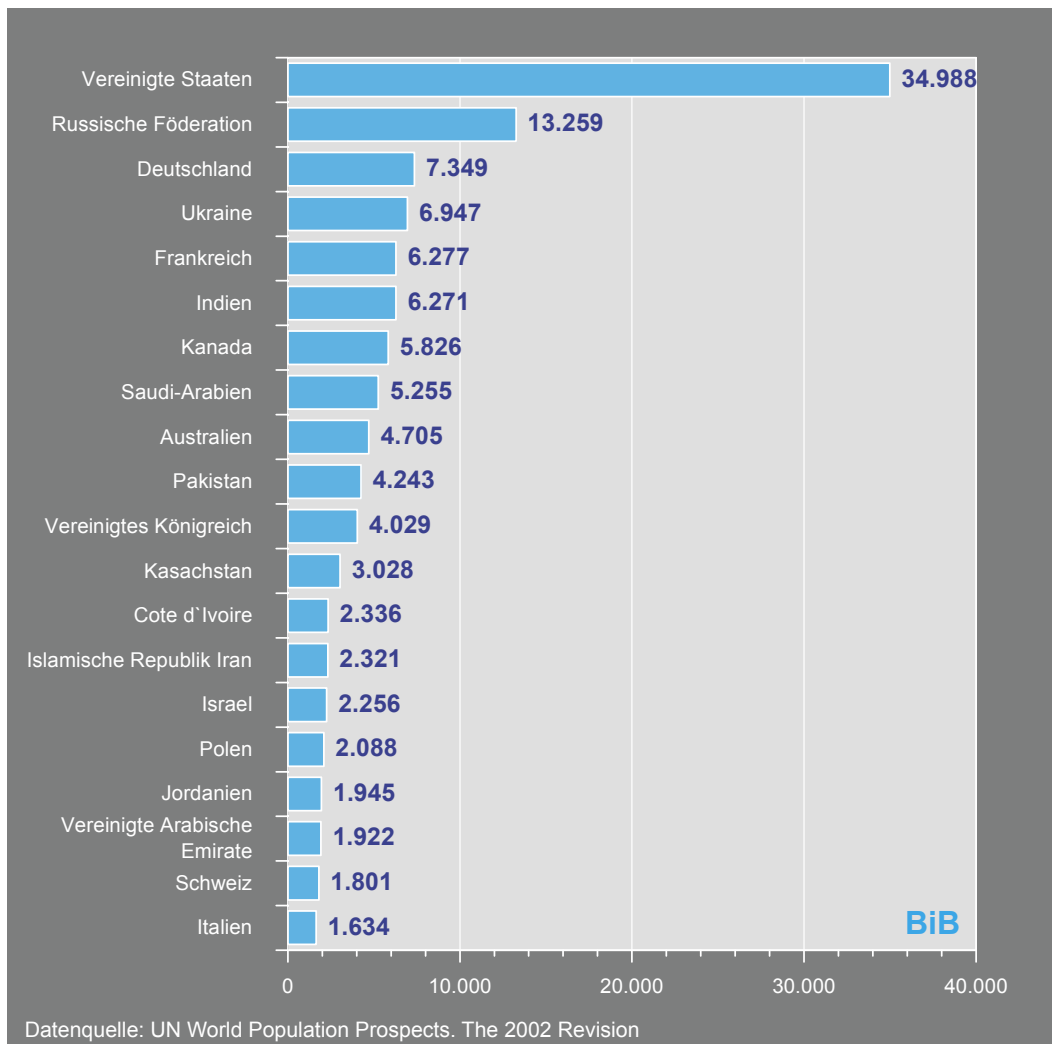
Abb. 39: Medianalter der Weltbevölkerung nach Regionen der Welt, 1950 - 2050 (in Jahren)



Wanderungen: Mobilität als Chance oder Festung Industrienation

Nach Informationen der Vereinten Nationen leben derzeit mehr als 175 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes, das entspricht etwa 3 % der Weltbevölkerung. Von diesen Migranten sind wiederum 60 % in den entwickelten Ländern, dies entspricht dort einem Bevölkerungsanteil von 10 %, und 40 % in den weniger entwickelten Ländern, entsprechend etwa 1,5 % der Gesamtbevölkerung. Die meisten Migranten, 56 Millionen, halten sich in Europa auf, 50 Millionen in Asien und 41 Millionen in Nordamerika. Seit 1990 ist die Zahl der Migranten in Nordamerika und in Europa um 21 Millionen gestiegen, während sie in den weniger entwickelten Ländern seither um 2 Millionen gesunken ist. Von den Migranten waren Ende 2000 etwa 16 Millionen oder knapp 10 % Flüchtlinge. Von diesen leben die meisten in den weniger entwickelten Ländern Asiens und Afrikas und nur eine Minderheit von etwa 3 Millionen in den Industrieländern.

Die Länder mit dem höchsten Bestand an Zuwanderern zeigt die **Abbildung 40**. Die meisten Migranten leben mit knapp 35 Millionen in Nordamerika, gefolgt von Russland mit etwa 13 Millionen. An dritter Stelle steht Deutschland mit 7,3 Millionen. Ungenauigkeiten ergeben sich hier aufgrund einer unterschiedlichen Einbürgerungspraxis und der differierenden Erfassung nach Nationalität oder Geburtsort. Aussagekräftiger als die absolute Zahl der Migranten ist deren Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung. Die Rangfolge nach dem Bevölkerungsanteil ergibt ein völlig anderes Bild, hier dominieren vor allem kleinere, wohlhabende Länder außerhalb Europas (**Abb. 41**). Bei der Rangfolge nach dem Bevölkerungsanteil führen mit den V.A.E. und Kuwait zwei kleine ölfördernde Länder, die für ihre Wirtschaft auf Gastarbeiter angewiesen sind. Mit Jordanien und Israel folgen zwei Staaten, die mit den Palästinensern eine zahlenmäßig starke ethni-

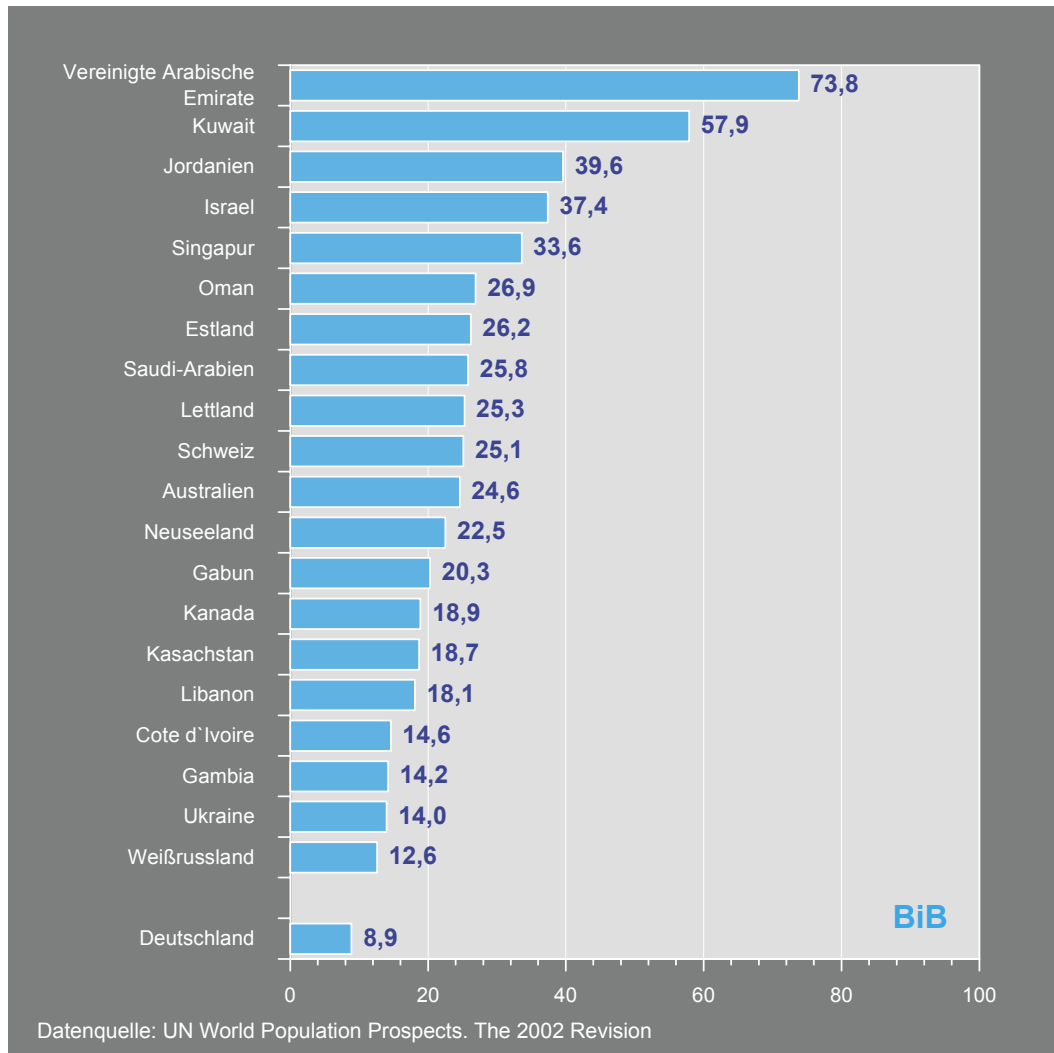
Abb. 40: Länder nach der Zahl der dort lebenden Migranten*, 2000 (in Millionen)

* In Ländern ohne Daten zum Geburtsland: Ausländer

sche Minderheit beherbergen. In Singapur, auf Platz 5, wirkt sich die Situation eines sich wirtschaftlich entwickelnden Stadtstaates aus. Mit Estland und Lettland befinden sich auf Platz 7 und 9 der Rangliste zwei Länder, in denen nach der Auflösung der Sowjetunion zahlreiche Russen als Minderheit verblieben sind. Unter den westlichen Industrienationen führt die Schweiz auf Platz 10 mit 25,1 %, gefolgt von klassischen Einwanderungsländern wie Australien und Neuseeland.

Wanderungen können sowohl für das Herkunftsland als auch für das Aufnahmeland Vorteile bringen. Die Zielländer profitieren beispielsweise von den zusätzlichen Arbeitskräfte- und Nachfragepotenzialen, sofern sich die Aufnahmepolitik an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und der Akzeptanz durch die Gesellschaft orientiert. Für das Herkunftsland entstehen Vorteile vor allem durch direkte Überweisungen der Migranten an ihre Familien sowie den Wissenstransfer, der bei einer Rückkehr in das Herkunftsland dort zur Entwicklung beitragen kann.

Abb. 41 Länder nach dem Migrantenanteil* an der Gesamtbevölkerung, 2000 (in %)



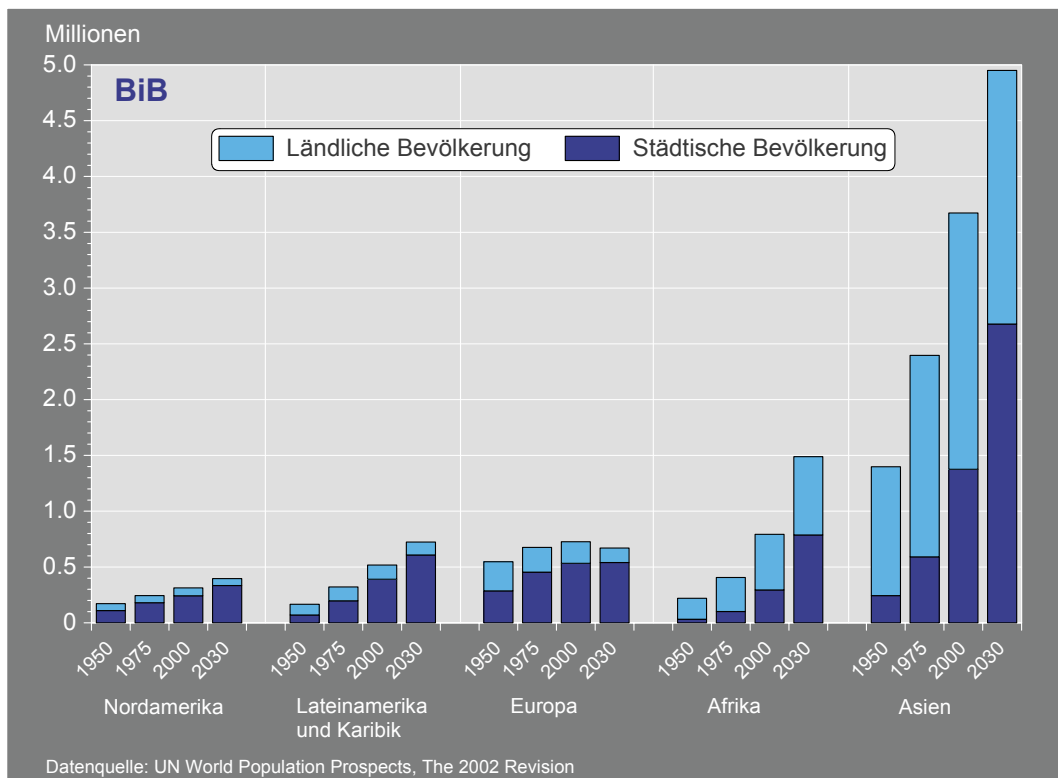
* In Ländern ohne Daten zum Geburtsland: Ausländer

Verstädterung und Megastädte: Chance oder Bedrohung?

Im Jahr 1950 lebten 750 Millionen Menschen in Städten, im Jahr 2030 werden es etwa 5,1 Milliarden sein. Das Wachstum der Stadtbevölkerung beträgt damit im Jahr durchschnittlich 2,7 % und ist fast doppelt so hoch wie das Wachstum der Weltbevölkerung insgesamt. Während 1960 noch etwa zwei Drittel

der Menschheit auf dem Lande lebten, werden im Jahr 2040 zwei Drittel der Menschen in der Stadt wohnen. In den nächsten Jahrzehnten wird sich der gesamte zu erwartende Bevölkerungszuwachs auf die Städte konzentrieren und fast ausnahmslos auf die Städte in den Entwicklungsländern (**Abb. 42**).

Abb. 42: Ländliche und städtische Bevölkerung nach Regionen der Welt, 1950 - 2030 (in Millionen)



In den Industrieländern beträgt die Verstärkerungsquote derzeit 76 % und bei einem mit 0,6 % geringen jährlichen Wachstum der städtischen Bevölkerung wird diese bis 2030 etwa 84 % erreichen. Lateinamerika und die Karibik haben mit 75 % Stadtbevölkerung bereits heute einen Verstärkerungsgrad wie die Industrieländer erreicht. In Asien hat die Verstärkerung in den vergangenen Jahren zwar stark zugenommen, dennoch leben dort im Durchschnitt nur 37 % der Bevölkerung in Städten. Afrika hat mit 38 % ebenfalls nur eine geringe urbane Bevölkerung, mit über 4 % aber das größte Wachstum, vor allem in kleineren und mittleren Städten. Die Zunahme der Stadtbevölkerung vollzieht sich damit derzeit vor allem in den Entwicklungsländern und hier in den am wenigsten entwickelten Ländern, in denen gegenwärtig nur etwa 23 % der Bevölkerung in Städten leben. Der Anteil der städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern wird bis zum Jahr 2030 insgesamt auf 56 % steigen, in

Afrika wird sie sich in den nächsten 20 Jahren vervierfachen. Lateinamerika wird mit 82,1 % Verstärkerungsgrad dann die am stärksten urbanisierte Region der Entwicklungsländer sein, gefolgt von Afrika und Asien mit jeweils 52 %.

Bis 2030 werden Tokio, Bombay und Lagos auf jeweils etwa 25 Millionen Einwohner wachsen und damit die größten Städte der Erde sein. 1950 gab es mit New York erst eine Megacity mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, 2000 gab es 19 Megastädte, davon lagen 15 in Entwicklungsländern und im Jahr 2015 werden es 23 sein, 19 von ihnen in den Entwicklungsländern, überwiegend in Asien. Die Wachstumsrate der Bevölkerung in den Megastädten liegt bei sieben bis zehn Prozent im Jahr. Die Herausforderung, für diesen jährlichen Zuzug ausreichende Arbeitsplätze, Wohnungen und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, wird ohne externe Hilfe kaum zu bewältigen sein.

In absoluten Zahlen werden im Jahr 2030 dennoch nicht weniger Menschen im ländlichen Raum leben als heute, ihre Zahl wird in den nächsten dreißig Jahren weitgehend stabil bleiben. Dabei resultiert rund die Hälfte des Bevölkerungswachstums der Städte in den

Entwicklungsländern aus der Zuwanderung vom Lande. Für viele Migranten stellt die Stadt, trotz der häufig prekären Lebensbedingungen, noch immer ein attraktives Wanderungsziel dar.

Tragfähigkeit: Wie viele Menschen kann die Erde ernähren?

Die wohl wichtigste Frage im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum auf über 10 Milliarden Menschen ist, ob die Erde überhaupt so viele Menschen ernähren kann, denn bereits heute leiden bei etwa 6 Milliarden Menschen rund ein Drittel an Hunger und/oder schwerer Mangel- bzw. Fehlernährung. Bei der Beantwortung dieser Frage ist weniger die absolute Tragfähigkeit der Erde, also die durch naturräumliches Potential und Produktionsbedingungen vorgegebene maximale "Produktionskapazität" von Bedeutung – es werden genügend Nahrungsmittel für alle 6 Milliarden Menschen auf der Welt erzeugt und es gibt darüber hinaus gute Argumente, dass auch 10 Milliarden Menschen nachhaltig versorgt werden könnten – als vielmehr Umfang und Form des Verbrauchs sowie die Verteilung.

Insgesamt stehen den 6 Milliarden Menschen heute pro Kopf 15 % mehr Nahrungsmittel als den 4 Milliarden von 1976 und 20 % mehr als den 2,5 Milliarden Menschen von 1950 zur Verfügung. Diese Verbesserung in der Ernährungslage trifft aber nicht für alle Regionen gleichermaßen zu. So beträgt der Anteil der Unterernährten in Afrika 43 % der Bevölkerung und in Asien etwa 20 %. In Afrika südlich der Sahara hat der Pro-Kopf-Verbrauch seit 1950 um 20 % abgenommen, und auch in Zukunft werden Afrika südlich der Sahara und Südasien, also die Gebiete mit dem stärksten Bevölkerungswachstum, Problemgebiete bleiben.

Wie die Nahrungsmittelversorgung der Menschen sichergestellt werden kann, ist zur Zeit noch ein ungelöstes Problem. Gegenwärtig nimmt die Nahrungsmittelproduktion zwar zu, aber mit geringeren Wachstumsraten als früher. Afrika südlich der Sahara hatte von 1970 bis 1992 eine Zunahme der Nahrungsmittelproduktion von jährlich 1,8 % zu verbuchen, pro Kopf waren es aber jährlich -1,2 %. Durch die Reaktivierung von stillgelegten Flächen in Europa und Nordamerika lässt sich das Problem nicht lösen, weil die zusätzliche Produktion nicht ausreichen würde und die Menschen in den Entwicklungsländern weder die Produktions- noch die Transportkosten bezahlen könnten. Die Entwicklungsländer selbst haben keine nennenswerten Reserven an landwirtschaftlicher Nutzfläche, wohl aber Produktivitätsreserven. Der durchschnittliche Ertrag eines Bauern in Afrika beträgt lediglich 600 Kilo Getreide pro Jahr, im Vergleich zu 80 Tausend Kilo in Nordamerika. Dies ist neben Unterschieden in Bodenbeschaffenheit und Klima hauptsächlich das Ergebnis einer starken Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft mit speziell gezüchteten Hochleistungsertragsorten und wissenschaftlicher Optimierung von Düngung und Schädlingsbekämpfung. Eine solche Landwirtschaft braucht neben Investitionen und einem aufnahmefähigen Arbeitsmarkt für die freigesetzten Landarbeiter auch eine wissenschaftlich-technische Infrastruktur, die in den weniger entwickelten Ländern auf absehbare Zeit kaum erreichbar scheint.

Was sagen sie aus? – Vom Umgang mit den Kennziffern

Befasst man sich mit Bevölkerungstrends, trifft man schnell auf eine Vielzahl an Daten und Kennziffern, die zum Teil sehr komplexe und komplizierte Zusammenhänge abbilden. Wir haben uns an dieser Stelle als Ziel gesetzt, die grundlegenden Kennziffern, ihre Berechnung und Aussagekraft allgemein verständlich zu beschreiben.

Vorab muss man wissen, dass Kennziffern grundsätzlich dadurch entstehen, dass unterschiedliche Teilmengen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Demographisches Messen basiert im Wesentlichen auf der Relation von Bestandsgrößen und Ereignissen. Werden zwei unterschiedliche statistische Massen (z.B. Zahl der Geburten und Zahl der Bevölkerung) aufeinander bezogen, erhält man eine Ziffer (z.B. Geburtenziffer, Scheidungsziffer).

Unter Bestandsgrößen versteht man in der Bevölkerungswissenschaft natürlich in erster Linie die Bevölkerung insgesamt oder gegliedert nach Geschlecht, Alter, Generationen, Familienstand, Regionen, Nationalität oder Erwerbsstatus, um nur die wichtigsten zu nennen. Aber auch die Gesamtheit von demographischen Ereignissen kann als Grundgesamtheit fungieren. Demographische Ereignisse sind Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen, Zu- und Abwanderungen. Und auch diese kann man wiederum auf vielfältige Weise untergliedern und zur Berechnung von Kennziffern nutzen. Geburten lassen sich beispielsweise nach dem Geburtsjahr, dem Alter und dem Familienstand der Mutter, der Geburtenfolge oder dem Abstand zur vorherigen Geburt unterscheiden. So weit ins Detail wollen wir jedoch nicht gehen.

Ereignisse und Grundgesamtheiten

Im ersten Schritt ist zu erklären, mit welcher Bevölkerungszahl man bei der Berechnung von Kennziffern arbeitet. Dabei kommt es dar-

auf an, die Bevölkerungszahl zu ermitteln, die repräsentativ für das Hervorbringen der demographischen Ereignisse ist.

Die wichtigsten Fragen

Woher kommen die demographischen Daten?

Das Erstellen von bevölkerungsstatistischen Daten ist in Deutschland durch eine Vielzahl von Rechtsvorschriften geregelt (u.a. Grundgesetz, Bundesstatistikgesetz, Personenstandsgesetz, Ehegesetz). Die Statistiken zu Geburten, Eheschließungen, Scheidungen und Todesfällen sind dezentrale Statistiken. Erhebungsunterlagen sind Zählkarten, die von den Standesämtern ausgefüllt und an die Statistischen Landesämter gegeben werden. Die Länderergebnisse werden dann an das Statistische Bundesamt übermittelt und dort zum Bundesergebnis zusammengestellt.

Die Ergebnisse werden jährlich durch das Statistische Bundesamt in seiner Fachserie 1, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, veröffentlicht. Zum Teil sind Daten auch im Internet unter www.destatis.de abrufbar.

Für ein jedes Kalenderjahr gibt es ganz unterschiedliche Bevölkerungszahlen. Es beginnt immer mit der Bevölkerungszahl am 1. Januar. Die Bilanz von Geburten und Sterbefällen sowie von Zu- und Abwanderungen über das jeweilige Kalenderjahr führt dann zur Bevölkerungszahl am 31. Dezember, die wiederum die Bevölkerungszahl für den 1. Januar des Folgejahres ist. Jahresanfangs- und Jahresendbevölkerung können sehr unterschiedlich sein. Das Beispiel der ehemaligen DDR im Jahr 1990 soll das verdeutlichen. Die Differenz zwischen der Bevölkerungszahl am 01.01. und 31.12. betrug 400 Tausend Personen. Welche Bevölkerungszahl ist nun repräsentativ für die Zahl der Geburten oder Sterbefälle im Jahr 1990? „Keine“ lautet die Antwort. Man benutzt für die Berechnung keine tatsächliche Bevölkerungszahl, sondern ermittelt die durchschnittliche Bevölkerung. In Deutschland wird dies getan, indem man den Bevölkerungsstand der Monate aufsummiert und durch 12

dividiert. Diese durchschnittliche Bevölkerung wird dann bei der Berechnung aller Kennziffern verwendet.

Bei der Kennzifferberechnung wird aber nicht nur mit der Gesamtbevölkerung operiert. Es geht auch darum, Teile der Bevölkerung, die nicht am Hervorbringen des jeweiligen demographischen Ereignisses beteiligt sein können, aus der Berechnung auszuschließen. Beispielsweise können Ersteheschließungen nicht aus dem Kreis der Verheirateten, Geschiedenen oder Verwitweten kommen. Hingegen ist

die Gesamtbevölkerung als Grundgesamtheit für die Sterbefälle eines Kalenderjahres anzusehen, da jeder einem gewissen Sterberisiko unterliegt. Die richtige definitorische Abgrenzung der Bevölkerungsgrundgesamtheit, das Ausschließen von Teilen, die das jeweilige Ereignis nicht hervorbringen können, ist eines der grundlegenden Geheimnisse des Messens in der Bevölkerungswissenschaft. Wie dabei im Einzelnen vorgegangen wird, soll nun für die Geburtenhäufigkeit, die Sterbefälle und die Zu- und Abwanderungen gezeigt werden.

Zwei Messkonzepte

Bei der Analyse demographischer Ereignisse wird grundsätzlich zwischen zwei Konzepten des Messens unterschieden, der Perioden- und der Längsschnittanalyse. Die nachfolgend beschriebene methodische Vorgehensweise ist auf die Periodenanalyse ausgerichtet. Man hat es hier mit Querschnittmaßzahlen zu tun, die über verschiedene Altersjahre oder Dauern (z.B. Ehedauern), die seit einem Ereignis vergangen sind, berechnet werden. Die wichtigsten dieser Kennziffern sind die zusammengefassten Geburten-, Heirats- und Scheidungsziffern. Und auch die in einer Sterbetafel ermittelte Lebenserwartung gehört zu den Periodenmaßen. Sie haben den Vorteil, dass man aktuelle Ergebnisse bekommt. Der Nachteil besteht darin, dass diese Ergebnisse stark von Periodeneinflüssen geprägt sein können. Ein Beispiel dafür ist die sehr niedrige Scheidungshäufigkeit in Ostdeutschland 1991, die durch die Veränderungen im Scheidungsrecht ausgelöst wurde, aber nicht repräsentativ für die gegenwärtige Scheidungshäufigkeit ist.

Dagegen wird in der Längsschnitt- oder Generationenanalyse von einer tatsächlichen Personengesamtheit ausgegangen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einem identischen Ereignis ausgesetzt war (Geburt, Heirat, Scheidung). Beispiele wären der Geburtsjahrgang 1900, der die Personen umfasst, die in diesem Jahr geboren wurden oder der Heiratsjahrgang 1960, zu dem alle diejenigen gehören, die 1960 geheiratet haben. Diese Jahrgänge werden dann in der Analyse durch die Zeit verfolgt, und es wird etwa berechnet, wie viele

der 1960 geschlossenen Ehen nach 40 Jahren noch bestehen oder wie viele Personen des Geburtsjahrgangs 1900 im Jahr 2000 noch am Leben sind. Längsschnittanalysen sind die eigentlich logische Vorgehensweise, haben aber den Nachteil, dass endgültige Ergebnisse erst nach längerer Zeit vorliegen und gleichartige Daten über einen längeren Zeitraum gesammelt werden müssen. Endgültig gesicherte Aussagen über die Lebenserwartung des Geburtsjahrgangs 1900 kann man erst etwa 100 Jahre später treffen, wenn das letzte Mitglied der Kohorte verstorben ist.

Perioden- und Längsschnittergebnisse können zum Teil beträchtlich voneinander abweichen. Das liegt daran, dass die Periodenergebnisse aktuelle Situationen abbilden, während in den Längsschnittanalysen auch die Intensität des Ereignisses in der Vergangenheit enthalten ist. Nehmen wir noch einmal den Geburtsjahrgang 1900. Dessen Lebenserwartung ist natürlich deutlich niedriger als die in den heutigen Sterbetafeln berechneten Werte. Das liegt u.a. daran, dass die heutige Säuglingssterblichkeit viel niedriger ist als vor 100 Jahren. Im Abschnitt zu den Ehescheidungen ist ein weiteres Beispiel erläutert, nämlich der Auseinanderfall der Anteile geschiedener Ehen nach Heiratsjahrgängen und den zusammengefassten Ehescheidungsziffern. Ist jedoch die Intensität eines Ereignisses über einen längeren Zeitraum konstant, dann nähern sich Perioden- und Längsschnittmaße einander an, wie das zur Zeit bei der Geburtenhäufigkeit der Fall ist.

Die Statistik der Geburten, Eheschließungen, Ehescheidungen, der Lebenserwartung und Sterblichkeit, der Wanderungen und des Alterns

Geburtenhäufigkeit

Beginnen wir mit der Geburtenhäufigkeit. Als erstes verfügen wir über die Zahl der lebendgeborenen Kinder in einem bestimmten Zeitraum, sagen wir in einem Kalenderjahr. In Deutschland sind im Jahr 2001 734.475 Kinder

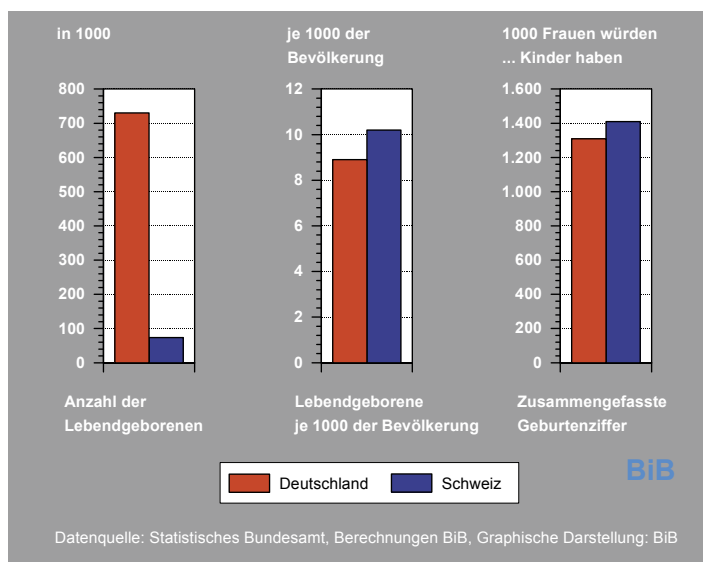
Bevölkerungsgrößen ausschalten. Wir haben die Bevölkerungszahl und die Zahl der Lebendgeborenen. Daraus wird die *rohe Geburtenziffer* berechnet, in der die Geburtenzahl je 1000 der Bevölkerung dargestellt ist. Nehmen wir

wieder den Vergleich Deutschland – Schweiz. Die *rohe Geburtenziffer* der Schweiz beträgt 10,2, die in Deutschland 8,9. Allerdings wäre es unsicher, bereits daraus den Schluss zu ziehen, in der Schweiz wäre das Geburtenniveau höher als in Deutschland. Der Nachteil dieser Kennziffer ist, dass sie von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst ist und die Geburten auf die gesamte Bevölkerung bezogen sind, in der auch die sehr jungen und alten Menschen enthalten sind, die selbst nicht zur Anzahl der Neugeborenen beitragen. Deshalb geht man einen nächsten Schritt, schließt die Altersstruktureffekte und die nicht an der Geburtenentwicklung beteiligte Bevölkerung aus, indem wir die Altersklassen und ihre neugeborenen Kinder für jedes Alter getrennt betrachten. Die Geburten werden dann nicht mehr auf 1000 der Bevölkerung, sondern die Geburten von Frauen im Alter x werden auf 1000 Frauen dieser

Altersstufe bezogen. Dies macht man für jedes einzelne Altersjahr von 15 bis 49. Man erhält 35 *altersspezifische Geburtenziffern*. Addiert man diese Ziffern, so erhält man die so genannte *zusammengefasste Geburtenziffer*, die frei von altersstrukturellen Effekten und daher besser zur Beurteilung der generativen Situation geeignet ist. Sie beträgt nach Angaben des Europarats im Jahr 2001 für Deutschland 1,35 und für die Schweiz 1,41. Eine sorgfältige methodische Vorgehensweise führt uns jetzt zu dem Schluss, dass das Geburtenniveau in der Schweiz tatsächlich geringfügig höher als in Deutschland ist.

Was ist nun diese *zusammengefasste Geburtenziffer*? Wie jedes Periodenmaß ist sie lediglich ein Standardisierungswert für die Gebur-

Abb. 43: Lebendgeborene, Lebendgeborene je 1000 der Bevölkerung und zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland und der Schweiz, 2001



geboren worden. Nehmen wir als Vergleichsland die Schweiz. Dort waren es nur 73.509 (Abb. 43). Kann man nun schlussfolgern, dass das Geburtenniveau in Deutschland höher ist? Natürlich nicht, denn in den sehr unterschiedlichen Größenordnungen kommt hauptsächlich zum Ausdruck, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland und damit die Elterngenerationen größer sind und somit mehr Kinder geboren werden. Das muss aber nicht die alleinige Ursache sein. Dahinter kann auch ein unterschiedliches generatives Verhalten verborgen sein, die Neigung, Kinder zu haben. Das Beispiel zeigt, dass in der Demographie absolute Zahlen nahezu bedeutungslos sind.

Um demographische Maße vergleichbar zu machen, muss standardisiert werden. Im ersten Schritt wollen wir die unterschiedlichen

tenhäufigkeit eines einzelnen Kalenderjahres. Die *zusammengefasste Geburtenziffer* beinhaltet die unrealistische Annahme, dass jede Altersstufe von 15 bis 49 Jahren jeweils genau 1000 Frauen enthält. Folglich ist selbst dieses Maß nicht völlig altersstrukturell bereinigt. Angegeben wird, wie viele Kinder geboren würden, wenn die Geburtenneigung des jeweiligen Kalenderjahres über das gesamte gebärfähige Alter von 1000 Frauen konstant bliebe. Versucht man, der *zusammengefassten Geburtenziffer* eine inhaltliche Bedeutung zu geben, dann könnte man es folgendermaßen ausdrücken: Würden 1000 Frauen im Jahr 2001, also in nur einem Kalenderjahr, den Altersabschnitt zwischen 15 und 49 Jahren durchleben, dann hätten sie 1349 Kinder zur Welt gebracht. Dieser Wert ist von der *endgültigen Kinderzahl* von Frauengeburtjahrgängen zu unterscheiden.

Wichtig für die Beurteilung der Geburtenhäufigkeit ist, ob das Niveau ausreicht, damit die Elterngeneration sich durch die Geburt von Kindern ersetzt. Um dies zu ermitteln, wird die *Nettoreproduktionsziffer* berechnet. Dabei werden sowohl die Geburten- als auch die Sterbehäufigkeit einbezogen. Ausgegangen wird wie bei einer *Sterbetafel* von 100.000 Frauen. Anhand der *altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten* wird ermittelt, wie viele dieser Frauen bis zum Ende des gebärfähigen Alters überleben. Mit Hilfe der altersspezifischen Geburtenziffern berechnet man dann, wie viele Mädchen geburten es gegeben hätte. Sind von den 100.000 Frauen im Laufe ihres Lebens wiederum 100.000 Mädchen zur Welt gebracht worden, beträgt die *Nettoreproduktionsziffer* 1. Es hat ein einfacher Ersatz der Elterngeneration stattgefunden. Übersteigt diese Ziffer den Wert 1, ist die Kindergeneration größer als die der Eltern. Ist sie kleiner als 1, was in Deutschland und vielen anderen Ländern seit längerem der Fall ist, ist die Kindergeneration kleiner als die der Eltern. Eine der Voraussetzungen für das Altern ist eingetreten.

Eheschließungen

Im vorherigen Abschnitt haben wir gelernt, dass bei der Berechnung von Kennziffern Ereignis und Bestände richtig aufeinander zu beziehen sind. Jetzt werden wir sehen, dass dies nicht immer möglich ist.

Üblicherweise wird die Heiratsneigung mit der *zusammengefassten Erstheiratsziffer* gemessen, die hinsichtlich der methodischen Vorgehensweise der *zusammengefassten Geburtenziffer* entspricht. Es wäre logisch, wenn bei der Berechnung der *altersspezifischen Erstheiratsziffern* die ledigen Eheschließenden auf die ledige Bevölkerung bezogen würden. Dies tut man jedoch nicht, sondern nimmt als hervorbringende Grundgesamtheit die gesamte Bevölkerung, also auch Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene, die keine Ersten mehr schließen können. Diese methodische Unzulänglichkeit begeht man deshalb, weil das Summieren der *altersspezifischen Erstheiratsziffern* nicht möglich ist. Vielmehr müsste ähnlich der *Nettoreproduktionsziffer* eine Heiratstafel berechnet werden. Die *zusammengefasste Erstheiratsziffer* kann allerdings anzeigen, dass von 1000 Ledigen weit mehr als 1000 Ersten geschlossen werden, was eben nicht möglich ist. Diese *eigentlich falsche* Berechnung hat zur Konsequenz, dass die *zusammengefasste Erstheiratsziffer* nicht wie die *zusammengefasste Geburtenziffer* interpretiert werden kann. Bei einer solchen Interpretation würde mit der *zusammengefassten Erstheiratsziffer* die tatsächliche Heiratsneigung über- oder unterschätzt werden. Dazu ein Beispiel: Die *zusammengefasste Erstheiratsziffer* für Frauen in Deutschland betrug im Jahr 2000 ca. 62. Nach der *Erstheiratstafel* für das Jahr 2000 ist aber zu erwarten, dass 77 % aller ledigen Frauen zumindest einmal in ihrem Leben heiraten.

Auf der Basis der *zusammengefassten Erstheiratsziffern* sind also nur Vergleiche zu Vorjahren bzw. zu anderen Ländern möglich. Will man wissen, wie hoch die Heiratsneigung eines Kalenderjahres ist, muss man methodisch aufwändige *Heiratstafeln* berechnen. *Heiratstafeln* werden analog zu *Sterbetafeln* berechnet. Wie das funktioniert wird im Abschnitt zur Lebenserwartung erklärt (ab Seite 39).

Ehescheidungen

Auch zur Beurteilung der Scheidungshäufigkeit steht eine *zusammengefasste Ehescheidungsziffer* zur Verfügung. Es werden hier aber keine altersspezifischen, sondern *ehe-dauerspezifische Scheidungsziffern* berechnet. Sie entstehen, indem die im jeweiligen

Jahr geschiedenen Ehen auf die Gesamtzahl der geschlossenen Ehen des Heiratsjahrgangs bezogen werden, dem die geschiedenen Ehen angehören. Addiert man diese *ehedauerspezifischen Scheidungsziffern* über einen bestimmten Zeitraum, im internationalen Vergleich sind 25 Jahre üblich, dann erhält man die *zusammengefasste Ehescheidungsnummer*. Interpretiert werden kann sie ähnlich wie die *zusammengefasste Geburtennummer*. Bleibt die Scheidungshäufigkeit des jeweiligen Kalenderjahres über einen Zeitraum von 25 Jahren konstant, dann würde der ermittelte Anteil an Ehen auch in jüngeren Eheschließungsjahrgängen tatsächlich geschieden werden.

Lebenserwartung - Sterblichkeit

Seit Beginn der demographischen Forschung spielt die Sterblichkeit eine wesentliche Rolle. Im Rahmen der zahlreichen Arbeiten über die menschliche Lebensdauer wurde auch nach Mitteln und Wegen gesucht, diese zahlenmäßig zu erfassen und statistisch zu beschreiben. Die *Sterbetafel* und die aus ihr resultierende „durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt“ stellen dabei den Königsweg der statistischen Mortalitätsanalyse dar. Ganz allgemein wird in einer Sterbetafel tabellarisch abgebildet, wie sich ein fest vorgegebener Bestand an Neugeborenen (in der Regel auf 100.000 normiert) mit voranschreitendem Alter sukzessive durch den Einfluss der Sterblichkeit reduziert. Wie bei allen hier vorgestellten demographischen Kennziffern beziehen sich auch die meisten *Sterbetafeln* nicht auf Kohorten sondern auf Perioden. Zur Konstruktion einer Periodensterbetafel werden nicht die Überlebensverhältnisse eines konkreten Geburtsjahrgangs herangezogen, sondern die in einer bestimmten Beobachtungsperiode gemessene altersspezifische Sterblichkeit. Folglich entspricht die in der *Periodensterbetafel* dargestellte Mortalität der Nulljährigen der in der Beobachtungsperiode gemessenen Säuglingssterblichkeit, die Sterblichkeit im Alter 1 jener der Einjährigen in der Beobachtungsperiode, die im Alter 20 der in der Beobachtungsperiode 20-Jährigen usw. Diese Informationen über die Sterblichkeit in etwa 100 verschiedenen Altersstufen (also von etwa 100 verschiedenen Geburtsjahrgängen) werden verknüpft und auf die Altersspanne einer fiktiven Sterbetafelbevölke-

rung übertragen. Der Parameter „durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt“ beschreibt schließlich das durchschnittliche Sterbealter dieser konstruierten Population. Er hat daher also nichts mit dem durchschnittlichen Sterbealter der realen Bevölkerung zu tun. Während die Altersstruktur und damit auch das durchschnittliche Sterbealter der tatsächlichen Bevölkerung durch Schwankungen in den Geburtenzahlen, sich verändernde Sterblichkeitsverhältnisse sowie Zu- und Abwanderung und äußere Einflüsse wie Kriege beeinflusst werden, geschieht dies bei der Sterbetafelbevölkerung ausschließlich durch die konstante altersspezifische Sterblichkeit. Eine *Periodensterbetafel* ist genau genommen nicht mehr als ein spezielles Standardisierungsverfahren für die Sterblichkeit einer konkreten Bevölkerung in einem bestimmten Zeitraum. Die aus der *Periodensterbetafel* gewonnenen Parameter können daher nicht wieder auf die reale Bevölkerung zurück übertragen werden und besitzen für sie keine konkrete inhaltliche Bedeutung. Durch ihren Standardisierungscharakter ermöglicht sie aber einen detaillierten Vergleich der Sterblichkeitsmuster verschiedener Populationen bzw. einer Population zu verschiedenen Zeitpunkten, da alle störenden Einflussgrößen (wie z. B. eine unterschiedliche Altersstruktur) eliminiert werden. Aus diesem Grund ist die *Periodensterbetafel* ein unverzichtbares Instrument für die Analyse der Mortalität verschiedener Populationen und unterschiedlicher Zeiträume.

Räumliche Bevölkerungsbewegung

Die Wanderungstatistik unterscheidet zwischen Wanderungen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderungen) und den Wanderungen über Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung). Gezählt werden bei der Außenwanderung die Zu- und Fortzüge über die Grenzen Deutschlands anhand von An- bzw. Abmeldescheinen. Bei Wanderungen innerhalb Deutschlands entsprechen die Anmeldungen in einer Gemeinde den Abmeldungen in einer anderen Gemeinde.

Die Analysekonzepte für Wanderungen unterscheiden sich stark von denen der Fertilität und Mortalität. Wanderungsströme sind in erheblichem Maße politisch beeinflusst und unterliegen u.a. daher starken saisonalen und periodischen Schwankungen. In einem solchen

Kontext ist es nicht sinnvoll, lebenslaufspezifische Erwartungswerte wie bei Geburten oder Eheschließungen zu berechnen. In der amtlichen Statistik beschränkt man sich darauf, die absolute Größe von Wanderungsströmen darzustellen bzw. auf je 1000 der Bevölkerung, gelegentlich auch altersspezifisch zu standardisieren.

Alterung

Entscheidend für die Analyse der demographischen Alterung ist die Verwendung einer geeigneten Messmethode, die das zu untersuchende Phänomen sinnvoll beschreibt und für diesen Zweck eindeutig interpretierbar ist. Da aber je nach gewähltem Maß die demographische Alterung anders bestimmt wird, kann die Verwendung verschiedener Alterungsmaße auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Im Gegensatz zum chronologischen Altern, das Veränderungen des biologischen Alterungsprozesses einzelner Individuen analysiert, untersuchen Maße der demographischen Alterung Altersstrukturveränderungen von menschlichen Populationen. Laut einer UN-Definition wird unter demographischer Alterung jener Prozess verstanden, der entsteht, wenn der Anteil der Senioren (in der Regel Personen im Alter 60 und älter) zunimmt und das *Medianalter* (das Alter, das die Bevölkerung in 50 % jüngere und 50 % ältere Menschen aufteilt) steigt. Diese Definition enthält jedoch bereits zwei verschiedene Maße, durch die demographische Alterung ausgedrückt wird. Daher sollte demographische Alterung besser pragmatisch definiert werden: Demographische Alterung ist exakt der bevölkerungsdynamische Prozess, der sich in seinem Ergebnis auf die Bevölkerungsstruktur dahingehend auswirkt, dass ältere Menschen relativ gegenüber jüngeren zunehmen. Das heißt, eine Bevölkerung ist demographisch gealtert, wenn sich im Zeitablauf die relative Besetzung der oberen Altersstufen im Vergleich zu den unteren Altersstufen erhöht. Analog ist beim

Vergleich von zwei Populationen zum gleichen Zeitpunkt diejenige demographisch älter, bei der die oberen Altersstufen im Vergleich zu den unteren Altersstufen relativ stärker besetzt sind. Um dies statistisch darzustellen, wurden verschiedene Alterungsmaße vorgeschlagen. Neben dem bereits erwähnten *Medianalter* (oder alternativ *Durchschnittsalter*) und dem Anteil der 60-Jährigen (oder 65-Jährigen) und Älteren an der Gesamtbevölkerung trifft man oft auf den *Altenquotient*. Dieser hat als Zähler die 60- oder 65-Jährigen und Älteren und im Nenner die Bevölkerung zwischen 20 und 59 bzw. 64 Jahren stehen. Daneben wird in der deutschen demographischen Forschung auch das *Billetter-Maß* verwendet. Hierfür wird die Differenz aus der Bevölkerung im Alter unter 15 und der Bevölkerung im Alter über 49 Jahren durch die Zahl der Bevölkerung im Altersbereich 15 bis 49 dividiert. Im Gegensatz zu den anderen Altersmaßen signalisiert das *Billetter-Maß* dann Alterung, wenn dieser Wert sinkt. In der amerikanischen Alterungsforschung wird dagegen neben dem *Altenquotient* häufig der *Aging Index* als Alterungsmaß herangezogen. Dieser berechnet sich aus dem Quotienten der 65-jährigen und älteren Bevölkerung und der Bevölkerung im Alter unter 15 Jahren.

Ein besonders anschauliches Alterungsmaß kommt ebenfalls aus Amerika. Der *potenzielle Unterstützungskoeffizient* bezieht die (im erwerbsfähigen Alter stehenden) Personen zwischen 20 und 59 bzw. 64 Jahren auf die Personen über 60 bzw. 65 Jahren. Und nicht zuletzt sei der *intergenerationelle Unterstützungskoeffizient* erwähnt, der ebenso anschaulich das Verhältnis zweier Generationen abbildet, die aus der Sicht z.B. der Pflegeleistungen unmittelbar aufeinander bezogen sind – die über 80-Jährigen und die 50- bis 64-Jährigen.

Diese beiden Kennziffern haben wir im Abschnitt „Bevölkerungszahl und Altern der Bevölkerung“ zur Darstellung der demographischen Alterung benutzt (siehe Seite 59).

Das BiB stellt sich vor

Was macht das BiB?

Im Jahr des Erscheinens dieser Broschüre (2004) ist das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) 31 Jahre alt geworden. Es wurde am 12. Februar 1973 durch einen Erlass des Bundesministers des Innern gegründet. Der im Bundesanzeiger veröffentlichte Errichtungserlass (Abb. 44) regelte die Arbeitsweise des BiB bis zum Jahr 1995. Ihm wurden damals folgende Aufgaben gestellt:

- wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungs- und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung zu betreiben,
- wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der Bevölkerungsforschung aufzubereiten und zu veröffentlichen und

- die Bundesregierung über wichtige Vorgänge und Forschungsergebnisse zu unterrichten und sie in Einzelfragen zu beraten.

Die Gründung des BiB fiel in die Zeit des *Zweiten Geburtenrückgangs*. Es ist logisch, dass in der ersten Zeit des Bestehens des Instituts die Forschungen zum Geburtenrückgang, der damals Wissenschaftler und Politiker gleichermaßen überraschte, im Vordergrund standen. In den 70er Jahren gewann der Forschungsschwerpunkt demographische Alterung an Bedeutung. In den 80er und insbesondere in den 90er Jahren kamen dann noch die Arbeitsschwerpunkte Migration und Integration von Ausländern und Aussiedlern hinzu.

1995 erhielt das BiB einen neuen Errichtungserlass und heißt seither Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt. Neben den oben genannten Aufgaben wird ihm auch

- die Unterstützung der Bundesregierung in der internationalen Zusammenarbeit zu Bevölkerungsfragen, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen und des Europarates zugewiesen.

Diese Aufgabe ist im Laufe der Zeit immer wichtiger geworden, aber bereits seit seiner Gründung hat das BiB zur internationalen Zusammenarbeit beigetragen. Dies begann schon 1974 mit Zuarbeiten zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest. Seither haben Mitarbeiter des BiB in einer Vielzahl von Gremien, etwa bei der Vorbereitung der Internationalen Konferenz 1994 für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo, bei Europäischen Bevölkerungskonferenzen, in Arbeitskreisen des Europarats und von EUROSTAT, in Enquete-Kommissionen des Bundestags oder interministeriellen Arbeitsgruppen mitgewirkt und Politikberatung betrieben. Ganz konkret sichtbar wird die internationale Eingebundenheit des Instituts darin, dass die Direktorin des Instituts zur Vorsitzenden der 26. Sitzung der Bevölkerungskommission der Vereinten Nationen gewählt wurde,

Abb. 44: Errichtungserlass des BiB im Bundesanzeiger 1973

ERRICHTUNGSERLASS

BUNDESANZEIGER

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTER DER JUSTIZ

Jahrgang 25 Ausgegeben am Dienstag, dem 27. Februar 1973 Nummer 40

Bekanntmachungen

Der Bundesminister des Innern

Bekanntmachung
über die Errichtung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)
Vom 12. Februar 1973

§ 1
(1) Im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern wird als nicht rechtsfähige Bundesanstalt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung errichtet.

(2) Sitz des Bundesinstituts ist der Sitz des Statistischen Bundesamtes.

§ 2
(1) Das Bundesinstitut hat die Aufgabe,
1. wissenschaftliche Forschungen über Bevölkerungs- und damit zusammenhängende Familienfragen als Grundlage für die Arbeit der Bundesregierung zu betreiben,
2. wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich zu sammeln und nutzbar zu machen, insbesondere zu veröffentlichen,
3. die Bundesregierung über wichtige Vorgänge und Forschungsergebnisse in diesem Bereich zu unterrichten und sie in Einzelfragen zu beraten.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben hält das Bundesinstitut Verbindung zu ähnlichen wissenschaftlichen Einrichtungen des In- und Auslandes.

§ 3
(1) Das Bundesinstitut erfüllt Aufträge der Bundesminister.

(2) Soweit diese Aufgabenerfüllung dadurch nicht bewirkt wird, kann das Bundesinstitut mit Zustimmung des Bundesministers des Innern und nach Anhörung des Kuratoriums (§ 5 Abs. 2) auch Aufträge Dritter übernehmen.

§ 4
(1) Das Bundesinstitut hat zwei Direktoren. Einer von ihnen ist hauptsächlich der andere nebenamtlich tätig. Der hauptsächlich tätige Direktor soll ein auf dem Gebiet der Demographie ausgewiesener Hochschullehrer, der nebenamtlich tätig ein für Bevölkerungswissenschaften qualifizierter, abnehmender des Statistischen Bundesamtes sein.

(2) Die beiden Direktoren entscheiden gemeinsam über
1. das jährliche Forschungsprogramm und die Durchföhrung der Forschungsprojekte,
2. Vorschläge an den Bundesminister des Innern über die Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter,

§ 5
(1) Die Anforderung statistischen Materials und sonstiger Hilfestellungen an das Statistische Bundesamt,
4. den Jahresbericht,
5. den Beitrag zum Haushaltsvoranschlag.

(2) Im übrigen wird das Bundesinstitut von dem hauptsächlich tätigen Direktor (Geschäftsführender Direktor) geleitet.

§ 6
(1) Das Bundesinstitut hat ein Kuratorium.

(2) Das Kuratorium setzt sich zusammen aus einem Vertreter des Bundesministers des Innern, einem Vertreter des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, einem Vertreter des Bundesministers für Wirtschaft, einem Vertreter des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, einem Vertreter des Bundesministers für Forschung und Technologie/Bildung und Wissenschaft, einem Vertreter des Bundesministers der Verteidigung und sechs sachverständigen Wissenschaftlern.

(3) Das Kuratorium kann um zwei Vertreter der Bundesländer erweitert werden. In diesem Fall erhöht sich die Zahl der sachverständigen Wissenschaftler auf acht.

(4) Die sachverständigen Wissenschaftler werden vom Bundesminister des Innern auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaften auf die Dauer von vier Jahren berufen. Wenn an einer benachbarten Hochschule ein Sonderforschungsbereich für Demographie eingerichtet wird, soll zu dem sachverständigen Wissenschaftlern ein Vertreter dieses Sonderforschungsbereichs gehören.

(5) Vorsitzender des Kuratoriums ist der Vertreter des Bundesministers des Innern, zum stellvertretenden Vorsitzenden wird eines der wissenschaftlichen Mitglieder gewählt.

(6) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Bundesministers des Innern bedarf.

(7) Die Tätigkeit im Kuratorium ist ehrenamtlich.

§ 6
(1) Das Kuratorium hat die Aufgabe, das Bundesinstitut zu beraten.

(2) Das Kuratorium stimmt zur Tätigkeit des Bundesinstituts, insbesondere zum Forschungsprogramm und zum Jahresbericht, Stellung. Es hat zum Beitrag für den Haushaltsvoranschlag, vor Übernahme von Aufträgen Dritter (§ 3 Abs. 2) sowie zu Änderungen dieser Bekanntmachung zu hören.

23

Vorsitzende des Bevölkerungsausschusses des Europarats und Präsidentin der Europäischen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft war.

Politikberatung betreibt das BiB auch, indem es Anfragen aus dem Bundestag und den Bundesministerien beantwortet. Seit den 90er Jahren, auch in Zusammenhang mit der Deutschen Einheit, werden wir vermehrt aufgefordert, zu Großen und Kleinen Anfragen aus dem Bundestag oder zu schriftlichen Fragen von Bundestagsabgeordneten Stellung zu nehmen. Das Spektrum spannte sich dabei von deutsch-deutschen Bevölkerungsfragen über stabile Bevölkerungsmodelle bis zur Familienplanung in der Dritten Welt.

Neben Forschung, Politikberatung und Veröffentlichung versteht sich das BiB auch als eine Serviceeinrichtung. Wir geben auf Anfrage Auskunft über demographische Trends und bevölkerungsrelevante Politiken. Dies wird in zahlreichen Anfragen, insbesondere von der Presse, aber auch einer interessierten Öffentlichkeit genutzt. Wir haben diese Anfragen gesammelt und ausgewertet. Auf unserer Homepage (www.bib-demographie.de) finden Sie eine Übersicht zu den wichtigsten Fragen

gemeinsam mit den Antworten. Wir vergeben Forschungsaufträge an Kollegen, um von uns erhobene Daten auszuwerten, und es werden Drittmittel eingeworben, um besondere Projekte zu bearbeiten. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des BiB haben Lehraufträge an Universitäten und betreuen Praktikanten, die vorwiegend von Hochschulen zu uns kommen.

Als Dienstleistung im wissenschaftlichen Bereich verstehen wir den jährlichen Bericht zur demographischen Lage, den wir immer in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft veröffentlichen. Mit diesem Bericht wollen wir auf eine eher unspektakuläre Weise auf aktuelle demographische Veränderungen aufmerksam machen. Der Bericht ist zweigeteilt, behandelt im Teil A die aktuellen Trends und widmet sich im Teil B speziellen Themen. In den letzten Jahren wurde dabei detailliert und ausführlich z.B. auf „Ehescheidungen – Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich“, auf „Weltbevölkerung – Strukturen, Entwicklungen und deren Determinanten“, auf „Die demographische Entwicklung in den Bundesländern – ein Vergleich“ und „Sozio-ökonomische Strukturen der ausländischen Bevölkerung“ eingegangen.

Unsere Forschungsthemen – ein Überblick

Besondere Forschungsprojekte

Bevölkerungswissenschaftliche Forschung und Politikberatung sind die zentralen Aufgaben des BiB. Hier folgen wir vier großen Forschungslinien: Altern der Bevölkerung, Familienforschung, Analyse von Sterblichkeit und Lebenserwartung sowie der Forschung zu Migration und Integration. Prämisse ist: Nur auf der Grundlage einer soliden Forschungstätigkeit ist auch gute Politikberatung möglich. Seit der Gründung des BiB hat es natürlich eine Vielzahl an Forschungsprojekten gegeben, die hier unmöglich vorgestellt werden können. Es soll nur auf das eingegangen werden, was uns aktuell beschäftigt und was wir zukünftig planen.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts bearbeiten parallel, in Arbeitsgruppen oder auch einzeln, immer 10 bis 15 Forschungsprojekte. Davon sind einige in der abschließenden

Die wichtigsten Fragen

Wie entstehen die Forschungsprojekte des BiB?

Unsere Forschungsprojekte sind verschiedenen Ursprungs. Zum einen beteiligen wir uns als Vertreter Deutschlands an internationalen Forschungsprojekten (z.B. dem Family and Fertility Survey und der Population Policy Acceptance Study) oder gehen auf Anfragen z.B. des Europarats ein. Zum anderen folgen wir den Anregungen unseres Kuratoriums, das generell alle Forschungsprojekte billigt und kontrolliert. Oder aber wir entwickeln aufgrund demographischer Veränderungen von besonderer politischer Brisanz oder erkannter Forschungslücken eigenständige Vorstellungen. Neben einmaligen Forschungsprojekten ist das BiB mit einer Reihe von Daueraufgaben, etwa den Berichten zur demographischen Lage oder dieser Broschüre beschäftigt.

Veröffentlichungsphase, für andere werden Daten gerade erhoben bzw. ausgewertet, oder die Projekte befinden sich noch in der Vorbereitungsphase. Diese Forschungsprojekte haben unterschiedliche Dimensionen. Neben kleineren Analysen zu ganz speziellen Fragen, etwa ob eine Scheidung der Eltern die Eheabilität ihrer Kinder beeinflusst, sind wir an großen national und international vergleichenden

Die wichtigsten Fragen

Wo kann ich mich über die Ergebnisse der Forschungen am BiB informieren?

Eine detaillierte Übersicht zu den Forschungsprojekten des BiB finden Sie auf unserer Homepage. In den Veröffentlichungsreihen des BiB berichten wir regelmäßig über unsere Forschungsergebnisse. Erste Ergebnisse und ausführliche Deskriptionen werden in den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft veröffentlicht. Anspruchsvollere Analysen zu spezifischen Themen finden Sie in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Für umfangreichere Abschlussberichte stehen die Bände der Schriftenreihe des BiB zur Verfügung. Diese können entweder beim BiB bestellt (Materialien) oder über den VS Verlag (Zeitschrift, Schriftenreihe) bezogen werden. Die Publikationsreihen des BiB werden auf den nächsten Seiten ausführlich vorgestellt.

Studien beteiligt. Was unsere Forschung kennzeichnet, ist, dass wir sowohl die Daten der amtlichen Statistik auswerten als auch eigene Daten erheben oder uns an anderen empirischen Forschungsprojekten beteiligen.

Vergleichende Forschungsprojekte auf europäischer Ebene sind in letzter Zeit immer bedeutsamer geworden. Das BiB war in den letzten Jahren an drei solcher Projekte beteiligt. Es begann im Jahr 1992 mit dem Family and Fertility Survey (FFS) und dem Population Policy Acceptance Survey (PPA), deren Daten wir in Befragungen erhoben haben. Ziel des FFS war es, aufgrund der Daten von 24 europäischen Ländern Ursachen für die niedrige Geburtenhäufigkeit und den Wandel in den Lebens- und Familienformen herauszufinden. Der PPA befasste sich mit Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Inzwischen arbeitet das BiB an den

Nachfolgestudien dieser Projekte. Die Daten für die zweite Runde des Population Policy Acceptance Survey sind gerade im Jahr 2003 erhoben worden. Das internationale Projekt DIALOG-PPAS zur vergleichenden Analyse der Daten mit einem Verbund von 15 Ländern wird durch die EU gefördert und durch das BiB koordiniert. Und auch die Planungen für eine völlig überarbeitete Neuauflage des FFS, der jetzt GGS (Gender and Generation Survey) heißt, sind bereits angelaufen.

Beispiele für weitere internationale Forschungen sind die Beteiligung an NIEPS (Network for Integrated European Population Studies) und einer Studie des Europarats zum demographischen Wandel in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten.

Das Netzwerk für integrierte europäische Bevölkerungsstudien untersucht in drei thematischen Bereichen – 1. Geschlechterbeziehungen, Familienbildung und Altersmuster, 2. Alterung, intergenerationelle Beziehungen und altersspezifische Belastungen sowie 3. demographische und kulturelle Besonderheiten und Integration von Migranten – die durchgeführten Surveys nach Anlage, Fragenkatalog, wissenschaftlichem Ertrag und politischer Relevanz.

Mit dem demographischen Wandel in Osteuropa beschäftigte sich das BiB im Auftrag des Europarats. Es sollte herausgefunden werden, wie sich der Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialordnungen auf die demographischen Prozesse auswirkt und welche theoretischen Konzepte zwischen *Demographischen Schocks* und *Europe's Second Demographic Transition* die Veränderungen erklären können.

Was die Forschungsarbeit zu Sterblichkeit und Lebenserwartung betrifft, so war sie auf Lebensstile und deren Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung ausgerichtet. Dieses kurz als Lebenserwartungssurvey bezeichnete Projekt ist eine Wiederholungsbefragung, die zeigen soll, wie sich die Lebensumstände und deren Veränderung auf den Gesundheitszustand auswirken.

Alterungsforschung am BiB fand im Wesentlichen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend statt. Gefragt wurde, wie sich die ältere Bevölkerung

in der Zukunft entwickeln wird, in welchem Haushalts-, Familien- und Generationenverbund sie leben wird, wie sich die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit darstellt oder wie die Alterssicherung aussehen und sich Freizeitaktivitäten entwickeln könnten.

Im Zuge der Debatte um Alterung, Zuwanderung und Integration der Zuwanderer und Ausländer haben sich in den letzten Jahren auch die Forschungsarbeiten am BiB zu diesen Themen intensiviert. Gegenwärtig wird am BiB der so genannte Integrationssurvey ausgewertet, der die Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation ausländischer Jugendlicher zum Gegenstand hat.

Die hier beschriebenen Forschungslinien sollen auch in Zukunft fortgeführt werden. Aufgrund ihrer politischen Bedeutung werden in Zukunft die Themen Alterung der Bevölkerung sowie Migration und Integration stärker in den Mittelpunkt rücken. Um seine Forschung zu planen, wird am BiB in regelmäßigen Zeitabständen ein mittelfristiges Forschungsprogramm erarbeitet. Zentrale Forschungsprojekte sollen die Integrationsverläufe von Neuzuwanderern und die zukünftige Entwicklung der Arbeitsmigration aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland im Zuge der EU-Ost-Erweiterung sein. Eine enge Verzahnung zwischen Migrations- und Mortalitätsforschung wird im Projekt zu den Sterblichkeitsunterschieden zwischen Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländern angestrebt. Weitere Themen sind Asylbewerber, Familiennachzug und Rückwanderung von Arbeitskräften.

Ausschließlich auf die Mortalität gerichtete Forschungsvorhaben konzentrieren sich auf die Unterschiede in den Todesursachen und die Analyse der Säuglingssterblichkeit. In Zukunft hat das BiB eine dritte Welle des Lebenserwartungssurveys ins Auge gefasst.

Das Alterungsthema soll stärker hinsichtlich der Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme behandelt werden. Damit im Zusammenhang stehend ist angestrebt, dass verschiedene Modellrechnungen analysiert werden, die die sozialen, medizinischen, ökonomischen und ökologischen Konsequenzen verdeutlichen. Und auch internationale Vergleiche zum Alterungsthema werden eine stärkere Rolle spielen.

Das Familienthema soll in Zukunft vor allem im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts Gender and Generation Survey, koordiniert von der ECE, behandelt werden. Im Zentrum der Forschung werden Familienbeziehungen und die Dynamik der Familienbildung und -lösung stehen, wobei auch ausländische Familien berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Lebensformen der Kinderlosen gerichtet sein. Begleitet wird dieses Projekt von Modellrechnungen zu den zukünftigen Haushalts- und Lebensformen.

Ein größeres Gewicht im Forschungskonzept soll die Weltbevölkerung erhalten. Neben der schon traditionellen Berichterstattung über die Weltbevölkerungstrends wollen wir uns stärker regionalisierten Entwicklungen, Verstärkerungsprozessen oder den Auswirkungen von AIDS auf die UN-Bevölkerungsprognosen zuwenden.

Daueraufgaben

Neben den Forschungsprojekten werden am BiB wissenschaftliche Daueraufgaben wahrgenommen. Die hier vorliegende Broschüre

Abb. 45: Erste Ausgabe der BiB-Broschüre aus dem Jahr 2000



hat noch keine richtige Tradition, soll sich aber zu einer Daueraufgabe des BiB entwickeln (**Abb. 45**). Wir werden also in unregelmäßigen Abständen Neuauflagen dieser Broschüre verfassen. Dies wollen wir unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten tun. Sollte die erste Ausgabe auf demographische Haupttrends aufmerksam machen (die erste Broschüre ist vergriffen, ist aber als PDF auf der BiB-Homepage abrufbar), wollen wir mit der zweiten Broschüre mehr Grundverständnis für den demographischen Wandel, seine Ursachen und Konsequenzen wecken. In einer bereits vorgesehenen dritten Veröffentlichung sollen demographische Trendbeschreibungen mit den Einstellungen der Bevölkerungen zum demographischen Wandel (Ergebnisse der PPAS) verknüpft werden.

Eine viel längere Tradition hat dagegen die Berichterstattung zur demographischen Lage in Deutschland. Dieser Bericht erschien erstmalig im Heft 1/1975 der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft und ist seither nahezu jährlich von den Mitarbeitern des BiB verfasst worden. Der Bericht bietet in einem ersten Teil Informationen zu aktuellen Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung, der Geburten-, Scheidungs- und Heiratshäufigkeit, der Lebenserwartung, der Zu- und Abwanderungen und der Bevölkerungszahl und -strukturen. In einem zweiten Teil werden dann spezifische Fragestellungen aufgegriffen. Die Themenstellungen der letzten Berichte sind auf der Seite 93 aufgeführt. Der Bericht zur demographischen Lage gehört zu den am häufigsten nachgefragten Veröffentlichungen des Instituts.

Die Veröffentlichungsreihen des BiB

Zum Veröffentlichungsprogramm des BiB gehören vier Reihen, die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, die Schriftenreihe des BiB, die Materialien zur Bevölkerungswissenschaft und die BiB-Mitteilungen, die ganz unterschiedliche Ziele verfolgen. Beispiele sind in den **Abbildungen 46 - 49** zu sehen.

Die wichtigste Veröffentlichung des BiB ist die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, die auch den Bericht zur demographischen Lage enthält (**Abb. 46**). Sie erscheint jährlich in vier Ausgaben, die gleichermaßen mit Artikeln der BiB-Mitarbeiter und auswärtiger Autoren bestückt sind. Die Artikel sind aktuellen bevölkerungswissenschaftlichen Themenstellungen gewidmet, zum Beispiel dem Migrationsfeld Europa, soziologischen Annäherungen an die Familie oder den Sterblichkeitsunterschieden zwischen West- und Ostdeutschland. Die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft und die Schriftenreihe des BiB sind Teil des Verlagsprogramms von Leske + Budrich (ab 01.01.2004 VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Die Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (**Abb. 47**) wird in ein bis zwei Bänden pro Jahr veröffentlicht. In ihnen werden bevölkerungswissenschaftliche Problemstellungen grundlegend und umfassend behandelt. Wir publizieren darin die abschließenden Forschungsprojekte des Instituts, Beiträge wissen-

Abb. 46: Titelseite der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2/2002

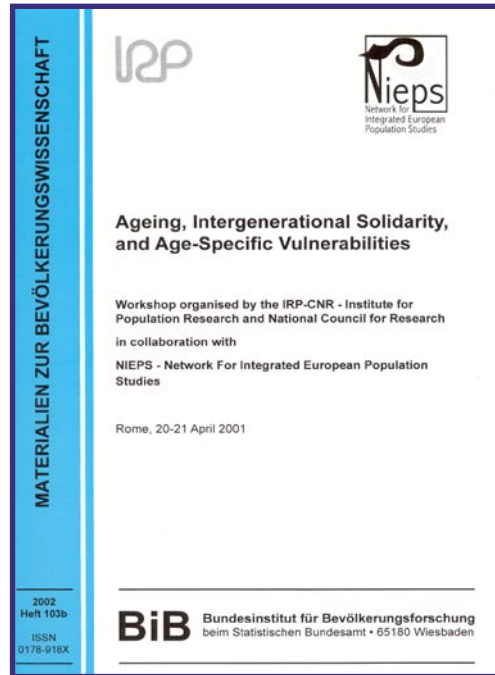


schaftlicher Kolloquien, die wir veranstalten, und auch Monographien. In den letzten Jahren waren die Bände der Schriftenreihe den Themen

Abb. 47: Titelseite der Schriftenreihe des BiB, Band 31



Abb. 48: Titelseite der Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 103b/2002



demographische Alterung und Wirtschaftswachstum, Einstellungen zur Familienpolitik in Europa, der Eingliederung von Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland und den Alten der Zukunft gewidmet. Insgesamt sind bisher 33 Bände erschienen.

In den Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, unserer dritten Veröffentlichungsreihe, die wir kostenlos abgeben, sind insgesamt bereits 123 Hefte erschienen. Sie haben den Charakter von Arbeitspapieren. Hier findet man Forschungsberichte, Konferenzbeiträge (so hat das BiB des öfteren die auf Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie oder ihrer Arbeitskreise gehaltenen Beiträge veröffentlicht) oder spezifische bevölkerungswissenschaftlichen Studien (Abb. 48).

Die vierte Veröffentlichungsreihe, die BiB-Mitteilungen, die ursprünglich als Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung konzipiert waren, ist inzwischen ein reichhaltiges Informationsblatt für einen breiten Kreis von Interessenten geworden. In vier Hefen pro Jahr wird in verschiedenen Rubriken

Abb. 49: Titelseite der BiB-Mitteilungen, Heft 4/2001



populär über Bevölkerungsthemen informiert (**Abb. 49**). Wir veröffentlichen Daten zu aktuellen demographischen Entwicklungen, berichten unter dem Stichwort „Aus Forschung und Lehre“ über neue Forschungsergebnisse und informieren über die bevölkerungspolitischen

Aspekte der Parlaments- und Regierungsarbeit von Bund und Ländern. Darüber hinaus weisen wir auf Bevölkerungsfragen im Ausland hin und machen auf Tagungen und Kongresse, neue demographische Literatur und Pressemeldungen zu Bevölkerungsthemen aufmerksam.

Organisation, Kuratorium und Mitarbeiter des BiB

Kontakte zu den Mitarbeitern des BiB

• Direktorin und Professorin

Dr. Charlotte Höhn 0611 752235 charlotte.hoehn@destatis.de

• Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen

Dr. Claudia Diehl 0611 752064 claudia.diehl@destatis.de
 Dr. Jürgen Dorbritz 0611 752062 juergen.dorbritz@destatis.de
 Karla Gärtner 0611 752692 karla.gaertner@destatis.de
 Dr. Evelyn Grünheid 0611 752727 evelyn.gruenheid@destatis.de
 Dr. Sonja Haug 0611 752871 sonja.haug@destatis.de
 Dr. Gert Hullen 0611 752363 gert.hullen@destatis.de
 Andrea Lengerer 0611 754507 andrea.lengerer@destatis.de
 Dr. Marc Luy 0611 754512 marc.luy@destatis.de
 Dr. Ralf Mai 0611 754513 ralf.mai@destatis.de
 Frank Micheel 0611 752445 frank.micheel@destatis.de
 Dr. Juliane Rolloff 0611 752614 juliane.rolloff@destatis.de
 Kerstin Ruckdeschel 0611 752813 kerstin.ruckdeschel@destatis.de
 Susanne Schmid 0611 752752 susanne.schmid@destatis.de
 Reiner Schulz 0611 752699 reiner.schulz@destatis.de
 Frank Swiaczny 0611 754506 frank.swiaczny@destatis.de

• Hauptsachbearbeiter

Werner Geberzahn 0611 752472 werner.geberzahn@destatis.de
 (Institutsveröffentlichungen)
 Roland Greifelt 0611 752399 roland.greifelt@destatis.de
 (Datenverarbeitung)
 Bernhard Gückel 0611 752347 bernhard.gueckel@destatis.de
 (Auskunftsdienst, BiB-Mitteilungen)
 Hubert Toporowitz 0611 752063 hubert.toporowitz@destatis.de
 (Verwaltungsangelegenheiten)

• Sachbearbeiter/innen

Ilka Drögemeier 0611 752199 ilka.droegemeier@destatis.de
 (Unterstützung der Institutsleitung, innerer Dienst)
 Hans-Ludwig Friedrich 0611 752061 hans-ludwig.friedrich@destatis.de
 (Datenverarbeitung)
 Klaus Schoenfeld 0611 752883 klaus.schoenfeld@destatis.de
 (Institutsbibliothek)
 Sybille Steinmetz 0611 752299 sybille.steinmetz@destatis.de
 (Datenverarbeitung)

• Bürokräfte

Ingeborg Beyer 0611 752947 ingeborg.beyer@destatis.de
 Beatriz Feiler-Fuchs 0611 752814 beatriz.feiler-fuchs@destatis.de
 Britta Müller 0611 752599 britta.mueller@destatis.de
 Sigrid Murena 0611 752394 sigrid.murena@destatis.de

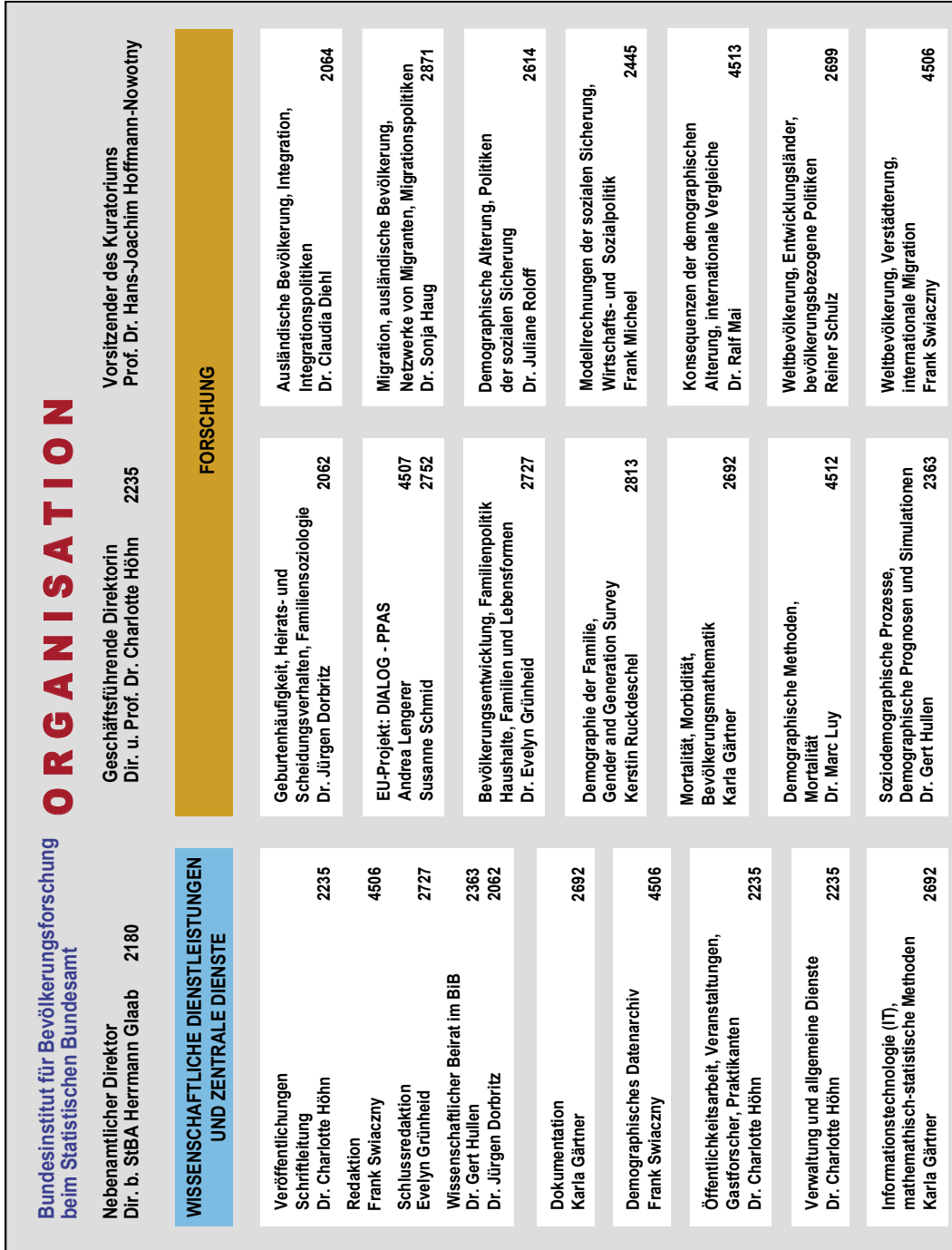
Geschäftsführende Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist seit 1988 Direktorin und Professorin Dr. Charlotte Höhn. Als nebenamtlicher Direktor wird das BiB durch Hermann Glaab, Direktor beim Statistischen Bundesamt, unterstützt. Das Institut wird von einem Kuratorium beraten, dem neun sachverständige Wissenschaftler, sieben Vertreter der Bundesministerien und 2 Vertreter der Bundesländer angehören.

Am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung selbst arbeitet ein interdisziplinäres Wissenschaftlerteam, bestehend aus Ökonomen, Statistikern, Soziologen, Geographen und Mathematikern, die sich alle auf das Fachgebiet Demographie spezialisiert haben. Insgesamt hat das BiB 28 Mitarbeiter, darunter 16 Wissenschaftler, von denen wiederum 8 zeitlich befristet beschäftigt sind. Über die Struktur des Instituts und die Zuständigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Themengebiete können Sie sich anhand der Übersicht auf der folgenden Seite informieren (**Abb. 50**).

Um effektiv arbeiten zu können, gehören neben den wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen auch Hauptsachbearbeiter, Sachbearbeiter/innen und Bürokräfte zum BiB-Team. Sie sorgen dafür, dass die wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht werden, die Daten in die Computer kommen und zugänglich sind, Graphiken erstellt werden, die neueste wissenschaftliche Literatur vorhanden ist und die Verwaltung funktioniert.

In der nebenstehenden Übersicht sind alle Mitarbeiter/innen des BiB mit ihren Telefonnummern und E-Mail-Adressen aufgeführt.

Abb. 50: Organigramm des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung vom 1. Januar 2004



Die BiB-Homepage

Im Internet finden Sie das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung unter www.bib-demographie.de. Diese Adresse führt zu nachstehend abgebildeter Startseite. Im Weiteren finden Sie dort Informationen über Mitarbeiter, Projekte und Veröffentlichungen.

BiB


**Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung**

beim Statistischen Bundesamt

deutsch english français



Die wissenschaftlichen Mitarbeiter stellen sich mit einer Kurzbiographie vor, zu der auch ein Bild und natürlich die Publikationsliste gehören. Die Zuständigkeit der Mitarbeiter zu Themengebieten und Projekten ist kenntlich gemacht. In der nachfolgenden Abbildung wird als ein Beispiel die Kurzbiographie der Direktorin des BiB gezeigt.

Start	Mitarbeiter	Projekte	Publikationen	Informationen	DIALOG-PPAS	Suche
<p>BiB Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung Federal Institute for Population Research Institut Fédéral de Recherches Démographiques</p>						
<p>Prof. Dr. Charlotte Höhn geboren 1945 in Wiesbaden</p>						
						
<p>1965 - 1970 Studium der Volkswirtschaftslehre mit Wahlfach Statistik in Frankfurt/Main 1970 Diplom-Volkswirtin 1982 Dr. phil. an der TU Berlin 1988 Habilitation in Gießen 1970 - 1973 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Statistischen Seminar (Professor Dr. Blind) und in der Planungsgruppe der Universität Frankfurt/Main 1973 - 1980 Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik 1980 - Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung seit 1988 Leiterin des BiB</p>						
<p>Mitglied</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Gesellschaft für Demographie • European Association for Population Studies (Honorary President) • International Union for the Scientific Study of Population • Population Association of America 						

Hauptsächlich wollen wir auf unserer Homepage aber über Projekte und Veröffentlichungen informieren. Man findet zu aktuellen und kürzlich abgeschlossenen Projekten eine Kurzdarstellung und eine Übersicht zu den projektbezogenen Veröffentlichungen.

Ausführlich präsentieren wir unsere Veröffentlichungsreihen. Die von uns kostenlos abgegebenen Materialienbände können Sie

mit Hilfe eines Formulars bestellen. Für die Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft und die Schriftenreihe stehen neben den Inhaltsangaben auch Beschreibungen der Ziele und Ergebnisse im Netz.

Die Veröffentlichungsreihen, die das BiB kostenlos abgibt, sind entweder als PDF-Dateien verfügbar oder können per E-Mail bestellt werden. Downloaden kann man jeweils die Ausgaben der BiB-Mitteilungen aus den letzten zwei Jahren. Für die Materialien zur Bevölkerungswissenschaft ist eine Bestellliste vorhanden, die per E-Mail an das BiB geschickt werden kann. Und selbstverständlich ist auch diese Broschüre und ihre Vorgängerin im PDF-Format abrufbar. Hier bieten wir einen zusätzlichen Service. Alle in der Broschüre vorhandenen Texte, Abbildungen und Tabellen sind gesondert als HTML-Dateien verfügbar.

Auch wenn Sie nach aktuellen demographischen Trends suchen, kann man bei uns fündig werden. Im Zusammenhang mit dem jährlich erscheinenden Bericht zur demographischen Lage veröffentlichen wir im Netz eine Beschreibung der demographischen Trends und stellen Daten in Tabellenform oder graphisch aufbereitet zur Verfügung. Unter „Informationen/Demographische Lage“ können Sie die Daten abrufen.

Auf der Seite „Informationen“ bietet das BiB zusätzlich Antworten auf die am häufigsten an uns gerichteten Fragen und Übersichten zu demographisch relevanten Links, Veranstaltungen und unsere Stellenausschreibungen.

Wenn Sie den Button Dialog-PPAS anklicken, gelangen Sie quasi auf eine neue Homepage, die das internationale Forschungsprojekt „DIALOG - Population Policy Acceptance Study“ vorstellt. Die PPAS-Homepage ist an die des BiB angebunden, da wir der Projektkoordinator sind. Diese Homepage enthält in Englisch Angaben zu den Projektpartnern, den Konzepten, Arbeitsschwerpunkten oder Veröffentlichungen.

Die Veröffentlichungen des BiB ab 2000

Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Die Bände der Schriftenreihe können nur beim VS Verlag für Sozialwissenschaften, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 / 7878-0, Fax: 0611 / 7878-400 angefordert werden.

Band 33

Nadia Granato

Ethnische Ungleichheiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt

ISBN 3-8100-4057-6 - 2004 - 184 S.

22,90 €

Band 32

Ralf Mai

Die Alten der Zukunft

Eine bevölkerungsstatistische Datenanalyse

ISBN 3-8100-3677-3 – 2003 – 325 S.

29,90 €

Band 31

Sonja Haug

Soziales Kapital und Kettenmigration

Italienische Migranten in Deutschland

ISBN 3-8100-2959-9 - 2000 - 349 S.

30,50 €

Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft

Die Hefte der Zeitschrift können nur beim VS Verlag für Sozialwissenschaften, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611 / 7878-0, Fax: 0611 / 7878-400 angefordert werden.

Themen des Jahrgangs 2003

Heft 1

Marc Luy

Warum Frauen länger leben – wird ein Vergleich der Sterblichkeit von Kloster- und Allgemeinbevölkerung durch Bildungsgrad und Missionstätigkeit der Ordensmitglieder beeinflusst?

Reiner Schulz und Frank Swiaczny

Globale Verstädterung – Entwicklung, Ursachen, Folgen

Hartmut Wendt

Asylwanderung nach Deutschland

Dimensionen, Flüchtlingskategorien, rechtliche Grundlagen, Verlauf, Herkunftsregionen und europäischer Vergleich

Paul Demeny

Die bevölkerungspolitischen Dilemmata in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Erste Ergebnisse des Integrations surveys des BiB

Heft 2-4

Lebenslauf Prof. Dr. Hoffmann-Nowotny

Schriftenverzeichnis Prof. Dr. Hoffmann-Nowotny

Charlotte Höhn

Nachruf

Dirk J. van de Kaa

International migration in the demographic balancing equation of late modern societies

David Coleman

Mass Migration and Population Change

Josef Schmid

Einwanderung und Staatengemeinschaft

Zur Problematik einer überstaatlichen Wanderungspolitik

Jürgen Bähr und Paul Gans

Regionale Typen ähnlicher Migrationsdynamik in Deutschland

Frank Swiaczny

Aktuelle Trends der internationalen Migration in die Industrieländer

Klaus J. Bade und Jochen Oltmer

Zwischen Aus- und Einwanderungsland:

Deutschland und die Migration seit der Mitte des 17. Jahrhunderts

Friedrich Heckmann

Integration von Migranten in europäischen Gesellschaften

Wolfgang Glatzer

Gesellschaftliche Integration und individuelle Partizipation

Junge Erwachsene mit ausländischer Herkunft in der deutschen Gesellschaft

Sonja Haug

Arbeitsmigration, Familiennachzug, Heiratsmigration

Susann Rabold und Claudia Diehl

Migration und familiäre Konflikte

Dragana Avramov and Robert Cliquet

Economy of Time and Population Policy

Rethinking the 20th Century Life Course Paradigm

Jürgen Dorbritz

Polarisierung versus Vielfalt

Lebensformen und Kinderlosigkeit in Deutschland – eine Auswertung des Mikrozensus

Karl Schwarz

Betrachtungen eines Demographen zu Ehe und Familie um das Jahr 2000

Heinz Grohmann

Die Alterung unserer Gesellschaft

Ursachen, Wirkungen, Handlungsoptionen

Beat Fux

Generationenbeziehungen und ihre Bedeutung für die anstehenden Reformen des Sozialstaates

Rainer Mackensen

Vier Wurzeln der empirischen Sozialforschung

Werner Haug

Gesellschaftlicher Wandel und amtliche Statistik
Trends und Herausforderungen

Themen des Jahrgangs 2002

Heft 1

Juliane Roloff und Karl Schwarz

Bericht 2001 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B "Sozio-ökonomische Strukturen der ausländischen Bevölkerung"

Max Wingen

Ein erneutes Plädoyer für eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik

Jann-Michael Dornseiff und Reinhold Sackmann

Zwischen Traditionalisierung und Re-Traditionalisierung
Die Transformation von Familienbildungsmustern im Lebenslauf ostdeutscher Frauen am Beispiel der Geburt des zweiten Kindes

Sonja Haug

Familienstand, Schulbildung und Erwerbstätigkeit junger Erwachsener
Eine Analyse der ethnischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten
– Erste Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB

Heft 2

Claudia Diehl

Die Auswirkungen längerer Herkunftslandaufenthalte auf den Bildungserfolg türkisch- und italienischstämmiger Schülerinnen und Schüler

Karla Gärtner

Differentielle Sterblichkeit – Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys

Erika Schulz

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Familienstandsstruktur
Entwicklung 1991 bis 1999 und Vorausschätzungen bis 2005

Peter Teibenbacher und Josef Haas

Das Modell vom Demographischen Übergang - selbst im Übergang?
Das Beispiel der Steiermark zwischen 1870 und 1914

Heft 3

Claudia Diehl

Wer wird Deutsche/r und warum? Bestimmungsfaktoren der Einbürgerung türkisch- und italienischstämmiger junger Erwachsener
– Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB –

Karsten Hank

Zur Struktur und Kontinuität regionaler Fertilitätsunterschiede in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung

Michaela Kreyenfeld

Parity Specific Birth Rates for West Germany: An Attempt to Combine Survey Data and Vital Statistics

Thomas Klein, Andrea Lengerer und Michaela Uzelac

Partnerschaftliche Lebensformen im internationalen Vergleich

Heft 4

Sonja Haug

Familie, soziales Kapital und soziale Integration
Zur Erklärung ethnischer Unterschiede in Partnerwahl und generativem Verhalten bei jungen Erwachsenen deutscher und türkischer Abstammung

Jürgen Dorbritz und Dimiter Philipov

Der Wandel in den Mustern der Familienbildung und der Ehescheidungen in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas
– Die Folgen des Austausches der Wirtschafts- und Sozialordnung

Stephan Boes und Peter Pflaumer

Ermittlung von Prognoseintervallen mit Hilfe von Monte-Carlo-Methoden
Ein Verfahren zur Beurteilung der Unsicherheit von Studierendenprognosen

Themen des Jahrgangs 2001

Heft 1

Karl Schwarz

Bericht 2000 über die demographische Lage in Deutschland

Karsten Hank, Katja Tillmann und Gert G. Wagner

Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990 – 1999

Jörg Otto Hellwig

Die "kleine Scheidung"
Der positive Einfluss von Partnerschaftstrennungen vor der ersten Ehe auf die Scheidungsneigung in der ersten Ehe

Sabine Henning

Census 2000 in the United States of America: The Decennial Count Analyzed from a Historical Perspective

Heft 2

Reiner Schulz

Die demographische Lage im Jahr 2000;
Teil B: Weltbevölkerung – Strukturen, Entwicklungen und deren Determinanten

Kurt Lüscher

Soziologische Annäherungen an die Familie

Stefan Resch

Das Konzept der Verlorenen Lebensjahre – Theoretische Entwicklung und praktische Anwendung anhand eines Vergleichs der Mortalitäten West- und Ostdeutschlands

Sonja Haug

Bleiben oder Zurückkehren?

Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland

Heft 3-4

John Salt

Europas Migrationsfeld

David Coleman

Migration nach Europa: eine Kritik am neuen Konsens des Establishments

Friedrich Heckmann

Integrationsforschung aus europäischer Perspektive

Raimondo Cagiano de Azevedo

Integrationsforschung aus europäischer Perspektive: Kommentare

Liesbeth Heering

Erste Erkenntnisse aus einem Mehrländerprojekt zu den Determinanten der Migration

Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Oliver Hämmig und Jörg Stolz

Desintegration, Anomie und Anpassungsmuster von Zuwanderern der zweiten Generation in der Schweiz

Christiane Hintermann

Die Österreicher und ihre ausländische Bevölkerung – Zwei Erhebungen über die Einstellungen und Meinungen der österreichischen Bevölkerung zur internationalen Migration, zur ausländischen Bevölkerung und zur Migrations- und Integrationspolitik in Österreich

Ismo Söderling

Die finnischen Einstellungen gegenüber der Zuwanderung und den Migranten – Erhebungen im Kontext der finnischen Migrationsforschung

Annika Forsander

Migranten auf dem finnischen Arbeitsmarkt – wer sind die Gewinner, wer die Verlierer?

Lars Østby

Die norwegische Erhebung "Lebensbedingungen unter Migranten 1996"

– Hintergrund sowie Bezug zu anderen Erhebungen und zu den Registerstatistiken

Kalev Katus und Luule Sakkeus

Demographische Entwicklung der im Ausland geborenen Bevölkerung Estlands: Divergenz oder Konvergenz?

Ron Lesthaeghe

Die FGWM- und die MHSM-Erhebung unter türkischen und marokkanischen Bevölkerungen in Belgien: ein Kurzbericht

Attila Melegh

Internationale Migration und Ungarn in den 90er Jahren. Probleme und Perspektiven

Themen des Jahrgangs 2000**Heft 1**

Evelyn Grünheid und Juliane Roloff

Die demographische Lage in Deutschland 1999 mit dem Teil B:
Die demographische Entwicklung in den Bundesländern – ein Vergleich

Michael Wagner und Gabriele Franzmann

Die Pluralisierung der Lebensformen

Herwig Birg

An Approach for Forecasting Life Expectancy and its Application in Germany

Heft 2

Karla Gärtner

Der Lebenserwartungssurvey des BiB – Konzeption und erste Ergebnisse

Jürgen Dorbritz

Europäische Fertilitätsmuster

Reiner Schulz

Die Alterung der Weltbevölkerung

Rainer Mackensen

Nachwuchsbeschränkung: Ansatz, Theorie und Methode bei Hans Linde

Heft 3-4

Festgabe für *Parviz Khalatbari*

Joseph Chamie

Demographic Issues of the 21st century: The new international Population Order

Charlotte Höhn

Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht

Rainer Mackensen

Vergangenheit und Zukunft der Demographie als Wissenschaft

Karl Schwarz

Aufforderung an die Demographen zum Einstieg in die Bevölkerungspolitik

Thomas Büttner

Die Alterung der Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert

Parviz Khalatbari

Weltverstädterungsprozess – ein zentrales Problem des 21. Jahrhunderts

Josef Schmid

Bevölkerungswachstum und internationales Konfliktpotential
- vom ideologischen zum demographischen Jahrhundert

Jürgen Schott und Karsten Rossa

Diskussion zur Sterblichkeitsanalyse unter Berücksichtigung der
Todesursachen am Beispiel Deutschland / Freistaat Sachsen

Harald Michel

Sterblichkeitsrückgang im 18. Jahrhundert in Deutschland

– Bestandteil, Voraussetzung oder Vorläufer der demographischen Transition?

Alaka Malwade Basu

Die Geschlechterfrage in der Bevölkerungsforschung:

Verwirrung über die Implikationen für die Gesundheitspolitik

Materialien zur Bevölkerungswissenschaft

Die Materialienbände können kostenlos im Internet unter www.bib-demographie.de bestellt werden.

- Heft 110** Gert Hullen: The capital of couples and the effects of human capital on family formation
- Heft 109** Gert Hullen: Living Arrangements and Households – Methods and Results of Demographic Projections
Lebensformen und Haushalte – Methoden und Ergebnisse demographischer Modellrechnungen
- Heft 108** Jürgen Dorbritz und Johannes Otto (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen
Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie – Berlin, 21. – 23. Juni 2001
- Heft 107** Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.): Migration – Integration – Minderheiten
Neuere interdisziplinäre Forschungsergebnisse
Vorträge gehalten auf der 4. Tagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Leipzig am 10. und 11. Oktober 2002
- Heft 106** Marc Luy: Warum Frauen länger leben – Erkenntnisse aus einem Vergleich von Kloster- und Allgemeinbevölkerung
- Heft 105c** Wolfgang Glatzer unter Mitarbeit von Rabea Krätschmer-Hahn: Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation
Ergebnisse des Integrations surveys des BiB
- Heft 105b** Susanne von Below: Schulische Bildung, berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit junger Migranten
Ergebnisse des Integrations surveys des BiB
Bericht zum Projekt "Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung" (Integrations survey des BiB), erstellt von Dr. Susanne von Below, Dipl.-Soz., mit Unterstützung durch Rabea Krätschmer, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Heft 105a** Ulrich Mammey und Jörg Sattig: Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung (Integrations survey)
Projekt- und Materialdokumentation

- Heft 104** Demographische Vorausschätzungen – Grenzen und Möglichkeiten, Methoden und Ziele – Vorträge auf der gemeinsamen Sitzung des Arbeitskreises “Bevölkerungswissenschaftliche Methoden” der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und des Ausschusses für Regionalstatistik der Deutschen Statistischen Gesellschaft im Rahmen der Statistischen Woche in Nürnberg am 26./27. September 2000
- Heft 103b** Ageing, Intergenerational Solidarity, and Age-Specific Vulnerabilities
Workshop organised by the IRP-CNR – Institute for Population Research and National Council for Research in collaboration with NIEPS – Network For Integrated European Population Studies, Rome, 20-21 April 2001
- Heft 103** Demographic and Cultural Specificity and Integration of Migrants – 1st Workshop organised by the Federal Institute for Population Research in co-operation with the Network for Integrated European Population Studies (NIEPS), 10-11 November 2000, Bingen, Germany
- Heft 102f** Evelyn Grünheid: Einflüsse der Einkommenslage auf Gesundheit und Gesundheitsverhalten
Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys des BiB
- Heft 102e** Juliane Roloff: Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand und Veränderungen des Gesundheitszustandes
Ergebnisse des Lebenserwartungssurveys des BiB
- Heft 102d** Eva Schulze und Jochen Drewes: Die gesundheitliche Situation von Pflegenden in der Bundesrepublik Deutschland
Eine Auswertung des Lebenserwartungssurveys des BiB
- Heft 102c** Ulrich Mueller, Monika Heinzl-Gutenbrunner: Krankheiten und Beschwerden (subjektive Gesundheit) unter Bewertung der eigenen Gesundheit
- Heft 102b** Jürgen Breckenkamp, Ulrich Laaser (unter Mitarbeit von Thomas Danell):
Freizeitinteressen und subjektive Gesundheit
- Heft 102a** Karla Gärtner: Lebensstile und ihr Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung
Der Lebenserwartungssurvey des BiB – Projekt- und Materialdokumentation
- Heft 101** Hartmut Wendt und Andreas Heigl (Hrsg.): Ausländerintegration in Deutschland.
Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises „Migration – Integration – Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw)
- Heft 100** Juliane Roloff: Die demographische Entwicklung in den Bundesländern Deutschlands
- Heft 99** Jürgen Dorbritz und Johannes Otto (Hrsg.): Einwanderungsregion Europa?
33. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück (IMIS)
- Heft 98** Eine Auswahl von Beiträgen zur demographischen Situation in Russland und Weißrussland in der 2. Hälfte der 90er Jahre (Übersetzungen aus dem Russischen)

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Verzeichnis der Abbildungen	Seite
Abb. 1: Das allgemeine Schema des Ersten Demographischen Übergangs	10
Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene je 1000 der Bevölkerung, 1841 - 2050 und Altersaufbau der Bevölkerung, 1864 - 2050 (Anteile der Altersjahre in %)	11
Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871 - 2002	20
Abb. 4: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 - 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl	21
Abb. 5: Zusammengefasste Geburtenziffern in Europa im Jahr 2000	24
Abb. 6: Anteile kinderloser Frauen in Westdeutschland, Geburtsjahrgänge 1935 - 1967 (in %)	26
Abb. 7: Zusammengefasste Erstheiratsziffern für Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 - 2001	28
Abb. 8: Anteile der von nicht verheirateten Frauen geborenen Kinder an den Geborenen insgesamt in West- und Ostdeutschland, 1950 - 2002 (in %)	29
Abb. 9: Altersspezifische Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1960, 1980 und 2001	30
Abb. 10: Schwangerschaftsabbrüche je 1000 Lebend- und Totgeborene in Deutschland, 1974 - 2001	32
Abb. 11: Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Deutschland, 1965 - 2001	34
Abb. 12: Zusammengefasste Ehescheidungsziffern in Europa im Jahr 2000	35
Abb. 13: Ehedauerspezifische Scheidungsziffern in Westdeutschland (1970, 1980 und 1990) bzw. in Deutschland (2001)	36
Abb. 14: Lebenserwartung bei der Geburt, 1964/1966 - 1998/2000 (in Jahren)	41
Abb. 15: Fernere Lebenserwartung im Alter 60, 1964/1966 - 1998/2000 (in Jahren)	42
Abb. 16: Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten für Frauen und Männer in West- und Ostdeutschland, Sterbetafel 1998/2000	43
Abb. 17: Verringerung der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten im früheren Bundesgebiet, 1964/1966 - 1998/2000 (in %)	45
Abb. 18: Anteile der häufigsten Todesursachen zu Beginn und am Ende des 20. Jahrhunderts (in %)	46
Abb. 19: Die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, 1970 und 2002 (in %)	48
Abb. 20: Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1954 - 1990: Westdeutschland, 1991 - 2001: Deutschland	50
Abb. 21: Zuzüge nach dem Herkunftsland in Deutschland, 2001 (in %)	51
Abb. 22: Asylbewerber in Deutschland nach Herkunftsregionen, 1980 - 2002 (in Tausend)	54

Abb. 23:	Bevölkerungszahl in Deutschland, 1816 - 2001 (in Millionen)	55
Abb. 24:	Bilanz zwischen den Lebendgeborenen und Gestorbenen bzw. den Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1952 - 2001 (in Tausend)	56
Abb. 25:	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 2001	57
Abb. 26:	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2001 und die stationäre Bevölkerung	58
Abb. 27:	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 1910, 1950, 1975, 2000, 2025 und 2050 (in %)	60
Abb. 28:	Bevölkerungszahl in Deutschland, 1990 - 2050, ab 2001 nach Varianten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung	63
Abb. 29:	Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, 1950 - 2002 (in Tausend)	67
Abb. 30:	Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, 1980 und 2001 (in %)	67
Abb. 31:	Privathaushalte in Deutschland nach Haushaltstyp, 2000 (in %)	69
Abb. 32:	Lebensformen 30- bis 34-jähriger Frauen in Deutschland, 2000 (in %)	70
Abb. 33:	Entwicklung der Weltbevölkerung nach Kontinenten, 1000 - 2150	74
Abb. 34:	Saldo der Geburten und Sterbefälle in den Regionen der Welt, 1950 - 2050	74
Abb. 35:	Zusammengefasste Geburtenziffern nach Regionen der Welt, 1950 - 2050	75
Abb. 36:	Lebenserwartung bei der Geburt nach Regionen, 1950 - 2050 (in Jahren)	76
Abb. 37:	Wachstum der Weltbevölkerung nach Regionen 2000/50 (%) und Veränderung des Wachstums, 2000 - 2050	77
Abb. 38:	Weltbevölkerung in absoluten und relativen Jahrgangsstärken, 1950 und 2050 (in Millionen und %)	80
Abb. 39:	Medianalter der Weltbevölkerung nach Regionen der Welt, 1950 - 2050 (in Jahren)	80
Abb. 40:	Länder nach der Zahl der dort lebenden Migranten, 2000 (in Millionen)	81
Abb. 41:	Länder nach dem Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung, 2000 (in %)	82
Abb. 42:	Ländliche und städtische Bevölkerung nach Regionen der Welt, 1950 - 2030 (in Millionen)	84
Abb. 43:	Lebendgeborene, Lebendgeborene je 1000 der Bevölkerung und zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland und der Schweiz, 2001	88
Abb. 44:	Errichtungserlass des BiB im Bundesanzeiger 1973	92
Abb. 45:	Erste Ausgabe der BiB – Broschüre aus dem Jahr 2000	95
Abb. 46:	Titelseite der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 2/2002	96
Abb. 47:	Titelseite der Schriftenreihe des BiB, Band 31	97
Abb. 48:	Titelseite der Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 103b/2002	97
Abb. 49:	Titelseite der BiB-Mitteilungen, Heft 4/2001	97
Abb. 50:	Organigramm des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung vom 1. Januar 2004	99

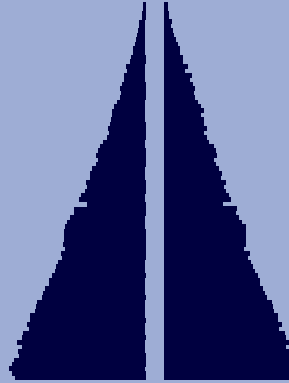
Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Länder mit den niedrigsten zusammengefassten Geburtenziffern in Europa, 1980, 1990 und 2000	23
Tab. 2:	Frauen nach der Zahl der geborenen Kinder in Westdeutschland, Geburtsjahrgänge 1935 - 1967, in % (Anteile geschätzt)	25
Tab. 3:	Altersspezifische Heiratshäufigkeit für Frauen und Männer in Westdeutschland, 1971 - 2000 (in %)	28
Tab. 4:	Alten- und Unterstützungsquotienten in Preußen, dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland, 1864 - 2050	59
Tab. 5:	Übersicht zu den Prognoseannahmen in den Varianten 1, 5 und 9 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung	62
Tab. 6:	Bevölkerungsentwicklung nach Kontinenten, 1995 - 2000 (in Millionen)	73

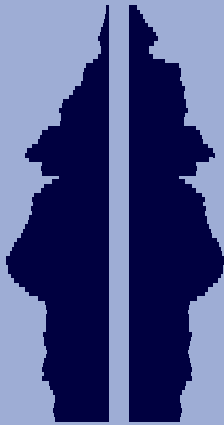


**Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung**

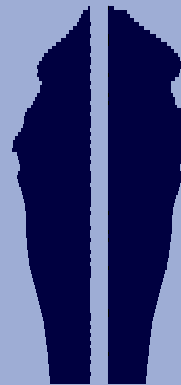
Demographische Prozesse haben sich globalisiert und verlangen nach komplexen Lösungen. Es erscheint nicht mehr sinnvoll, die demographische Situation in den verschiedenen Regionen der Welt isoliert zu betrachten, nur auf das Altern der Bevölkerung zu sehen oder sich mit der niedrigen Geburtenhäufigkeit oder der Zuwanderung zu befassen.



Der kleinere Teil der Weltbevölkerung lebt in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, hat nur wenige Kinder und erreicht ein hohes Lebensalter. Der größere Teil der Weltbevölkerung lebt in ärmeren Ländern, hat viele Kinder und eine niedrige Lebenserwartung, die zum Teil durch die Ausbreitung von HIV/AIDS massiv bedroht ist.



Zuwanderung regeln bedeutet nicht, dass nur noch Menschen nach Deutschland gelangen, die sich bequem in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Humanitäres Handeln ist Bestandteil von Zuwanderungspolitik, die einen wirksamen Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende bieten muss.



Mit dem Sonderheft **„Bevölkerung FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN DIE WICHTIGSTEN FRAGEN“** der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung legt das BiB die zweite aktualisierte Ausgabe einer Broschüre vor, die allgemein verständlich über demographische Trends und deren soziale Konsequenzen informieren will. Sie wird kostenfrei an alle Interessenten abgegeben. Das Sonderheft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demographie.de) als PDF-Datei. Zusätzlich bieten wir sie auch als HTML-Dateien mit allen in der Broschüre enthaltenen Texten, Abbildungen und Tabellen zum Download an. Der Nachdruck der Texte und Abbildungen ist mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.